75. Sitzung

Freitag, den 14.12.2007

Erfurt, Plenarsaal

a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009

- ThürHhG 2008/2009 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/3158 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/3583 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

- Drucksachen 4/3604 bis 4/3618 und 4/3621 bis 4/3626 -Änderungsanträge der Fraktion der SPD

 - Drucksachen 4/3629 bis 4/3638 -Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD

- Drucksache 4/3628 -Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/3646 - Neufassung -

dazu: Entschließungsanträge der Fraktion der SPD

- Drucksachen 4/3639 bis 4/3644 -Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/3645 -Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/3653 -

ZWEITE BERATUNG

7588

b) Thüringer Haushaltsbegleit-	7588
gesetz 2008/2009	
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 4/3159 -	
dazu: Beschlussempfehlung des	
Haushalts- und Finanzaus-	
schusses	
- Drucksache 4/3584 -	
dazu: Änderungsantrag der Fraktion	
DIE LINKE	
- Drucksache 4/3627 -	
Anderungsantrag der Fraktion	
der SPD - Drucksache 4/3656 -	
ZWEITE BERATUNG	
ZWEITE BEIWITONG	
c) Thüringer Finanzausgleichs-	7588
gesetz (ThürFAG)	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
- Drucksache 4/3160 -	
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzaus-	
schusses	
- Drucksache 4/3585 -	
dazu: Änderungsantrag der Frak-	
tion DIE LINKE	
- Drucksache 4/3619 -	
Änderungsantrag der Frak-	
tion der SPD	
- Drucksache 4/3652 -	
Anderungsantrag der Frak- tion der CDU	
- Drucksache 4/3654 -	
ZWEITE BERATUNG	
d) Mittelfristiger Finanzplan für	7588
die Jahre 2007 bis 2011 für den	
Freistaat Thüringen Unterrichtung durch die Landes-	
regierung	
- Drucksache 4/3467 -	
dazu: Beschlussempfehlung des	
Haushalts- und Finanzaus-	
schusses	
- Drucksache 4/3586 -	
e) Bericht über den Stand und die	7589
voraussichtliche Entwicklung der	1309
Finanzwirtschaft des Landes	
- Unterrichtung des Landtags nach	
§ 31 Abs. 2 der Thüringer Landes-	
haushaltsordnung (ThürLHO) -	
Unterrichtung durch die Finanz-	
ministerin	
- Drucksache 4/3436 - dazu: Beschlussempfehlung des	
Haushalts- und Finanzaus-	
schusses	
- Drucksache 4/3587 -	

7589

f) Entwurf der Rahmenvereinbarung II zwischen der Thüringer Landesregierung, vertreten durch den Ministerpräsidenten, den Kultusminister, die Finanzministerin, und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft und der Zukunftsfähigkeit der Thüringer Hochschulen - Laufzeit 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2011

Antrag der Landesregierung

- Drucksache 4/3481 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/3588 -

dazu: Bericht des Haushalts- und

Finanzausschusses

- Drucksache 4/3596 -

Zu dem Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2008/2009 werden im Änderungsantrag - Drucksache 4/3656 - die Buchstaben A, B, C 1 bis C 3 und I Nr. 1 und 2 und im Änderungsantrag - Drucksache 4/3627 - die Nummern 1, 2, 3, 4, 5.1, 5.2, 5.3 und 6 bis 19 jeweils abgelehnt.

Die Beschlussempfehlung - Drucksache 4/3584 - wird angenommen. Der Gesetzentwurf - Drucksache 4/3159 - wird in ZWEITER BERATUNG unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Zu dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz werden im Änderungsantrag - Drucksache 4/3652 - die Nummern 1 und 3 und im Änderungsantrag - Drucksache 4/3619 - die Nummern 1, 2, 3 und 4 jeweils abgelehnt. Der Änderungsantrag - Drucksache 4/3654 - wird angenommen.

Die Beschlussempfehlung - Drucksache 4/3585 - wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags angenommen.

Der Gesetzentwurf - Drucksache 4/3160 - wird in ZWEITER BERATUNG unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Zu dem Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 werden die Änderungsanträge - Drucksachen 4/3605 bis 4/3607 und 4/3609 bis 4/3615 sowie 4/3617, 4/3618 und 4/3621 bis 4/3626 und 4/3628 bis 4/3638 jeweils abgelehnt. In namentlicher Abstimmung werden der Änderungsantrag - Drucksache 4/3604 - bei 88 abgegebenen Stimmen mit 43 Jastimmen und 45 Neinstimmen, der Änderungsantrag - Drucksache 4/3608 - bei 88 abgegebenen Stimmen mit 28 Jastimmen und 60 Neinstimmen und der Änderungsantrag - Drucksache 4/3616 - bei 88 abgegebenen Stimmen mit 43 Jastimmen und 45 Neinstimmen abgelehnt (Anlagen 1 bis 3).

Der Änderungsantrag - Drucksache 4/3646 - Neufassung - wird angenommen.

Die Beschlussempfehlung - Drucksache 4/3583 - wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags angenommen.

Der Gesetzentwurf - Drucksache 4/3158/Vorlage 4/1618 - wird in ZWEITER BERATUNG unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Die Entschließungsanträge - Drucksachen 4/3639 bis 4/3645 - werden jeweils abgelehnt. Der Entschließungsantrag - Drucksache 4/3653 - wird angenommen.

Die Beschlussempfehlung zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2011 für den Freistaat Thüringen - Drucksache 4/3586 - wird angenommen.

Die Beschlussempfehlung zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Drucksache 4/3587 - wird angenommen.

Die Beschlussempfehlung zum Entwurf der Rahmenvereinbarung II zwischen der Thüringer Landesregierung, vertreten durch den Ministerpräsidenten, den Kultusminister, die Finanzministerin, und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft und der Zukunftsfähigkeit der Thüringer Hochschulen - Laufzeit 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2011 - Drucksache 4/3588 - wird angenommen.

Fragestunde 7656 a) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ehrlich-Strathausen (SPD) 7656 Einrichtung einer zentralen Vergabestelle für öffentliche Straßenbaumaßnahmen beim Thüringer Staatsbauamt - Drucksache 4/3571 wird von Minister Trautvetter beantwortet. b) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Doht (SPD) 7657 **Pkw-Maut** - Drucksache 4/3576 wird von Minister Trautvetter beantwortet. c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Schwäblein (CDU) 7658 Deutsches Schlösserjahr 2008 - Drucksache 4/3577 -

7660

7661

wird von Minister Reinholz beantwortet. Zusatzfragen.

 d) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer (DIE LINKE) Zuschüsse für Investitionen an die Thüringer Fernwasserversorgung (TFW)

- Drucksache 4/3591 -

wird von Minister Dr. Sklenar beantwortet. Zusatzfragen.

e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf (DIE LINKE) Übergriffe an Grundschulen in der Wartburgregion

- Drucksache 4/3592 -

wird von Staatssekretär Eberhardt beantwortet. Zusatzfragen.

f) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Köckert (CDU) Vervollständigung und Aktualisierung des Automatischen Liegenschaftskatasters (ALK) durch flächenmäßige Be- fliegung - Drucksache 4/3593 -	7662
wird von Minister Trautvetter beantwortet. Zusatzfragen.	
 g) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE) Kurzarbeit im GAT-Werk in Eisenach - Drucksache 4/3575 - 	7664
wird von Minister Reinholz beantwortet. Zusatzfragen.	
 h) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ehrlich-Strathausen (SPD) Evaluation der Jugendverbandsarbeit - Drucksache 4/3590 - 	7665
wird von Staatssekretär Illert beantwortet. Zusatzfragen.	
Aktuelle Stunde	7666
a) auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: "Situation und Perspektiven von Polizei und innerer Sicherheit in Thüringen"	7666
Unterrichtung durch die Präsiden- tin des Landtags - Drucksache 4/3556 -	
b) auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Existenzgefährdung großer Frauen- häuser in Thüringen" Unterrichtung durch die Präsiden- tin des Landtags - Drucksache 4/3557 -	
Aussprache	
Gesetz zur Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit von Eisenach Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 4/3559 - ERSTE BERATUNG	7678
Die beantragte Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innenausschuss und den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten wird jeweils abgelehnt.	

Anwesenheit der Abgeordneten:

Fraktion der CDU:

Althaus, Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauße, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Rose, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauche, Tasch, Trautvetter, Wackernagel, Walsmann, Wehner, Wetzel, Worm, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Döllstedt, Enders, Dr. Fuchs, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hauboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Klaubert, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Nothnagel, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Becker, Doht, Döring, Eckardt, Ehrlich-Strathausen, Gentzel, Höhn, Künast, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Prof. Dr. Goebel, Reinholz, Dr. Sklenar, Trautvetter, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. DrIng. habil. Schipanski Vizepräsidentin Dr. Klaubert	7639, 7641, 7643, 7646, 7649, 7650, 7653, 7654 7588, 7591, 7594, 7595, 7597, 7599, 7601, 7605, 7606, 7607, 7608, 7609, 7657, 7658, 7659, 7660, 7661, 7662, 7663, 7664, 7665, 7666, 7667, 7668, 7669, 7672, 7673, 7675, 7676, 7677, 7678
Vizepräsidentin Pelke	7612, 7613, 7616, 7622, 7625, 7634, 7679, 7680, 7681, 7683, 7686, 7687, 7688, 7689, 7690, 7692
Althaus (CDU)	7639
Becker (SPD)	7592, 7595
Berninger (DIE LINKE)	7690 7650, 7654
Blechschmidt (DIE LINKE) Buse (DIE LINKE)	7653, 7654 7663
Doht (SPD)	7605, 7606, 7657, 7665
Ehrlich-Strathausen (SPD)	7656, 7665, 7666, 7673
Fiedler (CDU)	7666, 7669
Gentzel (SPD)	7667, 7668, 7669, 7672, 7679, 7680, 7681, 7687
Gerstenberger (DIE LINKE)	7622 7643
Prof. Dr. Goebel (CDU) Groß (CDU)	7643
Dr. Hahnemann (DIE LINKE)	7666
Hauboldt (DIE LINKE)	7681
Hausold (DIE LINKE)	7646
Köckert (CDU)	7662, 7663, 7664, 7688, 7689, 7690
Kölbel (CDU) Kummer (DIE LINKE)	7686 7589, 7595, 7659, 7660, 7661
Kuschel (DIE LINKE)	7664, 7665, 7681, 7683, 7690
Lemke (DIE LINKE)	7601, 7605, 7609
Matschie (SPD)	7639, 7640, 7641, 7643
Mohring (CDU)	7616, 7622, 7649
Dr. Pidde (SPD)	7613 7595
Primas (CDU) Reimann (DIE LINKE)	7634 7634
Dr. Scheringer-Wright (DIE LINKE)	7597
Schröter (CDU)	7613
Schwäblein (CDU)	7658, 7659
Tasch (CDU)	7673, 7677
Taubert (SPD) Wetzel (CDU)	7678 7607, 7608, 7609
Wolf (DIE LINKE)	7661, 7662, 7675, 7677, 7678
Dr. Zeh (CDU)	7641
Althaus, Ministerpräsident	7625, 7634
Eberhardt, Staatssekretär	7661, 7662
Dr. Gasser, Innenminister	7669
Hütte, Staatssekretär	7692 7665 7666
Illert, Staatssekretär Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und	7665, 7666 Arbeit 7658, 7659, 7660, 7664, 7665
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschuf	
Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr	7612, 7657, 7658, 7662, 7663, 7664
Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesund	heit 7676

Die Sitzung wird um 9.01 Uhr von der Vizepräsidentin des Landtags eröffnet.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Minister, Staatssekretäre und Bedienstete der Landesregierung. Ich kann auch jetzt die ersten Besucher auf der Zuschauertribüne begrüßen und die Vertreter der Medien. An unserem letzten Plenarsitzungstag im Jahr 2007 haben wir ein Geburtstagskind und ich freue mich ganz besonders, Frau Abgeordneten Dr. Fuchs zum Geburtstag gratulieren zu dürfen. Wir freuen uns ganz sehr, dass wir mit Ihnen Ihren Geburtstag heute feiern dürfen.

(Beifall im Hause)

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Minister Schliemann und Herr Minister Wucherpfennig. Neben mir haben Platz genommen Frau Abgeordnete Wolf, die die Rednerliste führt, und der Abgeordnete Günther.

Ich eröffne die weitere Aussprache zur Beratung des Tagesordnungspunkts 2 in seinen Teilen

- a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009
- ThürHhG 2008/2009 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/3158 -
- dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
 - Drucksache 4/3583 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

- Drucksachen 4/3604 bis 4/3618 und 4/3621 bis 4/3626 -Änderungsanträge der Fraktion der SPD
- Drucksachen 4/3629 bis 3638 -Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD
- Drucksache 4/3628 -Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/3646 Neufassung -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/3653 -

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/3645 -

Entschließungsanträge der Fraktion der SPD

- Drucksachen 4/3639 bis 4/3644 -

ZWEITE BERATUNG

b) Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2008/2009

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/3159 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/3584 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

 Drucksache 4/3627 -Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/3656 -

ZWEITE BERATUNG

c) Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/3160 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/3585 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 4/3619 Änderungsantrag der Fraktion der SPD

 Drucksache 4/3652 -Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/3654 -

ZWEITE BERATUNG

d) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2011 für den Freistaat Thüringen

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 4/3467 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/3586 -

- e) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) -Unterrichtung durch die Finanzministerin
- Drucksache 4/3436 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/3587 -
- f) Entwurf der Rahmenvereinbarung II zwischen der Thüringer Landesregierung, vertreten durch den Ministerpräsidenten, den Kultusminister, die Finanzministerin, und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft und der Zukunftsfähigkeit der Thüringer Hochschulen Laufzeit 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2011

Antrag der Landesregierung

- Drucksache 4/3481 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/3588 -

dazu: Bericht des Hauhalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/3596 -

Wir kommen nun zur Aussprache zum Einzelplan 09 - Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt -, gemeinsam mit den Artikeln 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21 und 22 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes 2008/2009.

Für diese Aussprache gilt für die Fraktion der CDU eine Redezeit von 33 Minuten, für die Fraktion DIE LINKE eine Redezeit von 25 Minuten und für die SPD-Fraktion eine Redezeit von 18 Minuten. Ich rufe als ersten Redner für die Fraktion DIE LINKE den Abgeordneten Kummer auf.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist schön, Sie nach dem gestrigen Abend so zahlreich hier zur Beratung des Einzelplans 09 versammelt zu sehen.

(Unruhe CDU)

Wer den Haushalt im Bereich des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt

liest, kommt auf den ersten Blick zu dem Ergebnis, es ist ein Haushalt, der keine Probleme hat. Und, meine Damen und Herren, genau darin liegt sein eigentliches Problem. Wir haben es hier nicht mit einem Haushalt der Lösungsansätze zu tun, sondern eher mit einem Haushalt der kleinen Zahlen und zu diesen kleinen Zahlen möchte ich im Folgenden kommen.

Wir haben z.B. in einem Titel 0 € stehen - das sind die Erstattungen im Rahmen der Behördenstrukturreform. Sie wissen ja, mit dem Haushaltsbegleitgesetz werden ein Großteil der Aufgaben der Staatlichen Umweltämter an die Kommunen übertragen und wir wissen auch schon, dass das natürlich mit sehr vielen Mehrkosten verbunden ist, einfach weil die Mitarbeiter in den Kreisen dann Aufgaben wahrnehmen müssen, die vorher nur eine Person im Staatlichen Umweltamt wahrgenommen hat. Da muss also mehr an Software angeschafft werden, mehr an Technik. Wir wissen aber auch, da sind Schulungen nötig, und was wir vor allem wissen, wir werden einen großen Teil des Personals nicht mit den Aufgaben los.

Die Mitarbeiter der Staatlichen Umweltämter, deren Aufgaben kommunalisiert werden, werden zu einem großen Teil von den Kreisen nicht übernommen, einfach weil sie den Kreisen entweder zu hoch bezahlt werden oder aber weil die Kreise der Ansicht sind, dass sie eigenes Personal in dem Bereich einsetzen können und deshalb keine Personalstellen der Umweltämter übernehmen müssen und dabei noch ein bisschen sparen können - ich sage hier auch - auf Kosten des Landes. Ich kenne das aus dem Kreis Hildburghausen. Bei uns werden drei Stellen von den zehn, die wir von den Staatlichen Umweltämtern bekommen, durch eigenes Personal ersetzt, eine vierte Stelle wird neu ausgeschrieben. Nur sechs Mitarbeiter werden entsprechend übernommen, so dass vier Mitarbeiter der Staatlichen Umweltämter für diesen Bereich übrig bleiben werden. Meine Damen und Herren, das ist ein Problem Ihres Haushaltsbegleitgesetzes und Ihrer Behördenstrukturreform. Was mit diesen Mitarbeitern wird, das verraten Sie uns nicht. Sie verraten uns auch nicht, wie wir - da wir die Aufgaben in Zukunft den Kommunen bezahlen werden in ihrer Wahrnehmung - dann die noch verbleibenden Personalkosten zusätzlich tragen werden. Das müsste aus diesem Titel, der hier benannt ist, erfolgen, wie gesagt, für 0 €.

Was Sie ebenfalls nicht verraten, ist, wo die Mitarbeiter dann in Zukunft eingesetzt werden. Wenn ich mir Ihren Haushalt ansehe, komme ich zu dem Ergebnis, nach dem gibt es gar keine Behördenstrukturreform. Die Staatlichen Umweltämter existieren so weiter wie bisher. Die Landesanstalt für Umwelt und Geologie wird nicht deutlich aufgestockt, obwohl sie wesentliche Bereiche der Umweltämter mit über-

nimmt. Da, sage ich Ihnen, hätten Sie die gleichen Erwartungen erfüllen müssen, wie Sie sie an die Kommunen gestellt haben. Ich kann mich noch gut erinnern, wie uns im Umweltausschuss gesagt wurde, dass Sie von den Kommunen erwarten - als es noch hieß, zum 01.01. würden die Aufgaben übertragen -, dass die im Vorfeld schon Verträge mit den Mitarbeitern der Staatlichen Umweltämter eingehen. Es wäre ja davon auszugehen, dass das Gesetz sowieso durchginge und man könnte das schon entsprechend regeln. Sie gehen selber in Ihrem Haushalt gar nicht davon aus, dass das Haushaltsbegleitgesetz umgesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Nun noch zu einem weiteren Problem dieses Haushaltsbegleitgesetzes. Was mir nicht klar wird, ist, wie Sie die Qualität der Aufgabenwahrnahme in Zukunft sicherstellen wollen und auch sicherstellen wollen, dass die Aufgaben im Land gleichmäßig wahrgenommen werden. Diese Sorgen werden nicht nur von mir so gesehen, sie werden auch von den IHKs z.B. geteilt, sie werden aber auch von den Personalräten geteilt.

Meine Damen und Herren, der Personalrat hat uns einen Brief geschrieben, er fasst die Behördenstrukturreform im Bereich der Staatlichen Umweltämter mit drei Begriffen meiner Ansicht nach sehr treffend zusammen: unwirtschaftlich, unökologisch, unsozial. Dem können wir nichts hinzufügen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, keinen Lösungsansatz hat der Haushalt ebenfalls für die Ostthüringer Fernwasserversorgung. Sie wissen ja, wir haben eine Talsperre in den Thüringer Wald gebaut, die Talsperre Leibis. Das hat eine ganze Menge Geld gekostet und anschließend haben wir festgestellt - die sollte ja Ostthüringen mit Wasser versorgen -, dass wir die Trinkwasseraufbereitungsanlage zu klein gebaut haben und dass wir noch keine vernünftige Leitung nach Ostthüringen liegen haben. Nun wird Ostthüringen zurzeit noch aus dem Talsperrensystem Weida versorgt. Da könnte man denken, gut, okay, alle Zeit der Welt; das Problem ist nur, es gibt eine Sanierungsanordnung für die Talsperre Weida, die besagt, im Jahre 2010 muss diese Talsperre saniert werden. Das dauert 4 Jahre. Nun müssten wir uns ja einmal sehr genau ansehen, wie wir denn die Talsperre Weida sanieren wollen. Wir bräuchten auch eine Lösung, wie die Talsperre Leibis vernünftig ans Netz gehen kann, denn im Moment ist das noch so, als hätte die Landesregierung sich einen Fuhrpark aus Wasserstoffautos angeschafft und dabei ganz vergessen, dass wir keine Wasserstofftankstellen im Land haben. Wenn ich mir dann den Haushalt ansehe, finde ich für den Leitungsbau der Fernwasserleitungen kein Geld. Ich glaube aber zu wissen, dass die Thüringer Fernwasserversorgung den nicht aus eigener Kraft stemmen kann. Was ich auch meiner Ansicht nach nicht in ausreichendem Maße finde, ist Geld für die Sanierung der Talsperre Weida. Ich hatte einmal gehört, diese Generalinstandsetzung würde 30 Mio. € kosten. Das ist einem Vortrag an der Bauhaus-Uni Weimar zu entnehmen gewesen von Experten, die sich auskennen mit solchen Dinge. Gut, wir haben das hinterfragt in der Haushaltsberatung und haben zur Antwort bekommen, was denn eingestellt ist im Jahre 2008 für die Generalinstandsetzung der Talsperre Weida, so stand es dann drin in dem Papier, das wir bekommen haben. Meine Damen und Herren, wir bekommen so etwas für den Schnäppchenpreis von 83.000 € hin. Ich glaube, es ist wirklich ein Haushalt der kleinen Zahlen, aber dass ich die Planung für die Baumaßnahmen im Jahr 2008 auf diese Art und Weise finanziert bekomme, das glaube ich nicht.

Meine Damen und Herren, zum nächsten Problem: Wir hatten in der letzten Plenarsitzung die Regierungserklärung des Ministers zum Bereich "ländliche Räume". Da sagte er uns, es gibt ein Problem in Thüringen, das hat unsere Fraktion schon oft angesprochen, das ist das Problem der herrenlosen Speicher. Dafür hatte er die Lösung, ich betone das "er"; denn die Landesregierung war es zu dem Zeitpunkt noch nicht, es war noch nicht durch das Kabinett. Diese Lösung besagte: Wir sanieren die herrenlosen Speicher auf Kosten des Landes und übertragen sie dann an die Kommunen. Nun muss man wissen, ein nicht unwesentlicher Teil dieser herrenloser Speicher hat sich in den letzten 17 Jahren, weil keiner die Verantwortung dafür hatte, zu einer wirklichen Gefahr entwickelt. Wenn ich dann im Haushalt nach den Geldern für die Sanierung dieser herrenlosen Speicher suche - Fehlanzeige.

Ein weiteres Problem, meine Damen und Herren, ist der Hochwasserschutz.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU)

Ja, es ist eben wegen der fehlenden Zahlen oder wenn sie zu klein sind, Herr Kretschmer. Bei uns in der Region ist den Bewohnern der Stadt Eisfeld seit den 60er-Jahren ein Hochwasserrückhaltebecken zugesichert worden. Wir wissen, dass die Werra eines der wichtigsten Hochwasserentstehungsgebiete in Thüringen ist. Als wir das große Elbehochwasser vor fünf Jahren hatten, hat man mal festgestellt, hätte es diese Starkregenereignisse an der Werra gegeben, wären die Schäden deutlich heftiger gewesen als in Sachsen. Man hat in der Folge mehrere Veranstaltungen in der Region gemacht und den Bürgern gesagt, wir tun hier endlich etwas, dieses

Rückhaltebecken Eisfeld wird auf den Weg gebracht. Ich finde es nicht im Haushalt.

Ein nächstes Problem ist der Bereich Abwasser. Wir haben in den letzten Jahren mit viel Aufwendungen und viel Geld die Abwasserentsorgung in den Städten in Thüringen in den Griff bekommen. Trotzdem ist Thüringen immer noch Schlusslicht im Bereich der Abwasserentsorgung mit Blick auf den Anschlussgrad. Es sind immer noch über 30 Prozent der Bevölkerung nicht an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossen, und das im ländlichen Raum, in einem Bereich mit einer sehr geringen Einwohnerdichte und in dem die Anschlusskosten pro Einwohner deutlich höher sind als in den bereits angeschlossenen Städten. Wir haben bisher den Anschluss in den Städten mit etwa 65 Prozent gefördert.

Meine Damen und Herren, wenn es uns wirklich ernst ist mit der Gleichberechtigung der Bevölkerung im ländlichen Raum wie in den Städten, wenn ich wirklich gleiche Lebenschancen in beiden Gebieten haben möchte, dann wäre zu erwarten, dass ich die Förderung der Abwasserentsorgung wenigstens gleichmäßig in Thüringen vornehme, auch wenn ich dabei weiß, dass dann die Kosten für den ländlichen Raum schon deutlich höher sind als in den Städten. Was dieser Haushalt aber sagt, ist, dass wir jetzt im Bereich der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum drastisch reduzieren. Wenn ich dann den Menschen sage: Gut, wenn ihr euch eure vollbiologische Kläranlage selber baut, dann geben wir euch 1.000 € dazu, dann ist das eine Verhöhnung der Leute, denn sie tragen das Risiko. Sie tragen in Zukunft die hohen Kosten für den Betrieb dieser Anlage, die deutlich höher sein werden als das, was sie an Gebühr bezahlt hätten. Sie tragen das Risiko dafür, dass diese Anlage funktioniert. Wir wissen, viele dieser vollbiologischen Kläranlagen funktionieren in Thüringen nicht. Wir lassen sie also mit einem großen Teil der Kosten allein. Diese Landesregierung überträgt im ländlichen Raum die Verantwortung für die Abwasserentsorgung auf den Einzelnen. Das ist unsolidarisch, das ist weg vom Solidarprinzip, das wir bisher hatten, und es ist ungerecht. Wir brauchen hier einen deutlich höheren Mittelansatz auch zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die bis zum Jahr 2015 einen guten Zustand unserer Gewässer fordert und nur in Ausnahmen die Verlängerungsoption von zweimal sechs Jahren gewährt. Wir werden das der EU begründen müssen, warum unsere Gewässer 2015 in keinem guten Zustand sind. Ich glaube nicht, dass da ausreicht: Wir hatten ja in diesem Jahr kein Geld.

Meine Damen und Herren, noch zu einem nächsten Problem dieses Haushalts: Was ihm fehlt, das ist ein Nationalparkhaus. Das hatten Sie, als wir 10 Jahre Nationalpark Hainich begingen, deutlich gemacht, Sie wollen das. Im Jahr 2008 soll es Planungen geben, dann soll es vorangehen mit dem Bau. Wenn ich in den Haushalt mit Blick auf den Nationalpark Hainich schaue, dann finden Sie einen Punkt "Neubauten", da stehen 53.000 € drin. Ich glaube, das Kassenhäuschen, das Frau Becker bei der Beratung angesprochen hatte, das bekommen wir für die Summe, ein Nationalparkhaus jedoch nicht.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Wartet doch erst mal ab!)

Wenn wir dann das Nationalparkhaus haben, dann brauchen wir dafür natürlich Personal. Es ist aus den Staatlichen Umweltämtern auch kein Personal in den Nationalpark umgesetzt worden.

Meine Damen und Herren, da sage ich Ihnen ganz ehrlich eines: Das, was diesem Haushalt auch fehlt, ist eine nachhaltige Personalpolitik. Wie oft hat diese Landesregierung gesagt, wir haben ein Problem mit der demographischen Entwicklung in Thüringen. Wie oft haben Sie Unternehmen gesagt, kümmert euch rechtzeitig um Fachpersonal. Es wird in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Wie machen Sie es selbst? Ich habe für rund 800 Stellen einen Personalabbaupfad. Die Vermerke "keine Wiederbesetzung" können Sie uns bis nach dem Jahr 2020 konkret auflisten: Sieben Stellen nach 2020, wo es dann die Ausbringung von diesen kw-Vermerken geben soll. Aber, meine Damen und Herren, was Sie uns verschweigen, was Sie jetzt für das nächste Jahr noch nicht wissen, ist, welches Personal Sie einstellen möchten. Welche Zukunftschancen geben Sie jungen Menschen? Welche Zukunftschancen geben Sie Ihren eigenen Behörden, weil ihnen junge Menschen fehlen? In diesem Bereich ist Ihr Haushalt nicht nachhaltig.

Meine Damen und Herren, viel gründlicher sind Sie in Bereichen, die wirklich Kleinigkeiten sind. Wir können aus dem Haushalt erfahren, dass Mieteinnahmen für die Aufstellung eines Kaffeeautomaten in einem Umweltamt 100 € gebracht haben. Das sind die Bereiche, wo Sie korrekt sind, wo Sie wirklich an die Lösungsansätze herangehen, die Sie brauchen. Wie die gewaltigen Probleme gelöst werden, das verschweigen Sie uns. Deshalb können wir diesen Haushaltsplan nur ablehnen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Becker zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Kretschmer, auch die SPD-Fraktion hat Probleme mit diesem 09er-Haushalt, mit den Zahlen, die nicht drinstehen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Ich hätte mich jetzt auch gewundert.)

Nur zur Erklärung: Ich kann auch auf wenig Zahlen eingehen, die in dem Haushalt stehen, weil ich und die SPD-Fraktion die Probleme in einem Haushalt 09 darin sehen, dass vieles nicht drinsteht. Dazu möchte ich Ihnen auch ein paar Beispiele geben. Herr Kummer hat das schon getan.

Als Erstes die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum: Die Strukturhilfe wird beendet, zusammengestrichen. Das Geld für 2008 und 2009 geht auf null. Ein Ausgleich dafür ist nicht vorhanden. Der ländliche Raum wird mit dem Abwasserproblem alleingelassen - das in einer Zeit, in der wir darauf drängen, dass der demographische Wandel gerade die ländlichen Räume trifft, wir die ländlichen Räume stärken müssen. Nein, wir lassen sie mit ihren Problemen im Abwasserbereich vollkommen allein stehen, was natürlich für die Bevölkerung im ländlichen Raum sehr teuer wird. Wir haben in Thüringen einen Anschlussgrad von 68 Prozent, obwohl wir in den letzten Jahren Millionen, wenn nicht sogar Milliarden in den Abwasserbereich investiert haben. Da haben wir unmögliche Strukturen gefördert. Herr Fiedler würde sagen "alles kommunale Selbstverwaltung". Natürlich ist das kommunale Selbstverwaltung. Wir müssen diese Fehlentwicklung jetzt heilen, weil wir so lange an der abwassertechnischen Zielplanung festgehalten haben, und müssen jetzt reparieren.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: 1994. Was erzählst du denn?)

Wir müssen jetzt reparieren. Nicht 1994 ist sie aufgehoben worden. Herr Primas, Sie können nachher hier reden. Sie haben genug Redezeit, ich habe nicht so viel.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das mache ich auch.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur ein Drittel der Bevölkerung in Hildburghausen und im Wartburgkreis sind an die öffentlichen Kläranlagen angeschlossen. Die meisten werden noch von Kleinkläranlagen gespeist, die dem Stand der Technik nicht entsprechen. Wir haben also sehr viel zu tun. Dieser Haushalt gibt für den Abwasserbereich im ländlichen Raum keine Antworten - im Gegenteil, er verschiebt die Probleme auf die Bevölkerung im

ländlichen Raum, was nicht zu verantworten ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ein zweites Beispiel - auch das hat Herr Kummer schon angesprochen - Fernwasserversorgung Ostthüringen. Gut, da könnten Sie jetzt sagen, Frau Becker, was reden Sie denn über die Fernwasserversorgung Ostthüringen, wir haben doch einen Untersuchungsausschuss dazu. Der Untersuchungsausschuss wird hoffentlich aufdecken, warum es so

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Mit vielen vertraulichen Unterlagen.)

- mit vielen vertraulichen Unterlagen, ja -, es wird sicherlich darum gehen, was in der Vergangenheit passiert ist. Aber dieser Haushalt soll zukunftsweisend sein, soll die Zukunft aufzeigen, soll zeigen, was Sie den Menschen in Ostthüringen schon seit 1994 versprechen. Sie brauchen eine stabile Fernwasserversorgung.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das ist auch so.)

Nun haben wir in den einzelnen öffentlichen Wahrnehmungen einmal gehört, es könnte 2002 16 Mio. € kosten. Dann hieß es mal zwischenzeitlich, es könnte auch 138 Mio. € kosten. Herr Baldus sprach wohl jetzt im Fernsehen - habe ich gehört - von so zwischen 60 und 70 Mio. €. Er ist schon weit weg von den 16 Mio. €, die uns noch 2002 dargelegt wurden. Wir sind sehr gespannt, wie teuer die Fernwasserversorgung Ostthüringen wird, nur der Haushalt 2008/ 2009 gibt darauf überhaupt keine Antworten und geht auch gar nicht darauf ein. Nun könnten Sie uns auch wieder vorwerfen, ja klar, 2002 ist uns gesagt worden, mit der Gründung der Anstalt für Fernwasser, es soll dem Landeshaushalt kein Geld mehr kosten, das ist richtig. Aber dann sagen Sie der Bevölkerung, wie Sie den Wasserpreis halten wollen und wie Sie das bezahlen wollen, wenn das Land nicht in die Tasche greift. Es ist nicht bezahlbar. Wir müssen eine Lösung finden und dieser Haushalt gibt die Lösung nicht.

Ein drittes Beispiel, wo auch keine Lösung angestrebt wird in diesem Haushalt, ist die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Sie haben für 2008 knapp 1,3 Mio. € und für 2009 1,8 Mio. € vorgesehen. Diese Mittel sind bei Weitem nicht ausreichend, auch das wissen Sie, auch Ihre Fachleute im Haus wissen das. Es wäre auch nicht so schlimm, wenn Sie damit wenigsten Visionen nach außen tragen und uns sagen würden, wie Sie die EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 umsetzen wollen oder wie die Strategie ist, um den guten ökologischen Zustand aller Gewässer in Thüringen herzustellen. Aber das ist ja nicht

erkennbar. Im Gegenteil. Sie genehmigen 2003 noch Einleitungen in die Werra, die klar dem entgegenstehen, dass jemals ein guter ökologischer Zustand in der Werra erreichbar ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Sie machen das ganze Gegenteil von dem, was Gesetze vorschreiben. Und das untersetzen Sie auch noch mit diesem Haushalt.

Ein weiterer Punkt - auch darauf ist Herr Kummer schon eingegangen - ist die Stärkung des Nationalparks Hainich. Es ist eine Farce nach 10 Jahren, wie Sie heute noch mit diesem Nationalpark umgehen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist doch gar nicht wahr.)

Gut, ein ungeliebtes Kind von Anfang an, darüber brauchen wir nicht zu reden. Frau Tasch, auch Sie haben genug Redezeit. Sie müssen sich nur mit Herrn Primas absprechen, Sie können dann gern hier reden. Ihren Einsatz für den Nationalpark achte ich sehr hoch. Aber der Nationalpark wird jetzt nur noch vermarktet, indem ein Zentrum geschaffen wird, wo ein gewisser Herr, der Interesse daran hat, gut zu verdienen - was ich keinem abspreche, wir leben in der sozialen Marktwirtschaft, jeder soll anständig verdienen, wenn er investiert, aber ein Nationalparkhaus im Sinne der Region, im Sinne der Umweltbildung kostet Geld.

Dieses Land müsste nach 10 Jahren endlich zu seinem Nationalpark stehen und auch Geld dafür einstellen, dass ein ordentliches Nationalparkhaus entstehen kann. Dann würden Sie dem Nationalpark nach 10 Jahren wirklich etwas Gutes tun.

Auch die Zahlen zur Entwicklung der ländlichen Räume finden sich nicht in diesem Haushalt. Dafür sind Sie entschuldigt, weil in die Entwicklung der Zahlen zum ländlichen Raum - also zum FILET - der Landwirtschaftsausschuss eingebunden war. Wir haben mit entwickeln können, wir durften teilhaben an dem, was in den nächsten Jahren bis 2013 umgesetzt werden soll, auch wenn wir als SPD-Fraktion sicherlich andere Schwerpunkte gesetzt hätten, aber im Großen und Ganzen können wir das mittragen, was vom Landwirtschaftsministerium vorgegeben wurde. Wir finden auch, dass dies in der Regierungserklärung schon gewürdigt wurde. Deshalb möchte ich auf die einzelnen Zahlen von FILET hier nicht eingehen, die konnten im Haushalt nicht stehen, weil der Haushalt gedruckt wurde, bevor FILET bestätigt wurde. Das ist vollkommen nachvollziehbar und soll auch keine kritische Anmerkung sein. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass die Zahlen für eine ordentliche Jagd in Thüringen fehlen.

(Unruhe DIE LINKE)

Ich dachte ja, im Jahre 2007 sind die Zeiten der Jagd eines Herrn Müller vorbei. Der Ratsvorsitzende des Bezirkes Erfurt hat zur Jagd eingeladen und ich dachte eigentlich, 2007 sind wir ein Stückchen weiter, aber scheinbar hat sich das noch nicht geändert. So wie ich jetzt aus der Presse erfahren musste, gibt es im Jahre 2007 auch noch ähnliche Veranstaltungen, die Sie ja so geißeln aus den 80er-Jahren, so wie ich sie mir habe erzählen lassen, als ein Herr Müller eingeladen hatte zur Jagd in Thüringen oder im Rat des Bezirkes Erfurt, will ich mal sagen.

Herr Kretschmer, noch ein Wort zu Ihnen: Ich würde Ihnen doch raten, wenn Sie den Antrag in Drucksache 4/3637 gelesen haben, wie Sie ihn gestern dargestellt haben, dann fangen Sie doch mal an, alle SPD-Anträge zu lesen, dann können Sie vielleicht auch welchen zustimmen.

(Beifall SPD)

Das war vollkommen falsch, was Sie da rausgelesen haben. Wir haben hier Mehreinnahmen aus der öffentlichen Jagd, die wir umlegen wollen in den ÖPNV. Ich glaube, die letzten Tage haben eindeutig gezeigt, dass wir mehr einnehmen können aus der Jagd, wenn wir es ordentlich betreiben und ordentlich umsetzen und dass wir die Gelder in den ÖPNV stecken, der auch wieder im ländlichen Raum ist, das ist vollkommen in Ordnung, glaube ich. Wenn Sie ihn noch mal lesen, dann könnten Sie vielleicht diesem Antrag auch zustimmen.

Ein nächster Punkt, der nicht in Zahlen gefasst ist in diesem Haushalt, ist das Chaos, was Sie mit dem Haushaltsbegleitgesetz durch die Auflösung der Staatlichen Umweltämter hinterlassen. Auch darüber ist schon sehr viel gesagt worden, eigentlich ist alles gesagt worden. Es ist totaler Blödsinn, was Sie hier machen. Jedes Institut - Herr Kummer ist darauf schon eingegangen - selbst die IHK, die Wirtschaftsverbände laufen Sturm gegen diese Kommunalisierung. Es stört Sie nicht, Sie machen weiter, Sie erzählen noch, die Kommunalisierung - wie Herr Primas ist ein Segen für die Landkreise. Na schönen Dank auch. Jede Kommunalisierung hat sich als Segen für die Landkreise erwiesen, das wissen wir ja, deshalb geht es unseren Landkreisen auch so gut, deshalb stehen sie auch so wunderbar da - ganz Klasse!

(Unruhe CDU)

Bei der Finanzierung der Umsetzung der Auflösung der Staatlichen Umweltämter hat nun die CDU-Fraktion glücklicherweise nachgelegt. Ich glaube auch, das war das Wenigste, was sie tun könnten, dass die Finanzierungen jetzt nicht bei den Kommunen landen, sondern bei dem Land bleiben, aber die Kosten durch Ihre chaotische Vorgehensweise wären doch wesentlich höher.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist doch klar, gestern ist schon angesprochen worden, die PEST. Die Menschen, die von den Staatlichen Umweltämtern nicht in die Landkreise gehen, werden beim Land bleiben. Das ist für die Menschen vollkommen in Ordnung. Ich möchte nicht, dass sie arbeitslos werden oder irgendwas, aber die Landkreise stellen neues Personal ein, weil sie diese gar nicht unterbringen können, weil es auch im Gefüge der Landkreise zu Verunsicherungen kommt, wenn sie das Personal vom Land übernehmen, was viel höher eingestuft ist, was ein ganz anderes Lohnniveau hat als die Landkreise haben. Deshalb schreiben viele Landkreise selber aus, um selber das Personal einzustellen. Wo bleibt das restliche Personal in der PEST? Auch darüber haben wir schon gesprochen. Das kann nicht sein, dass wir ...

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Das war von der ersten Minute an klar.)

Das Problem ist, dass es die PEST gibt, das wussten wir auch, aber dass es so viele Landkreise gibt, die nicht das Personal aus den Staatlichen Umweltämtern übernehmen, das war nicht so klar.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Wenn Sie in der dunklen Ecke sitzen.)

Ich sitze nicht in der dunklen Ecke, Herr Ministerpräsident, da brauchen Sie keine Sorgen zu haben. Bei mir ist es ziemlich hell. Ich glaube, heller als manchmal im Eichsfeld, aber es ist okay.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Es ist ja nicht nur so, dass es bei dem Personal Probleme gibt - das sind die einzelnen Sachen, die wir ansprechen müssen -, schlimmer ist doch, dass Sie die Umweltverwaltungen und die Inhalte und die Aufgaben auf der Strecke lassen. Sie können uns doch nicht erklären, dass die Aufgaben jetzt genauso weiter erfüllt werden können wie vorher. Die ganzen Synergieeffekte sind weg. Wir waren stolz auf die Möglichkeiten der Staatlichen Umweltämter, weil sie einerseits Fachbehörde und auf der anderen Seite Bündelungsbehörde waren.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Nur Sie waren stolz.)

Und sie waren näher an den Regionen dran als es jetzt das Landesverwaltungsamt und das Ministerium sind und die Kommunalen sein werden. Wenn die IHK darauf hinweist, dass sie diese unterschiedliche Herangehensweise bei Genehmigungen für sehr schwerwiegend erachtet, dann müssten auch Sie darüber nachdenken, dass das doch nicht der richtige Weg sein kann. Da möchte ich nicht auf die anderen Schwierigkeiten eingehen wie beim Artenschutz, dass wir zwei Menschen für ganz Thüringen haben, die jetzt aufgeteilt werden müssen. Über diese Einzelheiten haben wir schon lange genug gesprochen. Ich finde es schade, wie Sie die Umweltverwaltung zerstören. Natürlich hätte man darüber reden können, wie diese neu zu strukturieren ist, das ist gar keine Frage. Aber sie auf die Landkreise aufzuteilen in der jetzigen Situation, bei der Kleingliedrigkeit Thüringens, das ist falsch. Da gehen wir vollkommen d'accord, dass Sie hier Unsinn betreiben. Das haben die IHK und der Verband der Wirtschaft auch so deutlich gesagt in unserer gemeinsamen Anhörung.

Noch ein Wort zu unserem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion. Es geht um die Dorferneuerung. Diese ist ja jetzt in der Förderperiode auch neu aufgelegt worden. Da haben wir aber das Problem, dass durch die EU vorgegeben wird, dass die Mehrwertsteuer nicht mehr förderfähig ist. Zur gleichen Zeit hat das Land Thüringen aber den Prozentsatz in der Förderrichtlinie auf 60 Prozent gesenkt. Wir sehen große Probleme, dass die Kommunen da nicht mehr kofinanzieren können. Deshalb bitten wir, dass noch einmal darüber nachgedacht wird, dass bei der Dorferneuerung die Fördermöglichkeit auf 75 Prozent angehoben wird in der Förderperiode 2007 bis 2013. Wir haben auch im Ausschuss schon öfter darüber gesprochen, dass das kein Thüringer Problem ist, sondern dieses Problem von der EU kommt. Aber die 19 Prozent, die jetzt nicht mehr veranschlagungsfähig sind, sind natürlich sehr viel für die Kommunen. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, darüber nachzudenken, ob Sie unserem Entschließungsantrag zustimmen können, damit wir im Bereich der Dorferneuerung wieder auf 75 Prozent Förderhöhe gehen. Sie würden dem ländlichen Raum damit einen Gefallen tun. Ihrem Haushalt können wir natürlich nicht zustimmen. Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Becker, Abgeordneter Kummer möchte Ihnen eine Frage stellen. Ich wollte Sie vorhin nicht unterbrechen wegen der Redezeit. Aber ich bitte doch, dass den Rednerinnen und Rednern hier am Pult zugehört wird. Es ist so ein allgemeines Volksgemurmel hier. Das ist zum Teil hier oben lauter zu verstehen als die Rednerin am Pult.

Lassen Sie die Frage zu? Bitte, Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Ich bin auch ganz schnell, Frau Becker. Aber könnten Sie dem Publikum oben erklären, das, glaube ich, ein Verständnisproblem hatte, was die PEST ist.

Abgeordnete Becker, SPD:

Die PEST ist die Auffanggesellschaft, wo die ...

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Personalentwicklungsstelle.)

Personalentwicklungsstelle. Da, wo die Menschen, die aus den Staatlichen Umweltämtern nicht in die kommunale Ebene übernommen werden, aufgefangen werden.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Nein, das heißt bei Ihren Kollegen in Sachsen-Anhalt genauso.)

(Zwischenruf Abg. Schröter, CDU: Personalentwicklungsstelle heißt das.)

Ja, das weiß ich ja, dass das genauso heißt und dass das PEST \dots

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Das Wort heißt PES, Personalentwicklungsstelle, PES - so viel Zeit muss sein.)

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Das kann man nicht als PEST abkürzen.)

(Unruhe CDU)

Das hat der Personalrat der Staatlichen Umweltämter uns selbst so in der Anhörung dargestellt, dass sie das so sehen. Und sie haben gesagt, dass sie das ganz schlimm finden. Auch wenn Sie, Herr Ministerpräsident, immer sagen, sie wüssten das von Anfang an. Den Menschen ist das nicht so dargestellt worden.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Wir haben es immer gesagt.)

Ja, Sie haben es immer gesagt. Sie haben die Menschen in den Staatlichen Umweltämtern nicht mitgenommen. Das wissen Sie ganz genau. Und wenn die das gewusst hätten, dann hätten sie das nicht so in unserer Anhörung vorgetragen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion rufe ich Abgeordneten Primas auf

Abgeordneter Primas, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Becker, wenn Sie das Haushaltsbegleitgesetz und die Kommunalisierung gut gefunden hätten, dann hätte ich mir überlegt, ob wir etwas falsch gemacht haben.

(Beifall CDU)

Nach dem Redebeitrag habe ich diese Sorge nicht mehr. Herr Ministerpräsident, wir sind da schon auf dem richtigen Weg. Es wird Ihnen auch nicht gelingen, die Bevölkerung wieder aufzubringen, was die Kleinkläranlagen anbelangt. Wir sind dabei, das abzuarbeiten. Aber erst sind einmal die Verbände dran, die jetzt sagen müssen, wo sollen denn Kleinkläranlagen hin und wo wollen wir noch leitungsgebunden entsorgen. Wenn das alles geklärt ist, dann werden wir wissen, welcher Bedarf noch vorhanden ist. Dann können wir auch über die Zahlen reden, Herr Kummer. Es wird nicht gelingen, dass wir wie bei anderen Sachen die Bevölkerung wieder verrückt machen, das wird nicht laufen.

Noch eine kleine Replik auf gestern, was den Wirtschaftshaushalt anbelangt. Dr. Schubert, nachwachsende Rohstoffe, hat wieder das Pferd geritten, EEG, die CDU im Bund wäre dagegen gewesen, das wäre so etwas von schlimm. Ich will es nun noch einmal sagen, auch wenn Sie es noch zehnmal wiederholen, wird es deswegen nicht wahrer. Was wir jetzt aber erleben, wo es aktuell ist, ist, dass im Bund die SPD nicht mitmacht beim Stopp der Biodieselbesteuerung. Nein, wir machen jetzt die zweite Stufe und werden in Thüringen viele, viele Betriebe, die sich eingerichtet haben auf Biodiesel, jetzt zugrunde richten. Das ist das Ergebnis, die richten wir jetzt zugrunde. Statt den Leuten mal zu sagen, Biodiesel ist genau das Richtige, werden die Signale immer falsch gesandt. Bedauerlicherweise ist das, was man sagt und das, was man tut, immer in diesem Bereich sehr unterschied-

Das zentrale Element, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in diesem Haushalt für die Landwirtschaft die Förderinitiative ländliche Entwicklung in Thüringen, FILET genannt. Und da - Frau Becker, Sie haben das gelobt, dass das so gut läuft - muss ich zum Minister sagen, da müssten wir noch mal hinschauen, Volker, ob wir da nicht etwas falsch gemacht haben. Ich sage das so einfach: 700 Mio. € EU-Mittel allein für dieses Programm, durch GA und Land kofinanziert, gehen in diesen Bereich

1,1 Mrd. €. Das muss man sich mal vorstellen, das ist doch ein Haushalt, der lässt doch im ländlichen Raum keine Frage offen, da sind wir doch voll dran. Wo sind denn die Vorschläge von der Opposition bezüglich des ländlichen Raums? Ich habe das das letzte Mal schon gesagt: Wo sind sie denn? Sie kommen nicht.

Bei der Dorferneuerung, meine Damen und Herren, sind wir in 2008 mit 34 Mio. € und 2009 mit 32 Mio. € drin. Das ist eine Schlüsselrolle für die Lebensqualität im ländlichen Raum. Dieses Förderprogramm "Dorferneuerung" ist ein absolutes Highlight.

(Beifall CDU)

Das müssen wir weiterentwickeln und auch durchziehen. Jawohl, da gibt es das Problem - Frau Becker hat es angesprochen -, das ist die Förderfähigkeit der Mehrwertsteuer. Das ist ein Problem, das ist über die EU gekommen. Da muss man auch mal schauen, machen die anderen Länder das ähnlich oder wie können wir es regeln. Also wir müssen das Thema aufgreifen, wir müssen darüber reden - keine Frage. Das ist klar. Aber durch die Anhebung des Fördersatzes wird das nicht funktionieren und noch dazu über den Antrag der SPD, rückwirkend den Fördersatz anzuheben ab 01.01.2007. Das geht überhaupt nicht, meine Damen und Herren. Wir regeln in diesem Haushalt auch nicht die Fördersätze, sondern wir geben die Budgets frei. Dann müssen wir schauen, das geht nicht. Ich denke mal, dabei muss man auch, weil es GA-Mittel sind, den Fördergrundsatz für den integrierten ländlichen Raum berücksichtigen, da müssen wir die Agrarstruktur und den Küstenschutz verbessern, die Richtlinie beachten. All das geht so einfach nicht, wie das in dem Antrag der SPD dargestellt ist. Das funktioniert nicht.

Meine Damen und Herren, Höchstsatz für die Gemeinde sind 65 Prozent, nicht 75. Das haben wir auch nur bekommen - das muss man noch mal sagen -, weil wir Ziel-1-Gebiet sind. Das senkt sich ab auf 45 Prozent. Hier von 75 Prozent zu reden, ist einfach falsch. Das kann man nicht machen. Ich denke nur, der Entschließungsantrag muss zwingend abgelehnt werden. Die Landwirtschaft, einzelbetriebliche Förderung 2008, AFP-Programm 38,2 Mio. €, hier können sich die Landwirte für die Zukunft neu ausrichten, das Geld können wir zur Verfügung stellen, das ist eine ganze Menge. Im Jahr 2009 sind es 23,3 Mio. €, für den Naturschutz und für die Landschaftspflege sind es im Jahr 2008 51 Mio. €, im Jahr 2009 sind es 42 Mio. €, davon KULAP - Kultur- und Landschaftsprogramm - 42,3 Mio. € im Jahr 2008. Ich denke, das sind doch Superzahlen für die Landwirtschaft, die Sicherheit geben.

Für den Forst - zu dem Antrag der SPD komme ich dann noch - sind im Jahr 2008 10 Mio. € und in 2009 8,1 Mio. € enthalten. Das ist eine Verdoppelung der Möglichkeiten der Wiederaufforstung. Ich denke, das ist die richtige Antwort auf Kyrill.

(Beifall CDU)

Wir sind froh, dass sich die EU nach diesem Sturm solidarisch zeigt und Gelder für den Staatswald, für den Kommunalwald und für die Privatwaldbesitzer zur Verfügung stellt. Wir haben einen Antrag gestellt - und der ist im Haushalt auch so drin -, dass wir den Leertitel zur Abwicklung für den Kommunalwald - die 3 Mio. € - aus diesem Topf bekommen. Dass wir das eingerichtet haben, ich denke, darüber freuen sich hoffentlich auch die Kommunen. Dieser Leertitel ist in der Richtung etwas Positives -

(Zwischenruf aus dem Hause)

ja, ich habe in die Richtung schon geschaut, das ist schon so.

Meine Damen und Herren, benachteiligte Gebiete sind auch immer so ein Spitzenthema. Darüber haben wir auch neulich noch mal diskutiert, die Anhebung der Untergrenze auf 10 Hektar Förderfähigkeit, das sind 40 Prozent der Anträge - Bürokratie. 40 Prozent der Gesamtanträge für zwei Prozent Fläche und zwei Prozent Summe. Ich denke, das war angemessen, so zu handeln, diese auf 10 Hektar Untergrenze anzuheben.

Meine Damen und Herren, die Änderungsvorschläge der SPD und auch der LINKEN - ich hätte heute erwartet, dass noch ein paar Anträge für den Haushalt kommen von Herrn Kummer, Frau Becker.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wo sollen wir denn die Informationen hernehmen?)

Tut mir leid, Sie haben nur Probleme angesprochen, aber nicht einen einzigen Vorschlag gemacht, wie wir das lösen könnten, nicht einen einzigen.

(Beifall CDU)

Bis auf die Mittelaufstockung für den Nationalpark zielen die Änderungsvorschläge der Opposition darauf ab, andere Titel in anderen Haushaltsplänen zu bedienen. Der Haushalt 09 - Landwirtschaft - wird als Steinbruch genutzt mit diesen Anträgen für ganz andere Geschichten. Das ist einmalig und widerspricht dem, was Sie hier erzählen. Hätte ich doch nur von dem, was Sie hier wollten, auch nur einen Antrag hier gesehen. Das ist nicht der Fall. Der eine will Aufstockung im Nationalpark, das wird nicht funktionieren

mit uns. Wunschträume von einzelnen Landräten können wir nicht erfüllen. Das läuft nicht.

(Beifall CDU)

Dann darf ich mal auf einige Anträge eingehen. Mein lieber Mann, Kürzungen der Ausgaben für die Landwirtschaftsämter, die sollten sich keine Computer mehr kaufen. Wie sollen sie denn arbeiten? Ich weiß es nicht. Das Allerhärteste ist, Herr Kummer hatte es vorhin gesagt, die jungen Menschen, die wir unbedingt einstellen müssen, da kommt ein Antrag, ich weiß gar nicht, ob er von der SPD oder der LINKEN ist, Mittel zu kürzen bei der Ausbildung im Landwirtschaftsbereich. Hallo!

(Unruhe CDU)

Das muss man sich doch mal ernsthaft vorstellen und dann hören wir hier, wir müssen etwas für die jungen Menschen tun. Was ist denn hier los?

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Könnten Sie bitte mal ordentlich lesen?)

Das habe ich ordentlich gelesen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist nicht von uns.)

Dann wird hier über die Landesanstalten gesprochen und Anträge sind da auf Kürzung der Mittel für die Landesanstalt für Umwelt und Geologie und für die TLL - Kürzungen in Höhe von 200.000 € dort und 150.000 € bei der TLUG. Das ist ja egal, wo ich dann hinschaue, das ist das Gleiche.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist nicht egal.)

Das ist schon schlimm, das tut mir leid, wenn man sich hinstellt und sagt, wir müssen diese Anstalt unbedingt unterstützen und halten und dann kommen Anträge auf Kürzung der Mittel.

Dann der Antrag der SPD - Frau Becker, jawohl, Sie haben recht, es war nicht die Stärkung der Jagd im Einzelnen, Sie wollten dort mehr Geld erzielen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Arme Rehe!)

(Unruhe CDU)

Wenn wir das erfüllen wollten, müsste der Minister jetzt eine Anweisung geben, dass wir alle Feldmäuse

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Alle Hasen.)

nicht mehr vergiften, sondern mit Schrot erschießen, damit wir sie abziehen und Pelzmäntel davon machen können, dann wird das vielleicht noch gehen.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, das zu realisieren, würde bedeuten, dass nicht ein Stück Wild mehr durch unsere Wälder streift.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Ganz bestimmt. Das glauben Sie doch selber nicht.)

Es tut mir leid, aber man soll nicht wie ein Blinder von der Farbe reden, das sollte man lassen.

(Beifall CDU)

Bloß populistisch auf irgendetwas aufzuspringen, finde ich eigentlich skandalös. Das tut mir leid, dass ich das sagen muss. Solche Anträge sind eigentlich irrrealistisch, überhaupt nicht zielführend und helfen uns kein Stück weiter.

Meine Damen und Herren, der Haushalt Landwirtschaft und Forsten ist solide, hilft der Landwirtschaft weiter und wir sollten ihm in Gänze zustimmen, weil das die Zukunft ist. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ein Großteil der Gelder, die im Haushalt eingestellt sind für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, kommt aus der EU und man meint dann, man hat wenig Gestaltungsspielräume. Sie haben es als Highlight verkauft; wir sagen, die Gestaltungsspielräume, die da sind, muss man auch nutzen, und zwar für die Sachen, die man erreichen will, Herr Primas. Die Kürzungen der Mittel, die wir vorgeschlagen haben, unsere Änderungsanträge betreffen vor allem die erhöhten Ausgaben aufgrund von Dienstleistungen und Auslagerungen. Man gibt eine Dienstleistung nach außen, dann wird sie viel teurer und dann müssen wir mehr Geld im Haushalt einstellen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Kooperation mit anderen Ländern.)

Da sagen wir, das kann doch nicht sein, das kann auch im Haus, im Ministerium erledigt werden und

deswegen kann man hier auch Deckungen für andere ganz wichtige Probleme in unserem Land herholen. So sehen unsere Änderungsanträge aus und so haben wir das auch dargestellt.

(Beifall DIE LINKE)

Der Einzelplan 09, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung - was ist da Besonderes? Da will ich nicht großartig eingehen auf das Thema "Jagd", obwohl das natürlich einen besonderen Witz hat, weil es in der DDR gewissen Leuten immer vorgeschmissen worden ist, dass sie Riesenjagdgäste ausgeführt haben und jetzt offenbar unter anderer Farbkonstellation genau dasselbe passiert.

(Beifall SPD)

Herr Minister ist kein Jäger, ich bin auch kein Jäger, insofern kann ich das ganz im Detail nicht beurteilen, aber von der Frage des Ökosystems her muss ich schon sagen, dass der Deckungsantrag von der SPD, wenn man Wild und Wald ganzheitlich als Ökosystem betrachtet, ausgemachter Blödsinn ist und dem werden wir nicht zustimmen.

Biodieselbesteuerung: Herr Primas, Ihre Partei sitzt mit der SPD in der Regierung und bringt die Besteuerung. Wir als LINKE haben von Anfang an, schon 2005, gesagt, diese Pläne sind völlig daneben.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das klang jetzt fast wie Konrad.)

Ein großes Problem mit diesem Haushalt war, dass zum Zeitpunkt der Vorlage des Einzelplans 09 das EU-Programm ELER, also unser Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums, noch gar nicht mit bewilligten Zahlen untersetzt war. Diese sind dann erst nach der Beratung des Einzelplans im Haushalts- und Finanzausschuss nachgereicht worden. Der Zeitverzug ist seitens der Landesregierung damit begründet worden, dass die EU-Kommission das Landesprogramm zur Förderung des ländlichen Raums noch nicht bestätigt hätte. Die Bestätigung kam jetzt endlich Ende letzten Monats, nachdem die Landesregierung im Sommer noch mal kräftig nacharbeiten musste, was natürlich auch gedauert hat. Für manche Betriebe war und ist das existenzbedrohend, weil sie in ein sogenanntes Förderloch gefallen sind. Da hilft es nichts, meine Damen und Herren, die Schuld auf die EU abzuschieben.

(Zwischenruf Abg. Krauße, CDU: Ist die Redezeit noch nicht zu Ende?)

Übrigens möchte ich im Namen meiner Fraktion zum wiederholten Male zum Ausdruck bringen, dass der Begleitausschuss doch bitte auch für die Abgeordneten des Landtags zugänglich gemacht werden sollte. Das ist geboten, wenn man es ernst meint mit Offenheit und Transparenz. Da kann ich dem nicht folgen, dass wir im Ausschuss immer alles mit besprechen können, weil es sozusagen immer danach passiert und man wenig Einfluss nehmen kann.

Ich sehe auch eine Gefahr für bestimmte Bereiche der flächendeckenden Landwirtschaft. Die Gefahr sehe ich darin, dass die Förderung für Betriebe in benachteiligten Gebieten weiter zurückgeht. In der "Ostthüringer Zeitung" vom 7. Dezember konnten wir lesen, dass das Thema "Hofsterben" auch in Thüringen angekommen ist. Die Zeitung geht auf Zahlen der Landesanstalt für Statistik ein, die besagen, dass im Vergleich zu 2005 im letzten Jahr 8,3 Prozent weniger landwirtschaftliche Betriebe registriert waren. Aufgegeben hätten vorwiegend sehr kleine Betriebe mit einer Flächenausstattung von bis zu 10 Hektar. Das sind wahrscheinlich genau die Nebenerwerbsbetriebe, die bislang Förderung erhalten haben und jetzt auch in Aussicht gestellt bekommen haben, dass sie nichts mehr bekommen, weil die Fördergrenze auf über 10 Hektar angehoben wurde. Obwohl man durchaus unterschiedlicher Bewertung über diese Kleinst- und Nebenerwerbsbetriebe sein kann, ist es für die Betroffenen sicherlich nicht einfach, aufzugeben.

Andererseits hat Herr Staatssekretär Baldus in der letzten Sitzung des Agrarausschusses dargestellt, dass gegenüber der EU auch in den weiteren Verhandlungen zur Weiterführung der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Thüringer Interessen gekämpft wird. Die EU besteht mittlerweile aus 25 Mitgliedstaaten und der Geldtopf muss daher auf viele aufgeteilt werden. Das ist in Ordnung. In Ordnung ist aber nicht, dass seitens der Kommission wieder einmal Front gemacht wird gegen die großen Betriebe in Ostdeutschland, indem die Förderung gekappt wird, ohne die konkreten Bedingungen der Eigentümerstrukturen und versicherungspflichtiger Arbeitsplätze in Betracht zu ziehen. Das ist unseriös und entspricht nicht einer realistischen Bewertung der Situation

Sehr geehrte Damen und Herren, am 4. Dezember haben die Länder und der Bund im Planungsausschuss Agrarstruktur und Küstenschutz beschlossen, neue Maßnahmen in die Gemeinschaftsaufgabe aufzunehmen, beispielsweise die Förderung der dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien oder einzelbetriebliche Energieberatungen. Man greift also offenbar den positiven Trend, der Landwirt ist auch Energiewirt, auf und prüft Förderprogramme. Für mich vorstellbar ist hierbei ganz konkret die

Förderung von Bioenergiedörfern. In Thüringen gibt es erst drei Bioenergiedörfer. Es müssen also deutlich mehr werden, wenn wir es ernst meinen mit dem Klimaschutz und der dafür erforderlichen Energiewende.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf unseren Entschließungsantrag "Masterplan Energieoffensive für Thüringen" eingehen. Wir fordern die Landesregierung hier auf, in einem ersten Schritt für einen Masterplan Energieoffensive alle Förderprogramme und Richtlinien zu überprüfen bzw. zu nutzen, um erneuerbaren Energien Vorfahrt zu gewähren.

Lassen Sie mich das am Beispiel der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum aus FILET durchdeklinieren. Bei allen Fördermaßnahmen kann hier z.B. das Bewilligungskriterium "energetische Nachhaltigkeit" aufgenommen werden, insbesondere im Vitalitätscheck, über den ich übrigens noch nichts Genaues gefunden habe. Das habe ich schon das letzte Mal im Plenum angesprochen. Aber in diesen Vitalitätscheck z.B. bei der Dorferneuerung könnte dieses Bewilligungskriterium ohne Bedenken aufgenommen werden. Herr Minister Dr. Sklenar, hier ist viel möglich. Die Möglichkeiten müssen auch genutzt werden. Wir sind davon überzeugt, dass sich auch in den anderen Förderprogrammen solche Anknüpfungspunkte einbauen bzw. finden lassen, um die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und die nachhaltige Energienutzung anzuschieben. Eine solche übergreifende Betrachtung und das sogenannte Durchdeklinieren der Umstellung auf eine dezentrale Energieversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energien ist unumgänglich für einen wirklichen Schritt nach vorn beim Klimaschutz.

(Beifall DIE LINKE)

Daher bitte ich Sie, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Redeanmeldungen seitens der Abgeordneten mehr vor. Für die Landesregierung Minister Dr. Sklenar bitte.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Egon Primas, herzlichen Dank für deine Rede. Du hast ja das Wesentlichste angesprochen. Der Haushalt ist mehr als das, was hier bisher gekommen ist.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD)

Lieber Herr Döring, wenn Ihnen meine Rede nicht passt, dann würde ich Sie bitten, den Raum zu verlassen, ganz einfach.

(Beifall CDU)

Dieses unqualifizierte Dazwischengequatsche würde ich mir bei Ihnen nie wagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe bei dem Haushalt ganz andere Sorgen. Sie wissen alle, dass wir eine Förderperiode abgeschlossen haben, dass wir gegenwärtig bei der Abfinanzierung sind und dass ab 2007 bis 2013 eine neue Förderperiode auf uns zugerollt ist vonseiten der Europäischen Union, die uns einmal neue Fördertatbestände beschert hat, aber zum anderen - und das ist viel gravierender - ein Minus von 150 Mio. €. Das hat Auswirkungen auf alle Förderprogramme, die wir in diesem Haushalt haben. Dazu kommt, dass insgesamt gesehen auch vonseiten der Europäischen Union immer wieder darauf angespielt wird, dass der Agrarhaushalt in allen Ländern globaler gesehen werden sollte und globaler gesehen werden muss und dass aus diesen Haushalten noch viel mehr herauszuholen ist. Wahrscheinlich hat die Opposition bei den Anträgen, die sie gestellt hat, auch daran gedacht, denn ich wäre nie auf die Idee gekommen so viel Freude ich auch an der Jugendfeuerwehr oder an anderen Dingen habe, an der Polizei habe, an Bibliotheken habe, an Förderschulen habe -, dass wir das aus unserem Haushalt finanzieren sollen. Ich habe noch 10 Mio. € im nächsten Jahr für Landesprogramme. Damit wollen wir noch eine ganze Reihe Sachen machen und durchführen und wenn davon noch weitere Gelder abgehen, dann können wir es zumachen. Herr Primas hat es schon gesagt, ich habe es auch nicht verstanden, warum wir auf der einen Seite immer wieder fordern, wir müssen mehr für die Jugend tun, wir müssen mehr für die Ausbildung tun und es ist hier wieder angesprochen worden, dass wir auch in unserem Haus etwas mehr tun müssen, um für den Nachwuchs etwas zu schaffen und auf der anderen Seite man aber hier fordert, Mittel abzuziehen und woanders einzusetzen.

Aber lassen Sie mich noch mal einige wenige Worte dazu sagen. Wir bekommen - und das ist ja die Crux an der ganzen Geschichte, ich sagte es bereits - die meisten Gelder von der EU und vom Bund, die wir dann dementsprechend in Förderprogramme eingeplant haben. Unsere Schwerpunkte in der Förderung sind die Dorferneuerungen. Auch dazu ist etwas gesagt worden. Hier muss ich dazu sagen, dass aber auch die Mittel weniger geworden sind. Wir können hier auch nicht mehr aus dem Vollen schöpfen. Das bedeutet, dass auch die Förderprogramme etwas

anders gestrickt werden müssen. Mir gefällt das mit der Mehrwertsteuer auch nicht, das sage ich ganz ehrlich, aber wir müssen uns an die Gegebenheiten halten.

Ein vierter Schwerpunkt ist das Agrarinvestitionsförderprogramm, das AFP, was ganz wichtig ist, um den weiteren Ausbau der Wertschöpfung in der landwirtschaftlichen Produktion und die Verbesserung der betrieblichen Effizienz durchzuführen, Investitionen durchzuführen, um die Arbeitsplätze zu halten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, Fragen der Marktstruktur, Fragen des Naturschutzes und der Landschaftspflege - vor allem in der Natur- und Landschaftspflege geht es hauptsächlich darum, unsere Programme zur Förderung von umweltgerechten landwirtschaftlichen Produktionsverfahren - ob das z.B. KULAP ist - hier zu erhalten und dementsprechend auch weiter auszubauen. Aber es geht uns auch um die Entwicklung von Natur und Landschaft und die Naturschutzgroßprojekte, die wir nach wie vor auch unterstützen und fördern wollen.

Und, Frau Scheringer-Wright, Förderung ist nicht alles. Wir müssen uns in der Landwirtschaft darauf einstellen, dass das in den nächsten Jahren noch weniger wird. Sie haben hier kurz angerissen, was die EU mit der Degression und mit der Umverteilung der Fördermittel plant, wo wir von Anfang an dagegengehalten haben und auch weiter dagegenhalten werden, weil das nicht gerecht ist, was da gemacht wird. Man muss das einmal ganz einfach auch umrechnen auf den Hektar und nicht einfach sagen, der Betrieb erhält 100.000 € und der andere erhält 10.000 € und dabei vergisst, dass der eine Betrieb 2.000 Hektar hat und der andere nur 20 Hektar. Das muss man umrechnen auf die Hektar und dann sieht das ganz anders aus. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. Aber jeder Betrieb ist gut beraten, sich Standbeine zu schaffen und mit Standbeinen zu arbeiten, die es ihnen in der Zukunft ermöglichen, in der Landwirtschaft weitestgehend nur noch mit einem begrenzten Umfang an Fördermitteln auszukommen. Ich bin sehr froh darüber, dass die Erzeugerpreise bei vielen Produkten angezogen haben und dadurch unsere Landwirtschaftsbetriebe doch etwas besser stehen.

Nun einige Worte zur Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Wir werden 2008 etwa 70 Mio. € einsetzen und 2009 41 Mio. €. Das sind alles Mittel, die außerhalb des KFA sind, denn der KFA, wie Sie ja wissen und wie wir hier diskutiert haben, ist anderweitig aufgeteilt worden. Hochwasserschutz und Unterhaltung an Gewässern 1. und 2. Ordnung werden mit rund 18 Mio. € 2008 und 17 Mio. € 2009 unterstützt werden. Nach wie vor ist der weitere Ausbau des Hochwasserschutzes und der Rückhaltebecken natürlich für uns primär und wir haben eine Prioritä-

tenliste aufgestellt. Auch das, was Tilo Kummer hier angesprochen hat mit den Rückhaltebecken in Angelrode, Eisenach, das wird auch in den nächsten Jahren mit in Angriff genommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was den Ostthüringer Raum betrifft, was ja immer wieder angesprochen worden ist: Wir sind gegenwärtig dabei, auf der Grundlage von vernünftigen Planungen eine Konzeption zu erarbeiten, wie wir das in den nächsten Jahren abarbeiten wollen, wobei das Sanierungskonzept für Weida nicht vorsieht, 2010 zu sanieren. Wir müssen das in den nächsten Jahren machen, das ist richtig. Wir haben ja noch eine Mündliche Anfrage, dazu werde ich heute Nachmittag in dieser Form noch einmal Stellung nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein paar Worte noch zur Behördenstrukturreform, wie vorgesehen. Wir sind eigentlich ganz gut aufgestellt in dieser Frage. Es gibt immer wieder Gespräche mit den Personalräten der einzelnen Umweltämter. Das letzte Gespräch hat am 06.12. in völliger Eintracht stattgefunden; es konnten wieder eine ganze Reihe an Problemen gelöst und Fragen beantwortet werden. Ich verstehe deswegen nicht, dass am 10.12. dann ein offener Brief angeflattert kommt mit denselben Fragen, die wir am 6. beantwortet haben. Das ist ein Unding, das nicht zu verstehen ist. Wir machen jeden Monat eine Gesprächsrunde mit den Personalräten, um die anstehenden Fragen zu klären und bisher war das alles einvernehmlich, deswegen bin ich etwas verwundert darüber. Wir werden das auch alles, was die Aufgabenübertragung betrifft, was die Personalfragen betrifft, in der nächsten Zeit vernünftig und richtig, so wie sich das gehört, klären, denn an dieser Stelle nehmen wir uns sehr viel Zeit und werden sehr viele Gespräche führen.

Zur Umsetzung der Kommunalisierung sind entsprechende Haushaltsvermerke eingestellt worden, mit denen die Finanzierung der Erstattung für die übertragenen Aufgaben an die Kommunen sichergestellt wird. Ich begrüße an dieser Stelle, dass die CDU-Fraktion eine entsprechende Anpassung des Haushaltsvermerks mit einem Änderungsantrag vorgenommen hat, damit die Kostenerstattung in vollem Umfang auch dementsprechend durchgeführt werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder hätte immer in seinem Haushalt noch mehr Geld, noch mehr Finanzen, jeder möchte damit noch mehr Aufgaben durchführen. Ich denke, unser Haushalt ist so aufgestellt, dass wir damit auch in den nächsten Jahren über die Runden kommen können, dass er vernünftig ist. Jetzt geht es ganz einfach darum, ihn mit Leben zu erfüllen und das so umzusetzen, wie wir uns das vorgenommen haben. Herzlichen Dank der

CDU-Fraktion für die Unterstützung, die sie uns bei der Erstellung des Haushalts gegeben hat. Ich bitte ganz einfach um Zustimmung zu dem Einzelplan 09. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit kann ich, glaube ich, die Aussprache zum Komplex Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt schließen.

Ich rufe auf den Einzelplan 10 - Ministerium für Bau und Verkehr -, dazu den Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen -. Die Redezeiten für die Fraktionen gestalten sich wie folgt: Die CDU hat 24 Minuten, die Fraktion DIE LINKE 18 und die SPD 13 Minuten Redezeit. Ich rufe als Erstes auf für die Fraktion DIE LINKE den Abgeordneten Lemke.

Abgeordneter Lemke, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Einzelplan 10 zeigt sehr deutlich, diese Regierung hat abgewirtschaftet, sie ist fertig. Sie sollte eigentlich die weiße Fahne als Zeichen der Kapitulation hissen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber selbst dafür reicht ihre Kraft nicht mehr. Bestes Beispiel war eben die Rede des Ministers für Agrar und Umwelt. Herr Minister, ich mache mir echt Sorgen um Sie, ich habe Sie noch nie so lustlos, so emotionslos gesehen. Es wird wirklich Zeit, Sie in den Ruhestand zu verabschieden, Sie haben sich den redlich verdient,

(Unruhe CDU)

Sie zumindest, ja.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Frechheit.)

Im Folgenden werde ich dafür sorgen, dass das so emotionslos hier im Einzelplan 10 nicht weitergeht.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Gehen Sie!)

Dazu werde ich Ihnen einfach mal den Spiegel vorhalten. Was man daran sehen kann, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Der Wille und die Fähigkeit, dieses Land voranzubringen, sind unterentwickelt ausgeprägt; das Vermögen, dieses Land zu gestalten, ist schon sehr lange abhandengekommen. Alles Vorhandene wird nur noch verwaltet, und das auch noch schlecht, ohne Ideen und völlig einfallslos.

Meine Damen und Herren, Herr Minister Trautvetter und besonders mein werter Kollege Schugens - der ist leider nicht da -, bevor Sie mir später wieder vorwerfen, ich würde alles nur schlechtreden und die Erfolge, die erzielt worden sind, nicht sehen und anerkennen wollen, Ihnen sage ich: Ja, in Thüringen ist einiges geschafft und bewegt worden nach dem Mauerfall. Aber das, was geschafft wurde, wird seit Jahren nur noch verwaltet. Ein weiterer innovativer Aufbau findet nicht statt, stattdessen werden Leistungen, die mal hart erarbeitet worden sind, zurückgefahren. Wir entwickeln uns rückwärts und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall DIE LINKE)

Sie sind unfähig, sich den Herausforderungen der Gegenwart mit politischen Weichenstellungen zu stellen. Sie haben keine oder die falschen Antworten auf die aktuellen Fragen des Verkehrs. Klimawandel, Feinstaub, Verkehrsverlagerung, Verkehrssicherheit zu all diesen Dingen falsche Entscheidungen, die für die Zukunft fatale Folgen haben werden. Wo sind Ihre Angebote, um die Menschen in diesem Land zum Umstieg vom Individualverkehr zum ÖPNV zu bewegen? Es gibt sie nicht. Sie schaffen es durch Ihre verfehlte Politik, noch mehr Menschen vom ÖPNV abzuhängen - permanente Preiserhöhungen, ein Ausdünnen des Angebots, Buslinien fast nur noch da, wo eine Kopplung mit dem Schülerverkehr möglich ist. Sie haben die Herausforderungen, die uns der Klimawandel und die Feinstaubproblematik auferlegen, entweder nicht erkannt oder Sie sind unfähig darauf zu antworten. Anstatt in den ÖPNV zu investieren, halten Sie starr an einem ÖPNV-Gesetz fest, was längst überholt ist und den aktuellen Gegebenheiten längst nicht mehr gewachsen ist. Sie halten daran fest, dass der straßengebundene ÖPNV in den Händen der Kommunen zwischen den einzelnen Interessen- und Finanzlagen auf der Strecke bleibt und damit die Menschen sich von ihm abwenden. Sie schauen tatenlos zu, dass in dieser praktizierten und durch Ihre Entscheidungen begünstigten Kleinstaatlichkeit Linien an den Kreisgrenzen brechen, dass es teilweise keine Verknüpfungen mehr gibt, dass Anschlussrelationen abhanden kommen. Wir haben mit der Nahverkehrsservicegesellschaft eigentlich ein Instrument, welches den Nahverkehr in Gänze bearbeiten und regeln könnte. Natürlich muss dabei die Struktur und die finanzielle Ausstattung verändert werden. Aber das dürfte nicht das Problem sein, denn wir zahlen den Nahverkehr in Thüringen fast ausschließlich aus einem Topf. Dieser Topf heißt "Regionalisierungsmittel" und kommt vom Bund. Eigene Mittel setzt Thüringen doch fast nicht mehr ein. Genau das ist dem fehlenden Gestaltungswillen dieser Regierung geschuldet. Thüringen baut ausschließlich auf Bundesmittel und eine eigenfinanzierte Politik findet nicht statt. Da wir also nur noch einen Geldtopf haben und ansonsten alle um den gleichen Fahrgast rangeln, wäre die Nahverkehrsservicegesellschaft das richtige steuernde Element.

Meine Damen und Herren, mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf untermauern Sie erneut sehr eindrucksvoll, wie Sie zukunftsfähige Verkehrspolitik verstehen. Sie orientieren unverändert auf Großprojekte, die haushaltspolitisch unsinnig, verkehrspolitisch fragwürdig und umweltpolitisch katastrophal sind. Einweihungspartys und Bändchen durchschneiden sind Ihnen wichtiger als Nachhaltigkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, dieser Minister ist nicht gewillt, in die Zukunft zu schauen und er ist nicht gewillt, die Auswirkungen seiner Verkehrspolitik objektiv zur Kenntnis zu nehmen. Deshalb fehlen geeignete Maßnahmen und deshalb fehlt natürlich auch die finanzielle Ausstattung, um erfolgreich und nachhaltig gegenzusteuern. Ich will Ihnen diese Situation anhand aktueller Fakten beschreiben. Nehmen wir als Erstes den Schienenpersonennahverkehr. Jedes Jahr verabschieden wir uns mehr und mehr von dem Anspruch, in der Fläche präsent zu sein. Der Öffentlichkeit wird aufgrund verkürzter Darstellungen jedoch vorgegaukelt, dass dem nicht so wäre, da die Schienenkilometerleistung nicht geringer wird. Richtig ist, dass stark frequentierte Strecken verstärkt werden und dafür in der Fläche Leistungen nicht mehr bestellt werden. Kunden aus der Fläche werden abgehängt und gehen dem umweltfreundlichen Nahverkehr verloren. Aber auch mit den verbleibenden Kunden gehen wir alles andere als kundenfreundlich um. Es ist inzwischen schon zum Ritual geworden, dass mit jedem Fahrplanwechsel die Preise im SPNV ansteigen. Einen wirklich wahrnehmbaren Protest dieser Landesregierung konnte man nicht erkennen. Diese Landesregierung nimmt es auch völlig gelassen hin, dass Bahnhöfe des Regionalnetzes durch die DB AG an ein Konsortium verkauft werden - 49 an der Zahl, ohne, dass man Proteste dagegen hört. Klar gehören die Bahnhöfe der DB. Klar ist aber auch, dass die Bahnhöfe zur Leistung, die wir im Nahverkehr einkaufen, dazugehören sollten. Weniger Bahnhöfe heißt noch weniger Service, heißt Verlust an Attraktivität und heißt letztendlich weniger Kunden. Ist das das Ziel dieser Landesregierung? Wenn die Bahn in der Fläche verschwindet, dann müsste eigentlich im Sinne des ÖPNV-Gesetzes das Angebot durch Buslinien ersetzt werden.

Meine Damen und Herren der Landesregierung und der CDU-Fraktion, Sie betonen ständig, wie wichtig Ihnen die Erfüllung der Mobilitätsansprüche der Menschen in diesem Lande ist. Aus Ihrem Haushalt ist das zumindest für den Bereich ÖPNV nicht nachzuvollziehen. Sie haben die Bezuschussung zu den

Betriebskosten der Busunternehmen kontinuierlich Jahr für Jahr heruntergefahren mit der Folge, dass auch ein Verkehr mit Bussen in die Fläche nur noch sehr ausgedünnt stattfindet, und das auch nur dort, wo Schülerverkehr mit Linienverkehr gekoppelt ist. Die Unternehmen sind auf die Zuschüsse im Rahmen von Schüler- und Ausbildungsverkehr angewiesen und fahren demzufolge fast ausschließlich diese Strecken. Ein kontinuierlicher und zumindest bedarfsgerechter ÖPNV - und da reden wir noch nicht von einem angebotsorientierten Nahverkehr, wie es angesichts der aktuellen Herausforderung nötig wäre - findet in der Fläche kaum noch statt. Dafür ist Ihre Politik, meine Damen und Herren der Landesregierung und der CDU-Fraktion, verantwortlich. Sie verstoßen damit gegen ein Gesetz, das Sie selbst verfasst und erlassen haben. Ich weiß, es stört Sie nicht. Trotzdem werde ich Sie ständig daran erinnern.

Sie haben in das Thüringer ÖPNV-Gesetz geschrieben: "ÖPNV ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Er soll im Interesse der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen." Sie verstoßen seit Jahren gegen Ihr eigenes Gesetz und Sie zwingen die Thüringerinnen und Thüringer förmlich in den Individualverkehr.

Meine Damen und Herren, damit leider nicht genug. Ihre Verkehrspolitik ist dafür verantwortlich, dass Busunternehmen in große Probleme geraten sind und weiter geraten. Sie haben zugelassen und auch noch gefördert, dass sich viele Unternehmen völlig verschuldet haben in der Hoffnung, durch hochmoderne, teilweise überdimensionierte Betriebshöfe und einer Busflotte auf dem neuesten und modernsten Stand gewappnet zu sein für den Wettbewerb in Thüringen. Die Busunternehmen haben dieser Landesregierung geglaubt. Sie haben sich hoch verschuldet und sie werden noch Jahre daran zu zahlen haben. Sie mussten jedoch sehr schmerzvoll feststellen, dass sie dieser Partner, der sie einst ermuntert hat, in Größenordnungen zu investieren, sehr schnell im Stich gelassen hat. Diese Landesregierung ist ein höchst unzuverlässiger Partner und unglaubwürdig dazu.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns jetzt über ein anderes unrühmliches Kapitel der Verkehrspolitik reden - über den Luftverkehr. Seit Jahren leistet sich das Land den Luxus, Linien im Luftverkehr zu subventionieren, sie subventioniert Jahr für Jahr ohne ein Konzept zu haben, wie es denn mit dem Regierungsflughafen Erfurt weitergehen soll. Sind Verträge ausgelaufen, werden Verpflichtungsermächtigungen bemüht, um neue Linien einzukaufen, die außer der Regierung und der CDU-

Fraktion nur noch die Herren Grusser von der IHK-Mittelthüringen und Grosser von der Thüringer Allgemeinen zu brauchen scheinen. Fluggesellschaften kommen und gehen. Jeder neuen Linie wird sofort eine Erfolgsstory vorhergesagt. Allein die Fluggesellschaften scheinen nicht so sehr auf Erfolg zu stehen, denn sie sind relativ schnell wieder weg. Millionen für Liniensubventionierungen sind genauso verbranntes Geld wie die Kosten für einen völlig überdimensionierten Ausbau des Erfurter Flughafens. Der Landesrechnungshof kritisiert die Subventionen. Die Landesregierung ist davon jedoch völlig unbeeindruckt und subventioniert fleißig weiter. Gefördert werden soll jedoch möglichst nur in Erfurt. Der aufstrebende Flugplatz in Altenburg-Nobitz wird dagegen an der langen Leine geführt. Hier tut man sich sehr viel schwerer als in Erfurt, obwohl dort nichts in einen überdimensionierten Ausbau oder in unsinnige Linien fließen soll. Eine Verpflichtungsermächtigung wird nur unter Vorbehalt freigegeben - inzwischen hat sich das ja wohl geändert - und das, obwohl man erst in der letzten Plenartagung am 16. November öffentlich erklärt hat, Altenburg, das ist der LowCost-Flugplatz in Thüringen, den wollen wir als solchen auch entwickeln - prima, wenn es so wäre.

Herr Kollege Schugens - er ist immer noch nicht da, leider.

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Doch, hier.)

Doch, Herr Schugens, ich grüße Sie. Ich habe Ihren Kommentar noch genauso im Ohr wie den des Ministers, indem Sie mir unterstellten, ich würde alles nur schlechtreden und die beiden Standorte gegeneinander ausspielen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Recht hat er.)

Die Haushaltberatungen haben gezeigt, wer mit Halbwahrheiten arbeitet und wer zu seinem Wort steht. Weder Ihr Minister noch Ihre Fraktionskollegen waren gewillt, sich an Ihre Ankündigungen zu halten. Ich sage dazu - Ihre Politik ist verlogen und Sie sind nur darauf aus, zu diffamieren.

(Beifall DIE LINKE)

Aber Ihre Handlungen entlarven und überführen Sie immer wieder sehr zeitnah.

Meine Damen und Herren, alle aufgeführten Tatsachen sind das Ergebnis Ihrer Verkehrspolitik. Sie bedienen lieber ein bestimmtes Klientel und Lobbyisten statt sich an den Bedürfnissen der Thüringerinnen und Thüringer zu orientieren.

Abschließend möchte ich zum Thema "Luftverkehr" noch auf den Entschließungsantrag der SPD eingehen, der den Titel trägt "Flughafenkooperation prüfen". Nimmt man nur den Titel, dann kann man eigentlich nur zustimmen. Aber bekanntlich liegt der Teufel im Detail und leider ist es auch bei diesem Antrag so. Meine Damen und Herren der SPD, Sie fordern die Landesregierung auf zu prüfen, welche wirtschaftlichen Vorteile eine Kooperation für die Gesellschafter des Flughafens und des Flugplatzes haben könnte. Sie fordern einen Gesellschafter auf, nach Vorteilen für sich selbst zu suchen. Eine gewisse Schizophrenie ist da schon festzustellen.

Wir sind für eine Kooperation, die Vorteile für die Unternehmen bringt, die ihnen nachhaltige Stabilität bringt, die sie kostengünstiger agieren lässt und die letztendlich eine positive wirtschaftliche Entwicklung für beide zulässt. Dass positive Effekte für die Kundschaft entstehen, ist dabei wohl mehr als gewollt. Das Wohl der Gesellschafter ist für uns dabei eher zweitrangig, uns geht es um Struktur- und Wirtschaftsförderung, die mit zwei starken Standorten positiv beeinflusst werden kann. Wir werden uns in der Abstimmung zu Ihrem Antrag enthalten, denn er schadet nichts, bringt aber auch für die Unternehmen nichts. Gute Überschrift wird durch schlechten Inhalt entwertet - schade.

Von der CDU liegt zwar zu dieser Problematik kein Antrag vor, aber wir sind mit einem Vorschlag beglückt worden, der eine Holding vorsieht, in der sich Leipzig, Dresden, Erfurt und Altenburg wiederfinden sollen - ein ganz toller Vorschlag. Sie sind bisher nicht willens und in der Lage gewesen, die zwei Thüringer Unternehmen gemeinsam zu entwickeln, Sie wollen gleich den großen Wurf. Sie sind jedoch nicht fähig zu kleinen Schritten. Sie wollen in einer Holding verhindern, dass die Flughäfen sich gegenseitig im Wettbewerb ausbooten. Sie schicken vier Unternehmen mit völlig unterschiedlicher wirtschaftlicher Kraft unter ein Dach und glauben, damit die Regeln neu definieren zu können - welch irriger Glaube! Leipzig mit mehr als 2 Mio. Passagieraufkommen, Dresden mit mehr als 1 Mio. Passagieraufkommen nehmen die zwei Thüringer liebevoll in die Mitte und führen sie zu einem wirtschaftlichen Erfolg - eine schöne Illusion, nur leider nicht von dieser Welt und nicht aus dieser Gesellschaftsordnung. Was wollen Sie eigentlich erreichen? Leipzig, Dresden und Erfurt agieren im gleichen Marktsegment. Wollen Sie eine Bereinigung? Dann sagen Sie, wer dabei auf der Strecke bleiben soll. Oder wollen Sie die von Ihnen verursachten Probleme in der großen Holding vermauscheln? Das werden wir verhindern.

Ihr Vorschlag ist für eine positive Entwicklung der beiden Thüringer Unternehmen untauglich. Sinnvoll ist da eine Kooperation zwischen Altenburg und Erfurt, zwei Unternehmen, die in unterschiedlichen Marktsegmenten agieren und deshalb nicht in direkter Konkurrenz zueinander stehen. Dass so etwas funktionieren kann, können Sie sich bei den hessischen Nachbarn anschauen. Die Kooperation zwischen Fraport und Frankfurt-Hahn funktioniert und hat für beide positive Effekte. Das gleiche, nur eine Nummer kleiner, wäre in Thüringen möglich.

Meine Damen und Herren, das Thema "Verkehrssicherheit" nimmt im Haushaltsplan 10 nur einen sehr kleinen Teil ein und ist auch vom Finanzvolumen so gering, dass man kaum darüber reden müsste. Und doch will und werde ich es tun, und zwar deshalb, weil die CDU-Fraktion in diesem Haus scheinbar nicht weiß, was sie tut, oder aber das, was sie tut, ist Ausdruck ihrer Doppelzüngigkeit und ihrer Unwilligkeit, sich für die Sicherheit der Thüringer Bevölkerung einzusetzen. Das Thema "Verkehrssicherheit" sollte eigentlich frei sein von parteipolitischem Gerangel und Kalkül. Diese Thüringer CDU-Landtagsfraktion hat das weder erkannt noch begriffen. Wie sollte man sonst deren Argumentation und Handlungen verstehen? Da wird stets und ständig betont, welch wichtige gesellschaftliche Arbeit die Verkehrswachten im Land leisten, dass man selber alles unterstützt, um die Verkehrssicherheitsarbeit voranzubringen. Vor genau einer Woche durfte ich mir diese Sätze im Verkehrsausschuss anhören, um dann einen Tag später zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass man einer Mittelerhöhung für die Landesverkehrswacht im Finanzausschuss nicht zugestimmt hat, Mittelerhöhung im vier- bzw. niedrigen fünfstelligen Bereich. Meine Damen und Herren der CDU-Landtagsfraktion, wissen Sie überhaupt, dass der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus Schirmherr der Landesverkehrswacht ist, und das seit vielen Jahren? Dass er das ist, ist gut und unterstreicht eigentlich die Bedeutung und die Wertschätzung für die Arbeit, die dort geleistet wird. Leider entsteht durch eine übernommene Schirmherrschaft nicht ein einziges Projekt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit neu. Leider gibt es deshalb nicht einen Unfall auf Thüringens Straßen weniger. Wir brauchen dazu neben einer Schirmherrschaft auch die finanziellen Mittel. Um Ihnen zu verdeutlichen, wie notwendig jeder einzelne Euro ist und wie wichtig diese Arbeit ist, einige nachvollziehbare Daten: Im Jahr 2006 hat die Landesverkehrswacht und ihre 30 Orts- und Kreisverkehrswachten mehr als 1.000 Maßnahmen und Projekte der Verkehrssicherheitsarbeit umgesetzt; dabei wurden mehr als 100.000 Thüringerinnen und Thüringer in allen Altersgruppen erreicht, vom Kindergartenkind bis zu den Senioren. Diese wichtige Arbeit wird zu 95 Prozent im Ehrenamt geleistet; über 600 Männer, Frauen und Kinder leisten eine Arbeit, die man nicht hoch genug schätzen und nicht oft genug würdigen kann. Im Jahr 2006 kamen aus der Altersgruppe der 17- bis 25-Jährigen,

die einen Anteil von 9,8 Prozent der Menschen in Thüringen umfasst, 20,7 Prozent aller im Straßenverkehr Getöteten. 2.930 Verletzte mussten wir in dieser Altersgruppe beklagen. Fazit für die Landesverkehrswacht daraus war, sich im Jahr 2007 massiv dieser Altersgruppe zu widmen. Wir haben 39 Aktionstage durchgeführt und dabei circa 11.000 junge Menschen erreicht. Wir waren damit die aktivste Landesverkehrswacht in der Bundesrepublik in dieser spezifischen Altersgruppe. Überhaupt war die Landesverkehrswacht Thüringen diejenige in der Bundesrepublik, die die meisten Bundesprojekte mit dem größten Umsatz umgesetzt hat, und wir sind eine der wenigen Verkehrswachten in Deutschland, die alle Bundesprojekte umsetzt. Darauf sind wir stolz. Die Bundesprojekte und die Bundesmittel das eine. Landesproiekte und Landesmittel das andere. Wir setzen mit viel ehrenamtlichem Engagement flächendeckend Verkehrssicherheitsprojekte um. Leider wird das immer schwerer und das liegt nicht am Engagement der Verkehrswachten. Jahr für Jahr werden uns die Mittel gekürzt. Die Landesverkehrswacht erhält eine institutionelle Förderung auf der Basis einer Fehlbedarfsfinanzierung. Die Mittelkürzungen führen dazu, dass wir von den Geldern, die wir eigentlich für weitere Verkehrssicherheitsprojekte und Aktionen von Sponsoren einwerben und von Gerichten und Staatsanwaltschaften durch Bußgeldzuweisungen erhalten, nicht für neue Projekte ausgeben können, sondern unseren Haushalt damit decken müssen - Geld, was in Projekten dringend gebraucht wird.

Wie hoch der Stellenwert Verkehrssicherheitsarbeit wirklich ist, durfte ich bereits im Vorfeld der Haushaltsberatungen erfahren. Ich habe als Vorsitzender der Landesverkehrswacht sowohl die verkehrs- als auch die finanzpolitischen Sprecher aller drei Fraktionen schriftlich auf die Problematik aufmerksam gemacht. Geantwortet hat mir nur der Kollege Huster: bei allen anderen Fehlanzeige. Aber meine Damen und Herren von SPD und CDU, Sie haben ja heute noch die Gelegenheit, wenn Sie schon nicht mit mir darüber reden wollen. Warme Worte und feuchte Händedrücke reichen nicht aus, ein bisschen Geld ist auch nötig, um etwas Nachhaltiges zu schaffen. Sie können das nachher, indem Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, gern anders beweisen. Thüringen hat es außerdem bitter nötig, denn wir ringen mittlerweile um die rote Laterne mit Brandenburg in der Unfallstatistik. Und, meine Damen und Herren, was sagen Sie vor allem den Kindern? 13-jährige Schüler, die jeden Morgen früher aufstehen als ihre Schulkameraden, die sich am frühen Morgen vor den Schulen auf die Straße stellen und als Schülerlotsen ihren Mitschülern einen gefahrlosen Schulweg ermöglichen, die sich jeden Morgen dumme Sprüche unausgeschlafener, überreizter Autofahrer anhören dürfen. Wie erklären Sie den 118 Jungen und Mädchen, dass ihre Arbeit aus Kostengründen eingestellt werden muss, obwohl statistisch belegt ist, dass an Übergängen, die von Schülerlotsen betreut werden, noch nie ein tödlicher Unfall passiert ist?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Lemke, DIE LINKE:

Ich komme zum Schluss.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Das müssen Sie auch.

Abgeordneter Lemke, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren, stimmen Sie der Mittelerhöhung für die Verkehrswacht zu. Nicht nur reden, sondern handeln ist hier gefragt. In der Nähe eines jeden Wahlkreisbüros von Ihnen gibt es eine Verkehrswacht. Sie können sich dort aktiv einbringen, Sie können aber auch hier, wenn Sie unserem Antrag zustimmen, deutlich machen, Sie sind für Verkehrssicherheit. Wenn Sie es nicht tun sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann gehen Sie bitte in die Verkehrswachtbüros vor Ort und erklären den Leuten, warum Sie einer Mittelerhöhung in dieser Größenordnung nicht zustimmen konnten oder wollten. Dann tun Sie das bitte! Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Doht zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, erst in der letzten Plenarsitzung haben wir hier eine Regierungserklärung zur Entwicklung des ländlichen Raums bekommen. Der zuständige Minister Sklenar ging sogar so weit, ganz Thüringen als ländlichen Raum zu definieren.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Jawohl.)

Jawohl, gut. Aber eine der wichtigsten Aufgaben wird künftig sein, wie wir die Sicherstellung des ländlichen Raums weiterhin garantieren, wie wir den Menschen im ländlichen Raum die Möglichkeit geben, Einrichtungen der Grundversorgung, der Daseinsfürsorge - ich nenne hier nur die nächste Arztpraxis im Zentrum - zu erreichen. Da wird dem ÖPNV in den

nächsten Jahren noch eine wichtigere Aufgabe zukommen, wenn es darum geht, den ländlichen Raum an die Zentren anzubinden. Ich muss hier so pauschal sagen, der Einzelplan 10 wird dieser Forderung nicht gerecht. Der ÖPNV in der Fläche wird nur noch über den Schülerverkehr gefördert. Das Land kommt nur noch seiner gesetzlichen Verpflichtung gemäß § 45 Personenbeförderungsgesetz nach. Freiwillige Landeszuschüsse in diesem Bereich belaufen sich gerade einmal auf 1,2 bzw. 1,4 Mio. € für Kooperationsförderung. In der Praxis sieht das dann so aus, dass die Landkreise ihr Schulnetz auch danach ausrichten, wie sie den ÖPNV finanzieren können. Für die Schüler bedeutet das längere Schulwege, nicht immer ist der kürzeste Schulweg dann der angestrebte. Das kann letztendlich nicht im Interesse unserer Kinder sein. Wenn man sich die zurückgehenden Schülerzahlen anschaut, dann kann sich jeder ausrechnen, dass auch in Zukunft diese Methode nicht mehr helfen wird, denn auch hier wird die Finanzierung kleiner und letztendlich wird es mit diesen Summen nicht gelingen, den ÖPNV sicherzustellen. Wir brauchen neue Konzepte im ÖPNV, die die Erreichbarkeit des ländlichen Raumes auch dauerhaft sicherstellen. Wir werden auch neue Fahrzeuge brauchen. Wir müssen wegkommen von den großen Bussen hin zu kleineren. Deshalb schlägt die SPD-Fraktion vor, in dem Haushaltstitel 633 75 - Zuschüsse für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften - hier aufzustocken. Damit sollen Kürzungen in diesem Bereich verhindert werden und ein bedarfsgerechtes Verkehrsangebot im Omnibusverkehr erhalten werden. Auch im Titel 891 75 soll erhöht werden. Hier wollen wir insbesondere innovative Fahrzeugtechnik fördern. Ich sagte das bereits, die Unternehmen werden von den großen Bussen wegkommen müssen zu kleinen Fahrzeugen, zu flexiblem Betrieb. Aber auch das werden sie nicht allein bewältigen können. Wenn sie das angesichts zurückgehender Fahrgastzahlen wirtschaftlich betreiben wollen, werden sie auf eine Förderung in diesem Bereich angewiesen sein. Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, wenn Sie es mit der Entwicklung im ländlichen Raum ernst meinen, dann bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu.

Lassen Sie mich noch einmal etwas zu der Deckungsquelle sagen. Es sind Mittel aus dem Haushaltsplan 09 – Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt. Es geht um die Erhöhung der Einnahmen aus der Jagd. Ich sage einmal, wenn letztendlich jeder, der im Thüringer Staatswald bislang kostenlos jagen darf, seine Pacht und seine Gebühren anständig bezahlen muss, dann brauchen vielleicht gar nicht einmal so viel mehr Tiere abgeschossen zu werden. Frau Scheringer-Wright, ich wundere mich schon, dass Sie hier so vehement dagegen sind, dass jeder auch seine Jagdpacht ordentlich bezahlen muss. Da stellen sich bei mir schon ge-

wisse Fragen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das muss er sowieso.)

Nein, das muss er eben nicht. Das haben schon Veröffentlichungen der letzten Zeit gezeigt und immerhin gibt es eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Das muss er nicht. Wenn wir hier erst einmal zu einer ordentlichen Abrechnung der Mittel kommen, dann haben wir sicherlich diese 1 Mio. €, die wir hier aufstocken wollen, auch sehr schnell zusammen.

Herr Kretschmer, noch einmal zu Ihnen gestern. Ich habe Sie ja immer als Fachmann geschätzt, aber das hat mich doch enttäuscht, dass Sie nach so vielen Jahren im Parlament einen Änderungsantrag nicht lesen können. Aber ich nehme an, Sie haben inzwischen begriffen, wie es gemeint ist.

(Zuruf Abg. Kretschmer, CDU: Aber nicht nur durch Ihre Hilfe.)

Schön, wenn Ihnen noch andere geholfen haben. Bezogen auf die Zahl der Nutzer ist die Subventionierung von Linien im Flugverkehr geradezu fürstlich, wenn man das dem ÖPNV gegenüberstellt. Mit über 100 € pro Passagier wird der Flug von Erfurt nach München gefördert. Damit liegen wir weit über der Förderung im ÖPNV und SPNV. Ich sage hier noch einmal: Wir sind der Auffassung, dass diese Fluggäste eigentlich eine Förderung in diesen Größenordnungen nicht nötig haben. Das Geld wäre im ÖPNV besser angebracht, damit die Oma, die auf dem Dorf wohnt und die nicht mehr Auto fährt, auch noch den Weg in die nächste Arztpraxis oder zum Einkaufen mit dem Bus bewältigen kann.

Aber ich hatte das letztens hier in der Diskussion zum Flughafen schon gesagt, die Mittel sind leider vertraglich gebunden. Eine Umschichtung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich, denn die Landesregierung hat kurz vor den Haushaltsberatungen die Verträge verlängert. Sie hatte Verpflichtungsermächtigungen, rein haushaltsrechtlich kann man das nicht einmal beklagen, aber politisch ist diese Sicht schon fraglich. Bis heute liegt kein vernünftiges Konzept für den Betrieb des Flughafens Erfurt vor. Billigflieger und Konkurrenz zu Altenburg sind keine Lösung und auch nicht die weitere Subventionierung von Linien. Der Vorschlag des Altenburger Landrats zur Kooperation beider Flughäfen ist durchaus überdenkenswert. Herr Lemke - da hinten sitzt er -, es geht uns schon auch um Vorteile für die Gesellschafter. Wenn wir nämlich durch eine vernünftige Kooperation erreichen, dass sowohl das Land Thüringen als Gesellschafter des Flughafens Erfurt als auch der Landkreis Altenburg als Gesellschafter von Altenburg-Nobitz hier weniger subventionieren müssen, wir Mittel für andere Dinge, z. B. für Verkehrssicherheit, für ÖPNV oder für die Landesstraßen frei haben, dann haben wir hier sehr viel gekonnt. Wenn Sie sagen, Sie stimmen deswegen unserem Antrag nicht zu, dann ist das Korinthenkackerei. Sie können sich wieder setzen, ich beantworte jetzt keine Fragen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Doht, gestatten Sie eine Anfrage?

Abgeordnete Doht, SPD:

Nein. Das sagte ich doch gerade, das geht alles von meiner Redezeit ab. Da habe ich nicht genug.

Lassen Sie mich noch etwas zu dem Vorschlag des CDU-Arbeitskreises sagen, eine gemeinsame Holding für die Thüringer und die sächsischen Flughäfen zu bilden mit Leipzig, Dresen, Erfurt und Altenburg. Zum jetzigen Zeitpunkt ist dieser Vorschlag für mich nicht nachvollziehbar. Wir brauchen doch zuerst als Thüringer mal ein eigenes Konzept. Wir müssen doch erst einmal selbst wissen, wo wollen wir hin, wie soll der Flughafen Erfurt künftig ausgerichtet werden. So, wie der Flughafen Erfurt jetzt aufgestellt ist, wird er in einer gemeinsamen Holding untergehen. Nein, wir müssen uns erst einmal selbst konsolidieren und dann kann man vielleicht später in einem zweiten Schritt über diese Möglichkeit einer Holding nachdenken. Momentan besteht die ganz große Gefahr, dass Erfurt von Sachsen dann plattgemacht wird. Auch Altenburg-Nobitz ist letztendlich Leipzig ein Dorn im Auge. Aber es kann natürlich sein, dass Sie gerade aus diesem Grund bewusst diesen Vorschlag gemacht haben, dann muss sich die Landesregierung keine Gedanken mehr über ein Konzept machen, man kann dann immer sagen, die bösen Sachsen sind es gewesen und wir in Thüringen waschen unsere Hände in Unschuld. Nein, das kann es nicht sein. Wir brauchen ein Konzept, wie es mit dem Flughafen Erfurt weitergehen soll. Die Landesregierung soll prüfen, ob Synergieeffekte entstehen, wenn die Flughäfen Erfurt und Altenburg-Nobitz länger kooperieren und alles andere kann nur Zukunftsmusik sein.

Zum PDS-Antrag zur Verkehrssicherheit: Dem Antrag werden wir zustimmen, auch wenn ich Ihnen nicht schriftlich geantwortet habe, Herr Lemke. Aber wir hatten schon einmal am Rande einer AusschussSitzung darüber gesprochen. Ich bin auch der Auffassung, dass der Deckungsvorschlag, nämlich das Geld aus dem Bereich "Veröffentlichungen" zu nehmen, durchaus sinnvoll ist, weil auch wir hier die Gefahr sehen, dass letztendlich dann im Wahljahr viele schöne Hochglanzprospekte verteilt werden. So weit zum Bereich Verkehr.

Lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen zum Wohnungs- und Städtebau machen. Diese Bereiche sind hier sehr gut finanziert, das muss man sagen. Aber das ist nicht das Verdienst dieser Landesregierung.

(Unruhe CDU)

sondern es sind die Bundesmittel. Im Wohnungsbau sind es die Bundesmittel, die wir dank der Föderalismusreform bekommen. Ich hatte das hier auch schon mehrfach gesagt, für mich ist das der einzige Punkt an dieser Föderalismusreform, der sich wirklich positiv auswirkt, und wir sind als Land jetzt auch für die Inhalte in der sozialen Wohnraumförderung zuständig, in welche Richtung es gehen soll. Wir haben zu Beginn dieses Jahres das Thema hier im Parlament diskutiert. Die SPD-Fraktion hatte damals einen Antrag eingebracht zur Ausrichtung der sozialen Wohnraumförderung in Thüringen, Verknüpfung mit dem Stadtumbau. Wir hatten damals auch einen Termin, bis zu welchem Termin - also vor den Haushaltsberatungen auf jeden Fall - die Landesregierung uns ein Konzept vorlegen sollte. Die CDU hat dann einen Alternativantrag vorgelegt, der keinen festen Termin mehr für dieses Konzept vorsah und es liegt, genau wie im Bereich Verkehr/Flughafen auch hier kein Konzept vor. Ich sage auch, viel Geld allein hilft nicht, man muss wissen, wohin man will; ich hätte gern diese Dinge zumindest im zuständigen Ausschuss vorher diskutiert, bevor wir hier über einen Haushalt abstimmen sollen.

Auch in der Städtebauförderung sieht es dank Bundesmitteln nicht ganz schlecht aus. Die eigenen Landesprogramme haben wir deswegen fast auf null zurückgefahren. Also, wie gesagt, Geld ist hier vorhanden, aber auch hier hätten wir gern konzeptionell mehr Vorarbeiten gehabt.

Ein letzter Punkt, zum Katasterwesen: Wer sich den Haushalt näher anschaut, der findet unter dem Haushaltstitel 538 03 für 2008 1,3 Mio. € und für 2009 1,4 Mio. € zur Befliegung für einen Gebäudenachweis, der laut § 12 Thüringer Katastergesetz vorgeschrieben ist. Da muss ich sagen, meine Damen und Herren, dass wir diese Mittel jetzt im Haushalt haben, ist letztendlich nur den Versäumnissen in der Vergangenheit geschuldet. Während man bei Neubauten schon vonseiten der kreditgebenden Institute sehr genau darauf geschaut hat, dass die Gebäude eingemessen worden sind, hat das bei den Altbauten niemand getan. Da stellt sich für mich jetzt auch ein Anachronismus dar. Wir haben das Katastergesetz geändert, die Katasterämter durften selbst nicht mehr in die Fläche gehen und vermessen, auch mit dem Ziel, den ÖbVIs Brot und Arbeit zu geben, sage ich mal so ganz platt. Das ist doch nie zustande gekommen, weil letztendlich die Altbauten gar nicht eingemessen wurden, weil keiner darauf geschaut hat, und jetzt stellen wir wieder das Geld im Landeshaushalt ein und machen es mit einer Befliegung. Wenn man sich mit Katasterleuten unterhält, dann sagen sie auch, das ist nicht die Genauigkeit, als wenn ein Büro vermisst oder die Ämter selber vermessen hätten. Es ist auch die Frage, wird dann z.B., wenn ein Kredit aufgenommen werden soll, eine Hypothek auf das Haus oder wenn ein Erbfall eintritt, werden dann die Ergebnisse aus der Befliegung auch anerkannt oder muss derjenige dann nicht doch noch mal gehen und sein Haus vermessen lassen? Sind die Ergebnisse aus der Befliegung letztendlich nur für die ALK da? Eine ganze Reihe von Fragen und letztendlich muss man auch sagen, es ist eine Ungleichbehandlung zwischen denen, die neu gebaut haben, die Kosten auf sich nehmen mussten und denen der Alteigentümer.

Natürlich ist es schwierig angesichts von Gebühren im Wasser-/Abwasserbereich, im Straßenausbau ad hoc hinzugehen und zu sagen, ihr müsst alle bis zu diesem Zeitpunkt euer Gebäude einmessen lassen. Nein, hier hätte in den vergangenen Jahren schon geschaut werden müssen, so dass das Zug um Zug hätte gemacht werden können und, ich denke, dann hätten wir Ergebnisse, die nicht nur für die ALK dienlich wären, sondern die letztendlich von allen anerkannt würden und das wäre nach meiner Meinung der bessere Weg gewesen.

Jetzt habe ich die Zeit fast eingehalten. Ich danke Ihnen und bitte noch mal um Zustimmung zu unseren Anträgen in diesem Bereich.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Wetzel auf.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werte Gäste! Herr Lemke, Sie müssen mit mir vorliebnehmen.

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Schade.)

Herr Schugens bleibt dort hinten in den Rängen für die jetzige Tagung, es sei denn, er kommt dann selber noch mal vor und will Ihnen noch persönlich antworten. Aber ich frage Sie einfach mal: Wann sind Sie denn eigentlich das letzte Mal Bus gefahren? Ehrlich jetzt mal raus aus der Hüfte und sagen, wann das war - richtig mit dem Busschein gelöhnt,

(Beifall CDU)

nicht über den samtroten Teppich irgendwo hinfahren und was anschauen, sondern richtig mit dem Bus gefahren - an die Haltestelle und sagen, ich muss jetzt dahin und fahre mit dem Bus.

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Vor 14 Tagen.)

Ich kann mich auch schlecht daran erinnern, ich weiß, meine letzte Busfahrt war die Kreisbereisung meines Ministerpräsidentin in meinem Landkreis. Da bin ich mit dem Bus mitgefahren, das ist richtig.

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Wurde der extra bestellt?)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Und da sind wir eigentlich schon bei dem Hauptproblem des Busfahrens selbst. Wer will eigentlich Bus fahren?

(Heiterkeit CDU)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ich fahre Bus.)

(Heiterkeit CDU, DIE LINKE)

Die Angebote müssen dann natürlich auch stimmen. Wenn unsere Verkehrsunternehmen die richtigen Angebote einstellen, werden wir auch feststellen, dass die Menschen sie annehmen. Das können wir doch hier schlecht regeln, sind wir doch mal ehrlich. Wir machen uns doch hier nur - rechte Tasche, linke Tasche - etwas vor. Wenn Sie hier über Klimawandel und Feinstaub rezitieren, wird es einem himmelangst. Ich sehe wirklich schon wieder die Weltuntergangsszenarien vor mir.

Meine Damen und Herren, freilich ist es ärgerlich, wenn ich als Opposition erlebe, wie ein Verkehrsminister "Einweihungsminister" genannt wird, weil es etwas einzuweihen gibt, weil es eben Erfolge gibt in diesem unserem Freistaat. Das muss man doch mal akzeptieren

(Beifall CDU)

und da muss man ihm doch sagen, jawohl, mein lieber Verkehrsminister, das sind Leistungen, die wir geschaffen haben. Ich werde dann bei dem Überden-Wolken-Thema noch mal auf das zurückkommen, was wir geschaffen haben zum Einweihen.

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Schwarzbau!)

Ja, das hängt nämlich miteinander zusammen. Ich weiß nicht, ob das Verkehrskonzept der TU Dresden vor 1989 das schon beinhaltete, das kann ich schlecht abschätzen. Und eines darf ich Ihnen sagen, einen Regierungsflughafen, den möchten Sie gern in Erfurt, den haben wir aber nicht, wir haben einen Flughafen. Und die CDU ist nicht doppelzüngig, aber das eine kann ich Ihnen auch sagen, die CDU ist eine Volkspartei und auch noch eine Volkspartei der Mitte und das ist auch klar herausgestellt und Sie sind auch klar auf der linken Seite, also bitte schön.

(Beifall CDU)

Ich möchte ganz am Anfang, bevor ich zu meinen Ausführungen komme, gern zu dem Thema "Verkehrswacht"

(Heiterkeit im Hause)

etwas sagen, Herr Lemke. Es geht hier nicht darum, die Verkehrswacht zu schädigen, so dass ihre ehrenamtliche Arbeit nicht anerkannt wird - ganz im Gegenteil -,

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Sondern?)

sondern es geht darum, dass es eben institutionelle Förderung minus 5 Prozent in allen Teilen des Freistaats Thüringen gab und darunter fiel nun auch die institutionelle Förderung der Verkehrswacht. Aber Sie dürfen sicher sein, die Volkspartei der Mitte wird sich auch darum kümmern, dass Ihr Etat in der Volkswacht sicher so groß sein kann und wird, dass Sie Ihre Aufgabe lösen können

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Volksverdummung!)

in der Verkehrswacht - bitte. Natürlich komme ich aus Ostthüringen, ich bin volkswachtgeschädigt, das ist doch wohl klar. Das war die Zeit vor 1989, die hieß so, da wollen wir das doch mal klarstellen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, der Abgeordnete Lemke möchte Ihnen gern eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Ich denke, ich habe genug Redezeit, ich muss ihn nicht abweisen. Bitte, Herr Lemke.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Lemke.

Abgeordneter Lemke, DIE LINKE:

Ich danke Ihnen für Ihre Großzügigkeit. Herr Wetzel, ich hoffe, es war ein Versprecher und Sie geben mir recht, dass es ein Versprecher war. Verkehrssicherheitsarbeit ist nicht meine Arbeit, sehen Sie das auch so, sondern das ist eine gesamtgesellschaftliche Arbeit, wo es Leute gibt, die diese ausführen.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Sehr geehrter Herr Kollege Lemke, ich denke, das war Ihre Frage, die will ich jetzt gern beantworten. Ich weiß aber, dass Sie stellvertretender Landesvorsitzender sind

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Ich bin Landesvorsitzender.)

und sich sehr bemühen und sich in diese Arbeit einbringen. Deshalb habe ich vorhin auch gesagt, es ist eine ehrenamtliche Arbeit und jede ehrenamtliche Arbeit verdient unsere Würdigung und das tun wir auch.

(Beifall CDU)

Interessant ist natürlich noch, dass beide von der Opposition ihren Redebeitrag zum Einzelplan 10 und 18 mit dem 09er und mit dem 07er und mit dem 08er begannen, aber nicht mit dem 10er, um den es eigentlich ging. Schon hochinteressant, wenn wir versuchen, Hirsche und Wildschweine und deren Abschüsse in den Straßenbau stecken zu wollen, Frau Kollegin.

(Heiterkeit im Hause)

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Sie haben auch welche überfahren.)

Meine Damen und Herren, aber zurück zur Arbeit, zur eigentlichen Arbeit Einzelplan 10: Der uns vorliegende Entwurf des Haushalts zum Einzelplan 10 enthält für das kommende Jahr bei den Ausgaben 827,7 Mio. € und in 2009 826,8 Mio. €. Das sind 50 Mio. € weniger als in diesem Jahr und die Reduzierung ist vornehmlich einer geringeren Bundeszuweisung in den Bereichen Regionalisierungsmittel, Wohngeld und Investitionsprogramm für Schulneubauten geschuldet.

Den größten Ausgabebereich stellen die Investitionen mit 334 Mio. € dar. Nämlich fast die Hälfte wird durch Bundeszuweisungen für den Wohnungs- und

Städtebau und die Verkehrsinfrastruktur eingesetzt und sind somit auch direkte Durchlaufposten, die zur weiteren Verbesserung der Landesinfrastruktur führen.

Um Herrn Lemke den Zwischenruf "zweckentfremdet" dieses Jahr zu ersparen, sage ich es gleich von vornherein: Es ist in keinster Weise irgendeines dieser Mittel zweckentfremdet worden und sie sind alle ordnungsgemäß eingesetzt worden. Maximal Ihre Meinung könnte das dann sein, dass sie zweckentfremdet sind. Aber da wir nicht zu den Menschen gehören, die ihr Gegenüber von ihrer Meinung überzeugt haben, wenn wir sie zum Schweigen gebracht haben, dürfen Sie Ihre Meinung - auch wenn teilweise viel seltsamer Mist dabei sein könnte - weiter laut sagen.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Ich höre auch gerade seltsamen Mist.)

Mit der Verringerung der Personalkosten im planmäßigen Personalabbau hat das TMBV am weitestgehendsten seinen Plan erfüllt. Dies darf aber im Straßenbauamt nicht ungebremst fortgesetzt werden auf Kosten von Fachkräften. Um in den kommenden Jahren auch noch arbeitsfähig zu sein, denke ich, gibt es gute Gründe dafür, dass wir Sie bitten, unserem Entschließungsantrag in dieser Richtung zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, Wohnen dürfte zum sozialsten Gut in Deutschland zählen. Im Bereich soziale Wohnungsbauförderung gab es einen Paradigmenwechsel, das haben wir alle mitbekommen. Frau Doht hat ebenfalls gerade darauf abgehoben.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Ich bin noch unten.)

Der Bund wird sich bis 2013 Stück für Stück aus dieser Wohnungsbauförderung zurückziehen. Die Länder werden ab 2014 in die alleinige Verantwortung gehen. Die bis 2013 vom Bund jährlich zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 29,1 Mio. € fallen weg. Der Bundesausstieg, geschuldet der Föderalismusreformdebatte, eröffnet den Ländern weitere Spielräume, neue Spielräume und Möglichkeiten. Die Ausgestaltung der Wohnungsbauförderung, Stadtumbau Ost, ist bisher eigentlich gut gelungen. Die Mittel sind, wie vom Bund bisher gefordert, 50:50 in den sozialen Wohnungsbau und in den Rückbau geflossen, denn Rückbau ohne Wohnungsbau funktioniert nicht, meine Damen und Herren, der Stadtumbau Ost ohne Stadtentwicklungskonzepte käme schnell in Schieflage. Beim Rückbau von jährlich 6.000 Wohneinheiten werden demgegenüber ca. 1.500 Wohneinheiten durch Modernisierung aufgewertet.

Meine Damen und Herren, mittlerweile haben wir in Thüringen einen quantitativ und qualitativ ausreichenden Wohnungsbestand, auch eine der demographischen Entwicklung letztendlich geschuldete Wohnungsgrößenanpassung. Durch einen gezielten Rückbau von ca. 40.000 Wohneinheiten seit Beginn unserer Maßnahmen - und Thüringen hat diese Maßnahmen weit vor dem Bundesprogramm schon begonnen - und der damit verbesserten Leerstandsproblematik unserer Wohnungsunternehmen hat sich selbstverständlich auch deren betriebswirtschaftliche Situation wesentlich verbessert.

Es geht aber nicht nur um Abriss, sondern vielmehr um die Anpassung der Wohnqualität an die auch gewachsenen Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger und deren Ansprüche. Dabei geht es - und ich sprach schon davon - um die demographische Entwicklung, die wir selbstverständlich beachten müssen, aber es geht auch um die Beachtung der veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Menschen bei künftiger wohnungspolitischer Ausrichtung. Man nennt das "nicht am Bedarf vorbei fördern", sondern "nach dem Bedarf fördern".

Die eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung waren richtig und müssen fortgeführt werden. Die Flexibilität des Wohnungsangebots muss ständig angepasst werden. Wenn der Verband Thüringer Wohnungswirtschaft (vtw.) schon seit Jahren von einer kleinen Erfolgsstory spricht, dann hat das mit mutigen Entscheidungen von verantwortlich handelnden Personen zu tun und es hat auch damit zu tun, meine Damen und Herren, dass dieses Hohe Haus in den zurückliegenden Jahren schon viele finanzielle Entscheidungen in die richtige Richtung getroffen hat - nicht Stillstand und Rückschritt, Herr Lemke, sondern in die richtige Richtung - und die Mehrheit dieses Hohen Hauses gehört seit vielen Jahren der großen Volkspartei der Mitte an, um das noch einmal darzustellen. Frau Dr. Klaubert - Frau Präsidentin, Entschuldigung, darf ich kurz zitieren? - hat gestern gesagt: "Nun ist es endlich Zeit zur Veränderung." Ihre Vorgängertruppe war es doch, die Ruinen ohne Waffen geschaffen hatte - trotz 40 Jahre Frieden. Wie stellen Sie sich da eine Zeit zur Veränderung überhaupt vor?

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Sie sind doch auch schon 20 Jahre ...)

Ja, Sie waren ja noch so jung, Herr Bärwolff, Sie wissen das ja gar nicht, wie es vor 1989 richtig aussah. Ich könnte da nur unseren Bauleuten zurufen, baut gut, baut fest, denn es muss wieder ohne Reparatur 40 Jahre halten.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Die CDU regiert hier schon 58 Jahre.)

Ja, das war das andere Lied, das haben wir dann nicht mehr gesungen, weil es uninteressant war, weil darin "Deutsche Einheit" vorkam.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Haben Sie nicht auch ...)

Nein, Zeit zur Veränderung, meine Damen und Herren, kann ich im Moment wirklich in unserem Land nicht erkennen. Im Gegenteil - wir sind im Wohnungsbau, im Städtebau auf richtigem Kurs. Schönheit, Urbanität und Vielfalt sind Ziele, die es gilt zu erreichen. Wir haben sie noch lange nicht erreicht und sie waren abgemeiert und abgewirtschaftet vor 1989.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das Erreichte ist nicht das Erreichbare.)

Ja, aber vor 1989 war es so schlimm. Können Sie sich das eigentlich noch vorstellen, Herr Blechschmidt, wie schmutzig grau Erfurt aussah, wenn es nicht in den 70er-Jahren restauriert worden wäre?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ja, ich lebe seitdem in Erfurt.)

Und das waren Fassaden. Dahinter sah es richtig schlimm aus. Wir können es uns gar nicht mehr vorstellen. Eigentlich müsste man mal eine Bilderausstellung darüber machen.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Zum Glück gab es nur Schwarz-Weiß-Fotografien.)

Meine Damen und Herren, ihr Leertitel im Entwurf wurde eingestellt im Hinblick auf ein vom Bund aufgelegtes Förderprogramm von 2008 bis 2010. Das Förderprogramm unter dem Titel "Investitionspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen" - langes Wort, aber wichtig sieht einen jährlichen Rahmen von 200 Mio. € vor. Das bedeutet dann für Thüringen runtergebrochen 12 Mio. €, welches durch das Land in gleicher Höhe kofinanziert werden muss, einzustellen, um dem Klimathema nicht nur Worte, sondern eben auch Taten folgen zu lassen, Herr Lemke. Das heißt, der Freistaat tut auch hier in diesem Bereich etwas. Durch eine Mittelumschichtung zugunsten der Erhaltung von Landesstraßen wird zwar in einer ganzen Reihe von Problemfällen Verbesserung erzielt, aber auf das gesamte Straßennetz gesehen, sind die Mittel nicht zur vollen Erwartung vorhanden.

Die Aufgaben des Landes, nach einem Landesverkehrswegeplan zu arbeiten, werden aber künftig auch weiter erfüllt, denn in guter Abstimmung zwischen den Kommunen und Landkreisen werden schnelle effiziente Verkehrswege geschaffen. Um die Anbindung an Bundesstraßen und an die Bundesautobahn zu ermöglichen, wird auch da zielstrebig fortgesetzt. Durch Doppelverkehre und damit einhergehende Abbestellung von SPNV-Streckenleistungen konnte trotz großer Ausfälle durch eine Kürzung der Bundesmittel - die Finanzierung des Verkehrswegeangebots im Freistaat gesichert werden. Nun können Sie aufschreien wie Sie wollen, es ist schlimm, dass die kleinste Kreisstadt Thüringens eine Zuganbindung verloren hat. Es fuhr aber trotz Zuganbindung jeden Tag auch der Bus von Schleiz nach Plauen und im Zug musste ich dann noch mal in Schönberg umsteigen, wenn ich nach Plauen wollte. Und dann reden wir darüber, wie wir uns künftig im Freistaat in der Fläche verabschieden als verkehrsfördernde Landesregierung - das ist einfach Quatsch.

Im ÖPNV war dank der Investitionsförderung ein moderner ÖPNV-Ausbau in den Verkehrsunternehmen in der Vergangenheit möglich. Durch die gekürzten Regionalisierungsmittel des Bundes stehen Mittel für Investitionszuschüsse nicht zur Verfügung. Die gesetzlichen Ausgleichsleistungen nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes und die Finanzhilfe der Landesleistungen decken einen Großteil der Defizite. Der verbleibende Anteil ist durch die kommunale Zuständigkeit zu decken und der demographische Faktor, meine Damen und Herren, schlägt sich auch hier negativ nieder. Natürlich müssen wir das immer mit bedenken.

Kommen wir zu dem Lieblingsthema, Ihrem Lieblingsthema, ich habe es versucht zu umschreiben "Über den Wolken ist die Freiheit wohl grenzenlos". In den beiden Haushaltsjahren sollen die Zuschüsse für den gewerblichen Luftverkehr eine deutliche Reduzierung erfahren. Bei der Mehrheit des Hohen Hauses, bin ich mir sicher, herrscht die klare Vorstellung, Thüringen braucht Luftverkehre mit klarer Anbindung an deutsche Großflughäfen, aber auch an internationale Flughäfen Europas als Tor zur Welt.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Meinen Sie, Ihre heiße Luft reicht da aus?)

Thüringen, das Transitland mit immer steigenden Güterverkehren, sollte in beiden Fällen auf Cargo-Linien bauen. Unsere Straßenanbindungen zur Landeshauptstadt sind mittlerweile hervorragend. Das haben wir von Herrn Lehmke bestätigt bekommen, als er den Minister "Einweihungsminister" nannte. Es waren viele Einweihungen, weil viel getan wurde. Warum also sollen unsere Linien- und Charakterfluggäste erst nach Nürnberg, Leipzig oder Frank-

furt fahren, statt ihre Flugreise schon in Erfurt beginnen zu können? Das Wirtschaftlichkeitskonzept zusammen mit der Kommunalaufsicht in Würdigung und Einschätzung des Landkreises Altenburg zum Thema Nobitz sollte die Entsperrung der Mittel von 4 Mio. € zur Folge haben, um das Standbein Low Cost-Fluglinien weiter auszubauen. Als die Fluglinie Erfurt-London sich langsam eingeflogen hatte und die Hotels mit englischen Gästen merkliche Tourismuseinnahmen verspürten, wurde sie wieder verloren. Das ist traurig, meine Damen und Herren. Vielleicht sollte sich auch der Thüringer Tourismus in die Charter- und Linienverkehre in Zukunft direkt bei der Vermarktung einbringen. Übereinander und gegeneinander reden hat noch nie etwas gebracht, dagegen ist beim Miteinanderreden in der Geschichte der Menschheit immer nur Positives entstanden. Es wäre ja bedenkenswert, kleinstaatliches Denken vielleicht doch abzulegen.

(Zwischenruf Abg. Reimann, DIE LINKE: Spät erkannt.)

Kommen wir doch endlich in Europa an und erkennen wir dabei unsere zentrale strategische Lage Thüringens in Deutschland und auch die damit verbundenen Chancen. Schlechtreden und Schmutzkübel ausgießen sind die denkbar schlechtesten Bedingungen für erfolgreiches Marketing.

Seit September 2004 steht die Forderung, bis 2009 die automatischen Liegenschaftskataster umzusetzen. Das war die Rede des Ministerpräsidenten, die Regierungserklärung. Natürlich sind seit dem 01.04.2005 die Einnahmen durch die Aufgabentrennung rückläufig. Das dürfte aber allen schon vorher, bevor wir das beschlossen hatten, klar und bewusst gewesen sein. Eine ALK haben oder nicht haben. meine Damen und Herren, sind mittlerweile harte Standortvorteile bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Frau Doht hat das richtig gesagt, die Anerkennung von ALK bei dem Beschaffen von privaten Krediten ist äußerst wichtig. 150.000 Gebäude und über die Hälfte von Veränderungen an diesen Gebäuden, meine Damen und Herren, sind durch Luftbilder auszuwerten, zu erfassen und eigentlich einzulesen in die Daten - eine Menge Arbeit, die uns da noch bevorsteht. Dies funktioniert aber nur mit funktionierenden Kataster- und Geoinformationsämtern im Freistaat Thüringen und hier sind wir noch nicht fertig mit unserer Arbeit, mit der Umstellung und dem Bezug unserer Ämter.

Der Einzelplan 18 - das wurde hier von meinen beiden Vorrednern so gut wie noch gar nicht erwähnt - erfährt gegenüber ...

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Es war keine Zeit.)

Ja, es ist aber wichtig, Herr Lemke, weil im Einzelplan 18 160 Mio. € nur für Investitionen im staatlichen Hochbau stehen. Das ist nur so ein Klacks. Wenn das andere Länder zur Verfügung hätten - 160 Mio. € - für ihren staatlichen Hochbau, die würden Luftsprünge vollführen, denken wir mal an Tschechien, Slowakei, Ungarn. 160 Mio. € sind in dem kommenden Jahr und in dem Jahr darauf etwa mit 4 Prozent weniger als im Jahr zuvor immer noch eine stolze Summe. Wer hier jammert, der jammert wirklich auf ungeheuer hohem Niveau.

Bei diesem Haushalt kann ich mich zumindest auf die Mitteilung beschränken, dass in den Einzelplänen 03, 04, 05, 09 bereits genügend Erklärungen stattfanden. Lediglich der Um- und Erweiterungsbau für den Katasterbereich Artern war bisher nicht erwähnt. Wer die Arbeitsbedingungen dort kennt, weiß, dass sich diese Investition dringend erforderlich macht, um dieses Kataster- und Geoinformationsamt arbeitsfähig zu gestalten für die Aufgaben, die wir bis 2009 noch erledigen wollen und müssen.

Damit möchte ich meine Ausführungen beenden, meine Damen und Herren, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Haushalt. Wir als CDU werden diesem Haushalt zustimmen. Ich bitte natürlich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, auch um Zustimmung - klarer Fall. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Das Wort hat Minister Trautvetter.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir einige wenige Bemerkungen zu dieser Debatte zum Einzelplan 10.

Herr Lemke, Ihre Globalkritik zeigt eigentlich das, was auch Strategie der LINKEN ist, wo Sie hinwollen: Wiedereinführung der staatlichen Planwirtschaft.

(Beifall CDU)

Darin unterscheiden wir uns eben grundlegend. Was Ihre Kritik an der Bahn betrifft, ich empfehle Ihnen, Ihren Redebeitrag doch Ihren Genossen im Deutschen Bundestag zu geben, dort gehört er hin. Ich teile die kritischen Bemerkungen, ich muss aber auch immer wieder sehr deutlich sagen, in bestimmten Bereichen ist die Landesregierung in die-

sem Unternehmen nicht handlungsermächtigt. Wir finanzieren im Schienenpersonennahverkehr 4 Mio. Streckenkilometer mehr als vor dem Regionalisierungsgesetz.

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Das hat keiner bestritten.)

Woher kommt dann die Kritik, wir würden im Schienenverkehr rückbauen, abbauen? Das ist ja gar nicht wahr. Wir hatten vor dem Regionalisierungsgesetz etwa 17 Mio. Schienenpersonennahverkehrskilometer in Thüringen und wir haben jetzt 21 Mio. trotz Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes. Von einem Rückbau kann überhaupt keine Rede sein.

Zu Ihrer immer wieder geübten Kritik hinsichtlich des Flughafens Erfurt kann ich Ihnen nur sagen, Sie hätten bei der Podiumsdiskussion, die die CDU-Stadtratsfraktion auf dem Flughafen durchgeführt hat, dabei sein müssen.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: War er nicht dabei?)

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Das war geheim.)

Das war überhaupt nichts Geheimes. Dort waren über 100 Leute im Restaurant. Das war eine öffentliche Veranstaltung sowohl von den Fluggesellschaften, die vertreten waren, als auch von der Tourismusbranche, die vertreten war. Jeder hat gesagt, dass die Infrastruktur in Erfurt optimal ist und dass es die richtige Entscheidung der Landesregierung war, diesen Flughafen in diesem Standard auszubauen. Wir können bezüglich Altenburg-Nobitz auch nicht mehr Geld in den Haushalt einstellen als die Planungen von Altenburg-Nobitz sind.

(Beifall CDU)

Die Planungen von Altenburg-Nobitz sagen aus, in den Jahren 2008 bis 2010 etwa 9 Mio. € Investitionen und von diesen 9 Mio. € Investitionen erhoffen sie sich ein Fördervolumen von 6 Mio. €, die stehen im Haushalt drin. Das Feuerwehrauto ist angekommen, ist bezahlt. 4 Mio. € hat der Haushalts- und Finanzausschuss entsperrt und 1 Mio. € sind durch einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion als VE für 2010 in den Haushaltsentwurf eingestellt worden. Das ist genau der Bedarf, den Altenburg-Nobitz erwartet. Das heißt, wir lassen sie nicht hängen. Aber die Wirtschaftlichkeit - zu der Wirtschaftlichkeit des Flugplatzes Altenburg-Nobitz mache ich heute keine Bemerkungen - ist eine reine kommunale Geschichte.

Herr Lemke, ich habe von der LINKEN überhaupt keine Kritik zu den Themen Stadtumbau, Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Verkehrsinfrastruktur, Landesplanung, Kataster- und Vermessungsbereich und staatlicher Hochbau gehört. Also, so schlecht kann dann der Einzelplan 10 eigentlich nicht sein, wenn Sie in all diesen Bereichen nichts zu kritisieren haben. Sie haben sich ja ausreichend zu dem Thema "Luftverkehr" ausgebreitet, das hätten Sie ja etwas kürzer fassen können.

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Es war zu wenig Zeit!)

Und zur Bahn habe ich Ihnen gesagt, bringen Sie doch Ihre Kritik im Bundestag an.

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Das hätten Sie gern.)

Das heißt, so schlecht kann der Einzelplan 10 dort nicht sein. Dem könnte ja dann auch DIE LINKE zustimmen.

(Beifall CDU)

Zu Frau Doht habe ich nur eine Bemerkung: Ja, wir machen die Befliegung vor allem deswegen, weil wir im Jahr 2009 die ALK haben wollen.

(Beifall CDU)

Das ist genau der Punkt. Es bleibt auch bei der Einmessungspflicht. Wir bekommen damit aber mehr Zeit, die Einmessungspflicht dort umzusetzen. Es ist rechtlich nicht ganz so einfach, die unterschiedlichen Perioden auch nachzuvollziehen. Letztendlich ist seit dem Jahr 1933 keiner mehr der Einmessungspflicht nachgekommen, obwohl sie immer bestanden hat. Das muss man ganz klar sagen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Zu DDR-Zeiten auch nicht.)

Ja, in beiden Diktaturen hat sich niemand darum gekümmert, weil nämlich auch das Eigentum an Grund und Boden nichts wert war. Deswegen hat man sich nicht mehr darum gekümmert. Wir erreichen eine Auflösung von unter 20 cm, die reicht für die ALK, die reicht für die Bildauswertung und die digitalen Orthophotos sind dort ausreichend; die reicht aber nicht in nachbarschaftsrechtlichen Streitigkeiten, bei denen ich eine punktgenaue Vermessung brauche. Das heißt, wir müssen weiter daran arbeiten, eine punktgenaue Vermessung zu machen. Das wird auch an dem Gesetzentwurf deutlich werden, in dem wir alle Kataster- und Vermessungsgesetze im Jahr 2008 einem ein einzigen Gesetz zusammenfassen werden. Mit diesem Gesetzeswerk wird sich der

Landtag im nächsten Jahr deutlich zu befassen haben. In diesem Sinne bitte ich Sie alle, dem Einzelplan 10 und dem Einzelplan 18 zuzustimmen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich die Aussprache zum Komplex - Ministerium für Bau und Verkehr.

Einzelplan 11 - hier sind die Fraktionen mittlerweile übereingekommen, die für diesen Einzelplan vorgesehenen Redezeiten nicht in Anspruch zu nehmen und Einzelplan 12 - hier ist der Ältestenrat übereingekommen, für diesen Einzelplan keine Aussprache vorzusehen.

Herr Abgeordneter Schröter, bitte.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Zu Einzelplan 01 hat es ebenfalls diese Festlegung gegeben.

Vizepräsidentin Pelke:

Das hätte ich noch gesagt, ich wollte jetzt erst einmal in der zahlenmäßigen Abfolge darauf verweisen. Zu Einzelplan 01 - auch hier ist der Ältestenrat übereingekommen, keine Aussprache vorzusehen.

Damit kommen wir dann zur **Schlussrunde**. Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen: CDU-Fraktion 27 Minuten, Fraktion DIE LINKE 19 Minuten und SPD-Fraktion 14 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache und das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Pidde, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die CDU und die Landesregierung loben sich für diesen Doppelhaushalt, ohne neue Kreditaufnahme - ohne offizielle Verschuldung muss man hier sagen, denn wir dürfen die Schattenhaushalte nicht vergessen. Deshalb möchte ich auf das Ansteigen der Schulden hinweisen in den Sondervermögen und ich möchte hinweisen auf andere Finanzierungsmodelle, z.B. PPP-Modell, als im Haushalts- und Finanzausschuss im Herbst noch mal das 30-Millionen-Projekt beschlossen worden ist, was in die Zukunft verschoben wird. Solche Verschuldungslinien neben der offiziellen Kreditaufnahme sind legitim, man muss aber sehen, sie haben auch ihre natürlichen Grenzen und die sind meines Erachtens auch schon erreicht.

Wenn man sich anschaut, dass der Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt wird bei den Steuereinnahmen - eigentlich keine so besondere Leistung. Andere neue Bundesländer, selbst die, von denen unsere Landesregierung immer behauptet hat, dass sie hinter uns liegen würden, haben das schon 2006 und 2007 erreicht. Deshalb beklage ich, dass bei diesen Steuereinnahmen nicht auch in die Tilgung gegangen wird, dass endlich einmal angefangen wird, von dem 16-Milliarden-Schuldenberg, den Thüringen aufgehäuft hat, wenigstens etwas zurückzuzahlen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Fünf Jahre SPD.)

Deshalb sage ich, dieser Doppelhaushalt bereitet Thüringen nicht auf die Zukunft vor. Wir haben schon darüber gesprochen, dass die Solidarpaktmittel bis 2019 auf null gehen. Da gehen uns gegenüber dem heutigen Stand etwa 2 Mrd. € verloren. Wir haben schon darüber gesprochen, dass die EU-Mittel nach 2013 deutlich weniger werden, und wir müssen auch den rein biologischen Faktor bedenken, den Verlust aus dem Bevölkerungsschwund. Im Schnitt macht das 2.200 € pro Einwohner nur beim Länderfinanzausgleich. Bei einem Bevölkerungsrückgang von 23.000 Einwohnern im Jahr bedeutet das einen Einnahmeverlust von 50 Mio. € pro Jahr gegenüber dem jeweiligen Vorjahr und so geht das Schritt für Schritt nach unten. Auf diese Fakten sind wir nur unzureichend vorbereitet.

(Beifall SPD)

Herr Mohring sagt selbst, 2020 werden wir ein Haushaltsvolumen von 7 Mrd. € haben - ob das nun plus/minus eine halbe Milliarde ist, darüber wollen wir gar nicht streiten. Jetzt in diesem Doppelhaushalt vollführen Sie noch mal einen Aufwuchs der Ausgaben und umso schwieriger wird es in den Folgejahren nach 2010, das wieder abzubauen.

Meine Damen und Herren, dazu haben wir Riesenprobleme auf der Ausgabenseite. Die Pensionslasten steigen dramatisch an. Im Jahr 2007 waren es knapp über 30 Mio. €, jetzt sind für 2008 45 Mio. € veranschlagt und für 2009 50 Mio. €. Die Kurve steigt also steil nach oben und es wird keine Vorsorge getroffen. Ich sage Ihnen, Frau Ministerin Diezel, da wird der Schuss nach hinten losgehen.

(Beifall SPD)

Ob wir dann noch hier im Landtag oder Sie in Verantwortung sind, das wissen wir alles nicht, aber der Schuss wird nach hinten losgehen.

Genauso ein Riesenproblem sind die enormen Zinsausgaben, immerhin 700 Mio. € im Jahr werden nur für Zinsen ausgegeben, ohne einen Cent zurückzuzahlen. Diese Zinsen sind das Spiegelbild der verfehlten Politik der vergangenen Jahre. Es ist nicht auszudenken, wenn sich die historischen niedrigen Zinssätze mal erhöhen werden, was dann für Summen dort fällig werden.

Zu den Parametern des Haushalts ist schon viel gesagt worden. Die niedrigste Investitionsquote aller neuen Bundesländer haben wir zu verzeichnen. Das sind ja Mittel, die unmittelbar der Wirtschaft zufließen, wo Arbeitsplätze in Thüringen dranhängen. Das geht Jahr für Jahr nach unten und wir hinken anderen neuen Bundesländern hinterher.

Personalausgabenquote - Personalausgaben für die Hochschulen werden ab 2008 als Zuschüsse ausgewiesen und erscheinen nicht mehr als Personalausgaben. So wird die Quote geschönt und die Öffentlichkeit hinters Licht geführt und trotzdem haben wir noch die höchste Personalausgabenquote aller neuen Bundesländer. Wenn Sie, Frau Ministerin, den Stellenabbau hier propagieren, wenn man sieht, wie zum Teil die Stellen nur verschoben werden - auf meine Kleine Anfrage hin wurde ja von der Landesregierung dargelegt, dass ein ganzer Packen Stellen, knapp 500 Stellen, an die Kommunen bzw. an die GFAW rübergeschoben werden -, dann ist das doch eine Mogelpackung. Im Stellenplan stehen sie zwar nicht mehr, aber die Stellen sind auch nicht weg, die Kosten sind doch da. Und zur Behördenstrukturreform, die im Grundsatz sogar richtig sein mag, aber ohne eine vorherige Gebietsreform ist sie einfach kontraproduktiv und

(Beifall SPD)

wir erhalten durch Ihre Behördenstrukturreform weniger Qualität zu höheren Kosten.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Darauf habe ich den ganzen Tag gewartet.)

Das soll mir mal ein Ökonom vorrechnen, wie wohl das gut ist.

(Beifall SPD)

(Unruhe CDU)

Dann ist der Doppelhaushalt ausgelegt auf den Wahltag 2009. Es ist ein Wahlhaushalt. Sie vollziehen einen Strategiewechsel, Sie gehen nicht mehr mit dem Rotstift an zig Einzeltitel ran, Blindengeld, Lernmittelfreiheit oder Theater/Orchester, sondern Sie haben sich mit den Betroffenen geeinigt, die Friedenspfeife angezündet und haben dort, wo Sie in

den vergangenen Jahre vehement gekürzt haben und die Kürzungen verteidigt haben, das jetzt wieder rückgängig gemacht oder kleine Sahnehäubchen verteilt. Dafür, dass Sie das machen können, mussten Sie aber eine Großattacke gegen die Kommunen fahren und dort 200 Mio. € pro Jahr bei den Kommunen kürzen.

(Beifall SPD)

Das Ganze geschickt verschleiert in einem Zahlenwirrwahr, der keine Vergleichbarkeit mehr mit dem alten Kommunalen Finanzausgleich gewährleistet. Einzig die Summe unten drunter kann man noch vergleichen. Und da haben Sie die Kommunen über den Tisch gezogen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Natürlich nicht, weil das Verfassungsgericht das so gesagt hat.)

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion liegt vor und wir zeigen eine klare Alternative zu diesem Kommunalen Finanzausgleich auf.

Zum Thema "Wahlhaushalt" sei noch gesagt, wenn man mal die Mittel aus den Strukturfonds ansieht, die Förderperiode 2007 bis 2013, 2009, im Wahljahr, werden die meisten Mittel davon ausgereicht. Das ist ganz geschickt gemacht.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Wieso denn das?)

Oder schauen wir doch mal - Thema "Wahlhaushalt" - in den Einzelplan 02, nur in den Einzelplan 02, das Ganze widerspiegelt sich in allen anderen Einzelplänen auch: 2009 die Ausgaben für Veranstaltungen - 31 Prozent mehr, für den Thüringentag - 30 Prozent mehr, für Protokollaufgaben, also Konferenzen und Ähnliches - 29 Prozent mehr, für Veröffentlichungen - 16 Prozent mehr, also für Broschüren und Ähnliches mit dem Bild des jeweiligen Ministers oder des Ministerpräsidenten.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nur mit dem Bild des Ministerpräsidenten.)

So wird Politik gemacht für den Wahltag. Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt ist in Zahlen gegossene Politik und da hilft nicht drumherumzureden, sondern da sieht man an den vorgelegten Zahlen und an den vorgelegten Änderungsanträgen, was welche Fraktion will. In etlichen Positionen unterscheiden sich unsere Vorstellungen grundsätzlich von der Landesregierung. Wir sagen, keine Herdprämie, weil das Geld aus den Kindergärten entzogen worden ist, wir wollen keine Prämie für das Zuhausebetreuen von Kindern, sondern wir wollen

genügend gut ausgebildetes Personal in den Kindergärten. Wir wollen dort nicht Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, wir wollen dort nicht hohe Krankenstände bei den Kindergärtnerinnen durch die extreme Mehrbelastung, wir wollen nicht Qualitätsverlust, sondern wir wollen wirklich etwas tun für frühkindliche Bildung auf hohem Niveau.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir wollen nicht, dass die Kinder in der 4. Klasse selektiert werden und ihr künftiger Lebensweg dort festgelegt wird. Wir wollen, dass sie bis zur Klasse 8 gemeinsam lernen. Wir wollen nicht, dass Geld auf die Hand gegeben wird, wo manche damit verantwortungsvoll umgehen, andere das vielleicht in Alkohol umsetzen, sondern wir wollen Chancengleichheit für die Kinder. Wir wollen, dass sie ein warmes Mittagessen in der Schule haben. Wir wollen, dass gesichert ist, dass sie ihre Arbeitsmaterialien haben.

(Beifall SPD)

Wir wollen - und das sagen Sie ja auch - in die Köpfe investieren, aber wir wollen, dass in alle Köpfe investiert wird, und nicht, dass das Bildungssystem schon etliche aussondert und zurücklässt. Deshalb haben wir den Antrag vorgelegt "Initiative für Bildung und Chancengerechtigkeit", der aus unserer Sicht den richtigen Weg weist. Und da, wo Sie heute diesen Antrag noch störrisch verweigern, bei dem Thema sprechen wir uns wieder und vielleicht stehen Sie schon in zwei oder drei Jahren an der Spitze der Bewegung.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch ein paar Fakten, bei denen ich sage, Wort und Tat stimmen bei der Landesregierung nicht überein. Sie propagieren, wie wichtig die Schulen in freier Trägerschaft sind. Sie bessern auch ein kleines bisschen nach. Aber Sie trocknen sie seit Jahren finanziell aus. Sie beteuern die Bedeutung der Kulturlandschaft für unser Land, für Thüringen und bei den Theatern und Orchestern haben Sie zugelangt, eine Unruhe hineingebracht in den ganzen Bereich. Jetzt stellen wir fest, aus den 10 Mio. €, die Sie dort versprochen haben an Einsparungen, sind im Haushalt gerade einmal 1,8 Mio. € eingespart worden. Deshalb dieser ganze Aufstand.

Sie propagieren, dass Sie eine leistungsfähige Polizei schaffen wollen. Die Taten sieht man aber nicht. Die Taten bleiben aus, im Gegenteil, es soll Stellenabbau vollzogen werden, den wir für falsch halten. Wir möchten auch, dass die Ausbildungszahlen bei der Polizei erhöht werden. Sie propagieren, dass der Rechtsextremismus in Thüringen ein Problem ist und dass dort dringend etwas getan werden muss. Dann sehen wir, dass im Haushalt einfach zu wenig Geld

da ist zur Förderung lokaler Aktionspläne für Demokratie und Toleranz und dass der Verein, der hier führend ist, nämlich MOBIT, gerade einmal an der Hungergrenze gehalten wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss sagen, der Doppelhaushalt setzt aus unserer Sicht die falschen Prioritäten. Mit dem Finanzausgleichsgesetz wird tief ins Fleisch der Kommunen geschnitten, aber erst ab 2010. Das Haushaltsbegleitgesetz soll die unsägliche Kommunalisierung von Landesämtern in viel zu kleine Kommunalstrukturen in die 23 Landkreise und kreisfreien Städte vornehmen. Wir lehnen das ab. Unsere Änderungs- und Entschließungsanträge liegen vor. Sie zeigen eine klare Alternative, aber wir wissen, dass Sie diesen nicht zustimmen werden, aber den Menschen in Thüringen kann gezeigt werden, es geht auch anders. Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Mohring, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das bei der ersten Lesung zu diesem Doppelhaushalt für 2008 und 2009 gesagt und wir wollen das auch nach Abschluss unserer Haushaltsberatungen hier im Thüringer Landtag sagen: Das Tor für eine gute Zukunft Thüringens und seiner Menschen ist mit diesem Doppelhaushalt weit aufgestoßen.

(Beifall CDU)

Wir wollen in Freiheit und Verantwortung und mit Zuversicht eine gute Zukunft Thüringens gestalten. Wir haben diese Freiheit und diese Verantwortung, dieses Tor mutig und unverzagt zu durchschreiten und den Weg für eine sichere und gute Zukunft für uns und für alle nachfolgenden Generationen in Thüringen zu organisieren. Und wir tun dies mit großer Zuversicht. Wir nehmen dieses Angebot zur Freiheit an und wir sagen, Freiheit ist auf Gedeih und Verderb darauf angelegt, dass die Menschen die Kraft zur Freiheit haben. Dass sie ihr Freiheitsrecht nicht als Beliebigkeit verstehen, sondern als Verantwortlichkeit für sich und damit auch - Recht ist immer die Begegnung mit dem anderen gemeint - als Verantwortlichkeit für die anderen. Wir alle wissen, dieser Weg wird kein leichter sein, doch Larmoyanz und destruktives Gerede wird uns nicht unsere Zukunft gestalten können. Mit diesem Landeshaushalt wollen wir Verantwortung für die Freiheit Thüringens

und seiner Menschen mit Zahlen untersetzen. Wir wollen damit unser Versprechen aus dem Wahlprogramm und aus den Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten einlösen. Die Säulen Sparen und Gestalten werden in diesem Haushalt eindrucksvoll sichtbar. Wir setzen neue Akzente, und das ohne neue Schulden. Für diese Leistung wollen wir als CDU-Fraktion der von Ministerpräsident Dieter Althaus geführten Landesregierung ausdrücklich unseren Dank zollen.

(Beifall CDU)

Ich will aber auch im Namen der Haushaltspolitiker der CDU-Landtagsfraktion meinen eigenen Kollegen Dank sagen, dass sie mit ihren Änderungen im Entwurf dazu beigetragen haben, einen Haushalt aufzustellen, der trotz deutlicher Änderungen dabei bleibt, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden. Die Kompetenz der Union in der Finanzpolitik wird mit diesem Haushalt eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Unser Thüringen ist in den letzten 17 Jahren zu einem blühenden Land geworden, dessen Menschen und Kultur von unseren Nachbarn hoch geschätzt werden. Die Leistungen, die nach den Jahren des Niedergangs in zwei Diktaturen hier erbracht wurden, nötigen vielen Außenstehenden Respekt und Anerkennung ab. Dies wurde nicht zuletzt bei der Eröffnung der wieder sanierten Anna Amalia Bibliothek auch durch den Bundespräsidenten eindrucksvoll bestätigt.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich will sagen, die Aufbauhilfe, die wir in den letzten 17 Jahren bekommen haben, für die sind wir dankbar und sie war notwendig, weil ohne diese Hilfe der Menschen aus den alten Bundesländern und den milliardenschweren Transferleistungen wir diese Aufbauarbeit nicht hätten voranbringen können. Deshalb wollen wir diesen Dank auch noch mal über unsere Landesgrenzen hinaus richten und wir wollen es um so deutlicher deshalb noch mal sagen, weil nicht alle Finanzpolitiker das gesagt haben, auch weil wir uns einig sind und wissen, dass es mit den milliardenschweren Transferzahlungen in der Zukunft nicht so weitergehen wird. Wir werden durch die zurückgehenden Zahlungen aus dem Solidarpakt jede Menge Mittel verlieren. Der Abgeordnete Pidde hat darauf hingewiesen. Es wird keinen Solidarpakt III geben. Deshalb stoßen wir mit diesem Haushalt das Tor für eine gute Zukunft Thüringens auf, weil wir wissen, dass wir nach 2019 auf eigenen Beinen und eigenen Füßen stehen müssen und dann auch ohne fremde Hilfe einen Haushalt für diesen Freistaat gestalten wollen und damit auch eine gute Zukunft für diesen Freistaat organisieren wollen.

Wir haben viel erreicht in den letzten Jahren. Die Früchte der letzten drei Reformhaushalte ernten wir nun mit diesem Landeshaushalt. Einsparungen von 500 Mio. € gegenüber dem Haushaltsjahr 2000 haben auch dazu beigetragen, nun einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen zu können. In den Zukunftsbereichen wachsen wir stärker als alle Länder. Thüringen befindet sich auf einem robusten Wachstumskurs. Die Menschen, die dadurch neu in Arbeit gekommen sind, sind die eigentlichen Gewinner unserer Politik der letzten Jahre. Nicht zuletzt Zahlen des Landesamts für Statistik, Zahlen aus der Industrie und auch letztens der Ifo-Geschäftsklimaindex und auch die IW-Konjunkturumfrage lassen für die kommenden Jahre eine gute Entwicklung auch für Thüringen erwarten und dafür soll auch dieser Haushalt die Grundlagen legen, weil wir auf diesem Weg weiter arbeiten wollen.

Die Strukturen dieses Landes müssen auch weiterentwickelt werden. Die Profile in Bildung, Hochschule und mittelständischer Wirtschaftsstruktur werden mit diesem Doppelhaushalt klar hervorgehoben und nicht zuletzt wollen wir heute die Weichen für die letzte Wegstrecke dieser Legislatur stellen.

Meine Damen und Herren, jetzt haben wir fünf Monate im Landtag zu diesem Doppelhaushalt diskutiert. Wir haben jetzt zwei Tage im Plenum zum Haushalt gesprochen. Dann haben wir viele Redner aus der Opposition zu den Einzelplänen gehört. Da ist mir eingefallen, als Franz Müntefering im Bundestag mal gesagt hat, dass Opposition Mist ist. Aber wenn ich mir überlege und mir noch einmal Ihre Reden vor Augen führe aus den letzten zwei Tagen und insbesondere auch die Reden der beiden Fraktionsvorsitzenden Hausold und Matschie, dann will ich dieses Müntefering-Zitat gern ein Stück umwandeln. Ich finde, Mist ist, wenn man Opposition nicht kann. Ich glaube, Ihre Reden haben das deutlich bewiesen. Sie können nicht Opposition in diesem Land. Deshalb gilt das auch für die Zeit nach 2009; es macht Sinn,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das werden wir ab 2009 Ihnen überlassen.)

dass Sie an dieser Aufgabe noch weiter üben und arbeiten und die Wähler Ihnen hoffentlich auch dazu die Gelegenheit geben, in Opposition weiter lernen zu können.

(Beifall CDU)

Ich will das auch ein Stück untersetzen. Auf der SPD-Homepage des Landesverbands Thüringen gibt es regelmäßig eine Kolumne des Landesvorsitzenden. Da sagt der doch nach seinem letzten Landesparteitag - ich will da nur ein Stück daraus zitieren: "Zweitens sagt Matschie, wir, die SPD, stehen gut da." Wir stehen gut da.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Genau.)

Da will ich mich ja gar nicht in Ihre Belange hineinhängen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist auch besser so.)

Aber ein Stück gehört doch wohl dazu, dass Meilensteine zwischen dem, was Sie hier im Landtag so sagen, und dem, was einige in Ihrer Partei eigentlich von Ihnen erwarten, liegen. Dann streiten Sie sich ja nun um die Führungsposition in Ihrer Partei, nachdem vermeintlich alles geklärt schien. Da kommt einer aus der Kiste herausgekrochen, der schon lange versenkt war, quasi vampirgleich, und versucht nun erneut, Ihnen Ihre Position streitig zu machen. Ich kann Ihnen sagen, so viel Knoblauch können Sie gar nicht essen, um den auch noch abzuhalten, dass dieser Streit nicht weiter Ihre Arbeit belasten wird.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Danke für Ihre Unterstützung.)

Wie deutlich das wird, zeigt Ihre Rede von gestern, weil wir in der CDU-Fraktion den Eindruck hatten, dass Sie die Rede von vor zwei Jahren gehalten haben.

(Beifall CDU)

Ich will das gern mal untersetzen an zwei Punkten, wo man das sieht, dass Ihnen tatsächlich in den ganzen Jahren Ihrer Opposition nichts Neues eingefallen ist. Da stellen Sie sich gestern hier hin und sagen und flehen quasi in die Reihen der CDU: Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu für mehr Gründerzentren, für mehr Forschung und für mehr Energieeffizienz. Da gibt es viele in unserer Fraktion, die sagen, na, wenn Herr Matschie uns so bittet, dann wollen wir nachschauen, vielleicht stimmen wir dem zu. Jetzt haben wir alle Anträge nachgeschaut und haben festgestellt, Sie haben gar nichts beantragt.

(Beifall CDU)

Ich frage mich, was sollen wir denn zustimmen? Die Rede kann nur von vor zwei Jahren gewesen sein, weil das, was Sie bitten, dass wir zustimmen sollen, haben Sie gar nicht mehr beantragt. Sie haben es im Ausschuss beantragt, aber Sie haben es nicht im Landtag beantragt. Wo wird denn über den Haushalt abgestimmt am Ende? Im Landtag. Und da haben Sie nichts beantragt. Es zeigt die Schwäche, wie Sie mit Ihrer Aufgabe als Oppositionsführer umgehen wollen. Sie können es nicht.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Ja, Sie werden es dann besser machen.)

(Beifall CDU)

Dann haben Sie gesagt - darüber sind wir ja sehr dankbar, weil wir das auch im Wahljahr natürlich verwenden wollen -, Sie sind verantwortlich als SPD für das Energieeinspeisungsgesetz und haben hier mit geschwellter Brust verkündet, was für ein tolles Gesetz das ist. Jetzt fragen Sie mal die Leute in den Dörfern und kleinen Städten und Gemeinden in Thüringen, was die von Ihrem Energieeinspeisungsgesetz halten, wenn sie die Windräder vor ihren Dörfern sehen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Nichts.)

Nichts halten die Leute davon.

(Beifall CDU)

Deshalb sind wir dankbar, dass Sie die Verantwortlichkeit geklärt haben für das Energieeinspeisungsgesetz, wer zuständig ist.

(Unruhe SPD)

Die SPD ist schuld daran, dass die Windräder in Thüringen nicht aufhören zu wachsen und die Landschaft in Thüringen verschandelt wird durch Ihr komisches Gesetz.

(Unruhe DIE LINKE, SPD)

(Beifall CDU)

Und, das gehört natürlich dazu, das muss gesagt werden.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Besser Windräder als solche heiße Luft.)

weil es natürlich auch eine Rolle spielt, wenn es darum geht, 2009 zu entscheiden, wer soll weiter die Verantwortung für diesen Freistaat bekommen. Auf Ihren Parteitag hin haben viele Kommentatoren geschrieben, ich will einen aus der "Südthüringer Zeitung" zitieren: "Es sollte das Aufbruchsignal für die Landtagswahl 2009 werden, der Parteitag am Samstag in Schmalkalden. Doch bis die Partei sich bei Einbruch der Dämmerung endlich mit dem Leitantrag "Aufbruch Thüringen" beschäftigen konnte, war die Botschaft längst raus: Man ist wieder mit sich selbst beschäftigt." Man ist mit sich selbst beschäftigt und eindrucksvoll hat das ein ehemaliger Landtagskollege bewiesen, der, glaube ich, einer Ihrer Stellvertreter ist, der in seiner parallelen Landesvorstandssitzung gesagt hat, als Pressekonferenz deklariert: Ich bin mit der Illusion in die SPD gegangen, dass alle Sozialdemokraten Freunde sind. Und jetzt sehen wir, dass es überhaupt nicht dazu kommt.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Bitte reden Sie endlich zum Thema.)

Ich will das deshalb sagen, dass das für uns eine große Frage ist, die wir beachten müssen, weil, wenn Sie für die Opposition hier stehen und verkünden neue Zukunftskonzepte, die Sie gar nicht umsetzen können, weil Ihre eigenen Reihen nicht an Ihre Führungsqualitäten glauben, dann ist es wichtig, dass wir das auch den Wählern sagen.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ein weiteres Beispiel nennen aus Ihrer Rede von gestern, in der Sie hier versucht haben, mit populistischem Budenzauber aufzuzeigen, wie angeblich schlecht in diesem Land mit Schlagzeilen aus den Zeitungen - Sie eigentlich an die Macht müssten, um das alles besser zu tun. Da zitieren Sie gestern aus einer Zeitung und sagen, dass bestimmte Privilegien angeblich für Leute bei der Jagd gemacht werden, ohne das selbst zu überprüfen. Sie nehmen einfach das gedruckte Wort in den Zeitungen für sich adaptiert als Wahrheit an. Ihre eigene Fraktion - ich will mal diesen Widersinn ein Stück erklären - stellt einen Antrag zu diesem Landeshaushalt heute, über den wir nachher abstimmen, und sagen aber, Sie wollen die Erlöse aus der Jagd in Thüringen um 500.000 €

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Genau.)

in 2008 und 2009 erhöhen.

(Zwischenruf Abg. Doht und Becker, SPD: Ja, natürlich.)

Das ist ja wundersam.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Die wollen sie auch nicht verscherbeln.)

Erst kritisieren Sie, dass da Leute auf die Jagd gehen und dann wollen Sie die Erlöse aus der Jagd erhöhen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: So ein Blödsinn!)

Größere Ideenlosigkeit kann man Ihnen nicht unterstellen als mit Ihren eigenen Worten.

(Unruhe SPD)

Deshalb bleibt es dabei, meine Damen und Herren, dass ich noch einmal darauf kommen will, warum es gut ist, dass die Union Verantwortung in die-

sem Freistaat hat.

Wir wollen für die Schulen in freier Trägerschaft mehr Geld zur Verfügung stellen. Bei der Finanzierung dieser Schulen in freier Trägerschaft werden die Haushaltsansätze jedes Jahr in 2008/2009 um noch mal 6,7 Mio. € erhöht. Das heißt, dass am Ende nächsten Jahres 115,6 Mio. € und im Jahr 2009 123,6 Mio. € zur Verfügung stehen. Das bedeutet, im Jahr 2009 gibt es für diese Schulen in freier Trägerschaft über 20 Mio. € mehr als in diesem Haushaltsjahr.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das ist weit unter Ihrem Niveau.)

Wer will da sagen, dass wir unserer großen Verantwortung für die Schulen in freier Trägerschaft nicht nachgekommen sind?

(Beifall CDU)

Unsere Fraktionsvorsitzende Christine Lieberknecht hat gestern darauf hingewiesen, dass wir auch für die Musikschulen, für die Jugendkunstschulen und für die Bibliotheken noch einmal 2 Mio. € zusätzlich jedes Jahr, 2008 und 2009, zur Verfügung stellen. Wir tun das zusätzlich neben den 3,7 Mio. € für Musikschulen, für Bibliotheken und Jugendkunstschulen, die sich in den allgemeinen Schlüsselzuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich wiederfinden und vorher als Einzeletat ausgebracht waren. Wenn die Kommunen ihrer Verantwortung gerecht werden, dass diese Mittel von 3,7 Mio. €, die quasi durchgereicht werden, in den allgemeinen Schlüsselzuweisungen mit den 2 Mio. € Fördermitteln des Landes jetzt kompensieren noch einmal, dann stehen künftig 5,7 Mio. € für diese wichtigen Bereiche zur Verfügung. Ich glaube, auch da sieht man, dass wir mit diesem Haushalt 2008 und 2009 wichtige Weichen gestellt haben.

(Beifall CDU)

Und es wird mit diesem Doppelhaushalt 2008/2009 90 Mio. € für Weimar geben. Wir haben mit diesem Doppelhaushalt Verpflichtungsermächtigungen zur Kofinanzierung zugesagter Bundesmittel für die Stiftung "Weimarer Klassik und Kunstsammlungen" ausgebracht. Dafür werden für 2010 bis 2017 jährlich 5 Mio. € bereitgestellt. Damit ist sichergestellt, dass in das national bedeutsame Weimarer Erbe weiter angemessen investiert werden kann. Das ist eine gute Nachricht für die Klassikerstadt selbst, für Thüringen und für Deutschland, weil wir dankbar sind, dass der Bund eindrucksvoll ein Angebot unterbreitet hat und sich damit zu seiner nationalen Verantwortung für Weimar bekennt.

(Beifall CDU)

Wir wollen mit unserem Haushalt dieses positive Echo begleiten.

Wir haben als CDU-Fraktion noch einmal Schwerpunkte gesetzt für besondere Zuwendungen für politische Häftlinge der ehemaligen DDR. Für eine geringe Wiedergutmachung von erlittenem Unrecht politisch Verfolgter in der ehemaligen DDR werden wir 2008 und 2009 insgesamt 42,1 Mio. €, und davon allein 14,7 Mio. € aus eigenen Landesmitteln, zur Verfügung stellen. Es ist wichtig, dass wir vorsehen, dass ehemalige politische Häftlinge aus der DDR jetzt eine monatliche Zuwendung von 250 € erhalten, wenn sie bedürftig sind und wenige andere Bedingungen erfüllen. Für Thüringen insgesamt sind das 6.400 Berechtigte, die aus der Diktatur der DDR-Zeit so viel Unrecht erlitten haben, dass sie jetzt noch einer besonderen Zuwendung bedürfen, und wir erkennen damit unsere Verantwortung an.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir setzen Schwerpunkte in der Familienpolitik, Frau Vorsitzende Lieberknecht hat das gestern gesagt. Ich will noch einmal nennen, dass wir mit diesem Landeshaushalt ein Thüringer Familiendarlehen und einen Kinderbonus zusätzlich zur Ergänzung der Thüringer Familienoffensive organisieren. Um Eltern bei der notwendigen Aufwendung zu unterstützen, die bei der Geburt eines Kindes und insbesondere bei der Geburt des ersten Kindes entstehen, soll ab 1. Juli 2008 ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von 5.000 € beantragt werden können und bei der Geburt eines weiteren Kindes 1.000 € und bei dem dritten Kind 1.500 € von diesem Darlehen erlassen werden können. Und weil wir wissen, dass auch Eltern dieses Darlehen nicht in Anspruch nehmen können, weil sie die Voraussetzungen nicht erfüllen, wollen wir zusätzlich mit einem Kinderbonus die Eltern unterstützen, dass sie für ihr zweites und drittes Kind einmalig 500 € erhalten. Damit stellen wir 2,9 Mio. € nächstes Jahr und 3,6 Mio. € 2009 und darüber hinaus größere Geldsummen zur Verfügung. In dieser Gänze aller Bausteine der Thüringer Familienoffensive, vom Rechtsanspruch von zwei Jahren an auf einen Platz im Kindergarten, vom Landeserziehungsgeld, von der Investitionspauschale von 1.000 €, vom einheitlichen Bildungsplan bis hin zum Elterngeld des Bundes über das Thüringer Familiendarlehen und den Kinderbonus und dem ab 2013 in Deutschland auch organisierten Betreuungsgeld sichern wir lückenlose Förderung vom ersten Lebensjahr der Kinder an bis sie in die Schule kommen.

(Beifall CDU)

Ich glaube, mit diesen deutlichen Weichenstellungen hat Thüringen seine Vorreiterrolle in der Familien-

politik übernommen und ich werde Ihnen ganz klar von hier sagen können: Die Menschen in diesem Freistaat Thüringen werden auf Ihre Szenarien von Angst und von Verantwortungswegnahme nicht reagieren, sondern wir werden zeigen, dass wir die richtigen Weichenstellungen gesetzt haben. Wir werden auch im Wahljahr dafür werben, dass das Vertrauen der Eltern, die wir so massiv mit diesem Haushalt in Thüringen unterstützen, auch bei der Union gerechtfertigt ist.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Deshalb gibt es auch ein Volksbegehren dagegen!)

(Beifall CDU)

Wir sehen diesem Volksbegehren gelassen entgegen, weil es kein Bundesland in Deutschland gibt, das von der ersten Lebensminute an bis in die frühkindlichen Jahre so eine umfängliche Unterstützung leistet wie Thüringen.

(Beifall CDU)

Deshalb sind wir Vorreiter und deshalb sehen wir dem Volksbegehren gelassen entgegen.

Wir als CDU-Fraktion haben Schwerpunkte in den Haushaltsdebatten bei der Förderung von Trainern im Nachwuchsbereich gesetzt, weil wir sagen, dass die Förderung des Sports besonders wichtig ist.

(Beifall CDU)

Deshalb wollen wir noch einmal mit jeweils 150.000 € 2008 und 2009 die Festfinanzierung von Trainerstellen im Nachwuchsbereich organisieren über einen Olympiazyklus von vier Jahren hinweg, weil damit nämlich erstmals die Landestrainer in den Stützpunktbereichen feste Arbeitsverträge bekommen können und wissen, dass sie auch über die Jahresschwelle hinaus weiter Beschäftigung haben. Das sichert auch das Zukunftsinteresse für junge Menschen, sich für Sport zu begeistern, weil sie wissen, ihr Trainer steht zur Verfügung und wir auch die Chance haben, dass wir weiter als Thüringer erfolgreich bei Olympiaden, bei Weltmeisterschaften und Europameisterschaften sein können. Im Februar bei der Rodel-WM und im Januar beim Biathlon-Weltcup werden wir das wieder unter Beweis stellen, dass wir richtige Weichen an dieser Stelle gesetzt haben.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen auch, dass das Leben vergänglich ist. Wir wissen auch, dass oft die Menschen, wenn sie kurz vor dem Himmelstor stehen, die letzten Monate und Tage Hilfe und Begleitung brauchen. Deshalb wollen wir auch die Hospiz-Arbeit in Thüringen 2008 und 2009 mit noch mal 300.000 € für den Ausbau von Hospizen unterstützen. Bisher waren dafür keine Mittel vorgesehen. Wir denken, dass dieses Zeichen unumgänglich ist.

(Beifall CDU)

Aber wir wollen auch ein Zeichen für die Zukunft setzen. Wir wollen zeigen, dass Thüringen zu den Vorreitern solider Finanzpolitik gehört. Deshalb haben wir heute einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem wir die Landesregierung bitten, einen Verfassungsänderungsvorschlag zu unterbreiten, wo wir uns in Thüringen selbst verpflichten wollen, keine neuen Schulden aufzunehmen.

(Beifall CDU)

Ich sage es ausdrücklich an die SPD gerichtet, wir laden Sie ein, an dieser Verfassungsänderung mitzuwirken. Wir wissen, Herr Matschie, dass Sie sich deutlich für diese Verfassungsänderung ausgesprochen haben.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Dadurch wird sie nicht besser.)

Wir wissen aber auch, dass auf Ihrem Leitantrag auf dem Parteitag in Schmalkalden dieser Vorschlag aus dem Papier durch die Antragskommission verschwunden ist. Wahrscheinlich hängt das mit dieser schwierigen Situation in Ihrer Partei zusammen. Aber wenn Ihr Wort gilt in Ihrer Partei und wenn Ihre Führung gilt, dann laden wir Sie ein, an dieser Verfassungsänderung mitzuwirken, weil sie wichtig ist. Wir wollen deutlich zeigen, wir wollen auch nachfolgende Generationen nicht mit Schulden belasten, wir wollen nur wenige Ausnahmen zulassen, die aber sein müssen,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Sie hätten mal in den letzten Jahren weniger Schulden machen sollen!)

aber wir wollen in dieser Legislaturperiode die Verfassung abschließend ändern.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Kein Land hat so viele Schulden gemacht wie Thüringen in den letzten Jahren, Herr Mohring.)

Wir legen mit diesem Haushalt einen Haushalt vor, der 2008 und 2009 keine Schulden vorsieht, und wir legen mit der Mittelfristigen Finanzplanung vor, die Bestandteil dieses Haushalts ist, dass wir ab 2010 in diesem Freistaat Schulden tilgen werden. Wir werden Schulden tilgen und wir werden Ihnen zeigen, dass wir einen guten Weg eingeschlagen haben.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: 2010 werden wir sehen, was wird.)

Aber ich will Ihnen auch sagen, jetzt haben Sie zwei Tage lang hier gesagt, Sie wollen, dass jetzt schon Schulden getilgt werden. Aber wo bitte, lieber Herr Matschie, sind denn Ihre Anträge dazu? Wort und Tat fallen bei Ihnen auseinander.

(Beifall CDU)

Wir werden 2010 147 Mio. € erstmalig tilgen und 2011 178 Mio. € tilgen. Damit sind wir - und das kann ich Ihnen versprechen - in dieser guten Lage, wirklich Vorreiter zu sein. Andere Länder, auch Geberländer, werden auf uns schauen, weil wir nämlich zeigen wollen, dass wir unsere Aufgaben erfüllen. Wir wissen, dass es 2019 keinen Solidarpakt III geben wird. Aber wenn wir ohne fremde Hilfe auskommen wollen nach 2019, dann müssen wir uns selbst verpflichten in der Verfassung, dass wir mit den eigenen Einnahmen auch auskommen wollen, unsere Ausgaben zu bestreiten. Das wird kein leichter Weg und wir sind ein Stück schon durchgegangen durch die Zeit. Birgit Diezel hat im Interview dieser Tage gesagt, die schwierigen Jahre sind vorbei, aber es bleiben auch noch viele Steine, die wir aus dem Weg räumen müssen. Das Verfassungsgebot bzw. die Verfassungsschranke ist ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg für eine gute Zukunft Thüringens.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal etwas zum Kommunalen Finanzausgleich sagen. Land und Kommunen sind gemeinsam dieser Freistaat Thüringen. Das eine geht nicht ohne das andere. Ich will deshalb dieses Thema noch einmal kurz ansprechen, obwohl wir so oft darüber gesprochen haben, weil wir so schwierige neue Umstände, die uns das Verfassungsgericht auf den Weg gegeben hat, mit organisieren müssen. Der Landkreistag hat in dieser Woche gesagt, Thüringen hätte 900 Mio. € Mehreinnahmen in diesem Jahr und deshalb wollen die Kommunen in diesem Jahr daran beteiligt werden. Tatsächlich betragen unsere Mehreinnahmen 802 Mio. €, um das nur richtigzustellen. Aber wer den Landeshaushalt liest, der weiß, dass wir in diesem Jahr noch 850 Mio. € Schuldenaufnahme geplant haben und natürlich bei diesem ausgeglichenen Haushalt mit Schuldenaufnahme dagegen auch Ausgaben stehen. Wenn wir jetzt keine Schulden mehr aufnehmen wollen von 850 Mio. €, dann müssen wir die Mehreinnahmen von 800 Mio. € genau

als Surrogat für die Schuldenaufnahme aufwenden. Diese zurückzuführen, dafür müssen wir die Mehreinnahmen verwenden. Natürlich gibt es einen Verbund und wir haben zugesichert im Haushaltsgesetz und all den Regelungen, die dazugehören, im Jahr 2009 werden wir aus dem Verbund die Mehreinnahmen an die kommunale Seite weiterreichen. Das ist versprochen und das ist gesetzlich geregelt, aber alles so wie es im Gesetz steht und dann, wenn es notwendig wird.

(Beifall CDU)

Aber eines bleibt festzuhalten und das will ich noch einmal sagen: Im nächsten Jahr erhalten die Kommunen 2,75 Mrd. € an Landesgeld und im Jahr 2009 erhalten sie 2.82 Mrd. €. Das ist in den nächsten zwei Jahren insgesamt dann ab 1. Januar durch die Kommunalisierung zusätzlich noch einmal ein 50prozentiger Aufschlag für die zusätzlichen Kosten der Übergangszeit. Gegenüber dem ersten Kabinettsdurchgang, wo die ganze Debatte losging und oft Ihr Diskussionsstand da auch hängengeblieben ist, sind das jetzt im Jahr 2008 87 Mio. € mehr und 236 Mio. € mehr gegenüber dem ersten Kabinettsdurchgang mit dem, was jetzt im Haushalt am Ende steht. Im Jahr 2009 werden die Landkreise und die Städte und Gemeinden in Thüringen in der Gesamtsumme aller Zuweisungen an die Kommunen 44 Mio. € mehr als dieses Jahr bekommen. Das ist die höchste Pro-Kopf-Ausgabe im kommunalen Spektrum aller neuen Bundesländer und auch darüber hinaus.

(Beifall CDU)

Das muss man doch mal sagen dürfen und da wollen Sie dieses Land schlechtreden und vergessen dabei, dass wir mit einem Drittel unseres Geldes die kommunale Seite unterstützen. Ich will noch mal einen Satz deutlich sagen:

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Die können nie genug bekommen.)

Sie können nicht einen Tag sagen, namens durch Herrn Pidde, wir wissen, dass der Solidarpakt II zurückgeht und wir müssen uns darauf einstellen und dann kommt der nächste Redner der SPD oder auch der PDS und sagt dann, aber den Kommunen müssen wir mehr Geld geben. Wenn wir keine neuen Schulden machen wollen, wenn wir solide Haushaltspolitik haben wollen, wenn wir Schulden tilgen wollen - alles auch Ihre Forderungen -, dann können wir nicht über die Maßen und über das Notwendige hinaus, was gesetzlich und verfassungsrechtlich in die Hand nehmen Seite in die Hand nehmen.

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD: Das haben Sie hingerechnet.)

Zeigen Sie mir das Bundesland - am besten noch eins, wo Sie Verantwortung tragen, siehe in Berlin, Schulden ohne Ende,

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall CDU)

oder siehe in den wenigen Ländern, wo Sie noch regieren dürfen -, zeigen Sie es uns, dann werden wir es an dieser Stelle anders machen. Ich will Ihnen noch sagen, meine Damen und Herren, mit dieser Opposition ist kein Staat zu machen. Das zeigt sich nicht nur in Ihren Reden, das zeigt sich auch an Ihren Anträgen, die gänzlich so finanziert sind, dass sie auf Dauer nicht durchführbar sind. Sie haben eine Initiative vorgelegt "Frühkindliche Bildung und Familienhilfe ab dem Jahr 2010" und Sie vergessen dabei, dass Sie bei Ihren Finanzierungsvorschlägen, die Sie genommen haben, nur Einmaleffekte erzielen. Sie wollen die Stiftung FamilienSinn plündern, Sie wollen das Erziehungsgeld bei 17.000 Familien streichen und wegnehmen

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD: Aber Sie haben doch das Geld geplündert.)

und Sie vergessen, die Gesetze dazu zu ändern. Sie haben Vorschläge vorgelegt, die nicht zukunftsfest sind und die Menschen verunsichern und die keine Gestaltungsspielräume für ein zukunftsfestes Thüringen voraussehen.

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Deshalb, meine Damen und Herren, das will ich Ihnen gern sagen, wir sind guter Zuversicht für eine gute Entwicklung Thüringens.

Weil im Jahr 2017 das Luther-Jahr ist, will ich vielleicht abschließend mit einem Luther-Zitat enden und will Ihnen auch zeigen, wie wir unsere Zuversicht sehen. Luther hat gesagt: "Und wenn morgen die Welt untergehen würde, ich würde heute noch einen Apfelbaum pflanzen." Mit dieser Zuversicht bitten wir, diesen Landeshaushalt heute zu verabschieden. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Gerstenberger, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Gerstenberger, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es kann am trüber werdenden Wetter gelegen haben, aber ich hatte das Gefühl, Herr Mohring, bei Ihrer Rede erstrahlte der Raum wesentlich heller als vorher.

(Heiterkeit im Hause)

Meine Damen und Herren, ein Resümee dieser fast 13 Stunden Haushaltsdebatte der letzten zwei Tage fällt von unserer Seite sehr deprimierend aus

(Unruhe CDU)

und die Ursachen dafür liegen hinter den Zahlen dieses Haushalts. Der Haushalt ist ohne Schulden ausgleichbar und das macht diese Landesregierung so stolz. Meine Fraktion und mich macht allerdings betroffen, dass zu den alten Schulden, die im Haushalt bisher gegenüber der Bevölkerung ausgewiesen wurden, mit diesem Haushalt immense neue Schulden, sprich Mehrbelastungen, angehäuft wurden, die jetzt allerdings den Bürgern direkt aufgebürdet werden. Beispiele, meine Damen und Herren: Nehmen wir das Blindengeldgesetz, die Kindertagesstättenfinanzierung, die Finanzierung der Studentenwerke und die fehlende Funktionalreform und ein mittlerweile korrigierter Personalabbauplan des Ministerpräsidenten, die dafür Bände sprechen. Wurde uns noch vor zwei Jahren suggeriert, so viel zur Verlässlichkeit von CDU-Politik, dass bis 2009 7.500 Stellen abgebaut werden, so dürfen wir ietzt zur Kenntnis nehmen, dass dies ein Prozess ist, der sich bis auf das Jahr 2030 erstreckt, das alles ohne Funktionalreform und Neustrukturierung als reines fiskalisch motiviertes Konzept. Das kann nichts werden. Ein viel zu geringer Pensionsfonds wird gebildet, der in keiner Art und Weise den Problemlagen der Zukunft gewachsen ist und das wissen Sie. Neue revolvierende Fonds werden uns schon seit Jahren angekündigt, viel zu spät, halbherzig und in völlig unzureichender Finanzausstattung. Dazu kommt noch, dass Sie nach wie vor nicht wissen, wie Sie es konkret umsetzen wollen, wenn diese Regelungen fehlen. Die Finanzierungsreduzierungen für die Kindertagesstätten werden vonseiten der Landesregierung als Erfolg gefeiert, führen aber gleichzeitig zu Mehrbelastungen der freien Träger und der Kommunen. Herr Mohring, das war Plünderung des Kindertagesstättenhaushalts, was Sie betrieben haben.

(Beifall DIE LINKE)

Ob man in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, noch stolz auf einen ausgeglichenen Haushalt sein sollte, überlasse ich Ihrer Phantasie.

Meine Damen und Herren, die CDU kümmert sich um die Thüringer Menschen und behauptet, dort auch eine hohe Verlässlichkeit auszustrahlen. Ich will hier nur ein Beispiel dafür anführen, das Landesblindengeld. Erst wird es noch gezahlt, dann wird es im Doppelhaushalt gestrichen, stattdessen wird Blindenhilfe angeboten, dann wird der Protest der Blinden zu groß und die Landesregierung führt das Blindengeld schnell wieder ein, nicht ohne jeden einzelnen Blinden oder, sollte man besser sagen, an jedem einzelnen Blinden mehrere Hundert Euro zu sparen. Wenn das Ihre Art von Kümmern ist, dann gute Nacht!

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das haben Sie hingerechnet.)

Meine Damen und Herren, die Armut ist in unserer Gesellschaft angekommen, auch in Thüringen. Ein Drittel der Kinder in Thüringen ist von Armut betroffen, mehrere Hunderttausend Erwachsene. Sie, meine Damen und Herren der CDU, haben diesen Zug der Armut hier in dieses Land hereingelassen; Sie tragen dafür die Verantwortung

(Beifall DIE LINKE)

und Sie tun nichts, aber auch gar nichts dagegen. Ganz im Gegenteil, Sie stellen stattdessen fest, so wie das gestern Frau Lieberknecht formulierte -

(Beifall DIE LINKE)

ich darf zitieren: "Thüringen ist ein Land, wo die Bürger gerne leben." Herr Mohring sagte gerade: "Für uns gibt es eine gute Zukunft". Für die von Armut Betroffenen, Herr Mohring, auch?

Meine Damen und Herren der CDU, kümmern heißt aber nicht schönreden, so wie Sie es heute hier getan haben, kümmern sollte bedeuten, umfassende Problemlagen zu erkennen und positiv zu verändern. Davon merke ich nichts. Aber wir kommen noch dazu. Kümmern, meine Damen und Herren, heißt auch, sich kümmern um Entlohnungs- und Einkommensgerechtigkeit. Was bietet stattdessen die von Ihnen in Zahlen gegossene Politik an? Ein Nein zum Mindestlohn, ein Nein zum Vergabegesetz, ein Nein zur Anpassung des Arbeitslosengeldes II an Konjunktur und Inflation. Aber, meine Damen und Herren, liebe Gäste auf der Tribüne, ein Ja zum Diätenautomatismus nach Artikel 54 der Thüringer Verfassung und damit ein Ja zur Erhöhung der eigenen Diäten auch im Jahr 2007.

(Beifall DIE LINKE)

Stattdessen nehmen Sie billigend zur Kenntnis, dass im kleinen Bundesland Thüringen die zweitmeisten Klagen von Leiharbeitnehmern gegen die Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit- und Personalserviceagenturen zu verzeichnen sind, Klagen von Mitarbeitern, deren Tariflohn teilweise nur 50 Prozent des Lohns des vergleichbaren Stammpersonals beträgt. Also das Lohnbilligland Thüringen. Das nehmen Sie in Kauf. Ich wiederhole dazu gern die gemachten Bemerkungen meines Fraktionsvorsitzenden von gestern. Es geht hier nicht um eine Neiddiskussion und es geht auch nicht um Nestbeschmutzung. Hier geht es um eine Einkommensgerechtigkeit à la CDU, die so nicht weiter hinnehmbar ist. Dieses Land ist kein Selbstbedienungsladen.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Landesregierung hat Verantwortung für alle im Land und sollte nicht Klientelpolitik für sich und einige wenige betreiben. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, wäre etwas zum sich kümmern und zur Selbstherrlichkeit des Kabinetts zu sagen. Da wird aus einer mit Steuermitteln finanzierten Geburtstagsfeier der Kabinettsmitglieder eine Art vorgezogene Weihnachtsfeier. Das lässt den Verdacht zu, dass die am 29.06. des nächsten Jahres stattfindende Geburtstagsfeier des Kabinettschefs vielleicht eine Pfingstfestnachfeier wird oder als solche interpretiert wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Meine Damen und Herren, merken Sie, wie aus "kümmern.de" mehr und mehr "cdu-volksverdummung.de" wird?

Der Landtagsfraktion wird durch den Rechnungshof untersagt - nur noch mal für Sie zur Erinnerung, das dürften auch Kabinettsmitglieder, die ja selbst Landtagsabgeordnete sind, wissen - Blumensträuße zu Geburtstagen zu verschenken. Sparen ist angesagt. Sie benutzen Steuermittel für Mehrgangmenüs einschließlich des Genusses der in großen Mengen dafür anschließend offensichtlich notwendigen Verdauungsschnäpse. Ein Haushalt, meine Damen und Herren, der so etwas zulässt, ist kein Haushalt mit Augenmaß und einer strengen Haushaltsspardisziplin. Das ist ein Haushalt der Völlerei und der Maßlosigkeit. Allerdings kümmert Sie das wenig.

(Unruhe CDU)

(Beifall DIE LINKE)

Herr Mohring, Sie haben uns heute vorgeworfen, wir würden zu wenig Opposition anbieten.

(Beifall CDU)

Aber diese Landesregierung blamiert sich ein ums andere Mal. Das nimmt sogar die Presse in zahllosen Artikeln auf und, wie dargestellt, das Ganze fast im Tagesrhythmus, das dürften selbst Sie zur Kenntnis genommen haben.

Wir machen konkrete Vorschläge zur Veränderung der Situation, die von Ihnen geflissentlich ignoriert werden. Stattdessen nehmen Sie sich nur noch selber wahr und ziehen aus dieser eigenen Wahrnehmung die Begründung für die Richtigkeit Ihrer Politik, Oder, meine Damen und Herren. Sie spielen die "beleidigte Leberwurst", wenn das Thüringer Verfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit des Kommunalen Finanzausgleichs feststellt und Sie damit gezwungen werden, Ihre eigenen Fehler bei der Finanzierung der kommunalen Familie zu korrigieren. Da wird mit allen Tricks und Raffinessen gerechnet, bis Kommunen und Landkreise die Leidtragenden Ihrer Berechnungen sind. Die Beschwerden der Betroffenen werden ignoriert. Gleichzeitig versucht man, einmal nach fiskalischen Gesichtspunkten festgelegte Aufgaben an die Kommunen zu übertragen, koste es, was es wolle. Die Kommunen stellen dann fest, Frau Präsidentin, ich darf zitieren: "Auch mit den beantragten Änderungen der CDU-Fraktion bleibt das Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2008/2009 hinter der Forderung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen nach einem schlüssigen Gesamtpaket zurück. Schon die Sinnhaftigkeit der Kommunalisierung, insbesondere für die Bereiche der Versorgungs- und Umweltverwaltung, muss aus unserer Sicht verneint werden," Wie gestern beim parlamentarischen Abend des Beamtenbundes festzustellen war, teilt auch der Thüringer Beamtenbund diese massiven Bedenken. Herr Fiedler bezeichnet in seiner Rede gestern eine solche Situation als ein gutes Ergebnis der intensiven Gespräche des Ministerpräsidenten und des Innenministers mit der kommunalen Familie. Sie sind dem praktischen Leben, meine Damen und Herren, und dieser Bevölkerung weit entrückt.

Meine Damen und Herren der CDU, so traurig wie das klingt, aber Ihnen ist die Bodenständigkeit verloren gegangen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, noch ein weiterer Gesichtspunkt. Die "Denkfabrik Thüringen" hat offensichtlich Ruhetag. In dieser Landesregierung ist offensichtlich mit größeren Denk- oder sollte man sagen Schaltpausen in ihrer Regierungstätigkeit zu

rechnen. Beispiele gefällig? Bitte schön. Der Justizminister dachte, er könnte Posten besetzen, wie er wollte. Die Gerichte und die Betroffenen waren anderer Meinung. Nun gut, nicht immer ist, wenn man etwas denkt, das mit etwas richtig Gedachtem verbunden. Der Ministerpräsident dachte z.B., er würde 7.500 Stellen bis 2009 abbauen können. Jetzt glaubt er mehr, in Richtung 2030 würde das tragen. Denken wir diese Geschichte mal zu Ende. Er glaubt also daran, dass ein heute 44-jähriger Beamter bzw. eine Beamtin 2030, also in 23 Jahren, in Rente geht und die Stelle nicht wieder neu besetzt wird. Das nenne ich vorausschauende Politik.

Meine Damen und Herren, der Innenminister dachte, er könnte Polizeibeamte, die im Osten geboren sind, im Westen ausgebildet wurden, nur wegen ihrer Geburt im Osten nun schlechter bezahlen als die im Westen ausgebildeten Kollegen. Nicht, dass wir zwei Klassen von Menschen hätten, aber nach seinem Bewusstsein hat der Geburtsort schon etwas mit der Gehaltshöhe der Betroffenen zu tun. Gerichte waren Gott sei Dank einer anderen Meinung.

Meine Damen und Herren, wer sich kümmern will um gleiche Lebensverhältnisse in Thüringen und in der Bundesrepublik, dem sollten solche Denkaussetzer nicht passieren. Denn das sind konkrete Fakten, an denen man nicht vorbeikommt, wenn das Nachdenken aussetzt und von Kümmern ist in diesem Zusammenhang wohl gar nichts zu spüren.

Abschließend, weil es heute so oft eine Rolle spielte, noch ein letztes Beispiel: Im Umweltministerium hat man offensichtlich gedacht, dass in diesem Land noch so viele Böcke folgenlos und kostenlos zu schießen sind, dass das auch bei größten Anstrengungen diese Landesregierung allein nicht schaffen wird.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Die Wiedereinführung der kleinen Thüringer Staatsjagd in der Tradition von vor 1989 lässt hier tief blicken.

Meine Damen und Herren, diese angeführten Beispiele sind nicht etwa weit hergeholt, sondern aus der Haushaltsdebatte hier in diesen letzten zwei Tagen noch einmal zusammenfassend gezeigt. Sie belegen, dass dieser Haushalt in keiner Weise den Problemlagen dieses Landes genügte. Dieser Haushalt gibt keine Antwort auf drängende Fragen, sondern er ignoriert die Probleme des Landes, basiert auf Schönrederei der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und der Probleme und kann damit die mehr als prekären Problemlagen eines bedeutenden Teils dieser Bevölkerung nicht lösen. So einen Haushalt hat Thüringen nicht verdient.

(Beifall DIE LINKE)

Es sollte der letzte sein, der auf diesem Niveau der Thüringer Bevölkerung angeboten wird. Ich werbe deshalb noch mal um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen, um wenigstens an einigen zentralen Positionen Verbesserungen im Haushalt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Das, was Sie uns angeboten haben mit diesem Haushalt, war eine Zumutung. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Redemeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Das Wort hat jetzt Ministerpräsident Althaus.

Althaus, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende dieser sehr intensiven Debatte zu den drei wichtigen Bereichen Doppelhaushalt, Haushaltsbegleitgesetz und Finanzausgleichsgesetz darf ich für uns als Landesregierung und sicher auch im Namen der Mehrheitsfraktion diesem Landtag noch einmal sagen, damit werden die Weichen gestellt für die weitere gute Entwicklung Thüringens. Unabhängig davon, wie Sie von der Opposition persönlich dieses Land einschätzen, ob schlecht oder gut, die Thüringerinnen und Thüringer und auch viele im Umfeld schätzen die Entwicklung Thüringens sehr gut ein und die drei wichtigen Gesetzespakete, die jetzt verabschiedet werden, werden diese gute Entwicklung auch in der Zukunft sichern.

(Beifall CDU)

Aber wenn man - gestern gerade und auch eben ein wenig - die Reden spiegelt, die von Oppositionsmitgliedern gehalten worden sind - im Besonderen in den Bereichen Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, besonders Familienpolitik, Bildungspolitik -, dann finde ich schon, muss man auch feststellen, dass es wirklich fundamentale Unterschiede gibt. Ich finde, diese fundamentalen Unterschiede ergeben sich nicht in den Beispielen, die Sie genannt haben, in den Anträgen, die Sie gestellt haben, sondern ich mache sie viel tiefer gehend fest. Ich finde, Sie haben ein anderes Gesellschafts- und ein anderes Menschenbild.

(Beifall CDU)

Für Sie ist der Staat ein Staat der vorsorgen muss, der fürsorgen muss, der für alle Wechselfälle des Lebens zur Verfügung stehen muss, der immer da sein muss, um möglichst in der Gesellschaft zu verteilen, und für uns ist der Staat etwas ganz anderes. Er hat eine aktivierende Funktion, er muss die Hilfe zur Selbsthilfe leisten, er muss Leistungsfähigkeit in der Gesellschaft herausfordern, sie fördern und achten, damit er daraus die Kraft, für die Schwachen zu sorgen, auch gewinnt.

(Beifall CDU)

Für uns ist immer der Vorrang der Eigenverantwortung zu sehen und nicht zuerst ein Staat, weil wir der festen Überzeugung sind, dass wir nicht die Lenker einer Ordnung sind, sondern wir sollen helfen, dass sich diese Ordnung aus Freiheit gestaltet. Und weil uns das fundamental unterscheidet - besonders zur LINKEN -, dürfen Sie davon ausgehen, werden nicht nur Ihre Anträge immer wieder abgelehnt, sondern auch deutlich in der Öffentlichkeit gesagt, dass ein solches Staats- und Politikverständnis von unserer Seite nicht akzeptiert werden kann. Wir werden es mit allen Mitteln bekämpfen, weil die Menschen in diesem Land wissen, dass eine Gesellschaft, die auf Freiheit beruht, eine Gesellschaft ist, die Zukunft hat. Eine Gesellschaft, die vom Staat organisiert wird, die immer wieder versorgen will, die verteilen will von oben nach unten und in der Breite, dass eine Gesellschaft keine Zukunft hat, und das ist im letzten Jahrhundert ja auch eindrücklich bewiesen worden.

(Beifall CDU)

Deswegen sehen Sie nicht das, was gewachsen ist nach 17 Jahren, das, was aufgebaut worden ist von den Menschen in diesem Land und durch die Solidarität in Deutschland, die Strukturveränderungen, die Veränderungen in der Wirtschaft, im Sozialen endlich eine Gesellschaft, die es schafft, Zukunft zu organisieren -, sondern Sie setzen sich auf die Probleme, die selbstverständlich vorhanden sind in einer freiheitlichen Gesellschaft. Sie problematisieren aber nicht nur diese Probleme, sondern Sie instrumentalisieren sie. Wir gehen von den Stärken, von dem Potenzial dieser Gesellschaft aus, von den Menschen, und wollen daraus Kraft gewinnen und wollen damit die Probleme lösen und nicht umgekehrt.

(Beifall CDU)

Aber eines fällt mir auch auf und das müssen Sie für sich beantworten: Als vor wenigen Wochen beim Elisabeth-Empfang der katholischen Kirche in der Brunnenkirche der Verfassungsrichter di Fabio eine Rede gehalten hat, habe ich so bei dieser Rede für mich gedacht: Was tun jetzt deine Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition im Ergebnis dieser Rede? Ich hatte gedacht, logische Konsequenz, die

Hände bleiben ruhig. Sie haben aber geklatscht, sie haben lange geklatscht und intensiv geklatscht. Sie haben aber diese Rede nicht verstanden. Di Fabio hat in einer exzellenten Form nachgewiesen, dass es nicht richtig ist, den Staat an die Stelle der Strukturen einer Gesellschaft zu setzen, wo Kirche, wo Familie, wo Eigenverantwortung gelebt werden muss, sondern umgekehrt, wir brauchen einen Neuaufbruch der Freiheit und der Stärkung dieser Bindungsorte in unserer Gesellschaft. Das war das Fazit dieser Rede. Warum klatschen Sie bei einer solchen Rede?

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, für uns - und das gilt für mich seit 1990 und für viele hier im Raum - war das eine der größten Bereicherungen, endlich aus einer Gesellschaft heraus auf Freiheit setzen zu können, mit allen Risiken, mit allen Problemen, die daraus entstehen. Der Staat darf den Menschen nicht vormachen, er könne Risiken ausblenden, verhindern oder Probleme umfassend beseitigen, ganz im Gegenteil: Ein guter Staat, ein aktivierender Staat muss die Menschen befähigen, mit Risiken umzugehen und auch Probleme zu lösen. Er muss Hilfestellung geben, aber er darf sie nicht entmündigen, weil er dann zu einem Staat wird, der am Ende die Grundlagen für Gesellschaft selbst gefährdet.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Die Bürger sind der Staat, der Staat steht nicht irgendwo daneben.)

Darauf setzt dieser Doppelhaushalt. Darauf setzt dieses Finanzausgleichsgesetz und darauf setzt auch das Haushaltsbegleitgesetz. Ich bin dankbar, dass wir darüber lange diskutiert haben, aber ich bin auch dankbar, dass wir mit unserer Mehrheit diesen wichtigen Gesetzespaketen eine klare Zukunft geben.

(Beifall CDU)

Wir haben gestern in vielen Reden - und auch wenn ich nicht hier drin war, habe ich alle Reden von Anfang bis Ende gehört in meinem Büro - über ein Land gesprochen, das entweder Ihnen ganz fremd ist oder das Sie fremd zeichnen, um einem Ziel zu dienen, Ihrem politischen Ziel. Wenn Sie uns nicht glauben, dass dieses Land Stärke entwickelt hat und dass die Menschen auch stolz und dankbar darauf sein können, dann nehmen Sie doch wenigstens zur Kenntnis, wie wir objektiv eingeschätzt werden. In diesem Jahr gab es zwei wichtige Studien, die alle 16 Länder bewertet haben, die nicht von Ländern in Auftrag gegeben worden sind, sondern die die Länder unabhängig in ihrer konkreten Situation bewertet und daraus ein Ranking aufgebaut haben. Da war zum einen die Bertelsmann Stiftung, die eine Bundesländerstudie zum Standortwettbewerb im August vorgelegt hat. Da wurden die Bereiche Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit als zentrale Kriterien analysiert und bewertet. Da gibt es interessante Formulierungen, die uns nicht stolz machen, aber die uns zeigen, wir sind auf dem richtigen Weg. Da heißt es: "Lobenswert ist die langfristig orientierte Politik des Freistaats. Nicht zuletzt deshalb, weil eine solide Finanzpolitik Unternehmen Vertrauen gibt, in den Standort Thüringen zu investieren, sollte von dieser Linie sparsamer Haushaltsführung auch gegen Widerstände nicht abgewichen werden." Oder da ist zu lesen: "Der Doppelhaushalt für die Jahre 08/09 sieht erstmals ein ausgeglichenes Budget vor. Dieser Konsolidierungserfolg ist auch der Entschlossenheit der Finanzministerin zu verdanken, die Steuereinnahmen für eine Rückführung der Neuverschuldung einzusetzen und Ausgabenwünschen entschieden entgegenzutreten, die mit den kräftig sprudelnden Steuerquellen auftreten." Da ist drittens zu lesen: "Die Landesregierung gibt bezogen auf die Einwohnerzahl überdurchschnittlich viel Geld für Forschung und Entwicklung aus. Die Zukunftsinitiative ,Exzellentes Thüringen' unterstreicht und fördert zusätzlich diese Schwerpunktbildung der Landesregierung." "Der Wissenschaftsstandort Thüringen kann sich sehen lassen." Zitate aus dieser Studie, die 16 Länder vergleicht. Wenn Sie das schon nicht zur Kenntnis nehmen, die Thüringerinnen und Thüringer sind stolz auf eine solche Bewertung.

(Beifall CDU)

Dann gab es eine zweite Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft, ein Bildungsmonitor 2007, auch im Sommer veröffentlicht, auch ein Vergleich aller Länder in Deutschland und auch da klare Formulierungen. So kann Thüringen es sich leisten, mit seiner Gegenwart und seinen Zukunftsperspektiven für sich zu werben. Thüringens robustes Wachstum ist jedoch nicht nur konjunkturell bedingt, sondern wird durch Stärken der Wirtschaftsstruktur getragen. Der Zielgrößenbereich Sicherheit ist Thüringens größte Stärke. Hier zählt der Freistaat zu den besten Bundesländern. Einen besonders hohen Stellenwert nimmt im Freistaat die Kinderbetreuung ein. So ist man stolz auf das nahezu lückenlose Betreuungsangebot, welches in Deutschland seinesgleichen sucht.

(Beifall CDU)

Lobenswert ist die langfristig orientierte Politik des Freistaats, der mit seiner Sparpolitik vermeidet, dass die Zukunft des Landes durch einen zu hohen Schuldenberg belastet wird und ein Fazitsatz in dieser Studie lautet: "Behält die Landesregierung ihren Kurs bei, so wird sich der wirtschaftliche Aufholprozess fortsetzen und es ist zu erwarten, dass die "Denkfabrik Thüringen" ihren Siegeszug auf den Weltmärkten fortsetzen kann." Genau das ist unsere Aufgabe, jetzt und dann auch im Jahr 2009 für den nächsten Doppelhaushalt die Weichen auf diesem

Weg weiter erfolgreich zu stellen. Ich bin Bertelsmann und dem Institut der Deutschen Wirtschaft dankbar, dass sie mitten in die Verhandlungen hinein diese Studie vorgestellt haben, weil damit klar wird, Sie reden dieses Land schlecht. Sie geben diesem Land damit keine gute Perspektive, deshalb sollten Sie auch keine politische Perspektive haben.

(Beifall CDU)

Dass das auch national und international so gesehen wird, konnten wir in diesem Jahr doch sehr oft gemeinsam erleben. Auch wenn Sie nicht oft bei solchen Veranstaltungen sind, Herr Kollege Matschie, ich erlebe dann trotzdem, dass im Land fast wöchentlich Veranstaltungen durchgeführt werden, die von anderen veranstaltet werden, wo genau das deutlich wird, dass der Standort sich gut entwickelt hat, dass die Menschen dafür gesorgt haben, dass die Region sich mit ihrer Vielfalt und ihrer Besonderheit für die Zukunft aufstellt, dass die Infrastruktur sich gut entwickelt hat, dass wir ein ausgezeichneter Wissenschafts- und Forschungsstandort sind und dass unsere Bildungspolitik so gut ist, dass immer die Unternehmen, wenn sie zu uns kommen, sagen, einer der Hauptpunkte, dass wir nach Thüringen kommen, sind die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Beispiele nur in diesem Jahr zeigen, dass davon eine ganz große Anziehungskraft ausgeht: N3-Eröffnung vor wenigen Wochen, ERSOL in Erfurt, Schott, Solar-Eröffnung in Jena und in inzwischen ein zweiter Standort von Schott, der grundgelegt und im nächsten Jahr eröffnet wird.

(Beifall CDU)

Convento in Arnstadt, AEROFORM in Rudolstadt, Emitec in Hörselberg, Kerntechnik Schleusingen, Sandvik Tooling in Wernshausen, HORSCH Maschinen in Ronneburg, FREUND in Nordhausen. Diese Kette lässt sich fortsetzen und im Januar lade ich Sie dann ein zur Isoplus nach Sondershausen und zu BorgWarner. Warum kommen diese Unternehmen nach Thüringen - zum Teil aus vielen Ländern Deutschlands und der Welt -, weil sie den Standort für wichtig erachten und Zukunftsfähigkeit an diesem Standort wissen.

(Beifall CDU)

Wenn Sie dann bei solchen Eröffnungen oder bei Grundsteinlegungen oder auch bei Betriebsversammlungen sind, dann erleben Sie auch, dass diejenigen, die da kommen, die Thüringen nur bewerten aus diesen Eindrücken, die sie haben, genau das formulieren. Der Chef von Lufthansa, weltweit, Mayrhuber, hat beim Richtfest - und sicher waren einige mit dabei - wörtlich formuliert: "Ich kann all unseren Geschäftspartnern nur empfehlen, hier in Thüringen

zu investieren. Es ist ein Standort erster Güte. Wir werden Thüringen auch anderen Investoren empfehlen." Vor wenigen Wochen in Jena, auch da waren einige dabei, hat Professor Ungeheuer mit anderen Worten genau das auch formuliert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie uns nicht glauben, dann glauben Sie doch aber denen, die die Welt einschätzen können und die wissen, dass Thüringen in diesem Wettbewerb eine ausgezeichnete Position hat.

(Beifall CDU)

Ich glaube deshalb, dass die Schwerpunkte, die dieser Landeshaushalt setzt und die auch durch die anderen Gesetze gesetzt werden, genau richtig sind.

Zum Ersten: Wir wollen das robuste Wachstum, so Bertelsmann, auch in Zukunft erhalten. Dass Sie dann mit den aktuellen Zahlen den Eindruck vermitteln wollen, als hätten wir keines mehr, zeigt, dass Sie entweder die ganze Wirklichkeit nicht kennen oder dass Sie sehr bewusst immer nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit darstellen, um damit ein falsches Bild zu zeichnen. Wenn wir im Jahr 2006 das stärkste Wachstum mit 3,1 Prozent haben, wenn wir im Dynamikranking in den letzten Jahren immer Spitzenreiter waren, dann sagt einem der gesunde Menschenverstand, wenn das Niveau höher ist als in vergleichbaren nachbarschaftlichen Ländern, dann ist auch ein Wachstum von 2,7 Prozent ein exzellent gutes und der, der ein deutlich niedrigeres Niveau hat, mag möglicherweise 3,1 Prozent haben, hat aber damit in absoluten Zahlen natürlich ein deutlich geringeres Gesamtwachstum. Deshalb ist es richtig, wenn wir die Wirtschaftspolitik einschätzen, dass wir nicht immer nur ein Quartal oder ein halbes Jahr betrachten, sondern einmal die Entwicklung der letzten Jahre. Wir haben die größte Dichte an Industriebeschäftigten aller neuen Länder mit 64 pro 1.000 Einwohner; alle neuen Länder haben in Summe nur 44 pro 1.000 Einwohner. Wir haben eine ganz starke Entwicklung in der Exportwirtschaft. Wir haben allein in diesem Jahr wieder Zuwächse fast in die Zweistelligkeit und im letzten Jahr fast 20 Prozent. Wir haben im verarbeitenden Gewerbe eine Bruttowertschöpfung von über 23 Prozent und liegen damit deutlich über dem Schnitt der neuen Länder. Das ist gut, dass endlich dieser Mittelstand bleibt. Das hat länger gedauert, weil Mittelstand erst einmal die Struktur bauen muss, aber die Großen bringen kurzfristig schnellere Erfolge. Thüringen hat mit einer starken mittelständisch geprägten Wirtschaft exzellente Voraussetzungen, in den nächsten Jahren für Wirtschaft, für Arbeitsmarkt und damit für soziale Sicherheit zu sorgen. Das ist eine gerechte Gesellschaft, wenn die Menschen Arbeit haben und sich dadurch auch in der Gesellschaft selbstverantwortlich entwickeln können.

(Beifall CDU)

Den Schuh, den Sie uns anziehen wollen, Niedriglohn oder hoher Lohn, den zieht sich die Politik nicht an. Das ist Sache der Tarifpartner, darüber zu entscheiden, wie hoch Löhne sind.

(Beifall CDU)

Es ist doch ein großer Vorteil, dass die Arbeitslosigkeit in Thüringen die niedrigste in allen neuen Ländern ist und dass wir inzwischen Regionen unter 10, unter 9 und sogar unter 8 Prozent haben und dass sogar die Langzeitarbeitslosigkeit in dem letzten Jahr um fast 20 Prozent zurückgegangen ist. Reden Sie doch diese Ergebnisse nicht schlecht.

(Beifall CDU)

Die Menschen haben damit eine gute Perspektive gefunden.

(Zwischenruf Abg. Reimann, DIE LINKE: Reden Sie auch von denen, die davon nicht leben können, die sogenannten "Aufstocker"?)

Dann kommen wir zu den grundsätzlichen Fragen, wo Sie mit Recht ansprechen, wie da die große Politik agiert und in welche Richtung sie möglicherweise gehen soll. Die Debatte muss geführt werden, keine Frage. Wir führen sie anders als Sie. Ich sage ganz klar: Das, was im Postmindestlohn besprochen und beschlossen worden ist, sichert zwei Dinge - ein Monopol und den Arbeitsplatzabbau. Deswegen war es ein Fehler, auf diesem hohen Niveau einen Postmindestlohn festzulegen, weil damit nicht Arbeitsplätze geschaffen, sondern Arbeitsplätze vernichtet werden.

(Beifall CDU)

Wenn in den neuen Ländern nach Studie 42,4 Prozent aller Beschäftigten unter diesem Postmindestlohn derzeit liegen, dann ist die Entwicklung vollkommen klar. Sie können heute in der BILD-Zeitung auf Seite 2 auch nachlesen, wie das einer der wesentlichsten Volkswirte in Deutschland sieht. Deswegen ist es richtig, dass wir als Politik sagen, das ist Sache der Tarifpartner, aber bei der Post dann Sache aller Partner und nicht nur der, die noch im alten Monopol meinten verhandeln zu müssen, damit der Wettbewerb ab 01.01.2008 möglichst nicht gelingt. Deswegen bleiben wir auch dabei, dass wir sagen, der Staat darf nicht Mindestlöhne sichern, er muss dafür Sorge tragen, dass die Menschen leben können. Diese Aufgabe, über Mindesteinkommen zu

diskutieren, ob über Kombilöhne, ob über Zuschläge oder auch über ein Bürgergeld, das ist zweitrangig - das ist die Aufgabe des Staates. Die Aufgabe des Staates ist nicht, in die Tarifhoheit der Tarifpartner einzugehen, sondern er muss dafür Sorge tragen, dass Tarifpartner ihre Verantwortung wahrnehmen und dass die Menschen in einer gerechten und sozial ausgleichenden Gesellschaft leben.

(Beifall CDU)

Dann kommt - auch gestern wieder -, dass Europa aber doch mindestens in 20 Ländern Mindestlöhne hat. Warum sagen Sie dann nicht, wie die Wirklichkeit aussieht in diesen Ländern? 14 dieser Länder, die Sie da immer nennen, haben einen Mindestlohn von unter 3,80 €, das ist der höchste dieser 14, er beginnt bei 53 Cent und er ist bei 3,80 € in dem Spitzenland dieser Gruppe der 14.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Das ist mehr als einer Friseuse in Thüringen bekannt.)

Und da sind westeuropäische Länder genauso dabei wie osteuropäische. Bei den Weiteren da gibt es sicher einen Mindestlohn um die 8 €, aber warum sagen Sie nicht dazu, dass drei dieser weiteren Länder 0,0 Kündigungsschutz haben? Wir können in Deutschland nicht auf der einen Seite ein starres System des Arbeitsmarkts haben, um eine hohe Sicherheit für die Beschäftigten im Job zu gewährleisten und auf der anderen Seite noch einen staatlichen Mindestlohn definieren, das passt nicht zusammen. Einen der beiden Wege kann man nur gehen und deswegen muss die Verantwortung bei den Tarifpartnern bleiben. Weil sie auch den wichtigen Kündigungsschutz erhalten wollen, müssen sie auch dafür Sorge tragen, für die Lohnentwicklung die Verantwortung zu tragen.

(Beifall CDU)

Ich will ein Beispiel nehmen, das gerade eine Woche alt ist und wo auch einige aus dem Saal anwesend waren, das mir gezeigt hat, dass wir auch an dieser Stelle noch mehr Mut haben müssen für Wettbewerb, auch für Wettbewerb um Tarife. Wir haben auf unsere deutsch-polnische Partnerschaft zurückgeschaut - Kleinpolen und Thüringen. Der verantwortliche Marschall hat zu mir gesagt und hat das auch in seiner Rede kurz angesprochen, dass er vor etwa acht/ neun Jahren damals Bernhard Vogel gefragt hat, ob es wirklich richtig ist, durch Übergangsregeln in Deutschland auch tarifbezogen Deutschland nach dem Osten abzuschotten. Damals hat Bernhard Vogel - wie übrigens die Mehrheit in Deutschland - gesagt, das ist richtig, sonst bekommt unser Handwerk, unser Mittelstand ein großes wirtschaftliches Problem. Der gleiche Marschall sagt heute: Und was sagen Sie dazu heute? Da kann ich nur sagen, wir haben das damals alle so gesehen, aber es war falsch. Damit haben wir nämlich nach dem Osten eine scheinbare Grenze eröffnet, die heute junge Menschen aus Polen nicht mehr für Deutschland interessiert, sondern wenn im Jahr 100.000 bis 150.000 Polen Polen verlassen, um sich woanders eine Perspektive zu suchen, dann gehen sie nach Großbritannien, nach Skandinavien. Gleiches hören Sie aus der Slowakei, aus Tschechien und anderen Ländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Wettbewerbsordnung ist wichtig und in der Wettbewerbsordnung liegt die Verantwortung in der Wirtschaft bei den Tarifpartnern, weil sie im Wettbewerb erfolgreich bleiben wollen und auch erfolgreich bleiben müssen. Die Politik sollte sich stärker darauf begrenzen, wieder Ordnungspolitik für Wettbewerb und Marktwirtschaft zu organisieren, dann ist sie auch mehr in der Lage, für Gerechtigkeit zu sorgen.

(Beifall CDU)

Der zweite große Schwerpunkt ist natürlich die Konsolidierung. Ich habe gesagt, was Bertelsmann formuliert hat. Ich denke, das spricht für sich und ist auch ein klares Lob an die Finanzministerin und das ganze Team. Aber dass Sie uns ständig vorwerfen, der Schuldenberg wäre unionsverantwortet und Thüringen unionsverantwortet, das ist schon von einer grandiosen Geschichtsfälschung geprägt.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wer hat denn regiert die ganze Zeit?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz Deutschland hat Schulden - 1,5 Billionen €, Länder, Bund und Kommunen -, ein Schuldenberg, der vielfach begründet ist, der sicher etwas damit zu tun hat, dass wir eine gigantische Leistung geschafft haben, deutsche Einheit zu gestalten,

(Beifall CDU)

einen Konkursstaat in die Zukunft zu entwickeln, der aber auch davon geprägt ist, dass wir nach Jahrzehnten spüren, Deutschland hat sehr oft, gerade in konjunkturellen Zeiten, nicht vernünftig reformiert, sondern kräftig verteilt und hat dann in der nächsten Rezessionsphase gespürt, dass aus dieser kräftigen Verteilung Erwartungen entwickelt wurden, die dann, weil man mehrheitlich immer politisch gefallen will, auch befriedigt worden sind. Deswegen sind solche Schuldenberge entstanden und das ist scheinbar nur hier in dem Saal nicht bekannt. In Deutschland gibt es inzwischen einen Konsens darüber, dass so etwas für die Zukunft im Grundsatz auszuschließen ist. Deswegen brauchen wir ein Verschuldungs-

verbot und deswegen müssen wir auch die Schulden der Vergangenheit möglichst zügig tilgen.

(Beifall CDU)

Aber wenn es dann auf die Aktualität geht, da, finde ich schon, sollte Ehrlichkeit und Wahrheit angesagt sein. Dieser Landtag hätte den ersten ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2006 nach der alten Mittelfristigen Finanzplanung beschlossen - die neue Legislaturperiode 2004 war genau darauf angelegt, die Mittelfristige Finanzplanung und auch die Haushaltsvorbereitungen. Und dann kam der Superminister Eichel mit einer grandiosen Fehlleistung, einer Steuerreform, weil diese Körperschaftssteuerreform nämlich plötzlich erbracht hat, was viele Volkswirte vorher vermutet hatten - Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe, und das über viele Jahre. Das war unser Problem, nicht von Thüringen verantwortet, sondern ganz allein von Berlin und ganz allein von Eichel verantwortet.

(Beifall CDU)

Dann sagen Sie immer, Sie haben zugestimmt. Sie müssen sich mal dafür entscheiden, was Sie wollen: Sollen wir bei bestimmten Reformschritten prinzipiell helfen und mitmachen - dann muss man auch die Einzelkritikpunkte weglassen und trotzdem zustimmen -, oder wollen Sie die Schröder-Politik der 90er-Jahre, die ganz einfach begründet war: Alles, was Helmut Kohl vorlegt, wird im Bundesrat abgelehnt. Was wollen Sie? Wir wollen dem Land dienen und wollen nicht durch eine Fundamentalopposition, selbst wenn wir im Detail anderer Meinung sind, diesem Land Schaden zufügen.

(Beifall CDU)

Es ist doch vollkommen klar, wenn die Erbschaftsteuer in wenigen Wochen beschlossen wird, dass ich und viele in meiner Partei Bauchschmerzen im Detail haben, das ist vollkommen klar - aber nicht die Bauchschmerzen, die Sie haben -, weil wir glauben, das Geld, das vererbt wird, der Besitz, der vererbt wird, ist schon einmal versteuert. Weil das auch in der Realität so ist in Deutschland

(Beifall CDU)

und weil wir auch wissen, dass es in Europa demnächst einen Erbschaftsteuerwettbewerb gibt, der jetzt schon kräftig beginnt mit der Schweiz, mit Liechtenstein und ab dem 1. August nächsten Jahres mit Österreich, wo überhaupt keine Erbschaftsteuern mehr zu zahlen sind - und das in einer Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP -, dann werden wir trotzdem zustimmen, weil wir sagen, es sind kleine Schritte, aber sie gehen in die richtige Richtung. Also

wir bleiben dabei: Man könnte, das ist Ihre Auffassung, Fundamentalopposition betreiben, wenn man meint, im Einzelfall gäbe es Kritik. Wir sind anderer Auffassung und ich sage auch ganz klar, nur diese Auffassung hat Deutschland bisher vorangebracht, denn wenn man alle Detailfragen zu einem 100-prozentigen Konsens führen will, dann gibt es keine Einigung. Und dass Sie so eine Rolle über viele Jahre immer wieder durchgeführt haben, wissen wir. Sie haben weder zugestimmt als Gesamtpartei zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, Sie haben auch nicht zugestimmt, als der Euro eingeführt worden ist. Wenn man in die Geschichte schaut, gibt es viele andere Beispiele. Das heißt, bleiben Sie ruhig auf diesem wankelmütigen Kurs. Wir glauben, dass sich über die Jahrzehnte gezeigt hat, es ist richtig, dass die Union führt und es ist auch richtig, dass die Union, wenn es kleine Schritte sind, diese kleinen Schritte mitsetzt, wenn die in die richtige Richtung führen.

(Beifall CDU)

Ich weiß auch nicht, warum Sie uns beim Haushalt immer vorwerfen, wir würden den Schuldenberg verschweigen. Ich habe das aus meinem Büro geholt. Ich gehe zu fast jeder Diskussion und rede mit dieser kurzen Aufschreibung und erkläre überall, wo unser Problem liegt: Einnahme 53 Prozent eigene Steuern, 30 Prozent Bundeszuweisungen, dann noch etwa 5 Prozent Europazuweisungen, dann knapp 7 Prozent Solidarpakt, also Länderfinanzausgleich, dann etwa 3,5 Prozent Verwaltungseinnahmen, und dass wir ab dem Jahr 2009 beginnend - das sage ich auch in jeder Rede und meine Kolleginnen und Kollegen auch - jedes Jahr 100 Mio. € Einnahmen weniger haben werden, dass eine zweite große Entwicklung 2013 ansteht mit etwa 5 Prozent Rückgang - das sind dann knapp 500 Mio. €, wenn nicht eine Anschlussfinanzierung der EU kommt, aber derzeit kann man nicht davon ausgehen - und dass wir deshalb diese fast 2 Mrd. € Einnahmenverlust, die festgelegt sind, bis 2019 jetzt mit organisieren müssen, dass wir deshalb konsolidieren.

Die Ausgaben in diesem Haushalt und im Haushalt 2009 sind sehr häufig investive Ausgaben. Ein zentrales Beispiel ist "Exzellentes Thüringen", um sich da auch vorzubereiten, weil sie das Wachstum und die Beschäftigung im Blick haben, weil, wenn wir mehr Wachstum und mehr Beschäftigung haben, dann werden wir auch wieder mehr Einnahmen auf der Steuerseite haben und dann kann man auch in den nächsten Jahren Haushalte weiter konsolidieren und Schulden abbauen. Das heißt, wir haben eine ganz klare Systematik und auch eine ganz klare Logik, warum wir so handeln. Wir werden diese Systematik auch weiter umsetzen. Weil wir diese haben, werden wir auch für das Verschuldungsverbot in die-

sem Jahr einen Vorschlag unterbreiten, weil wir nach 2009 auf diesem Weg weiter Verantwortung übernehmen. Sie wollen das nicht, deshalb halten Sie sehr viele populistische Reden und wissen genau, Sie müssen nie den Inhalt nachweisen.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich zum Thema "Familie" etwas sagen auch ein Schwerpunkt über viele Jahre schon. Ich habe vorhin vorgelesen, dass das Institut der deutschen Wirtschaft von außen betrachtet Thüringen bewertet. Es ist ein Standortvorteil, dass wir ein so exzellentes Betreuungsangebot haben und dass wir jetzt in den letzten Jahren dafür Sorge tragen, dass Bildung noch stärker verwurzelt und dass in diesen Betreuungseinrichtungen von Kindertagesstätten über Schule bis zur Ausbildung junge Menschen fit und fähig gemacht werden, Zukunft für sich und für die Gesellschaft zu gestalten. Auf diesem Weg haben wir etwas festgestellt - deswegen ist die Unterstellung, wir würden sparen oder nicht sparen wollen, einfach der Unwissenheit geschuldet -, dass wir ab 2001/2002 gemerkt haben, dass Jahr für Jahr die Ausgaben für die Kindertagesstätten extrem gestiegen sind, ohne dass die Kinderzahl größer geworden ist. Als wir das analysiert haben, haben wir festgestellt, dass es ganz unterschiedlich von Region zu Region und von Träger zu Träger erstens eine absolute Überkapazität von etwa 10 bis zu 20 und in manchen Regionen sogar 30 Prozent gegeben hat und dass wir zweitens auch Sekundäreffekte hatten ich erinnere an die Kinder, die aus anderen Ländern in den Randbereichen zu uns kommen -, die das System künstlich verteuert haben. Deswegen haben wir gesagt, diese Reform, all das, was wir mit der Familienoffensive getan haben, steht unter zwei Überschriften. Erstens: Wir sind dafür verantwortlich, dass Steuergeld auch verantwortlich ausgegeben wird und dass die Euro, die eingesetzt werden, auch verantwortlich eingesetzt werden. Überkapazitäten zu finanzieren oder den Hausmeister, der bei der Gemeinde angestellt ist, zu finanzieren oder die Krankenschwester oder auch die Pfarrsekretärin mitzufinanzieren, ist nicht die Verantwortung, sondern das ist eine unverantwortliche Aufgabenwahrnehmung. Deswegen muss der Steuerzahler in Schutz genommen werden. Deswegen musste der Landtag und die Landesregierung handeln.

(Beifall CDU)

Für diese Beispiele kann ich Ihnen ganz konkrete Kindergärten nennen.

(Unruhe DIE LINKE)

Ich könnte jetzt aufzählen, in welchen Orten welche Kindergärten genau diese Effekte organisiert haben.

Ich könnte Ihnen sogar sagen, da unterscheiden sich die Träger gar nicht, es ist ganz bunt gemischt. Also, ich sage nur, das darf eine Gesellschaft nicht zulassen, weil das eine Bedienungsmentalität ist und der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass wir das Steuergeld, das wir verantworten in der Ausgabe, auch vernünftig einsetzen. Deswegen war ein Punkt Sparen, aber so sparen, dass die Aufgabe vernünftig erfüllt werden kann. Der zweite Punkt war ein ganz klar inhaltlicher. Wir wollen mehr für Kinder tun und deswegen haben wir das eingesparte Geld eben nicht - was gut gewesen wäre - zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt, sondern wieder für Kinder - durch Erziehungsgeld, durch die Stiftung und die Investitionspauschale und das hat seine Wirkung. Deswegen hat das Institut der deutschen Wirtschaft recht: Wir sind ein exzellenter Standort, wenn es um Fragen von Kindertagesstätten geht und das ist ein Wert für uns.

(Beifall CDU)

Die Zahlen sprechen ja auch für sich: 96,9 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen besuchen einen Kindergarten - mehr als in allen anderen Ländern. Dann kommen Sie aber heute wieder mit Ihrer diffamierenden Aussage "Herdprämie". Ich will Ihnen eins sagen, das ist eine Frechheit und Beleidigung der großen Mehrheit der Mütter und Väter in diesem Land.

(Beifall CDU)

Aber es dokumentiert auch Ihre Unfähigkeit, die Thüringer Verfassung zu lesen. Wir haben in der Thüringer Verfassung, damals übrigens mit großer Mehrheit beschlossen, sehr klare Aufgaben definiert. Im Artikel 17 heißt es: "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung." Das heißt, diese Einrichtungen der Gesellschaft sind zu privilegieren, weil sie die Grundlage dieser Gesellschaft darstellen.

(Beifall CDU)

Und dann haben wir einen Absatz 2, den haben Sie scheinbar noch nie gelesen: "Wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht oder für andere sorgt, verdient Förderung und Entlastung." Deswegen ist ein Erziehungsgeld wichtig, deswegen gibt es auch ein Bundeselterngeld und deswegen wird es auch im nächsten Jahrzehnt ein Betreuungsgeld geben, weil das die Unterstützung der Eltern gewährleistet.

(Beifall CDU)

Es ist Verantwortung der Eltern, die sie wahrnehmen müssen, auch da ist die Verfassung eindeutig. Im nächsten Artikel 18 heißt es: "Eltern und andere Sorgeberechtigte haben das Recht und die Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder." Deshalb heißt Wahlfreiheit, dass der Staat dafür Sorge trägt, dass die Angebote zur Verfügung stehen und dass er auch dafür Sorge trägt, dass es eine echte Optionsvielfalt gibt, aber es ist genauso Aufgabe des Staates, darauf zu achten, dass er sich in die Entscheidung nicht einmischt. Es ist die Verantwortung der Eltern, zu entscheiden, ob sie ein Kleinstkind zur Betreuung geben oder ob sie es zu Hause betreuen. Diese Verantwortung liegt bei den Eltern.

(Beifall CDU)

Außerdem wäre es irgendwann mal schön, wenn Sie auch einmal Gehirnpsychologen mit ihren Erkenntnissen näher betrachten, die sagen, die Kleinstkindphase von null bis zwei, bis zweieinhalb hat überhaupt noch nichts mit sozialen Massenbeziehungen zu tun, sondern da ist die Individualbeziehung die entscheidende, sie prägt im Gehirn Emotionalität, Bindungsfähigkeit und das dauerhaft aus, was für Bildung wesentlich ist. Das ist eine ganz klare Erkenntnis, dass erst einmal die Individualität in einer personalen Beziehung die wichtigste Entwicklungsstufe ist. Darauf baut die soziale Beziehung auf und deswegen sagen wir ganz klar als Union,

(Beifall CDU)

diejenigen, die so entscheiden und sagen, wir wollen unser Kleinstkind zu Hause erziehen, haben unsere Unterstützung verdient und nicht eine diffamierende Überschreibung mit "Herdprämie" oder "Herdmütter".

(Beifall CDU)

Natürlich hat die Fraktionsvorsitzende recht, wenn sie sagt, wenn Familien ertüchtigt werden und auch ermutigt und gestärkt werden, für die Familie zu sorgen, auch beim Essen kochen, dann ist das eine wichtige Aufgabe. Sie können mir glauben, ich besuche viele Suppenküchen und meine Gespräche mit denen, die dort arbeiten, gehen nicht immer nur positiv aus. Sondern ich sage sehr häufig auch: Wollen wir nicht einmal darüber nachdenken, wie wir die Menschen, die jetzt schon drei, vier Jahre hierher kommen mit kleinen Kindern, die inzwischen schon in die Schule gehen, nicht mehr nur noch tagtäglich versorgen, sondern in die Lage versetzen, dass sie sich selbst versorgen können? Wäre das nicht auch eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft? Ich meine, ja.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Ehrlich-Strathausen, SPD: Dann tun Sie es doch einfach.)

Ich kann auch gar nicht verstehen, dass Sie jeder Familie, die weniger Geld zur Verfügung hat, immer gleich unsoziales Verhalten oder gleich Armut vorwerfen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme aus einer Familie, wir haben als Kinder vieles nicht bekommen, was andere bekommen haben. Wir mussten uns fast alles selbst verdienen, wir haben gelernt, dass die eigene Verantwortung wichtig ist und dass nicht die Frage in der Familie entscheidend ist, wie viel Geld zur Verfügung steht, sondern dass wir ein gutes Miteinander, liebende Eltern und eine Fürsorge füreinander hatten. Diese Werte sind überhaupt nicht altmodisch, im Gegenteil, wenn wir diese Werte nicht wieder in der Gesellschaft stärker verwurzeln, hat eine freiheitliche Gesellschaft auch keine Zukunft.

(Beifall CDU)

Einen fünften Schwerpunkt, den dieser Doppelhaushalt, das Haushaltsbegleitgesetz und auch das Finanzausgleichsgesetz setzen, ist die Innovationsfähigkeit des Landes, die ja wirklich auch entscheidend ist für die Wachstumsentwicklung. Dass wir die Spitze der Patentanmeldungen in Ostdeutschland haben mit 27 je 100.000, scheinen Sie zu ignorieren. Aber was noch viel problematischer ist, dass wir vor der Sommerpause gemeinschaftlich mit allen Hochschulrektoren, mit allen Chefs der Forschungsinstitutionen Thüringens - universitär, außeruniversitär und wirtschaftsnah - und mit der Thüringer Wirtschaft, mit allen Spitzen gemeinschaftlich, einmütig ein Programm öffentlich vorgestellt haben, was jetzt im Doppelhaushalt unter der Überschrift "Exzellentes Thüringen" steht und das von allen unisono als Großschritt für Thüringen gelobt worden ist, das sollten Sie nicht ignorieren, weil Sie damit die Arbeit dieser Institutionen auch ignorieren würden.

(Beifall CDU)

Jörg Schwäblein hat doch vollkommen recht, das ist eine Quelle für die Zukunft einer Gesellschaft, jeder Euro. Wir werden fast 8 Prozent in Zukunft pro Jahr in genau diese Bereiche investieren, fast 8 Prozent, wenn Sie das einmal addieren mit dem, was dann in Bildung und in anderen Bereichen noch hinzukommt, dann haben wir in Deutschland einen exzellenten Vorteil. Wenn wir diese Investitionen, diese 2,81 Mrd. € plus die etwa 50 Mio. € aus den Erlösen der Aktienverkäufe von Jenoptik so investieren, dann entsteht daraus Zukunft und dann entsteht daraus auch mehr Kraft zur Gerechtigkeit, auf jeden Fall einer besseren Gerechtigkeit, als Sie sie durch Verteilung ständig organisieren wollen.

(Beifall CDU)

Warum kommen Sie nicht zu solchen Pressekonferenzen oder schicken wenigstens Ihre Sprecher? Dann hätten Sie hören können, was der Chef der Thüringer Hochschulkonferenz, Professor Zimmermann, dort formuliert hat oder was die Chefs der Thüringer Wirtschaft formuliert haben. Wenn nächste Woche der Hochschulpakt unterzeichnet wird, am Dienstag öffentlich, dann können Sie hören, dass die Hochschulen in Thüringen alle - Fachhochschulen, Universitäten, Hochschulen und auch die Berufsakademien - sehr zufrieden sind mit dem, was sich entwickelt hat. Und dann höre ich gestern, dass aber diese Ziel- und Leistungsvereinbarung nicht mehr mit dem Landtag konferiert. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Weg muss man gehen. Wenn man die Autonomie der Hochschulen stärken will, dann schwächt man auch unser individuelles Mitspracherecht. Aber das wollten wir, weil wir sagen, unsere Hochschulen müssten im Wettbewerb national und international noch besser werden und deshalb brauchen sie eine vernünftige Finanzausstattung und sie müssen sich eigenständig entwickeln können und das ist das Konzept, das die Union auch in Zukunft weiter verfolgt.

(Beifall CDU)

Da wäre mir einfach wichtig, dass man, wenn man uns schon nicht glaubt, wenigstens diejenigen, die Tag für Tag diese Arbeit machen in den Hochschulen, in den Forschungseinrichtungen, nicht nur ernst nimmt, sondern sie auch wertschätzt. Am Sonntag war ich zufällig mit Herrn Gentzel in Eisenach zusammen, da war der Chef der Berufsakademie. Der hat ausdrücklich

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Ich war nicht zufällig dort.)

gelobt, wie die Finanzausstattung und die Entwicklung dieser Berufsakademie sich in den nächsten Jahren fortsetzt, ein Erfolgmodell, dass wir wirtschaftsnah eine akademische Bildung ausüben in Deutschland. Das stärkt den Wirtschaftsstandort und stärkt die jungen Menschen. Eines müssen wir jetzt noch leisten, das wollen wir mit der Wirtschaft gemeinsam, ein besseres Image, deshalb werden wir da auch kein Geld streichen. Wir müssen national und international diese Stärken noch besser vermarkten, damit Leute zurückkommen oder auch neue zu uns kommen und damit die Thüringerinnen und Thüringer, die jetzt aufwachsen, sehen, welches Profil dieses Land hat, damit sie ihre Chancen auch in diesem Land nutzen können, denn wir werden in Zukunft international wie national einen Standortwettbewerb haben. Da wird nicht mehr die Frage lauten: Deutschland oder Frankreich oder Großbritannien oder Skandinavien? Sondern es wird die Frage lauten: In welchen Teilen Europas geht derzeit die Post

ab? Da sage ich Ihnen ganz klar: In Mitteldeutschland und konkret in Thüringen ist ein Zukunftsmotor angesprungen und er wird Anziehungskraft und Beschäftigung auch in Zukunft sichern.

(Beifall CDU)

Deswegen diese Innovationsoffensive. Im Übrigen könnten Sie auch mal darüber sprechen, dass wir Geld, was wir einst investiert haben, damit sich ein Wirtschaftsstandort zukunftsfähig organisieren kann Jena: viel öffentliches Geld -, jetzt nicht einfach zurückholen und in den Landeshaushalt geben zur Konsolidierung, was richtig gewesen wäre, sondern sagen, nein, wir investieren das Geld wieder in Technologie, um damit wieder Potenziale zusätzlich zu eröffnen oder andere zu stärken. Das heißt, das ist schon ein in sich geschlossenes Konzept. Es muss nicht Ihr Konzept sein, aber es ist das Konzept, das die Antworten für die Zukunft gibt und das in diesem Land auch positive Entwicklungen hervorbringt.

Dann der wichtige Standortvorteil und das wichtige Stichwort "Bildung": Da ist gestern von den Debattenrednern so manches wieder dargestellt worden. Es ist das Ritual, das ich jetzt schon viele Jahre kenne. Kommt PISA als globales Ergebnis wie jetzt, sind wir schlecht, manche sind gut, manches ist besser geworden, aber insgesamt ist die Bildungspolitik halt nicht so ausreichend. Das ist die alte Masche der SPD, neue Struktur her. Da wird nicht über die Frage nachgedacht, woran es denn möglicherweise liegt, dass Erfolge nicht da sind, sondern immer Strukturdebatten. Das habt Ihr in den 60er-Jahren gemacht, in den 70ern, in den 80ern - Anfang der 90er-Jahre war es nicht so, da war im Osten Gott sei Dank eine klare Überzeugung mehrheitsfähig. Es ist nicht so sehr die Struktur, sondern es sind die Inhalte. Es ist die Qualität, die entscheidend ist für den Erfolg von Systemen. Jetzt sind Sie voll dabei: Einheitsschule von 1 bis 10. Am Montag hat der Bundesvorstand der SPD beschlossen, eine Einheitsschule von 1 bis 10 für die Zukunft in Deutschland einzuführen.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das ist doch keine Einheitsschule.)

Das steht in dem Beschluss, lieber Herr Döring, ich kann nichts dazu. Es ist Ihre Partei, die es beschlossen hat.

(Unruhe SPD)

Sie sind nicht dabei, aber trotzdem ist es Ihre Partei. Da kann ich Ihnen nur sagen: Erstens wird es das mit uns nicht geben, weil wir glauben, Kinder und Menschen sind unterschiedlich und die Differenzierung auch in den Angeboten ist eine der wich-

tigsten Voraussetzungen, um am Ende erfolgreich zu sein. Die wichtigste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist nicht, für Einheitlichkeit zu sorgen, sondern für Durchlässigkeit, damit sich Kinder im gesamten Entwicklungsweg nach ihrer Leistung entwickeln können.

(Beifall CDU)

Diese Durchlässigkeit gilt nicht nur für die Schule im Horizontalen und Vertikalen, sondern entscheidend - und da hat Thüringen Vorleistungen erbracht auch in den sekundären Bildungseinrichtungen nach Ausbildung und Hochschule. Wir haben mit dafür gestritten, dass ein junger Meister auch an einer Hochschule studieren kann und nicht mehr die Frage beantworten muss: Hast du einmal in deinem Leben Abitur gemacht?

(Beifall CDU)

Nein, die Leistung ist entscheidend und der Wille, diese Leistungen auch einzubringen. Diese Durchlässigkeit ist wichtig und da hat Thüringen Maßstäbe gesetzt in Thüringen und in Deutschland.

(Beifall CDU)

Dass diese Differenziertheit Ihnen nicht gefällt, wissen wir. Sie haben vor einigen Jahren z.B. beim Meister die Axt an die Wurzel legen wollen und gesagt, in Europa hat dieses keine Zukunft, wir müssen das abschaffen, wir brauchen eine Vereinheitlichung in Europa. Gott sei Dank war die Union da und hat das Gröbste verhindert. Gott sei Dank haben die Handwerkerinnen und Handwerker in Deutschland gekämpft. Inzwischen hat Europa diese Meister anerkannt, auf der Stufe 3 sogar, das heißt in Richtung einer akademischen Ausbildung. Also, Deutschland hat etwas vorzuweisen und unter den deutschen Bildungsländern Thüringen allemal.

(Beifall CDU)

Das Ritual wird dann so weitergehen. Jetzt also eine Diskussion, die Nation wäre zuständig, Bildung im schlechten Zustand, nur wenige Erfolge, aber nächstes Jahr, wenn dann die Länderaussagen kommen, dann werden Sie wieder ganz ruhig sein, weil sich dann wieder beweisen wird, dass Thüringen unter den deutschen Ländern in der Spitzengruppe ist. Wenn Sie sich mal anschauen, wie stark die Unterschiede in Deutschland sind, dann können Sie mit Recht sagen: Darf das in einer Nation so sein? Die Frage stelle ich auch. Da wir ein kulturföderales Land sind, sage ich, dann sollen bitte die Länder, die eine negative Bewertung bekommen haben, andere Politik machen. Man darf nicht die Fehler der Nach-1968er-Zeit, die nun ganz eindeutig in diesen

Ländern zu erheblichen Bildungs- und dann auch Hochschulproblemen geführt haben, nationalisieren, sondern man muss auch die Probleme in den Ländern selbst verantworten und selbst korrigieren.

(Beifall CDU)

Aber dann, glaube ich, haben wir in Thüringen doch was einzubringen. Wir sind einen anderen Weg gegangen, wir haben die 12 Jahre vorgegeben. Inzwischen werden sie überall nachvollzogen und inzwischen merkt man, man muss auf Inhalte, Leistung und Qualitätsprüfung setzen. Wir haben PISA mit angeregt. Thüringen hat den Beschluss damals mit vorgelegt, weil wir wollten, dass ein Spiegel von außen vor die Bildungslandschaft Deutschland gehalten wird, der sagt, wo sind gute und wo sind fehlerhafte Entwicklungen. Wir haben unser eigenes Leistungsprofil weiterentwickelt, Oberstufenreform, die jetzt ansteht, oder auch das Thema "eigenverantwortliche Schule" oder auch das Thema "Qualitätsmanagement".

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Da haben wir jahrelang gepredigt und Sie haben es nicht gemacht.)

Herr Döring, ich weiß, dass Sie ein Experte sind, aber es geht heute nicht darum, was Sie als Experte sagen, sondern Ihre Erfahrungen und meine Erfahrungen sind in der Praxis gewonnen. Da kann ich Ihnen sagen: Die Thüringer Schulen haben ein exzellentes Niveau, weil die Thüringer Lehrerinnen und Lehrer hervorragend arbeiten. Das sollten Sie auch als Erkenntnis nehmen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das habe ich nie bestritten.)

Wissen Sie, wenn Sie das alles nicht glauben, dann lesen Sie einmal eine große Thüringer Zeitung von vor einer Woche. Da steht drin: Schafft die Differenzierung nicht zusätzliche Barrieren? So lautet die Frage. Wichtig ist die Durchlässigkeit in differenzierten Systemen und das gelingt beispielsweise in Thüringen und Sachsen sehr gut. Das ist auch die Aussage der PISA-Studie.

Das Zweite, das ist das berechtigte Interesse, dass soziale Struktur keine negative Wirkung auf Bildungserfolge haben darf. Da wurde auch die Frage gestellt und da wurde die Antwort gegeben: Darüber hinaus sind Thüringen und Sachsen führend, was die Entkoppelung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung angeht. Also, wir haben allen Grund, dankbar und stolz zu sein. Wir sind nicht mit allem zufrieden, wir machen weiter, aber die Grund-

lage ist exzellent gelegt und auf der werden wir auch weiter bauen.

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Reimann?

Althaus, Ministerpräsident:

Ja.

Vizepräsidentin Pelke:

Bitte.

Abgeordnete Reimann, DIE LINKE:

Herr Ministerpräsident, Sie wissen aber schon, dass 70 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer nicht das gegliederte Schulsystem wollen? Und eine Einheitsschule wollen wir auch nicht, sondern "Eine Schule für alle". 70 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer sind damit einverstanden. Wissen Sie das?

Althaus, Ministerpräsident:

Wissen Sie, wenn ein Kindesmord passiert, dann stellt manchmal jemand die Frage: Müsste man nicht in Deutschland auch härter bestrafen? Da gab es vor wenigen Jahren auch die Debatte: Müsste man nicht auch mal Exempel statuieren, z.B. die Todesstrafe für solch extreme Taten einführen? Wenn Sie das auf der Straße fragen, werden Sie im Umfeld solcher Taten eine klare Mehrheit dafür bekommen, dass solche Taten auch mit einer Todesstrafe zu ahnden sind. Nun zu glauben, weil eine mentale Mehrheit in Deutschland oder Thüringen glaubt, Einheitssysteme wären besser, die Politik danach zu richten, da kann ich Ihnen nur sagen, wer Politik nur aus Umfragen gestaltet, der dient dem Land am allerwenigsten.

(Beifall CDU)

Die Beispiele sind massenhaft. Helmut Schmidt, ein großer Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, ist an seiner Partei und der deutschen Öffentlichkeit gescheitert, als es um den Nato-Doppelbeschluss ging. Da war auch die Mehrheit der Westdeutschen der Meinung, es ist eine Friedenszeit angebrochen, die Blöcke sind abgetrennt voneinander, eine Nachrüstung muss es nicht geben. Helmut Kohl hat das dann umgesetzt mit klarer Überzeugung, und es war richtig, weil es damit den Russen den entscheidenden Schlag versetzt hat, der mit dazu geführt hat, dass der Kommunismus in die Knie gegangen ist.

(Beifall CDU)

Oder wenn sie Anfang der 70er-Jahre in Deutschland-West gefragt haben: Muss man nicht jetzt die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen?

(Unruhe DIE LINKE)

Und die SPD hat sich ja dann in Gera sogar mit der SED getroffen und das beschlossen. Dann hatten sie eine mentale Mehrheit in Westdeutschland, die selbst in der Union zum Teil zu spüren war, die gesagt hat, natürlich, nach 30 Jahren müsste man die Realitäten der Zeit anerkennen. Alfred Dregger und viele andere wurden damals als Kalte Krieger bezeichnet. Es war richtig, nicht einer Stimmungsmehrheit zu folgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Problem übrigens der aktuellen Politik der Sozialdemokratie. Sie begreift nicht, dass das Fundament, das Gerhard Schröder gelegt hat, weiter verfolgt werden muss, sondern sie spürt, dass sie dann ein dickes Brett zu bohren hat und geht lieber auf eine populistische Seite und bohrt dünne Bretter. So kann man die Politik nicht gestalten.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Der ist sonst immer für alles Übel verantwortlich.)

Na gut, Gerhard Schröder hat in seiner Manier das gemacht, wie er immer Politik verstanden hat, er hat alle Reformen abgelehnt, hat gesagt, ich schaffe sie auch alle ab, hat damit 1998 den Wahlerfolg gewonnen, weil die Leuten sagten, jawohl Rentenreform, Gesundheitsreform. Einschnitte in die Arbeitsmarktregeln sind auch nicht gut. Dann hat er zwei Jahre auch genau das gemacht. Dann ging Deutschland kräftig bergab und er fuhr mit immer mehr Unternehmern um die Welt. Und plötzlich hat er gemerkt, du musst reformieren. Dann - kurz vor der Wahl 2002, hier drüben z.B. in der Gunda-Niemann-Stirnemann-Halle ist er wieder gewesen, hat den alten Schröder rausgeholt und hat den Leuten gesagt, ich habe jetzt lange genug etwas für die Wirtschaft getan, jetzt seid ihr wieder dran. Kleine Leute, Verteilung ist angesagt, ihr steht im Mittelpunkt - Jubel, Erfolg für die SPD, Amtseinführung, wieder einiges reformiert, Agenda 2010.

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Problem, was aus einer solchen Politik entsteht, ist, dass man hinten einreißt, was man vorn aufbaut. Deswegen sagen wir lieber das, was getan werden muss, auch wenn es möglicherweise an der einen oder anderen Stelle schwerer verständlich ist. Politik darf nicht den Finger in den Wind halten und sich

nach dem Zeitgeist ausrichten, sondern Politik definiert sich aus Grundlagen und aus Werten, und die müssen auch für die Politik gelten.

(Beifall CDU)

Ich habe Ihnen das schon öfter gesagt, wenn wir im nächsten Jahr - wir werden das feiern in Thüringen den 20. Juni 1948, dann gedenken wir einem Tag, an dem Ludwig Erhard unwahrscheinlich mutig war. Sie müssen mal durchlesen, was damals der SPD-Bundesvorsitzende oder was damals der DGB-Vorsitzende gesagt haben zu der Einführung der Marktwirtschaft. Das war das Übel an sich, weil alle glaubten, Not und Mangel, da muss man verteilen - für Gerechtigkeit sorgen, würden Sie das nennen. Erhard war überzeugt aus der Freiburger Schule, die übrigens stark aus Thüringen geprägt war, mit Walter Eugen und Wilhelm Röpke, dass das Quatsch ist, dass eine freiheitliche Gesellschaft Kräfte braucht, Leistung fördern muss, Markt fördern muss und daraus kann man Sozialstaat gestalten. Deswegen hat er es umgesetzt, erst wurde alles negativ und nach einem halben Jahr sprang der Motor an, "Wirtschaftswunder" nennt man das heute. Es ist aber kein Wunder gewesen, ist hart erarbeitet worden, und dann durfte die Bundesrepublik Deutschland 1953 und 1957 Sozialstaatsgesetze machen. Das ist vollkommen klar, einfacher ist es oft zu sagen, mein Gott, die Mehrheit will, dann machen wir. Was bringt es denn dem Arbeitslosengeld-I-Empfänger, der am Ende jetzt fünf Monate mehr Geld bekommt? Besser wäre es, das Geld zu investieren, damit er wieder rechtzeitig an Arbeit kommt, das wäre eine soziale Tat.

(Beifall CDU)

Was bringt es denn dem Arbeitslosengeld-I-Empfänger, wenn er jetzt länger Geld bekommt? Besser wäre es, noch ein halbes Prozent die Lohnnebenkosten abzusenken, weil jedes Prozent 100.000 neue Arbeitsplätze schafft. Ich weiß, dass es auch in meiner Partei manchmal an dieser Stelle sehr populistisch ist. Ich sage Ihnen aber, auf die Dauer werden nicht die Populisten erfolgreich sein, sondern die, die sich auf Werte und Grundlagen beziehen.

(Beifall CDU)

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt - gestern auch intensiv diskutiert - innere Sicherheit. Auch ich will sagen, Thüringen hat, weil wir engagierte Polizistinnen und Polizisten haben, einen exzellenten, einen Spitzenplatz in Deutschland und den wollen wir mit dieser Politik auch sichern.

(Beifall CDU)

Deswegen wollen wir jungen Leuten eine Perspektive geben, deswegen müssen wir den inneren Aufbau der Polizei umstrukturieren, umbauen, damit mehr diese Arbeit bei den Menschen für die innere Sicherheit leisten können. Dazu sind die Strukturveränderungen, die wir in den nächsten Monaten beschließen, genauso wichtig wie der personelle Umbau. Und wir sind die Partei der inneren Sicherheit, denn wir tragen seit 1990 Verantwortung in diesem Land und dieser Platz ist erarbeitet worden durch die Polizistinnen und Polizisten, deswegen stehen wir auch an ihrer Seite.

(Beifall CDU)

Ein weiterer Schwerpunkt werden die erneuerbaren Energien bleiben. Da habe ich gestern mal ganz kurze Zeit gedacht, ich wäre in einer ganz anderen Welt, als plötzlich davon die Rede war, wir wären da Schlusslicht in Deutschland. Als ich den Solarpreis für Thüringen bekommen habe vor zwei Jahren,

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Dass wissen wir bis heute nicht, warum Sie den bekommen haben.)

da wurde vom Solarverband der Bundesrepublik Deutschland, in dem alle Unternehmen engagiert sind, in der Laudatio Thüringen als Beispiel für Deutschland dargestellt. Wir sind mit Sachsen-Anhalt zusammen die Solarländer der Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine Innovation, die nicht nur dazu führt, dass wir Solarenergie zukünftig stärker nutzen können, sondern uns als Union und Thüringer Union geht es noch um etwas ganz anderes, diese Technologie hier in Thüringen zu halten, damit wir auch dauerhaft die Wertschöpfung in Thüringen halten können, denn es nutzt nichts, immer nur die Ideen zu haben und am Ende die Produktion in anderen Ländern der Welt, sondern wir wollen auch die Technologien und die Produktion hier haben und die haben wir Gott sei Dank. Deshalb fördern wir auch weiter.

(Beifall CDU)

Die Zahlen hat gestern Jürgen Reinholz noch mal genannt, aber ich kann Ihnen noch eine Bitte mitgeben, weil Sie auch über das EEG gesprochen haben, da droht jetzt Ungemach. Das wird jetzt novelliert, obwohl die Koalition am Anfang der Legislatur ja festgelegt hat, es nicht zu novellieren. Und es wird novelliert in einer, nach meiner Auffassung, vollkommen falschen Weise. Es gibt Dinge, die richtig sind, Bioenergie usw., aber man will für die Solarenergie die häufigen Subventionen, die ja in zwei Säulen gewährt werden, stark reduzieren und man will auf der anderen Seite Windkraft noch stärker subventionieren. Da sage ich ganz klar: Weder Off-

Shore noch On-Shore - wir brauchen nicht eine weitere Verschandelung unserer Landschaft. Wir müssen auf die Energien setzen, die in diesem Land auch sinnvoll sind.

(Beifall CDU)

Da wäre es gut, wenn Sie mit Ihren Kollegen reden wegen der Solarenergie. Bei Wind können Sie ja Ihre Auffassung erhalten. Sie machen Wind und sollten sich auch dafür einsetzen, aber bei der Solarenergie wäre es mir schon wichtig, denn ich höre auch aus meiner Ebene: Nein, da werden doch nur die subventioniert, die die Solarenergie dann nutzen. Nein, darum geht es nicht, uns geht es um die Technologie. Wir sind gerade dabei, international diese Technologieentwicklung mitzubestimmen, um sie dann für Deutschland auch einige Jahre, hoffentlich auch Jahrzehnte, zu nutzen. Wenn wir jetzt zu früh diese Förderung verlassen, dann prophezeie ich, geht es wie mit vielen anderen Technologiebereichen, dann wird diese Technologieentwicklung in anderen Teilen dieser Welt vollzogen und dann werden wir am Ende nur Produkte kaufen, aber nicht Produkte mit entwickeln. Deswegen sollten Sie sich, wenn Sie für Thüringen arbeiten wollen, dafür einsetzen, dass man noch einige Jahre einen langen Atem für Solarenergiesteuerung und Solarenergieförderung erhält, damit wir diese Technologie weiterentwickeln und dauerhaft marktfähig für Deutschland und Thüringen machen können.

(Beifall CDU)

Aber ich will auch ein Thema noch bei der erneuerbaren Energie durchaus mit ansprechen, weil ich da glaube, da sollten Sie dann auch ehrlich sein. Wir werden eine harte Debatte haben und ich werde alles dafür tun, dass der Thüringer Wald umfassend geschützt wird - keine Frage! Aber eines ist vollkommen klar - und da hat die dena-Studie mehr als recht -, wenn wir uns für erneuerbare Energien so einsetzen, wie wir das tun, und wenn wir in Deutschland den prozentualen Anteil auf 20 und später mal mehr Prozent erhöhen, dann brauchen wir neue Durchleitungssysteme, weil alle Off-Shore-Anlagen nach meiner Kenntnis nicht im Thüringer Wald und nicht im Harz und an keiner anderen Stelle stehen werden, sondern an Nord- und Ostsee. Dann muss man diese Leitung in den Süden Deutschlands und den Süden Europas neu investieren. Deswegen wäre es falsch, wenn Sie immer den Eindruck erwecken und Jarass macht das auch in seiner Studie, weil er nämlich nur vier bis fünf Jahre schaut -, dass wir auf Dauer mit den heutigen Leitungssystemen diese Energiewende, so will ich sie einmal bezeichnen, organisieren können. Wenn wir, und das wollen wir, eine Energiewende organisieren wollen, dann müssen wir drei Dinge tun: Wir müssen die modernen

Technologien fördern, Solar-, Bio- und andere Energieformen, Erdwärme. Wir müssen zweitens dafür Sorge tragen, dass wir neue und auch technologisch neuere Leitungssysteme bekommen und drittens müssen wir dafür Sorge tragen, dass zukunftsgerechte Technologien nicht einfach abgeschaltet werden, also die Kernenergie am Netz bleibt, weil sie eine sichere Energie ist und weil Deutschland an dieser Stelle auch Marktführer in der Technologie ist.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Das soll eine sichere Energie sein?)

Wissen Sie, Sie können diese Verlogenheit auch weiter den Leuten erklären und sagen, wir werden ein europäisches Energieverbundnetz haben und dass 95 Prozent der französischen Energie aus Atomenergie organisiert wird, damit haben wir nichts zu tun. Aber wenn in Skandinavien eines der größten Atomkraftwerke derzeit geplant und gebaut wird, wenn in der Nachbarschaft Tschechien solche Werke gebaut werden, wenn in Frankreich fast ausschließlich von Atomstrom gelebt wird und wir ein europäisches Netzwerk haben, dann werden wir, auch wenn wir ideologische Debatten führen, am Ende unseren Verbrauchern sagen müssen, auch ihr nutzt Atomstrom mit. Das ist doch vollkommen klar, denn wir haben ein Verbundsystem und dieses Verbundsystem heißt auch, dass man voneinander partizipiert und miteinander auch diese Energien nutzt.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich als letzten Stichpunkt noch nennen es gäbe weitere aufzuzählen, aber ich denke, das ist ein besonderer, deswegen möchte ich ihn auch nennen -, dieser Doppelhaushalt setzt auch einen ganz besonderen Schwerpunkt für Kultur. Zum einen wird das, was vereinbart worden ist, in dem Theater- und Orchesterkonzept ab 2009 mit Zahlen untersetzt. Ich glaube, es gelingt damit wirklich, diese reiche Kulturlandschaft zukunftsfähig zu erhalten und durch die Strukturveränderungen sowohl die Qualität weiterzuentwickeln und zu erhalten, gleichzeitig aber auch die regionale Vielfalt. Deshalb bin ich dankbar, dass wir einen sicher nicht ganz einfachen Weg, aber einen Weg sehr erfolgreich gegangen sind. Ich sage auch da, weil ich das zum dritten Mal mitmache, das ist nicht so einfach, wie Sie als Opposition den Menschen in diesem Land immer vormachen wollen, denn wir sind nicht die Träger dieser Einrichtungen, sondern wir müssen ein Gesamtkonzept entwickeln und es mit den kommunalen Trägern dann besprechen und mit ihnen entwickeln und dann umsetzen. Um so eine Gemeinschaft wie Meiningen und Eisenach zu entwickeln, brauchen Sie vier kommunale Beschlüsse, in Eisenach, im Wartburgkreis, in

Schmalkalden-Meiningen und in Meiningen. Das heißt, Sie sagen den Leuten immer - einfach möglich, Gruppe einsetzen, gutes Konzept entwickeln und entscheiden. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine demokratische Struktur in diesem Land und da haben die Träger genauso viel Verantwortung wie wir und wir haben einen schwierigen, aber sehr erfolgreichen Diskussionsprozess hinter uns und wir haben damit die Theaterund Orchesterlandschaft zukunftsfähig gemacht.

(Beifall CDU)

Aber ich sage auch, die Strukturveränderungen waren zwingend, denn wir sagen als Union immer, es gibt neben dieser Säule der Kultur auch die Breitenkultur in unserem Land und die prägt unsere Landschaft, die schafft Heimat, schafft Bindung, ist genauso wichtig wie die exemplarische Kultur- und Orchesterlandschaft, die nach außen besonders anziehend wirkt und die auch ein besonderer Wert für uns ist. Beides ist wichtig und mit dem neuen Konzept haben wir auch für beides entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Wenn Sie also auf den Doppelhaushalt schauen, dann können Sie feststellen, dass die von mir genannten Punkte und viele weitere, die in den letzten Tagen auch diskutiert worden sind, mit Zahlen untersetzt sind und dass damit diesem Auftrag, dem wir uns verpflichtet fühlen, dem Land zukunftsfähige Strukturen zu erhalten und neue Potenziale zu schaffen, gerecht wird. Darunter werde ich auch ganz klar das Finanzausgleichsgesetz mit nennen. Denn eines ist vollkommen klar: Wenn wir die Kommunen im Jahr 2008 und 2009 fast genau mit dem gleichen Geld ausstatten wie im Jahr 2007, dann ist das in einer Zeit der Konsolidierung ein ganz besonderer Wert.

(Beifall CDU)

Dann erwarte ich auch, dass man unabhängig von der Detaildiskussion anerkennt, dass Thüringen damit viel mehr leistet als alle anderen Länder um Thüringen herum.

(Beifall CDU)

Partnerschaft heißt nicht nur, wenn der Partner schafft, sondern da muss auch mal gesehen werden, wenn wir über Jahre, und das jetzt schon über 12 Jahre, einen guten Finanzausgleich haben, der immer deutlich z.B. über dem sächsischen lag, dass der eine Struktur geschaffen hat, die das Land anziehend macht. Ich bin den Kommunen dankbar, dass wir so schöne Gemeinden und Städte haben. Das ist ein Wert an sich, aber dieser Wert ist nicht nur geschaffen von den Kommunen, sondern auch geschaffen durch kluge politische Entscheidungen hier im Thüringer Landtag.

(Beifall CDU)

Sie zitieren immer die Teile der Kommune, die eine andere Weiterentwicklung will. Wir wollen keine grundsätzliche Kreisgebietsreform, weil wir Landkreise anders als Sie nicht einfach nur als Verwaltungsstruktur ansehen, sondern auch als Beheimatungsregion. Deswegen sagen wir, Kompetenzen in die Region, Stärke in die Region, aber auch Identifikation in der Region und deswegen bleiben wir dabei, wir brauchen keine Kreisgebietsreform. Da bin ich mit dem Landkreistag vollkommen in Übereinstimmung.

(Beifall CDU)

Ich bin dankbar, dass wir auf der gemeindlichen Entwicklung eine Weiterentwicklung auf in aller Regel freiwilliger Ebene organisieren und das kommt auch den Menschen zugute. Viele Entscheidungen sind in diesem und im letzten Jahr dazu auch gefällt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen meinen wir diese Revisionsklausel ernst. Denn wenn man auf einem ganz neuen Weg gehen muss zum ersten Mal in Deutschland, dann muss man sich auch nach einer Erfahrungszeit gemeinsam hinsetzen und schauen, hat dieser Weg schon die richtige Richtung oder muss ein wenig korrigiert werden. Wir meinen es ernst.

Aber wir wollen auch, dass die Kommunen sehen, dass wir alle miteinander diese Aufgabe der weiteren Konsolidierung haben. Die Haushaltsituation des Landes, und im Übrigen aller anderen Länder auch, ist nicht so, dass wir gefüllte Kassen haben, 100 Prozent Steuereinnahmen und die Frage beantworten können, wo geben wir die Einnahmen am günstigsten hin, sondern Sie wissen selber, keine 200 Mio. € sind relativ frei verfügbar. Die anderen Gelder sind festgelegt durch verschiedene Programme, Gesetze und Verordnungen. Deswegen setzt dieser Finanzausgleich, so meine ich, richtige Schwerpunkte. Wenn Sie vor Ort sind, ist das Leben auch viel differenzierter. Da gehen Sie einmal zu dem Bürgermeister in Schmalkalden oder gehen mal zu Landräten, dann stellen sie ihnen nicht diese überkritischen Fragen, sondern ganz im Gegenteil, da werden Sie hören, dass im nächsten Jahr investiert wird, dass vernünftige Haushaltsgestaltung möglich ist, natürlich von der Gemeinschaft getragen, das ist doch so, wir sind in einem Solidarverbund, in Deutschland genauso wie in Thüringen. Wir müssen doch auch den Menschen erklären, dass dieser Solidarverbund uns bisher nur hilft, sowohl der Solidarpakt wie der Länderfinanzausgleich. Deswegen muss man auch die Probleme der nächsten Jahre gemeinschaftlich lösen, da kann man nicht nur sagen, dafür ist das Land zuständig. Nein, das ist eine gemeinschaftliche Verantwortung, die wir, da bin ich sicher, auch gemeinschaftlich tragen.

Auch beim Haushaltsbegleitgesetz will ich ganz deutlich sagen, wir haben am Anfang eine Analyse gemacht. Auf dieser Analyse aufbauend haben wir diese Kommunalisierungsdebatte geführt, ein Benchmark, das mit Ländern durchgeführt worden ist, die vergleichbare Situationen haben. Danach haben wir die etwa 270 und später dann rund 240 Aufgaben identifiziert. Deswegen haben wir uns so viel Zeit genommen. Anders in anderen Ländern; in Baden-Württemberg ist damals die Kommunalisierung innerhalb von vier Wochen entschieden und innerhalb von einem Vierteliahr dann im Landtag beschlossen worden. Wir haben uns dafür viel Zeit genommen. auch im Dialog mit den Betroffenen, deswegen bauen wir dann im Ergebnis auch Stellen ab. Aber wir haben immer gesagt, wir tun das in Übereinkunft mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Wollen Sie, dass wir Tausende entlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Erstens ist das arbeitsrechtlich kaum möglich und zweitens nach unserer Auffassung auch unsozial. Wir sind dankbar, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freiwillige Angebote angenommen haben, dass wir damit die Stellen auf Dauer reduzieren können, das wird dem Land mehr Effizienz geben und gleichzeitig den Kommunen mehr Handlungsfähigkeit.

(Beifall CDU)

Wenn Sie das Paket nachher abschließend bewerten, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie die Substanzen, die auch von Ihnen ja oft besprochen worden sind, auch einmal mit sehen und vielleicht sehen, dass dieser Doppelhaushalt, das Haushaltsbegleitgesetz und das Finanzausgleichsgesetz, diese Strukturentwicklung, Zukunftsentwicklung Thüringens in den nächsten Jahren mit einem sehr guten Rahmen versieht. Deshalb danke ich - wir haben den früh eingebracht, noch vor der Sommerpause -, dass sich in so einer intensiven Debatte um die Details bemüht worden ist. Ich danke besonders all denen, die das im Finanzministerium, in den Ministerien, aber ganz besonders auch in der Landtagsverwaltung und den Fraktionen geleistet haben. Ich danke meiner Fraktion, die sehr konsequent, sehr konstruktiv diese Debatte geführt und einige Veränderungen eingebracht hat und heute auch einen Entschließungsantrag vorlegt, der die Weichen für die nächsten Jahre stellt. Ich glaube, mit diesem Doppelhaushalt, diesem Haushaltsbegleitgesetz und diesem Finanzausgleichsgesetz werden wir unserer Verantwortung gerecht und dienen damit dem Freistaat Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Matschie, SPD-Fraktion.

(Unruhe CDU)

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, meine werten Kolleginnen und Kollegen, ich kann ja die Freude in Ihren Reihen gut verstehen, aber, ich denke, nach dieser Rede ist es in der Tat notwendig, zu einigen Punkten noch einmal etwas zu sagen. Sie haben sich hier gefeiert für einen Haushalt, der ohne Neuverschuldung auskommt. Ich will noch einmal ein bisschen zurückerinnern. Noch Anfang des Jahres gab es den Streit in Ihren Reihen darüber, ob ein solch ausgeglichener Haushalt schon 2010 möglich sei - wie der Generalsekretär damals meinte - oder erst 2011/12, wie Sie damals meinten, Herr Ministerpräsident.

(Zwischenruf Abg. Köckert, CDU: Was herauskommt, das ist wichtig.)

Das war vor nicht mal einem Jahr noch die Diskussionslage. Dass Sie jetzt in der Situation sind, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, das hat eine einzige Ursache: Sie haben wie alle anderen auch Glück gehabt. Es gibt kein neues Bundesland, was Haushalte mit Neuverschuldung vorlegen muss, also auch Thüringen nicht.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Natürlich. Sie haben keine Ahnung, Herr Matschie. Natürlich gibt es Länder mit Neuverschuldung.)

(Unruhe SPD)

Deshalb sage ich es Ihnen noch einmal: Es ist wenig glaubwürdig, wenn Sie dann,

(Glocke der Präsidentin)

wenn es schlecht läuft, die anderen verantwortlich machen, und dann, wenn es gut läuft, plötzlich die ganze Verantwortung auf Ihrer Seite haben. Sie haben gesagt, Sie hatten mit massiven Steuerausfällen zu kämpfen, weil die damalige Bundesregierung - Finanzminister Eichel haben Sie erwähnt - eine Steuerreform gemacht hat, die zu Ausfällen geführt hat. Es ist richtig, diese Steuerreform hat zu Ausfällen geführt, aber es war die Union, die in diesen Verhandlungen um die Steuerreform darauf gedrängt hat, dass die Steuersenkungen noch massiver ausfallen. Das heißt, wenn Sie sich durchgesetzt hätten

an dieser Stelle, dann wären die Steuerausfälle noch massiver geworden, als sie ohnehin gewesen sind, Herr Althaus.

(Beifall SPD)

Dann will ich an dieser Stelle vielleicht mal daran erinnern, wie Sie selbst konzeptionell mit Steuereinnahmen bzw. Steuerausfällen umgehen. Sie haben einen Vorschlag in die Welt gesetzt, wie Sie das Sozialsystem reformieren wollen - Bürgergeld nennen Sie das. Dieser Vorschlag ist vom Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen untersucht worden.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das kann man ja mal vorlesen.)

Dieser Sachverständigenrat hat Ihnen bescheinigt, dass Ihr Vorschlag eine Lücke reißen würde von fast 230 Mrd. € - 230 Mrd. € Finanzierungslücken!

(Beifall SPD)

Trotzdem werden Sie nicht müde, dieses Konzept wacker zu verteidigen. Da frage ich Sie: Wo ist denn da der finanzpolitische Sachverstand? Wer solche Luftschlösser aufbaut, der kann sich doch nicht über eine Steuerpolitik beklagen, bei der einige Milliarden Steuerausfälle zu verkraften waren.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben hier auf den Vorrang für Eigenverantwortung gesetzt. Da bin ich sehr bei Ihnen, natürlich ...

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Matschie, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Matschie, SPD:

Ja, gern.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Bitte, Abgeordneter Althaus.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Kennen Sie die Gutachten vom HWWI, von der Fachhochschule Jena und von Herrn Dr. Strengmann-Kuhn, die ganz klar beweisen, dass es natürlich finanzierbar ist?

Abgeordneter Matschie, SPD:

Ich kenne viele Gutachten, die zu diesem Thema vorgelegt worden sind, nicht alle haben die gleiche Qualität aus meiner Sicht. Ich denke, dass man dem Sachverständigenrat der Bundesregierung für Wirtschaftsfragen schon Glauben schenken kann, wenn er zu dem Schluss kommt, das Konzept, was Sie vorgelegt haben, hat eine Finanzierungslücke von 230 Mrd. €.

(Beifall SPD)

Und der Sachverständigenrat sagt dann, Herr Althaus: Wenn man versucht, in Ihrem System diese Finanzierungslücke zu schließen, dann verpuffen sämtliche positiven Effekte Ihres Systems. Da kann ich nur sagen, Treffer, versenkt das Ding, verabschieden Sie sich von diesem Konzept, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD)

Jetzt noch einmal zu Ihrem Vorrang der Eigenverantwortung: Ich bin da sehr bei Ihnen, wie viele andere übrigens auch in diesem Haus, dass da, wo Eigenverantwortung möglich ist, Eigenverantwortung auch wahrgenommen werden kann. Da muss nicht der Staat in die Bresche springen, wo Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen selbst Verantwortung übernehmen können. Aber, Herr Ministerpräsident, Eigenverantwortung heißt das dann, wenn es politisch eng wird vor einer Wahl, den Leuten zu sagen, nein, nein, die Wasser- und Anschlussbeiträge, die müsst ihr in Zukunft nicht mehr bezahlen, das übernehme ich mal ganz generös. Ist das Ihre Vorstellung von Eigenverantwortung?

(Beifall SPD)

Sie haben auf diese Art und Weise mit diesem Wahlkampfgeschenk den Thüringer Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern eine Last von 1 Mrd. € zusätzlich aufgebürdet in einer Zeit, wo der Haushalt ohnehin hohe Schulden machen musste - ist das Ihre Vorstellung von Eigenverantwortung? Oder ist es Ihre Vorstellung von Eigenverantwortung, wenn Sie Erziehungsgeld, was zunächst nur für bedürftige Familien in Thüringen gezahlt wurde, auch jetzt an Familien zahlen, die gar nicht nach diesem Geld gerufen haben, die auch ganz gut ohne dieses Erziehungsgeld auskommen können - ist das Ihre Vorstellung von Eigenverantwortung, Herr Ministerpräsident?

(Beifall SPD)

Oder ist es Ihre Vorstellung von Eigenverantwortung, wenn der Staat die Miete für ein Spielcasino finan-

zieren muss oder einem windigen Investor Millionenbeträge hinterherwirft - ist das Ihre Vorstellung von Eigenverantwortung?

(Beifall SPD)

Und dann auf der anderen Seite reklamieren Sie plötzlich Eigenverantwortung, wenn Sie hingehen und den Kindergärten das Geld wegstreichen, dass Eltern zukünftig höhere Elternbeiträge zahlen müssen, das ist dann plötzlich Eigenverantwortung.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Sie haben es bis heute nicht verstanden.)

Ja, Frau Kollegin, es ist an vielen Stellen der Fall, dass Eltern höhere Elternbeiträge bezahlen müssen, weil diese Landesregierung eine Familienoffensive gestartet hat und Sie in diesem Parlament diese Kürzungen beschlossen haben. Begreifen Sie das endlich mal.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben das hier wieder gesagt, es hätte massive Überkapazitäten im Kindergartenbereich gegeben. Ich bin in vielen Kindergärten unterwegs gewesen, ich habe diese massiven Überkapazitäten nirgendwo feststellen können.

(Beifall SPD)

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Wo kommen denn dann die Erhöhungen der Zahlungen in die Kindertagesstätten her?)

Und wenn Sie sagen, es gibt Gutachten, die uns bescheinigen, dass wir noch ein gutes Angebot an Kindergärten haben, dann sage ich, das ist in der Tat so, aber es ist nicht mehr das Verdienst dieser Landesregierung, sondern das Verdienst vieler Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

dass diese Struktur noch so existiert. Ich habe erst vor wenigen Tagen, um Ihnen mal ein Beispiel zu nennen, mit dem Bürgermeister von Breitungen geredet. Der sagte mir, ich muss jetzt, weil die Landesregierung diese Kürzung beschlossen hat, jedes Jahr 55.000 € zusätzlich in meinem Haushalt aufbringen, damit ich den Kindergarten vor Ort noch finanzieren kann. So sieht Ihre Eigenverantwortung aus. Sie haben einfach Ihre Lasten auf die Kommunen und die Eltern verschoben. Da sagen wir, das ist falsche Politik, auch falsche Familienpolitik.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Matschie, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Zeh?

Abgeordneter Matschie, SPD:

Aber gern.

Abgeordneter Dr. Zeh, CDU:

Herr Matschie, sind Sie meiner Auffassung, dass, wenn etwas gut läuft, vielleicht die Rahmenbedingungen dazu gut geschaffen worden sind?

Abgeordneter Matschie, SPD:

Die Rahmenbedingungen, Herr Zeh, sind von Ihnen massiv verschlechtert worden.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Sie können doch nicht den Kommunen Millionenbeträge kürzen und sich dann auch noch für die Rahmenbedingungen loben. Wo ist denn da die Logik, Herr Minister? Ein bisschen mehr hätte ich Ihnen da wirklich zugetraut.

Jetzt noch mal zum Erziehungsgeld, wo Sie sagen, es geht um Wahlfreiheit. Natürlich hat jede Familie die Freiheit der Wahl, ob das Kind in den Kindergarten geht oder nicht. Die Wahlfreiheit wird auch nicht dadurch eingeschränkt, dass es kein Erziehungsgeld gibt. In vielen Bundesländern gibt es das nämlich nicht und trotzdem haben Eltern dort Wahlfreiheit. Die Wahlfreiheit, die haben sie aber nur, wenn ein ausreichendes Kindergarten- und Kinderkrippenangebot besteht. Da besteht auch in Thüringen noch Handlungsbedarf, wie wir gestern in einer Studie gerade nachlesen konnten.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Die Studie ist Quatsch. Lesen Sie mal heute die STZ.)

(Unruhe SPD)

Herr Ministerpräsident, da sagen Sie, die Studie ist Quatsch. Dann setzen Sie sich doch mal mit den Trägern, mit der LIGA auseinander, wenn Sie sagen, diese Studie ist Quatsch. Es ist der Wille vieler Eltern, dass es bessere Öffnungszeiten gibt, als das heute an vielen Stellen möglich ist. Es ist der Wunsch vieler Kindergärten, zu sagen, wir wollen einen guten Bildungsplan umsetzen, aber wir können

es mit diesem knappen Personal nicht umsetzen. Es ist notwendig, mehr in diese Struktur zu investieren. Ich hoffe, dass Sie da endlich wieder auf den richtigen Weg kommen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD)

Nun bin ich sehr dafür, Familien stärker zu fördern, wenn sie Kinder haben. Aber die Kopplung zu machen, du bekommst das Geld nur, wenn dein Kind nicht in den Kindergarten geht, das ist zum Schaden für viele Kinder, die dieses Angebot dringend brauchen, deren Eltern die Kinder aber nicht mehr hinschicken, weil sie genauso dringend das Geld im Portemonnaie brauchen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

(Unruhe CDU)

Die Entwicklung ist doch ganz deutlich, die Zahlen sind gesunken in diesem Bereich. Das sind die ersten Effekte, die wir da haben. Das Statistische Landesamt hat es uns auf den Tisch gelegt.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Das Land trägt mehr Verantwortung als die Kommune.)

Das Statistische Landesamt hat uns doch die Zahlen auf den Tisch gelegt. Wenn Sie Ihrem eigenen Landesamt keinen Glauben schenken, müssen Sie die Leute auswechseln, Herr Ministerpräsident, aber nicht hier die Zahlen in Zweifel ziehen.

(Beifall SPD)

Das ist auch die Erfahrung, wenn wir vor Ort gehen. Natürlich sagen uns die Kindergärtnerinnen, aus diesen und jenen Familien - es sind insbesondere problematische Familien - sind die Kinder nicht im Kindergarten oder sind sogar abgemeldet worden. Auch solche Fälle gibt es mittlerweile. Und da sage ich, das ist genau die falsche Politik zur frühkindlichen Bildung. Das sind die Kinder, die den Kindergarten am dringendsten brauchen, die am dringendsten eine solche Förderung brauchen, damit sie in ihrem Leben gleiche Chancen haben. Deshalb ist es richtig, Kindern die Möglichkeit zu geben, in den Kindergarten zu gehen, und nicht den Eltern einen finanziellen Anreiz, damit die Kinder zu Hause bleiben.

(Beifall SPD)

Nun will ich an der Stelle auch noch einmal grundsätzlich etwas zum Thema Eigenverantwortung und Subsidiarität sagen. Der Staat hat die Verantwortung, Infrastruktur zu schaffen. Das gilt für die Kindergärten genauso wie beispielsweise für die Hochschulen oder für die Straßen. Nach Ihrer Logik müssten Sie den Familien, die ihre Kinder nicht auf die Hochschule schicken, einen Ausgleich dafür zahlen, dass die Kinder nicht auf die Hochschule gehen.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Das gibt es schon.)

Herr Ministerpräsident, da kommen wir doch in eine absurde Logik hinein. Das lässt sich doch am Ende überhaupt nicht mehr aufrechterhalten und es läuft dem, was Sie immer wieder fordern, nämlich Subsidiarität und Eigenverantwortung, diametral entgegen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD)

Dann haben Sie hier die Wirtschaftserfolge noch mal herausgestrichen. Es ist in der Tat so, dass die wirtschaftliche Entwicklung gut läuft. Die spannende Frage ist ja am Ende, wer es gemacht hat. Als es schlecht lief, als die Arbeitslosigkeit stieg, waren es die anderen. Jetzt läuft es gut, jetzt ist es wieder die Thüringer Landesregierung. Ich glaube, dass es so gut läuft in Thüringen in vielen Branchen, hat in allererster Linie mit engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern und fähigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu tun, die sich nämlich in den letzten Jahren richtig reingekniet haben und ihre Unternehmen fit gemacht haben - das ist das Erfolgsgeheimnis Thüringens, es war nicht diese Landesregierung.

(Beifall SPD)

Sie haben hier die Vereinbarung im Postbereich angesprochen und den Mindestlohn. Da frage ich Sie auch mal nach Ihrem Verständnis. Auf der einen Seite sagen Sie Tarifautonomie, dann machen die Tarifpartner einen Tarifvertrag,

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Immer wie es passt.)

da haben sich einige nicht beteiligt, aber ganz freiwillig.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Die durften sich nicht beteiligen.)

Nein, die konnten sich beteiligen, die wollten sich nicht beteiligen an diesen Tarifverhandlungen, weil sie gedacht haben, am Ende wird es so schlimm schon nicht kommen, die CDU wird ja den Postmindestlohn vielleicht am Ende doch verhindern. Die haben sich schlicht verkalkuliert, die hätten sich lieber mit hinsetzen sollen und Tarifverhandlungen führen sollen; so sind die Tarifverhandlungen ohne sie geführt worden, es gab einen Abschluss. Und

dann war dieser Tarifabschluss da, dann sind Sie, Herr Althaus, und andere aus der CDU hingegangen und haben gesagt, aber der Tarifabschluss passt uns nicht. Sie müssen sich mal entscheiden: Wollen Sie Tarifautonomie oder wollen Sie Tarifabschlüsse kritisieren? Eines von beiden geht nur, alles andere ist mit Logik schwer vereinbar.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wenn es einen Tarifabschluss gibt, dann sieht das Entsendegesetz vor, dass man den für allgemein verbindlich erklären kann, was im Moment gerade geschieht - im Übrigen mit Zustimmung der Union, mit Zustimmung der Kanzlerin, die aus Ihren Reihen kommt. Dann sagen Sie, na ja, da werden ja jetzt die Konkurrenten an den Rand gedrängt. Also erstens, das Unternehmen, was da mit Stellenentlassungen droht, macht in diesem Jahr über 50 Mio. € Verluste, soweit mir bekannt ist, zu einer Zeit, als der Mindestlohn noch gar nicht existierte. Das heißt erstens, das Unternehmen ist wahrscheinlich nicht gut geführt, wenn es solche hohen Verluste macht, und zweitens beruht das Unternehmensmodell darauf, zum Teil so niedrige Löhne zu zahlen, dass die Steuerzahler über Arbeitslosengeld II diese niedrigen Löhne aufstocken müssen.

(Beifall SPD)

Jetzt noch mal zu Ihrem Subsidiaritätsprinzip: Halten Sie es wirklich für richtig, dass wir in Deutschland eine Wirtschaftspolitik betreiben, bei der die Unternehmen die Löhne so weit runterdrücken können, dass die Steuerzahler immer mehr Geld obendrauf legen müssen, damit diese Unternehmen existieren können, und im Übrigen damit andere Unternehmen, die faire Löhne zahlen, dann kaputt machen? Ist das Ihre Vorstellung von Wirtschaftspolitik?

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das ist doch ordnungspolitischer Widersinn, das ist doch die Staatswirtschaft, die Sie uns eigentlich immer vorwerfen.

(Unruhe DIE LINKE)

Die Unternehmen können die Löhne so niedrig machen, wie sie wollen, der Staat legt es schon oben drauf.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Das ist Sozialismus.)

Das ist in der Tat dann kurz vorm Sozialismus, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Beifall SPD)

Dann will ich einen Satz zur Bildungspolitik sagen, weil Sie hier wieder mit der Einheitsschule angekommen sind, die ja auf die so verschiedenen Menschen gar nicht passt. Erstens, in unseren Beschlüssen steht nirgendwo "Einheitsschule", in unseren Beschlüssen steht drin, dass wir die Kinder länger gemeinsam lernen lassen wollen, und das ist auch richtig, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD)

Es ist eben falsch, was Sie machen, die Frage nach Unterrichtsqualität und Verbesserung des Unterrichts gegen die Frage der Strukturen auszuspielen, denn es ist immer so, dass Form und Inhalt etwas miteinander zu tun haben. Das haben Sie vermutlich schon im Lehrerstudium gelernt. Es ist deshalb richtig, beides miteinander zu diskutieren und die Frage zu stellen, in welchen Schulformen, in welcher Art von Schulorganisation kann ich Inhaltliches, kann ich Lernqualität, kann ich Förderung von Kindern am besten umsetzen. Es ist ja kein Zufall, dass ein Land, was die Kinder lange gemeinsam lernen lässt, aber sie gut individuell fördert, an der Spitze der PISA-Studie steht, und zwar seit Jahren.

(Beifall SPD)

Das kann man doch nicht einfach vom Tisch wischen und sagen, das dreigliedrige Schulsystem ist überlegen, weil die Kinder so unterschiedlich sind und deshalb auf unterschiedliche Schulen aufgeteilt werden müssen. Warum hat denn Finnland solche Ergebnisse mit einer Schule für alle, in der die Kinder lange gemeinsam lernen und individuell gefördert werden? Und, Herr Ministerpräsident, ich bin in der Tat

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Matschie?

Abgeordneter Matschie, SPD:

Ja. Ich merke schon, dass die Landesregierung großes Interesse an meinem Redebeitrag hat. Herr Abgeordneter Goebel, gern.

Abgeordneter Prof. Dr. Goebel, CDU:

Herr Matschie, stimmen Sie mir zu, dass innerhalb Deutschlands immerhin der Freistaat Bayern derjenige ist, der das leistungsstärkste Schulsystem hat und kennen Sie die jüngste Forsa-Umfrage, nach der 85 Prozent der Befragten auch in den neuen Ländern für einen Erhalt des Gymnasiums gestimmt haben?

Abgeordneter Matschie, SPD:

Also, zum Ersten, Herr Goebel, empfehle ich Ihnen da die Antwort Ihres Ministerpräsidenten: Man darf sich einfach nicht nur nach Umfragen richten, sondern muss Politik nach Prinzipien und Werten machen.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, SPD)

Zum Zweiten,

(Zwischenruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE: Genau.)

zur zweiten Frage der zweite Punkt, damit Sie nicht durcheinander kommen, Herr Althaus: Schauen Sie sich einmal die Fragestellungen in der Umfrage genau an. Man kann natürlich auch mit der Fragestellung in Umfragen bestimmte Ergebnisse geradezu herbeibeschwören. Auch das ist eine altbekannte Technik und ich bin sicher, wenn Sie Ihr Ministerium einmal diese Umfrage auswerten lassen, werden Sie feststellen, wie suggestiv die Fragen dort gestellt worden sind.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: ... PISA-Studie. Aber die haben Sie ja nicht gelesen.)

Ich werde Ihnen ein Beispiel dazu nennen. Wir sagen natürlich nicht, wenn wir sagen, wir wollen, dass die Kinder länger gemeinsam lernen, dass es keine gymnasiale Oberstufe mehr geben soll, sondern natürlich muss es einen Weg zum gymnasialen Abschluss geben. Wenn aber die Fragestellung lautet, wie in der Forsa-Umfrage: "Wollen Sie, dass das Gymnasium abgeschafft wird?", da sagen natürlich 85 Prozent, nein, das wollen wir nicht. Das ist der Wert dieser Umfrage, Herr Minister. Zu der anderen Frage, was Bayern angeht, ich glaube in der Tat, dass man da ein bisschen tiefer in die Analyse der Ergebnisse einsteigen muss. Wo Bayern z.B. ganz schlecht ist, ist die Frage Lernerfolg und soziale Herkunft und da sage ich, da will ich nicht von Bayern lernen.

(Beifall SPD)

Es ist schon schlimm genug, dass es hier in Thüringen so ist, dass ein Kind aus einer einfachen Arbeiterfamilie eine dreimal schlechtere Chance hat, aufs Gymnasium zu kommen, eine Übergangsempfehlung zu bekommen, als ein Kind aus einer Akademikerfamilie, aber in Bayern ist das Verhältnis 1:5 und da will ich auf gar keinem Fall hinkommen, Herr Minister.

(Beifall SPD)

Im Übrigen gilt, solange wir unter der Wasserlinie sind, was die Vergleiche angeht, macht es vielleicht akademischen Sinn, darüber zu diskutieren, ob wir 10 cm unter der Wasserlinie sind oder 50 cm, fürs Luftholen macht das nicht sehr viel aus.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen: Ihr habt schlicht keine Ahnung. Gut, dann will ich in einem Beispiel noch einmal aufgreifen, was Sie eben gebracht haben im Zusammenhang mit der Bildungspolitik, den Meisterbrief. Jetzt zum Thema Ahnung. Da haben Sie gesagt, dieser Meister wird jetzt sogar in Europa anerkannt. Das war nie wirklich die Frage, sondern die Frage war eigentlich nur, an welcher Stelle der Abschlüsse wird der Meister eingeordnet. Die Auseinandersetzung, um die es damals ging bei dem Meister, war eine ganze andere, Herr Ministerpräsident, nämlich die, ob dieser Abschluss, der europäisch nie infrage stand, Voraussetzung ist für die Ausübung bestimmter Berufe. Das war die Auseinandersetzung, Herr Ministerpräsident, und da sind wir Gefahr gelaufen, unserem eigenen Land für die Ausübung eines Berufes einen Abschluss vorzuschreiben, der in anderen Ländern nicht vorgeschrieben ist. Was hätten Sie denn gemacht, wenn der Handwerker aus den Niederlanden, aus Frankreich oder aus Polen ohne diesen Abschluss hier in Deutschland seine Tätigkeit ausführen darf und die eigenen Leute die gleiche Tätigkeit nur mit einem Abschluss ausführen dürfen? Lassen Sie uns mal raten, wie lange es gedauert hätte, bis ein Gericht eine solche Regelung gekippt hätte, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD)

Deshalb war es notwendig, dort eine Veränderung vorzunehmen. Die einzige Einschränkung, die in diesem Zusammenhang möglich war, dass für gefahrengeneigte Berufe dieser Meisterzwang vorgeschrieben bleibt. So viel zum Thema Ahnung, Herr Ministerpräsident.

Jetzt noch mal zu der Frage Umweltpolitik, Klimaschutz, erneuerbare Energie: Es war in der Tat so, dass sich die Union gegen dieses Erneuerbare Energiengesetz gestemmt und es auch im Bundestag abgelehnt hat, ein Gesetz, was dazu beigetragen hat, dass Deutschland inzwischen die Nummer 1 in der Welt ist, was erneuerbare Energien angeht. Das war eine Erfolgsgeschichte und diese Erfolgsgeschichte wollten Sie verhindern. Es ist noch immer so, wenn die Debatte gerade nicht um die Umweltpolitik geht, wenn die Debatte gerade nicht um den Solarstandort und die Fabriken geht, die hier in Thüringen glücklicherweise dazu errichtet werden, dann ist es immer noch Ihre Fraktion, die

uns vorwirft, der Strompreis sei deshalb zu hoch, weil es dieses unsägliche Erneuerbare Energiengesetz gibt, was den Stromverbrauchern zu hohe Kosten aufbürdet. Das ist Ihre Argumentation. Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen: Ja, wenn jetzt die Vergütung für Solar abgesenkt wird, da bin ich aber dagegen. Das ist auch nicht besonders logisch, auf der einen Seite zu sagen, das Energieeinspeisegesetz bürdet zu hohe Kosten auf, und auf der anderen Seite zu sagen, wenn die Vergütung gesenkt wird, bin ich dagegen. Nun bin ich sehr dafür, dass wir darüber reden, ob die Absenkung der Einspeisevergütung in dem Umfang wie das Umweltministerium im Bund es plant, wirklich sinnvoll ist. Da bin ich sogar bei Ihnen und sage: Die Absenkung sollte so stark nicht ausfallen und ich setze mich auch dafür ein, dass die so stark nicht ausfällt.

(Beifall SPD)

Weil ich auch der Überzeugung bin, die Solarbranche würde das zwar verkraften, aber es würde ein Stück des gewaltigen Schubes aus der Entwicklung herausgenommen. Deshalb lassen Sie uns an dieser Stelle gemeinsam dafür kämpfen, dass die Absenkung nicht so stark wird. Zu sagen, beim Wind wird dafür draufgelegt; nun ja, das kann man machen, wenn man sich nicht tiefer damit beschäftigt. Beim Wind ist die Einspeisevergütung degressiv. Draufgelegt wird bei den Offshore-Anlagen, weil die Investitionen in diesem Bereich sehr viel höher sind und nur finanziert werden können, wenn die Einspeisevergütung entsprechend höher ist. Das ist aber eine Entwicklung, die notwendig ist, wenn wir Windkraft stärker nutzen wollen, weil wir Klima schützen wollen. Dann müssen wir mehr Offshore machen.

(Beifall SPD)

Vielleicht hatte GEO doch nicht so Unrecht, wenn ich Ihre Ausführungen höre, Herr Ministerpräsident, mit der Einordnung Thüringens. Ist ja durchaus eine renommierte Zeitschrift GEO. GEO hat bei der Untersuchung der politischen Strategien im Klimaschutz Thüringen die rote Laterne verpasst - leider. Ihre Klimaschutzpolitik ist die schlechteste unter allen Bundesländern, Herr Ministerpräsident. Da lassen Sie uns gemeinsam etwas dafür tun, dass das anders wird. Ich will, dass Thüringen auf vorderen Plätzen steht, wenn es um den Klimaschutz geht.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Da hilft am Ende auch nicht der Ladenhüter Atomenergie. Jeder, der ein bisschen darüber nachdenkt, weiß, dass die Atomenergie keine Perspektive für die Zukunft sein kann. Die Atomenergie trägt heute zu 6 Prozent den Primärenergieverbrauch, weltweit zu 6 Prozent. Das sind rund 450 Kraftwerke. Selbst wenn Sie noch einmal 450 Atomkraftwerke bauen würden, wären Sie erst bei 12 Prozent Primärenergieverbrauch. Das macht doch schon deutlich, dass darin überhaupt nicht die Lösung liegen kann, ganz abgesehen davon, dass die Reichweite von Uran natürlich begrenzt ist. Im Moment wird sie auf 60 Jahre geschätzt. Wenn wir doppelt so viele Atomkraftwerke haben, dann reicht Uran vielleicht noch 30 Jahre. Das kann doch keine Zukunftsoption sein.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Nein, wir müssen vor allem auf zwei Zukunftsoptionen setzen, das sind effiziente Technologien - Energieeinsparung "ist das Zauberwort der Zukunft" - und regenerative Energien. Hier brauchen wir eine Durchbruchsstrategie für regenerative Energien in allen Bereichen - bei Solar, bei Wind, bei Biomasse und bei Wasser.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben noch einmal unsere Position angegriffen und hier gesagt, wir brauchen keine Verwaltungs- und Gebietsreform. Ich weiß nicht, wie Sie die Finanzentwicklung Thüringens da wirklich einschätzen. Die anderen Bundesländer jedenfalls sind alle zu der Überzeugung gekommen, dass sie längerfristig Finanzierbarkeit der Strukturen nur dann sichern können, wenn sie gekoppelt Verwaltungs- und Gebietsstrukturen reformieren. Sie bilden da eine Ausnahme. Ich frage mich allerdings, wie lange noch. Es ist etwa ein Jahr her, es war kurz vor einem CDU-Parteitag, da gingen die Gerüchte durch die Zeitung, möglicherweise gibt es einen Vorschlag für eine Gemeindegebietsreform. Dann haben wir einen Ministerpräsidenten erlebt, der hat sich hingestellt und hat gesagt: Es gibt keine Gemeindegebietsreform von oben, es gibt nur freiwillige Zusammenschlüsse.

(Zwischenruf Abg. Lieberknecht, CDU: Keine Kreisreform.)

Inzwischen, Herr Ministerpräsident, haben Sie in Ihrem Landesvorstand beschlossen und hat Ihre Fraktion in der Enquetekommission die Eckpunkte für eine Gemeindegebietsreform vorgelegt. Na also, es geht doch, Herr Ministerpräsident, warum denn nicht gleich so? Warum müssen wir Sie jahrelang treiben, ehe Sie einen kleinen Schritt machen?

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich sage Ihnen eines voraus, der Tag ist schon absehbar, an dem Sie auch einsehen, dass wir auch eine Kreisgebietsreform brauchen. Von Ihren eigenen Leuten wird doch schon infrage gestellt, ob Eisenach oder Suhl dauerhaft kreisfreie Städte bleiben kön-

nen. Es war Ihr Generalsekretär, der gesagt hat: Suhl wird sicher nicht auf Dauer kreisfrei bleiben können. Damit ist doch die Debatte über die Kreisgebietsstrukturen schon eröffnet auch in Ihren eigenen Reihen. Nehmen Sie es doch endlich wahr, machen Sie Nägel mit Köpfen,

(Beifall SPD)

machen Sie mit uns und mit der Linksfraktion gemeinsam eine gekoppelte Verwaltungs- und Gebietsreform. Sie wird eine breite Mehrheit in diesem Hause finden.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Dann noch mal zu Ihrer Ansage, Politik muss geradlinig sein, sie muss sich nach Prinzipien und Werten orientieren. Volle Unterstützung, Herr Ministerpräsident, allerdings bin ich ein bisschen nachdenklich. Wenn ich mir ansehe, was Ihre Landesregierung in den letzten Jahren seit Beginn der Legislaturperiode gemacht hat und frage mich, wo da die Geradlinigkeit war. Blindengeld - da haben Sie hier gestanden und uns begründet, warum das abgeschafft werden muss. Da ging es um Subsidiarität und um Eigenverantwortung und neue Wege, die man gehen muss.

(Unruhe CDU)

Dann, kurze Zeit später, als der Druck der Öffentlichkeit und der Druck der Oppositionsfraktionen in diesem Landtag so groß war, da mussten Sie kleinlaut einräumen, es geht so nicht, das Blindengeld muss wieder eingeführt werden. So viel zum Thema "Geradlinigkeit".

Oder nehmen wir das Beispiel Büchergeld. Da haben Sie uns hier wortreich im Hause begründet, warum die Eltern jetzt bei Büchergeld herangezogen werden und Büchergeld bezahlen müssen. Dann sind Sie vom Gericht gestoppt worden, weil Sie ein handwerklich miserables Gesetz hier abgeliefert haben, Pfusch würde man am Bau sagen. Dann haben Sie hinterher gesagt, okay, wenn das so ist, dann machen wir eben kein Büchergeld für die Eltern. Ist das geradlinige, an Prinzipien und Werten orientierte Politik?

(Beifall SPD)

Oder das Thema "Studiengebühren": Da ist immer wieder in den Raum gestellt worden, grundsätzlich sei das sinnvoll, bis 2009 wolle man das nicht, aber grundsätzlich sei das sinnvoll.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Das haben Sie doch mal gesagt.)

Jetzt haben Sie gemerkt, dass es da enorme Widerstände gibt und jetzt heißt es plötzlich, nein, das wollen wir nicht.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: So haben Sie es gemacht.)

So viel zum Thema Geradlinigkeit, Politik nach Prinzipien und Werten.

Zum Schluss, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Mohring, es gibt ein untrügliches Zeichen für den Niedergang einer Regierung, nämlich, wenn sie anfangen muss, die Opposition zu beschimpfen, weil ihr nichts anderes mehr einfällt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Herr Mohring, da Sie uns die Opposition so schlecht zutrauen, schlage ich vor, Sie machen das ab 2009 dann selbst. Wir werden dafür sorgen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, die Fraktionen sind übereingekommen, die Haushaltsdebatte erst zu Ende zu führen und die notwendigen Abstimmungen vorzunehmen, und erst dann rufe ich die Fragestunde und die Aktuelle Stunde auf.

Damit erteile ich das Wort dem Abgeordneten Hausold, um die Haushaltsdebatte fortzusetzen.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, den Ball von Christoph Matschie kann ich ja wirklich aufnehmen, denn ich gehe noch mal auf die Gebietsreform zurück. Ich bin natürlich überzeugt, wenn denn dann die CDU endlich in der Opposition ist, wird sie eine glühende Verfechterin einer ganz prinzipiellen Gebietsreform in diesem Land sein; das sind wir von ihrem Politikstil gewöhnt. Herr Ministerpräsident hat jetzt so dringende Aufgaben, aber ich will noch mal an der Stelle sagen: Er hat uns hier mehrfach angetragen, wir sollen doch wenigstens auf Leute und Verbände und Institutionen hören, die die Welt richtig einschätzen können. Na ja gut, meine Damen und Herren, dem Land Thüringen wäre eher geholfen, wenn die Landesregierung und die CDU die Welt richtig einschätzen könnten, meine Damen und Herren, und das kann man wahrlich nicht behaupten.

(Beifall DIE LINKE)

Wir hatten das Thema "Energie" in diesen Debatten. Da will ich auch mal deutlich sagen, wir haben ein Wismut-Sanierungsgebiet in Ostthüringen, und was dort in den letzten anderthalb Jahrzehnten geschehen ist, ist eine hervorragende Entwicklung. Wir haben aber - und das möchte ich sagen - 5 Mrd. € aufgewandt insgesamt - diese Republik - und weitergehende Fördermittel, um dieses Sanierungsgebiet zu dem zu machen, was es heute ist, nämlich wirklich wieder eine lebenswerte Region. Das gehört zu den großen Leistungen. Aber es war die Aufarbeitung von Altlast und da kann ich nicht verstehen, wie man vor diesem Beispiel vor dem Hause heute noch der Atomenergie das Wort reden kann, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist das Letzte, was man tun kann. Da muss ich, um im Zusammenhang die Welt richtig einschätzen zu können, dann auch sagen, offensichtlich bewirken ja solche recht dramatischen Statistiken nichts wie die, die letztens wieder im Zusammenhang mit Kindererkrankungen in unmittelbarer Nähe von Kernkraftwerken in für mich zumindest einer bedrückenden Art und Weise in der öffentlichen Debatte eine Rolle gespielt haben. Man muss noch nicht mal bis nach Tschernobyl gehen, um deutlich zu sagen, Atomenergie ist keine umweltgerechte und keine Energieform, die in Zukunft ein Leben auf dieser Erde dauerhaft und vernünftig ermöglicht, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident hat sich hier an der Stelle vorhin beschwert, so nach dem Motto, er hat nun nicht gern das Wort "Herdprämie". Gut, das zu kritisieren ist sein gutes Recht. Aber dann höre ich hier in diesem Zusammenhang, dass wir uns mehr an Erkenntnisse halten sollen, die davon sprechen, dass es von Geburt bis zum zweiten Lebensjahr nicht auf soziale Massenerlebnisse oder Erfahrungen sinngemäß ankommt. Das mag wissenschaftlich völlig richtig sein, nur, meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle die Frage mal stellen: Warum muss man zu solchen Vergleichen kommen? Ich habe überhaupt nicht den Eindruck, dass in Kindertagesstätten, wo auch Kinder von null bis zwei Lebensjahren sind, es etwa um soziale Massenbeziehungen geht. Dort geht es um eine einfühlsame, gute Arbeit von Erzieherinnen und Betreuerinnen, deren Möglichkeiten diese Landesregierung mit ihrer Politik untergräbt, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das ist doch Blödsinn, absoluter Blödsinn.)

Wenn uns dann immerzu unterstellt wird, wir würden die Frage Familie in irgendeiner Weise negativ betrachten, dann will ich hier noch mal deutlich sagen, das ist überhaupt nicht der Fall. Aber wir sind im Gegensatz offensichtlich zur Landesregierung und der CDU der Auffassung, dass, wenn es eine freie Entscheidung gibt, wir auch die Entscheidung der Familien respektieren, ihre Kinder in eine Kindertagesstätte zu geben und dass das überhaupt nichts damit zu tun hat, dass man etwa weniger verantwortlich als Familie handeln würde, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Und das genau behaupten Sie immer wieder.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Aber umgekehrt auch nicht.)

Es ist angesprochen worden von Herrn Althaus, dass wir sehr grundsätzlich unterschiedliche Positionen haben, er sprach vom Menschen- und Gesellschaftsbild. Das mag natürlich und ist in vielerlei Hinsicht richtig, aber dann will ich in diesem Zusammenhang auch noch mal auf einige Fragen eingehen. Gestern hat hier wieder eine Rolle gespielt und auch heute beim Ministerpräsidenten die Diskussion um das Neuverschuldungsverbot in der Verfassung. Gestern konnten wir ebenfalls, insbesondere von Ihnen, Frau Ministerin, hören, dass Sie sich eigentlich in Ihrer gesamten Finanzpolitik nur darauf stützen, dass wir eine konjunkturelle Situation haben und dass wir die möglichst lange ausbauen und erhalten wollen. Also, da möchte ich Ihnen überhaupt nicht widersprechen. Nur. Frau Diezel und meine Damen und Herren der Landesregierung, von der Folgerichtigkeit und von den Entwicklungen, des - wie Sie es sagen - freien Marktes, oder ich sage jetzt mal deutlich, der nun mal bei uns stattfindenden kapitalistischen Ökonomie haben Sie mit einer solchen Auffassung null Ahnung und darauf kann sich auch keine solide dauerhafte Finanzpolitik begründen, meine Damen und Herren. Es wird eine Wahrheit bleiben auf Grundlage unterschiedlicher Entwicklungen, dass auf Konjunktur auch wiederum eine Depression und eine Krise folgen kann. Wir haben die aktuellen Debatten in den USA zum Finanzsystem und zu der ganzen Bankenproblematik. Wir wissen, dass Deutschland ein außerordentlich von Außenwirtschaft bestimmtes, von der internationalen Wirtschaft bestimmtes Land ist, dass wir glücklicherweise eine hohe Exportrate haben. Aber dann sage ich Ihnen auch ganz deutlich, wer mit einem Verfassungsverbot jeglicher Neuverschuldung in jeglicher Situation, also auch in der Depression und in der Krise in dieser Gesellschaft Probleme lösen will, der handelt genau nicht im Interesse von Freiheit, denn Interesse von Freiheit sagt an der Stelle, dass der Staat und die Gesellschaft sich Mechanismen erlauben müssen, die sie geradezu verantwortlich dann einsetzen müssen in einer Krisensituation, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht bedroht ist. Eine solche Formulierung in der Verfassung, das sage ich Ihnen ganz deutlich, die ist ideologisch geprägt, das, was der Ministerpräsident uns immer vorwirft, denn das heißt nichts anderes, als dass Sie eine enge neoliberale fiskalische Geschichte zum allgemeinen Verfassungsgut machen wollen und das untergräbt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb sind wir an dieser Stelle ganz anderer Auffassung als die Landesregierung und die CDU. Ich bin immer noch beim Thema: "Die Welt richtig einschätzen." Vom Elisabeth-Empfang war heute schon die Rede bei Herrn Althaus, auch ich war auf diesem Empfang. Ich beurteile die Ausführungen des genannten Verfassungsrichters durchaus etwas anders als offensichtlich Herr Althaus, aber darauf will ich gar nicht eingehen. Ich habe z.B. die Worte von Herrn Bischof Wanke vernommen. Herr Bischof Wanke hat dort hervorgehoben, dass es doch schon eine problematische - sinngemäß - Situation in Deutschland ist, wenn 10 Prozent der Menschen in diesem Land über 60 Prozent des Vermögens in diesem Lande allein verfügen können und dass man doch darüber - auch wieder sinngemäß - schon etwas nachdenken müsse. An der Stelle habe ich mich gefragt, ob denn der Herr Althaus seinem Bischof zugehört hat und ob er nachgedacht hat. Aber, meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf zeigt, er hat mitnichten darüber nachgedacht und keinerlei Konsequenz daraus gezogen.

(Beifall DIE LINKE)

Das nenne ich - Kollege Gerstenberger hat das heute hier deutlich gemacht - eine Politik, die die Bodenständigkeit wirklich im wörtlichsten Sinne verloren hat, wenn man nicht einmal in solchen übergreifenden Positionen für sich Konsequenzen zieht und die dann daraus ableitet.

Ein weiteres Thema im Zusammenhang mit "die Welt richtig einschätzen": Uns wird gern vorgeworfen, den LINKEN im Allgemeinen, der Opposition in diesem Haus genauso, dass wir ständig umverteilen würden und dass es auch ein großer Fehler wäre, insbesondere in Zeiten wie der jetzigen Konjunktur, immer nur zu verteilen. Es mag ja alles ein Streitpunkt und eine Debatte sein, meine Damen und Herren, aber was ich hier einmal ganz deutlich sagen möchte: Warum versuchen Sie zu suggerieren, meine Damen und Herren der CDU und der Landes-

regierung, dass Sie nicht ganz konkret umverteilen in diesem Land? Allerdings in eine andere Richtung als es für das Land gut ist und als wir es für richtig halten, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Da bin auch ich noch einmal bei der Problematik der Postmindestlöhne. Das hat ja hier schon eine Rolle gespielt. Ja, man kann jetzt den berühmten Teufel an die Wand malen, was nun alles passiert. Mein Vorredner hat darüber gesprochen, wie die tatsächliche Situation bei den Unternehmen ist und wo diese Situation herkommt, die jetzt genau im Wortlaut der Meinung der Neoliberalen und der CDU Entlassungen ankündigen. Aber was ist denn nun eigentlich eine logische Schlussfolgerung, wenn die Situation schon so wäre, wie der Ministerpräsident sagt? Dann müsste doch nun gerade das dafür sprechen, dass wir endlich flächendeckende Mindestlöhne in diesem Land bekommen, um eine generelle Barriereschnur einzuziehen und nicht das Wenige schon wieder infrage zu stellen, was jetzt gerade als Kompromiss gelöst wurde.

(Beifall DIE LINKE)

Weil ich sage Kompromiss: Diese Landesregierung ist in keinem einzigen Punkt - so scheint es mir - zu Kompromissen in der Lage, die im gesellschaftlichen Konsens liegen. Sie vertreten eine sehr engstirnige und in vielen Fragen nur von Ihrer eigenen parteipolitischen Sicht getragene Politik. Weil wir bei diesem Thema sind, will ich dann noch einmal deutlich sagen: Wer sich gegen diese Mindestlöhne immer wieder wendet, der macht ganz konkrete Umverteilung und der begünstigt sie im großen Maße. Denn niedrige Löhne sind auch in Thüringen vorhanden und sogar noch staatlich subventionierte niedrige Löhne, die wir ja auch haben. Deshalb können wir uns nur beschränkt freuen über den Abbau der Arbeitslosigkeit, weil vielfach die Arbeitsverhältnisse, die jetzt entstehen, solche kombinierten Arbeitsverhältnisse sind, die auf Billiglohn basieren. Das ist die eine Seite. Aber die andere Seite der Rechnung wenn man sie wirklich volkswirtschaftlich aufmacht, aber das machen Sie nie - heißt natürlich, dass diese Niedriglöhne die Grundlage für Zusatzprofite und Börsengewinne sind, meine Damen und Herren. Eine solche Entwicklung tragen wir nicht mit. Hier wollen wir umsteuern.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Sie lassen die Arbeitslosen zu Hause sitzen.)

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss noch eine andere Bemerkung machen. Es ist schon mehr als bemerkenswert, dass im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte anderthalb Tage lang das Thema "Rechtsextremismus und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus" eine große Rolle in diesem Haus gespielt hat, berechtigterweise, aber dass unser Ministerpräsident darüber hier heute nicht ein einziges Wort verloren hat. Aber in der vorangegangenen Debatte, und das kann ich Ihnen nicht ersparen, haben sowohl Herr Mohring als auch Herr Minister Trautvetter in bestimmten Zusammenhängen wieder die Formulierung getroffen: "in den beiden Diktaturen". Ich will Ihnen Folgendes sagen und ich zitiere an dieser Stelle Herrn Stephan Kramer, den Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, bezogen in diesem Zusammenhang auf das bekannte Gedenkstättenkonzept und bezogen auf die Nazizeit und die DDR: "dass es sich hierbei" - also beim Dritten Reich und der DDR - "um zwei völlig unterschiedliche Unrechtsregime bzw. Diktaturen gehandelt hat, die weder sprachlich noch inhaltlich miteinander im Zusammenhang stehen und dass das noch viel deutlicher herausgearbeitet werden muss". Warum sage ich Ihnen das, meine Damen und Herren und insbesondere Herrn Mohring und Herrn Trautvetter? Wer die Formulierungen so trifft wie Sie sie treffen und wer, wie der Ministerpräsident, das ganze Thema hier in einer anderthalbstündigen Lobpreisung über seine eigene Politik noch nicht einmal anspricht, der verharmlost das Problem des Rechtsextremismus in diesem Land.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Trotzdem sind es zwei Diktaturen. Sie können sich nicht herausreden.)

Sie werden Ihrer demokratischen Verantwortung nicht gerecht, das will ich Ihnen mit Deutlichkeit sagen. Frau Lieberknecht hat ja gestern gemeint, sie wisse nicht, was sie sagen solle nach den Reden der Opposition. Ich glaube es gerne. Heute muss man sagen, man wusste eigentlich gar nicht, wo man anfangen soll. Aber es ist wieder auch nicht so schlecht, denn konzeptionslos, planlos und eine Politik vertreten, die sozial differenzieren will und die nicht ein solidarisches Thüringen im Sinn hat, das hat der Ministerpräsident heute wieder geboten. Da sage ich einmal, wenn man bis zu seiner Rede noch einzelnen Punkten in Ihrem Haushalt ja vielleicht eine Idee abgewinnen konnte, obwohl ich sie auch schon da nicht gefunden habe, aber jetzt muss man diesen Haushalt nun ganz bestimmt in Verantwortung vor diesem Land ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Bitte, Herr Abgeordneter Mohring.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich rufen die beiden Reden der Oppositionsabgeordneten noch einmal zum Widerspruch auf. Ich will beginnen damit, noch einmal zwei Dinge richtigzustellen. Abgeordneter Matschie, Fraktionsvorsitzender der SPD, sagt, alle neuen Länder haben Haushalte vorgelegt und machen keine neuen Schulden. Das ist falsch und es gehört richtiggestellt, weil eben nicht alle neuen Bundesländer ihrer Verantwortung gerecht werden, mit den Mehreinnahmen, die sie verzeichnet haben, auch solide Haushaltspolitik zu gestalten.

Ich will Ihnen einmal aus dem Landeshaushalt von Brandenburg zitieren. Brandenburg plant im nächsten Jahr 208 Mio. € neue Schulden und plant im Jahr 2009 107 Mio. € neue Schulden. Ich will weitergehen zu Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt legt zwar offiziell einen Haushalt vor ohne neue Schulden, aber ich will Ihnen auch daraus zitieren, die haben nämlich jeweils beide Male eine Globale Minderausgabe - 98 Mio. € im Jahr 2008 und 97 Mio. € im Jahr 2009 - vorgesehen. Jetzt will ich doch noch mal sagen, wo ist da verantwortliche Finanzpolitik und das will ich in Ihre Reihen zurückgeben. Deswegen ist Thüringen Vorreiter in seiner Finanzpolitik und mit dem vorgelegten Haushalt. Das kann Christoph Matschie, sooft er noch hier vorgeht, heute und morgen, nicht schlechtreden: Dieser Haushalt dieser Landesregierung ist gut und er ist zukunftsträchtig.

(Unruhe Die LINKE)

(Beifall CDU)

Ein zweiter Punkt: Wir haben ja darauf gewartet, dass das Thema "Gebietsreform" kommt. Wir haben uns ja schon gewundert, warum jetzt zwei Tage lang hier diskutiert wird und keiner aus der Opposition den Textbaustein "Gebietsreform" aufgerufen hat. Wir dachten schon, ihr seid krank. Aber natürlich, ihr seid wie immer gleich und berechenbar. Deshalb will ich natürlich noch einmal zwei Worte zum Thema "vermeintliche Gebietsreform" vorlegen.

Erstens: Die CDU-Landtagsfraktion hat keine Vorschläge und Eckpunkte eingebracht für eine Gebietsreform in Deutschland. Das ist falsch.

(Beifall CDU)

Wir haben ein Leitbild vorgelegt, und zwar - ich will Ihnen das noch einmal genau nennen - "Für starke und bürgernahe Gemeinden in Thüringen". Dieses Leitbild haben wir im Landesvorstand verabschiedet. Auf der Basis dieses Leitbilds haben wir unsere Impulse in die Enquetekommission hineingegeben.

(Beifall CDU)

Es bleibt dabei, es wird in Thüringen keine Kreisgebietsreform unter unserer Verantwortung geben. Schluss, Punkt, aus!

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Aber was wir wollen - und das ist ein Papier, was auch unsere Enquetekommissionsmitglieder vorgelegt haben, wo Sie noch andere Überschriften interpretieren - ist, dass wir unsere Leitlinie konkretisiert haben zur Gestaltung des Ortschaftsrechts in den Thüringer Landgemeinden. Dazu gibt es ja auch eine Drucksachen- und Vorlagennummer. Das haben wir sehr wohl eingebracht.

Da will ich an dieser Stelle noch einmal zwei Punkte ansprechen, weil die wichtig sind und weil Herr Hausold das noch mal so unterschwellig hat anklingen lassen, weil wir auch mehr Demokratie in den Ortschaftsräten gestalten wollen und damit auch mehr Beteiligung sichern wollen. Was wir nicht wollen in Thüringen, ist, dass wir meinen so wie Sie, dass man nur Demokratie in Thüringen gestalten kann, wenn man Hürden absenkt. Wir meinen, dass man viel mehr und besser Demokratie organisieren kann, wenn man die Leute überall auch so teilnehmen lässt, dass sie mit ihrer Stimme auch Gewicht haben und mit ihrer Stimme auch Gestaltungsmöglichkeiten haben.

(Beifall CDU)

Da unterscheiden wir uns deutlich voneinander und deswegen können wir auch in Debatten nicht zueinanderfinden. Aber ich will Ihnen sagen, es bringt nichts, es immer latent zu wiederholen und Sie meinen, dass sich dieses Land anders entwickeln würde und Sie meinen, sogar noch besser, wenn man große Strukturen bilden würde und damit in der Anonymität der Bürger auch noch irgendein Recht hätte. Sie wollen den Menschen die Rechte wegnehmen, weil Sie in anonymen Strukturen dann nicht mehr erkennen können, wenn Sie mit Ihrem Populismus durchs Land ziehen und das Land schlechtreden.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Einen dritten Punkt will ich noch mal ansprechen zur Diktatur DDR. Auch das Zitat von Stephan Kramer, mit dem ich übrigens auch gut befreundet bin, deswegen ist es völlig absurd, dass sich Herr Hausold hier herstellt und sagt, er interpretiert Stephan Kramer so, wie er es möchte. Auch das Zitat von Stephan Kramer sagt, es gab zwei Diktaturen, es gab die Diktatur der Nazis und es gab die Diktatur der DDR, wo Sie auch Ihre verantwortliche Handschrift nicht wegnehmen können aus den Geschichtsbüchern.

(Beifall CDU)

Sie können sie nicht wegnehmen. Ich sage das deshalb noch mal so deutlich, weil wir das vorhin auch angesprochen haben. Wir als CDU-Fraktion haben in diesem Landeshaushalt extra noch mal für die Opferentschädigung aus der Diktatur der DDR Weichenstellungen gemacht. Jetzt können Sie sich doch nicht hier herstellen, vertreten durch Ihren Fraktionsvorsitzenden - ich bin ja froh, dass er keine größere Verantwortung in Ihren Planspielen bekommen wird, weil Herr Ramelow zurückkommen will, also egal, was passiert, Hausold wird überrumpelt von Ramelows Taten. Aber ich will noch mal was sagen zu den Opfern der Diktatur der DDR. Wenn wir in Thüringen allein 6.400 Menschen immer noch in diesem Land haben, die so geschädigt sind auf Dauer, dass ihre eigene Lebensbiographie gestört ist, weil sie Opfer Ihrer Diktatur gewesen sind, und dann wollen Sie sich hier herstellen und wollen sagen, es war keine Diktatur. Es ist unverschämt und Geschichtsleugnung sondergleichen.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Wer sagt denn so was?)

Deshalb, wenn Sie schon diese Haushaltsdebatte zum Anlass nehmen, sich erneut unter Geschichtswaschung hier reinzuwaschen, müssen wir die Finger in die Wunde legen. Nicht umsonst feiern wir auch bald 20 Jahre friedliche Revolution im Jahr 2009, was für uns Anlass sein wird, auch noch mal die Geschichte aufzuarbeiten,

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Und Sie besonders.)

weil das wichtig ist, wenn man eine gute Zukunft in einem Land gestalten will, dann darf man seine eigene Geschichte nicht verleugnen und vor allen Dingen darf man auch die Opfer, die dabei entstanden sind, nicht einfach vernachlässigen, unter den Tisch kehren und meinen, wenn man die Opfer des SED-Regimes unter den Tisch kehrt, dann hat das was mit Rechtsextremismus zu tun. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Ihre Vermischung ist einzig und allein darin begründet, weil Sie Ihre eigene Existenzberechtigung nur aus dem Antifaschismus herleiten. Hätten Sie die nicht, würden Sie hier völlig überflüssig sein, meine Damen und Herren. Aber das hat mit dem Landeshaushalt nichts zu tun, den wollen wir heute gemeinsam hier verabschieden. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor. Damit kommen wir zu den Abstimmungen über das Thüringer Haushaltsgesetz. Ich beende also die Aussprache. Wir stimmen jetzt ab über das Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 und die damit in Zusammenhang stehenden Beratungsgegenstände. Es wird zuerst abgestimmt über die jeweiligen Änderungsanträge, also in der Reihenfolge Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2008/2009, Thüringer Finanzausgleichsgesetz, Landeshaushaltsplan 2008/2009 und dann das Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009. Dann wird über die Beschlussempfehlung im Ganzen abgestimmt, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge, dann über den Gesetzentwurf, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der geänderten Beschlussempfehlung und dann folgt die Schlussabstimmung.

Über die Entschließungsanträge wird nach der bisherigen Praxis gemäß § 65 Abs. 2 und § 67 Abs. 2 der Geschäftsordnung jeweils nach der Schlussabstimmung in der zweiten Beratung abgestimmt. Die Verfahrensweise gilt für die Abstimmungen zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2008/2009, zum Thüringer Finanzausgleichsgesetz und zum Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009.

Wir stimmen nun ab über das Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2008/2009 und wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3656 Buchstabe A. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme. Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 Nummer 1. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen

diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist mit großer Mehrheit dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 Nummer 2 und Nummer 3. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Mit großer Mehrheit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3656 Buchstabe B. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3656 Buchstabe C 1 bis Buchstabe C 3. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer gegen diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 Nummer 4. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle fest, dass sich die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3656 Buchstabe C 4 erledigt hat nach dem Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 Nummer 4. Wir brauchen also nicht darüber abzustimmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 Nummer 5.1 und Nummer 5.2. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3656 Buchstabe C 5 hat sich erledigt nach der vorhergehenden Abstimmung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 Nummer 5.3. Wer ist für diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 Nummer 6 bis Nummer 19. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer gegen den Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3656 Buchstaben C 6 bis Buchstabe C 10 und Buchstabe D bis Buchstabe G sowie Buchstabe H 1 bis Buchstabe H 5 hat sich nach der vorhergehenden Abstimmung erledigt.

Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 Nummer 20 und Nummer 21 hat sich ebenfalls erledigt, weil der Antrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3627 abgelehnt wurde und das hier Folgeänderungen sind.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3656 Buchstabe I Nummer 1 und Nummer 2. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Haushaltsbegleitgesetz 2008/2009 in Drucksache 4/3584. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist diese Beschlussempfehlung mit Mehrheit angenommen.

Wir stimmen in zweiter Beratung über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2008/2009 in Druck-

sache 4/3159 ab. Wer für diesen Gesetzentwurf ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Gesetzentwurf, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist in zweiter Beratung dem Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes zugestimmt worden.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Ich bitte Sie dann, durch Erheben von den Plätzen die Stimme abzugeben. Wer für den Gesetzentwurf ist, den bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. Danke. Wer gegen diesen Gesetzentwurf ist, den bitte ich ebenfalls, sich von den Plätzen zu erheben. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit Mehrheit angenommen.

Wir stimmen jetzt ab über das Thüringer Finanzausgleichsgesetz und beginnen wieder mit der Abstimmung über die Änderungsanträge.

Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3652 Nummer 1 ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3619 Nummer 1 ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3619 Nummer 2 ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/3654 ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei einer großen Zahl von Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen. Den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3652 brauchen wir jetzt nicht abzustimmen, da wir den vorherigen Antrag angenommen haben. Ja, das war die Nummer 2 der Drucksache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3619 Nummer 3. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen, damit ist mit großer Mehrheit dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3619 Nummer 4. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen, damit ist mit großer Mehrheit der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der SPD in Drucksache 4/3652 Nummer 3. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen, damit ist mit großer Mehrheit dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über die Beschlussempfehlung zum Thüringer Finanzausgleichsgesetz in Drucksache 4/3585 im Ganzen, unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrags. Wer für diese Beschlussempfehlung stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen, damit ist die Beschlussempfehlung mit der Änderung mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Entwurf des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in Drucksache 4/3160 unter Berücksichtigung der angenommenen geänderten Beschlussempfehlung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen, damit ist der Gesetzentwurf mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung, bei der wieder die Stimme durch Erheben von den Plätzen abgegeben wird. Wer für die Annahme des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in zweiter Beratung ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Danke. Wer ist dagegen? Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist mit Mehrheit das Thüringer Finanzausgleichsgesetz angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zum Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 und beginnen wieder mit der Abstimmung der Änderungsanträge. Wir stimmen zuerst ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3604. Wer ist für diesen Änderungsantrag? Bitte, Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, namens meiner Fraktion beantrage ich zur Drucksache 4/3604 - MOBIT e.V. institutionell fördern - namentliche Abstimmung.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gut, dann bitte ich, die Stimmkarten einzusammeln. Ich eröffne die Abstimmung.

Hatte jeder die Gelegenheit seine Stimmkarte abzugeben? Dann beende ich die Abstimmung und bitte, die Stimmen auszuzählen.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Es wurden 88 Stimmen abgegeben. Jastimmen 43, Neinstimmen 45, damit ist der Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1).

Wir stimmen jetzt ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3630. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3632. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3605. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3606. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Mit großer Mehrheit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3634. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme. Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3629. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3621. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Danke. Stimmenthaltungen? Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3622. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3631. Wer ist für diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3633. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3607. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei 1 Stimmenthaltung ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3636. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Diesmal ist keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3635. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzei-

chen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Blechschmidt? Bitte.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, namens meiner Fraktion bitte ich zu Drucksache 4/3608 - Arbeit für Thüringen - um namentliche Abstimmung.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gut, ich eröffne die Abstimmung und bitte die Wahlhelfer, die Stimmkarten einzusammeln.

Haben alle ihre Stimmkarten abgegeben? Dann beende ich die namentliche Abstimmung.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es wurden 88 Stimmen abgegeben, davon 28 Jastimmen, 60 Neinstimmen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3609. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer gegen diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3623. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3610. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist mit Mehrheit dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3611. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3612. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3613. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3614. Wer ist für diesen Änderungsantrag? Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3624. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3638. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3615. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung, dann ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion - Herr Blechschmidt, bitte.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, die Drucksache 4/3616 - Verkehrssicherheit stärken - bitte in namentlicher Abstimmung.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gut, ich eröffne die Abstimmung und bitte die Stimmkarten einzusammeln. Hatten alle die Gelegenheit, ihre Stimmkarte abzugeben? Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es wurden 88 Stimmen abgegeben, 43 Jastimmen, 45 Neinstimmen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 3).

Wir stimmen jetzt ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3637. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag der SPD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3617. Wer ist für diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3625. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD in Drucksache 4/3628. Wer ist für diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3618. Wer ist für diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3626. Wer ist für diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/3646 - Neufassung. Wer ist für diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 in Drucksache 4/3583 im Ganzen unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung. Wer ist für diese Beschlussempfehlung, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist diese Beschlussempfehlung mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2008/2009 in Drucksache 4/3158 - Vorlage 4/1618 - unter Berücksichtigung der angenommenen geänderten Beschlussempfehlung. Wer für die Annahme des Thüringer Haushaltsgesetzes ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diese Annahme? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist das Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Die Stimme bitte ich wieder durch Erheben von den Plätzen abzugeben. Wer für das Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 ist, den bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. Danke. Wer ist dagegen, den bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieses Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 mit Mehrheit angenommen.

(Beifall CDU)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Wir stimmen zuerst ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3639. Wer ist für diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3640. Wer ist für diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3641. Wer ist für diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Danke. Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3642. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? Danke. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3643. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? Danke. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Danke. Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/3644. Wer ist für diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/3645. Wer ist für diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/3653. Wer ist für diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Entschließungsantrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Entschließungsantrag der CDU mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2011 für den Freistaat Thüringen entsprechend der Drucksache 4/3586. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen. Damit ist diese Beschlussemp-

fehlung einstimmig angenommen worden.

Wir stimmen jetzt ab über die Beschlussempfehlung zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes in Drucksache 4/3587. Wer ist für diese Beschlussempfehlung, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? Wer enthält sich der Stimme? Keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung, also einstimmige Annahme dieser Beschlussempfehlung.

Abschließend stimmen wir ab über die Beschlussempfehlung zum Entwurf der Rahmenvereinbarung II zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft und der Zukunftsfähigkeit der Thüringer Hochschulen - Laufzeit 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2011 in Drucksache 4/3588. Wer ist für diese Beschlussempfehlung, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Damit beende ich die Abstimmung zum Haushalt hier im Thüringer Landtag. Ich bedanke mich für die ausgezeichnete Disziplin bei der Abstimmung.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 9

Fragestunde

Die erste Frage stellt die Frau Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, SPD-Fraktion, in Drucksache 4/3571. Bitte, Frau Ehrlich-Strathausen.

Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, SPD:

Einrichtung einer zentralen Vergabestelle für öffentliche Straßenbaumaßnahmen beim Thüringer Staatsbauamt

Die Landesregierung plant die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle beim Thüringer Staatsbauamt. Unter anderem sollen die vorhandenen vier Vergabestellen bei den regionalen Straßenbauämtern aufgelöst werden.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Ab welchem Zeitpunkt und an welchem Ort soll die zentrale Vergabestelle eingerichtet werden?
- 2. Wie viele Mitarbeiter sind in den vier bisherigen Vergabestellen mit der Aufgabe befasst und wie viele werden es zukünftig in der zentralen Vergabestelle sein?

- 3. Was geschieht mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die aufgrund der Zentralisierung von ihrer bisherigen Aufgabe in den Straßenbauämtern entbunden werden?
- 4. Inwieweit und zu welchem Zeitpunkt wurde oder wird der Personalrat in die mit der Umstrukturierung verbundenen Personalentscheidungen einbezogen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Trautvetter.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ehrlich-Strathausen beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Mit der Zusammenfassung bestimmter Aufgaben der förmlichen Vergabe im Bereich des Straßenbaus werden folgende Ziele angestrebt: die Schaffung von Synergieeffekten durch die Zentralisierung von gleich gelagerten Aufgaben, eine weitere Anreicherung von Spezialwissen bei dem zuständigen Personal und damit eine Minimierung von möglichen Fehlern und eine weitere Verbesserung des Korruptionsschutzes.

Zu den Fragen im Einzelnen.

Zu Frage 1: Die Aufgabenzusammenfassung erfolgte als zentrale Vergabe zum 1. November 2007 im Staatsbauamt Erfurt. Das Thüringer Landesamt für Straßenbau und die Straßenbauämter sind jedoch auch weiterhin Vergabestelle im Sinne der Verdingungsordnung für die Angelegenheiten des Straßenbaus.

Zu Frage 2: In den vier bisherigen Straßenbauämtern sind bis zum 1. November 2007 insgesamt 12 Beschäftigte mit der förmlichen Vergabe betraut gewesen. Die zukünftige quantitative Besetzung ist abhängig vom Arbeitsvolumen; begonnen wurde zunächst mit fünf Beschäftigten, die endgültige Zahl steht noch nicht fest.

Zu Frage 3: Die bisherigen Beschäftigten werden zunächst in den Sachgebieten Vergabe bleiben. Es erfolgt zuerst die Abwicklung der bis zum 31. Oktober 2007 begonnenen Vergabeverfahren, anschließend werden die Beschäftigten entsprechend ihrer Qualifikation und Eingruppierung in ihrem jeweiligen Amt eingesetzt.

Zu Frage 4: Bei der Organisationsmaßnahme handelt es sich weder um ein mitbestimmungs- noch mitwirkungspflichtiges Verfahren nach dem Thüringer Personalvertretungsgesetz. Gleichwohl wurde der Hauptpersonalrat von Beginn an über den aktuellen Stand informiert und die Personalvertretung wird entsprechend den Vorgaben des Thüringer Personalvertretungsgesetzes beteiligt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich rufe die Anfrage der Frau Abgeordneten Doht in Drucksache 4/3576 auf.

Abgeordnete Doht, SPD:

Pkw-Maut

Der bayerische Ministerpräsident Beckstein machte unlängst mit der Forderung nach einer Autobahnmaut für Pkw-Fahrer auf sich aufmerksam. Im Gegenzug sollten die Mineralölsteuern gesenkt werden. Vertreter der Thüringer Landesregierung, insbesondere der Ministerpräsident Althaus und der Verkehrsminister Trautvetter, gaben diesem Vorschlag mediale Unterstützung.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie begründet die Landesregierung ihre Unterstützung für den Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten?
- 2. Gibt es einen Kabinettsbeschluss der Landesregierung zur Einführung der Pkw-Maut bzw. beabsichtigt die Landesregierung eine entsprechende Initiative im Bundesrat?
- 3. Sieht die Landesregierung die bei Umsetzung dieses Vorschlags entstehende Begünstigung von Vielfahrern gegenüber Wenigfahrern als gerechtfertigt an und entspricht diese dem Ziel des Klimaschutzes?
- 4. Durch welche Maßnahmen könnte nach Auffassung der Landesregierung dem durch eine Autobahnmaut für Pkw verursachten Ausweichverkehr auf Bundes- und Landesstraßen insbesondere in den betroffenen Ortslagen begegnet werden?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Trautvetter.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Doht, für die Landesregierung beantworte ich Ihre Mündliche Anfrage wie folgt:

Einleitend möchte ich darauf hinweisen, dass die Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten nicht auf eine Pkw-Maut für die Benutzung der Autobahn gerichtet ist, sondern auf die Einführung einer Pkw-Vignette. Die Pkw-Vignette ist eine zeitbezogene Gebühr, die unabhängig von der konkreten Fahrleistung erhoben wird. Sie ist für einen bestimmten Zeitraum zu entrichten, z.B. einen Tag, eine Woche oder ein Jahr und die Pkw-Maut ist demgegenüber eine streckenbezogene Benutzungsgebühr, die sich konkret anhand der zurückgelegten Fahrstrecke berechnet.

Zu Frage 1: Der Vorschlag Bayerns ist aus Sicht der Landesregierung neben der vom Bund beabsichtigen Maut-Spreizung für Lkw ein weiterer durchaus überlegenswerter Schritt hin zur Nutzerfinanzierung von Verkehrsinfrastrukturen. Eine Vignette würde auch ausländische Pkw an den Kosten der Verkehrsinfrastruktur beteiligen und dem Tanktourismus entgegenwirken. Der Vorschlag bedarf allerdings einer detaillierten Prüfung und einer aufkommensneutralen Ausgestaltung. Zu prüfen ist auch die Möglichkeit, die Einnahmen aus der Vignette der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft direkt zufließen zu lassen und damit für den Erhalt und Ausbau der Verkehrswege zu binden.

Zu Frage 2: Es gibt weder einen Kabinettsbeschluss der Thüringer Landesregierung zur Einführung der Pkw-Maut noch zur Einführung der Pkw-Vignette und die Landesregierung beabsichtigt derzeit keine entsprechende Initiative im Bundesrat.

Zu Frage 3: Die Einführung einer Pkw-Vignette könnte einen Beitrag dazu leisten, dass Wenigfahrer und Tagespendler insbesondere im Kurzstreckenbereich auf die Alternativen Bus, Bahn oder Fahrgemeinschaften ausweichen. Dies wäre ein ganz konkreter Beitrag zum Klimaschutz.

Zu Frage 4: Ob durch die Einführung einer Pkw-Vignette nennenswerte Verlagerungen vom Pkw-Verkehr auf das nachgeordnete Bundes- und Landesstraßennetz zu erwarten sind, kann derzeit nicht eingeschätzt werden. Dies wäre noch im Rahmen einer entsprechenden Untersuchung zu prüfen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt dazu auch keine weiteren Nachfragen, so dass ich als dritte Frage die Frage des Abgeordneten Schwäblein in der Drucksache 4/3577 aufrufe.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Deutsches Schlösserjahr 2008

Die Deutsche Zentrale für Tourismus hat das Jahr 2008 in ihrem nationalen und internationalen Tourismusmarketing unter das Thema "Schlösser und Gärten" gestellt.

Ich frage daher die Landesregierung:

- 1. Was hat die Landesregierung und was haben die zuständigen Einrichtungen mit welchem Erfolg unternommen, damit auch Thüringen als "das" Land der Schlösser und der Residenzen im internationalen deutschen Tourismus-Marketing angemessen Berücksichtigung findet?
- 2. Beabsichtigen die Landesregierung oder die für das Thüringer Tourismus-Marketing zuständigen Einrichtungen in Ergänzung dieser nationalen Kampagne auch eine speziell auf Thüringen konzentrierte Marketing-Kampagne?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung beantwortet diese Frage Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich beantworte die Anfrage des Abgeordneten Schwäblein für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Für die Landesregierung ist das Thema "Burgen und Schlösser" ein stets präsenter und wichtiger Baustein im Schwerpunktethema Städte- und Kulturtourismus. Im Rahmen der jährlich wechselnden Themenjahre der TTG wurde bereits im Jahr 2002 das Basisthema "Thüringen sagenhaft - Burgen, Schlösser, Schätze" durch die TTG als Jahresthema verstärkt beworben. Im Jahr 2004 wurden die Thüringer Residenzen mit der Landesausstellung "Neu entdeckt - Thüringen, Land der Residenzen" in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die dauerhafte Bewerbung des Schwerpunkts "Schlösser, Burgen und Residenzen" erfolgt durch eine Reihe zielgerichteter Maßnahmen durch die TTG, z.B. als ständige Rubrik im Internetauftritt der TTG, mittels Spezialseiten zum Städte- und Kulturtourismus im Themenkatalog "Stadtgeflüster" sowie als Thema in Newslettern für Endverbraucher und Reiseindustrie. Auch im Tagungstourismus spielen die Thüringer Schlösser und Burgen eine wichtige Rolle. Die geeigneten Standorte werden in diesem Segment kontinuierlich als Special locations beworben.

Auch die Stiftung "Thüringer Schlösser und Gärten" verfolgt mit dem Projekt "Schatzkammer Thüringen" das Ziel, die einmalige Residenzkultur Thüringens zu einer kulturtouristischen Marke auszubauen. Das Thema "Parks und Gärten" erfuhr im Jahr 2007 anlässlich der BUGA 2007 in Gera und Ronneburg eine besondere Berücksichtigung. Durch die TTG wurde das Thema "Parks und Gärten in Thüringen" im Rahmen des Jahresthemas "Thüringen wirkt Wunder: Von der Heiligen Elisabeth zur Bundesgartenschau 2007" besonders mit Marketingmaßnahmen untersetzt. Ein besonderer Fokus auf die Bewerbung der zahlreichen romanischen Burgen im Freistaat Thüringen wurde bereits im Jahr 2004 mit dem Startschuss für die Kulturroute Transromanica in Thüringen gelegt. Im Jahr 2007 wurde die Transromanica mit dem Titel "Europäische Kulturhauptstraße" offiziell durch den Europarat ausgezeichnet und befindet sich nun in einer Reihe wie beispielsweise den Mozartwegen oder dem Jakobsweg. Die Aktivitäten der Thüringer Tourismus GmbH werden durch die Deutsche Zentrale für Tourismus in idealer Weise verstärkt. Im Rahmen der Fortsetzung der Kulturoffensive der DZT wurde für das Jahr 2008 das Schwerpunktthema "Schlösser, Parks und Gärten -Romantisches Deutschland" für das weltweite Marketing festgelegt. Die Heraushebung Thüringens im Rahmen dieser Bewegung ist auf vielfältige Weise gesichert. In der Imagebroschüre der DZT, welche in acht Sprachen über drei Jahre vertrieben wird, werden unter anderem die Wartburg, Schloss und Park Friedenstein in Gotha, die Dornburger Schlösser, die Heidecksburg in Rudolstadt, das Residenzschloss Weimar sowie der Ilmpark beworben. In sieben Sprachen ergänzt eine A 4-Anzeige auf der zweiten Umschlagseite das Thema "Burgen und Schlösser in Thüringen". Thüringen wird im Jahr 2008 eine eigene Internetplattform innerhalb der DZT-Website im Themenbereich "Natur, Kultur" platzieren und Thüringen mit dem Schwerpunktthema ausführlich präsentieren. Hier erfolgt selbstverständlich natürlich auch ein Link zur TTG.

Zu Frage 2: Für das Jahr 2008 beabsichtigt die TTG keine spezielle Themenmarketingmaßnahme in Ergänzung des DZT-Themas "Schlösser, Parks und Gärten - Romantisches Deutschland". Als Marketingschwerpunkt für Thüringen im Jahr 2008 wurde bereits auf der ITB im Jahr 2007 das Thema "Wandern" vorgestellt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage. Herr Abgeordneter Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Verehrter Herr Minister, Sie haben in Ihrer Antwort auf die eigene Aktivität der Stiftung "Schlösser und Gärten" und die "Schatzkammer Thüringen" verwiesen. Halten Sie es für möglich, dass in naher, vielleicht auch mittlerer Zukunft dieses Label auch von der TTG mit aufgegriffen wird und halten Sie es für möglich, dass im Jahr der Schlösser und Gärten nicht bloß ein Link zur TTG gelegt werden kann von dieser zentralen Seite, sondern auch zur Stiftung "Schlösser und Gärten", die genau diese Schatzkammer in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rückt?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Ich glaube, dass die Stiftung "Thüringer Schlösser und Gärten" die eigene Imagekampagne auf dem Weg bestreiten wird, die separat nicht von der TTG unterstützt werden muss.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Nachfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Sehen Sie wie ich die Chance auf Synergien, wenn die beiden nicht nebeneinander, sondern miteinander arbeiten würden?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Ich sehe Chancen für Synergien zwischen der TTG und der Stiftung. Ich gehe davon aus, dass auch eine enge Abstimmung stattfindet. Das zeigt ja auch die Bewerbung, die letztendlich die TTG für die Schlösser und Parks durchführt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Eine Nachfrage, Herr Abgeordneter Kummer, oder ist das schon Ihre eigene Frage?

(Zuruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Nein, eine Nachfrage.)

Eine Nachfrage. Bitte.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Herr Minister, würden Sie denn diese Kampagne auch auf andere Häuser hin ausrichten, damit wir vielleicht ein bisschen mehr Unterstützung für bedeutende Schlossensemble bekommen? Ich denke da an Wilhelmsthal oder Schwarzburg, um diese dann auch touristisch wieder attraktiver zu gestalten, damit sie in Zukunft vielleicht auch wieder vermarktet werden könnten.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Herr Abgeordneter Kummer, wir werden uns in den Marketingaktivitäten auf die wesentlichen Dinge konzentrieren müssen. Alles aus einem Guss wird nicht leistbar sein.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nun gibt es keine weiteren Nachfragen. Aber Abgeordneter Kummer hat die nächste Anfrage in Drucksache 4/3591.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Zuschüsse für Investitionen an die Thüringer Fernwasserversorgung (TFW)

In einer Information der Landesregierung vom 22. November 2007 ist eine Übersicht über geplante Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen der TFW aufgeführt. Unter anderem sind für eine Generalinstandsetzung der Talsperre Weida üppige 83.000 € im Jahr 2008 vorgesehen.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Um welche konkreten Instandsetzungsmaßnahmen für die Talsperre Weida handelt es sich?
- 2. Können mit den vorgesehenen Mitteln und Maßnahmen die Grundlagen geschaffen werden, um die Auflagen einer Sanierungsanordnung im Jahr 2010 zu erfüllen und den Weiterbetrieb der Talsperre zu gewährleisten?
- 3. Werden mit Finanzmitteln aus der oben genannten Übersicht die notwendigen Leitungserweiterungen im Fernwassersystem Ostthüringen ebenfalls in Angriff genommen oder sind Förderungen des Landes dafür nicht vorgesehen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Dr. Sklenar.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Kummer wie folgt: Zu Frage 1: Bei den in der Information der Landesregierung vom 22.11.07 ausgewiesenen 83.000 € für die Talsperre Weida handelt es sich um den hoheitlichen Anteil für Planung und Gutachten für die Talsperre Weida in 2008, die im Zusammenhang mit der Generalinstandsetzung der Talsperre Weida stehen.

Zu Frage 2: Eine Sanierungsanordnung liegt noch nicht vor. Die Gutachten und Planungen dienen als Grundlage für Sanierungsmaßnahmen. Die Anordnung der Talsperrenaufsicht des Landesverwaltungsamts vom 31.07.2006 fordert eine intensivere Überwachung und Bewertung der Standsicherheit der Talsperre durch einen zugelassenen Gutachter.

Zu Frage 3: Zur Beantwortung wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Die unter Ziffer 1 genannte Übersicht beinhaltet den hoheitlichen Anteil an Investitionen der Thüringer Fernwasserverwaltung in 2008. Die Leitungserweiterung im Fernwassersystem Ostthüringen ist deshalb hier nicht enthalten. Förderungen des Landes sind vorgesehen, die jedoch von der Finanzierung hoheitlicher Anteile zu unterscheiden sind.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Herr Minister, ich komme noch mal auf Ihre Aussagen zur nicht vorhandenen Sanierungsanordnung zurück. Was denken Sie denn, wann die Sanierung der Talsperre Weida in Angriff genommen werden muss? Bisher galt ja das Jahr 2010. Haben Sie da neue Erkenntnisse?

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Nein, 2010 war noch nie in diesem Sinne so explizit festgelegt. Wir warten jetzt auf die Sanierungsanordnung über das Gutachten von den Leuten, die das jetzt untersuchen. Ich kann vielleicht noch dazu sagen, wir wissen, dass etwas in den nächsten Jahren gemacht werden muss, aber, wie gesagt, dazu sind die Untersuchungen jetzt erst einmal notwendig.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Haben Sie eine weitere Nachfrage? Bitte, Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Glauben Sie, dass die eingeleiteten Maßnahmen ausreichend sind, um die Versorgung Ostthüringens bis zu einer Generalinstandsetzung Weidas ausreichend gesichert zu haben, damit wir dann nicht zu Versorgungsengpässen kommen, da ja Leibis gegenwärtig Ostthüringen nicht allein versorgen kann?

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Ich denke schon, die Maßnahmen sind im Moment ausreichend.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als nächste Anfrage die der Frau Abgeordneten Wolf in Drucksache 4/3592 auf.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Übergriffe an Grundschulen in der Wartburgregion

Ende November kam es in Wutha-Farnroda zur sexuellen Belästigung eines achtjährigen Mädchens. Dies geschah in einer Toilette, welche sich nicht direkt im Schulgebäude befindet. Da der Täter bis zum heutigen Tag noch nicht ermittelt werden konnte, sind viele Eltern besorgt.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie viele Schulen verfügen in Thüringen nicht über Schüler(innen)-toiletten innerhalb des Schulgebäudes und welche davon befinden sich in der Wartburgregion (Eisenach + Wartburgkreis)?
- 2. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass zahlreiche Kinder im Grundschulalter das Schulgebäude für den Toilettengang verlassen müssen?
- 3. Teilt die Landesregierung die Sorgen von Eltern, zumal sich oftmals direkt neben den Schulhofausgängen große Parkplätze befinden, die ein schnelles, diskretes Verlassen des Schulgeländes ermöglichen?
- 4. Welche Fördermöglichkeiten gibt es von Seiten des Landes, um diese Situation zu verändern?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Eberhardt.

Eberhardt, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Gemäß § 13 Absatz 2 Thüringer Schulgesetz haben die Schulträger das notwendige Schulangebot und die erforderlichen Schulanlagen vorzuhalten. Schulträger der Staatlichen Schulen sind in der Regel die Landkreise und kreisfreien Städte. Diese sind somit auch für den Zustand und die Sicherheit der Schulgebäude zuständig.

Zu Frage 1: Hierzu liegen der Landesregierung keine weitergehenden Informationen vor.

Zu Frage 2: Die Landesregierung bewertet dies kritisch und wird erforderlichenfalls weitere Gespräche führen.

Zu Frage 3: Ja. Ein Zusammenhang zwischen den örtlichen Gegebenheiten der Schule und etwaigen Ubergriffen, wie beispielsweise auch in Arnstadt, ist jedoch nicht zu erkennen. Seitens der Schulen, der Schulämter, der Kommunen und in enger Zusammenarbeit mit der Polizei werden präventiv vielfältigste Maßnahmen ergriffen, z.B. erstens: Die Schulen sind zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen. In Zusammenarbeit mit der Polizei werden Schülerinnen und Schüler entsprechend informiert. Den Schülern wird erläutert, wie sie sich im Ernstfall zu verhalten haben. Zweitens: Die Schulen sind angehalten, Gespräche mit Schülern, Eltern und Elternvertretern mit dem Ziel zu führen, Gefahrenpotenziale wahrzunehmen, Gefährdungen zu erkennen und die Kompetenzen der Kinder zu stärken. Drittens: Elternbriefe der Schule befassen sich mit der Thematik Verhalten bei sexueller Belästigung bzw. sexuellem Missbrauch. Grundsätzlich gilt Prävention vor Intervention. Viertens: Im Wartburgkreis werden in diesem Zusammenhang gemeinsam mit Kinderschutzbund, Schulamt, Landratsamt und Gesundheitsamt Elternabende durchgeführt. Fünftens: Die Schulleitung der entsprechenden Schule im Wartburgkreis hat in enger Zusammenarbeit mit der Elternvertretung Maßnahmen eingeleitet, die einen sicheren Gang der Schüler zur Toilette ermöglichen. Sechstens: In Arnstadt beispielsweise lud aufgrund der aktuellen Ereignisse der Landrat, Dr. Benno Kaufhold, am 4. Dezember die Schulen, die Elternvertreter ein, um gemeinsam mit der Polizei über die aktuelle Situation zu informieren und Aufklärungsarbeit für den Schutz der Schülerinnen und Schüler zu leisten. Siebtens: Es werden Projekte der Fortbildung für Lehrer zum Thema "Verhalten in Krisensituationen" vorgehalten.

Zu Frage 4: Die Thüringer Landesregierung reicht jährlich Fördermittel an die kommunalen Schulträger im Rahmen der Investitionsförderung für Schulen aus. Diese sogenannte Investitionspauschale für Schulgebäude kann, sollte und wird auch für die Erstellung und Sanierung von Toilettenanlagen an Schulen eingesetzt werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Ich danke Ihnen für die Informationen. Meine erste Nachfrage bezieht sich auf die Investitionspauschale. Mir ist klar, dass die weitergereicht wird an die Kommunen und dort eigenverantwortlich eingesetzt wird. Aber heißt das, dass Sie die Empfehlung geben, diesen Fakt, dass sehr viele Toilettenanlagen außerhalb der Schulgebäude sind, wirklich vordringlich zu beseitigen? Die zweite Nachfrage: Da Sie auf Frage 1 geantwortet haben, dass Sie keine Informationen besitzen, heißt das, dass die Landesregierung keinen umfassenden Überblick über den Zustand der Schulen in Thüringen hat?

Eberhardt, Staatssekretär:

Zu Frage 2: Die Landesregierung hält natürlich keine Übersicht vor, aber ich gehe davon aus, dass der Regelfall derjenige ist, dass sich die Toiletten innerhalb des Schulgebäudes befinden. Aktuell gibt es möglicherweise Anlass, die einzelnen Schulträger noch einmal darauf aufmerksam zu machen. Ich gehe davon aus, dass die Schulträger im Rahmen ihrer Verantwortung versuchen, optimale Bedingungen für die Kinder und Jugendlichen zu schaffen und dazu gehört der Regelfall, dass sich die Sanitäranlagen innerhalb des Schulgebäudes befinden. Insoweit zu Frage 1, es gibt auch keine gesonderte Erhebung der Thüringer Landesregierung genau zu diesem Sachverhalt, der bisher durchgeführt wurde.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Sie empfehlen aber die bauliche Veränderung?)

Ja, wir werden das den Schulträgern empfehlen, im Übrigen auch bei weiteren Sicherheitsbelangen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als Nächstes die Frage des Abgeordneten Köckert in der Drucksache 4/3593 auf.

Abgeordneter Köckert, CDU:

Vervollständigung und Aktualisierung des Automatisierten Liegenschaftskatasters (ALK) durch flächenmäßige Befliegung

Im Frühjahr 2008 soll ein thüringenweiter Bildflug mit dem Ziel der Vervollständigung und Aktualisierung des ALK stattfinden, dessen Ergebnisse bis zum Jahresende 2009 ausgewertet werden sollen.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wann und durch wen ist die Ausschreibung der entsprechenden Leistungen erfolgt (bitte mit Fundstellennachweis) und welche konkreten Anforderungen hinsichtlich der Lagegenauigkeit und Auflösung werden an den Bildflug gestellt?
- 2. Sollen die durch den Bildflug entstehenden Daten über die Vervollständigung des ALK hinaus für weitere Zwecke genutzt werden bzw. wäre dies möglich und wenn ja, wer könnte Nutzer der Daten sein?
- 3. Welche Kosten werden voraussichtlich für den Bildflug und dessen Auswertung entstehen und unter welchem Haushaltstitel werden diese Kosten veranschlagt?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Trautvetter.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter Köckert, Ihre Mündliche Anfrage beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Ausschreibung erfolgte durch das Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation. Die Bekanntmachung für die Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union wurde am 27.09.2007 versandt und war ab 29.09.2007 um 9.00 Uhr Mitteleuropäischer Zeit in der TED-Datenbank verfügbar (Tenders electronic daily). Die Veröffentlichung erfolgte unter der Internetadresse ted.europa.eu unter dem Titel: "De-Erfurt.Luftbildvermessung". Die Anforderungen an Auflösung und Lagegenauigkeit sollen vor allem die sachgerechte topographische Erfassung der Gebäude ermöglichen. In der Ausschreibung wurden folgende technische Parameter gefordert: Als Lagegenauigkeit wird eine stereoskopische Auswertegenauigkeit für eindeutig identifizierbare Punkte mit einer Standardabweichung in der Lage kleiner 15 cm und in der Höhe kleiner 20 cm in Bezug zum Lage- und Höhensystem gefordert. Die Auflösung bedeutet, dass die

digitalen Orthoffotos eine Bodenauflösung von 20 cm in 4 Quadratkilometer Bildkacheln haben. Für den Bildflug sind folgende Bedingungen einzuhalten: Mittlerer Aufnahmemaßstab größer 1: 8.000, Bodenauflösung kleiner 12 cm, Kammerkonstante kleiner 15 cm, Längsüberdeckung größer 60 Prozent, Querüberdeckung größer 30 Prozent.

Zu Frage 2: Die durch den Bildflug entstehenden Daten können neben dem Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation auch durch alle Landesbehörden genutzt werden und stehen im Rahmen des Vertrages über die Bereitstellung und Nutzung von Geobasisdaten der Thüringer Katasterund Vermessungsverwaltung auch den kommunalen Gebietskörperschaften ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist schon mal gut.)

Das Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation nutzt die Daten neben der Vervollständigung für die ALK insbesondere für die Fortführung des digitalen Landschaftsmodells, des digitalen Geländemodells und der topographischen Karten ATKIS. Die Daten der Befliegung werden im Übrigen in das Landesluftbildarchiv übernommen und stehen somit kostenpflichtig auch allen weiteren Interessenten zur Verfügung.

Zu Frage 3: Die voraussichtlichen Kosten der Befliegungen und Auswertungen können dem Entwurf des Haushaltsplans für die Jahre 2008 und 2009, Einzelplan 10, Seiten 164 und 165 entnommen werden. Neben den Befliegungs- und Auswertungskosten, die jetzt Gegenstand der Ausschreibung waren, sind bei der Haushaltsaufstellung aber auch schon die Folgearbeiten Qualitätssicherung und Nacherfassung berücksichtigt worden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt offensichtlich eine Nachfrage. Bitte, Herr Abgeordneter Köckert.

Abgeordneter Köckert, CDU:

Da ich jetzt den Haushaltsentwurf nicht hier habe, Können Sie die Kosten konkret beziffern?

Trautvetter. Minister für Bau und Verkehr:

Da ihn der Landtag gerade beschlossen hat, der Ansatz für 2008 beträgt 1.305.000 € und für 2009 1.420.000 € und weitere 275.000 € für das Haushaltsjahr 2010 und hierfür eine VE im Etatansatz

des Jahres 2009.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Nachfrage. Herr Abgeordneter Buse.

Bleiben Sie mal da, Herr Minister, es gibt noch eine Nachfrage.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Ja, bitte.

Abgeordneter Buse, DIE LINKE:

Danke auch Ihnen, Herr Minister. Herr Minister, Sie sehen es mir vielleicht jetzt nach, dass ich die technischen Parameter im Zusammenhang mit der Ausschreibung in der Schnelle nicht ganz aufgenommen habe. Deshalb bin ich davon ausgegangen in Ihrer Aufzählung, dass ein dreidimensionales Bilderfassungsverfahren nicht zur Ausschreibung gekommen ist, obwohl, wie ich meine, Städteplaner berechtigt auf die Empfehlung eines solchen Verfahrens hingewiesen haben. Wenn Sie mir sagen wollen, warum es nicht empfohlen ist.

Ich würde gerne eine zweite Frage nachschieben, Frau Präsidentin, wenn Sie gestatten. Zu Frage 2 hat der Minister geantwortet, so habe ich Sie verstanden, dass diese Daten durch alle Landesbehörden nachgenutzt werden können. So war die Aussage. Da wäre die Frage: Hat sich mit dieser Nachnutzungsmöglichkeit auch die geplante oder auch beabsichtigte Gebäudeeinmessungspflicht damit in Thüringen erledigt?

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Zu Ihrer ersten Frage: Ich habe geantwortet, dass die digitalen Orthofotos auch für das digitale Landschaftsmodell und das digitale Geländemodell ausgewertet werden können. Ich gehe davon aus, dass die Bilder so aufgenommen werden, dass damit im Prinzip auch die dreidimensionale Auswertung möglich ist.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Gebäudeeinmessungspflicht hat sich damit nicht erledigt, weil nämlich eine Genauigkeit von 15 cm insbesondere in nachbarschaftsrechtlichen Streitigkeiten eine zu hohe Ungenauigkeit ist, so dass wir zur Rechtssicherheit an der Gebäudeeinmessungspflicht festhalten.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Köckert, Sie können noch eine Frage stellen.

Abgeordneter Köckert, CDU:

Warum hat man auf eine höhere Genauigkeit verzichtet, wenn das in der Nutzung in diesem Maß eingeschränkt ist?

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Eine höhere Genauigkeit hätte wahrscheinlich auch wesentlich höhere Kosten verursacht. In Abwägung der Wirtschaftlichkeit und des Ergebnisses ist diese Genauigkeit ausreichend.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Weitere Anfragen sind jetzt nicht mehr möglich. Ich rufe als Nächstes die Anfrage des Abgeordneten Kuschel, Fraktion DIE LINKE, in Drucksache 4/3575 auf

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Kurzarbeit im GAT-Werk in Eisenach

Pressemitteilungen zufolge hat die Herstellung und der Vertrieb von unwirksamen Rußpartikel-Filtern Auswirkungen auf die Beschäftigten im GAT-Werk in Eisenach.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Ist der Landesregierung bekannt, seit welchem Zeitpunkt in Eisenach die Produktion der PKW-Filter ruht und worin liegen die Ursachen hierfür?
- 2. Ist der Landesregierung bekannt, welche Auswirkungen die Stilllegung der Produktion von Filteranlagen für Nutzfahrzeuge auf die Mitarbeiter des GAT-Werkes in Eisenach hat und wurden Entlassungen ausgesprochen oder Kurzarbeit angeordnet?
- 3. Mit welchen Zielstellungen und Auflagen (insbesondere zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Qualifizierung von Mitarbeitern) wurden dem GAT-Werk in Eisenach zu welchem Zeitpunkt Fördermittel (gegliedert nach Bundes-, Landes-, ESF- und EFRE-Mitteln) in welcher jeweiligen Höhe gewährt?
- 4. Unter welchen Voraussetzungen wäre die Landesregierung berechtigt, die ausgereichten Fördermittel vom GAT-Werk in Eisenach zurückzuverlangen, sollten die mit der Förderung verbundenen Auflagen und Zielstellungen nicht erreicht worden sein und wie wird diese Auffassung begründet?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung erhielt mit Schreiben an die Thüringer Staatskanzlei vom 19.10.2007 seitens der GAT-Werke Kenntnis, dass auf Drängen der Deutschen Umwelthilfe und sämtlicher Medien der Vertrieb der Dieselpartikelfilter vorübergehend eingestellt wurde. Eine Begründung hierzu erfolgte nicht. Zuvor hat die Firma GAT die Löschung der Allgemeinen Betriebserlaubnis für Partikelminderungssysteme am 10.10.2007 beim Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg veranlasst. Die Löschung wurde mit Schreiben des Kraftfahrt-Bundesamtes vom 12.10.2007 bestätigt.

Zu Frage 2: Mit der Löschung der Allgemeinen Betriebserlaubnis (ABE) für Partikelminderungssysteme für Pkw wurde die Produktion derselben durch die Unternehmensgruppe gestoppt und für die gesamte Belegschaft in Eisenach am 25.10.2007 Kurzarbeit angemeldet. Entlassungen wurden nicht ausgesprochen. Das Unternehmen geht davon aus, dass ein überarbeiteter Pkw-Partikelfilter im Januar 2008 die ABE erhalten wird. Die Produktion würde dann unverzüglich wieder aufgenommen.

Zu Frage 3: Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" verpflichtete sich das Unternehmen zur Schaffung und Besetzung von insgesamt 27 Dauerarbeitsplätzen und zwei Ausbildungsplätzen. Die Betriebsstätte Eisenach-Hörselberg erhielt zweimal - im Jahr 2002 für die Errichtungsinvestition und in 2006 für eine Erweiterungsinvestition - einen GA-Zuschuss von insgesamt 1,6 Mio. €, von dem bisher rund 1,4 Mio. € ausgezahlt wurden. Die Auszahlung des Restbetrags wurde aufgrund der derzeitigen Probleme durch die Thüringer Aufbaubank gestoppt. Der GA-Zuschuss für das erste Vorhaben wurde zu 50 Prozent aus Mitteln des EFRE, zu 25 Prozent aus Bundes- und zu 25 Prozent aus Landesmitteln und für das zweite Vorhaben zu je 50 Prozent aus Bundes- und Landesmitteln gezahlt.

Im Rahmen der einzelbetrieblichen Technologieförderung wurde ein Vorhaben im Jahr 2004 mit 163.000 € zu 100 Prozent aus EFRE-Mitteln bewilligt. Eine Auszahlung der Gelder erfolgte bisher nicht.

Zu Frage 4: Im jeweiligen Zuwendungsbescheid sind konkrete Bedingungen enthalten, die zu erfüllen sind. Bei einem Verstoß kommt es zu einer Anhörung und im Ergebnis dieser kann eine Teil- oder Gesamtrück-

forderung der ausgereichten Zuschüsse erfolgen. Hierbei sind die für das Förderprogramm gültige Richtlinie bzw. der GA-Rahmenplan, das Haushaltsund Zuwendungsrecht maßgeblich. Beide GA-geförderten Projekte befinden sich noch in der Zweckbindungsfrist. Das Unternehmen hat derzeit die Möglichkeit, die mit der Förderung verbundenen Verpflichtungen bis zum Jahr 2012 zu erfüllen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Herr Minister, Sie haben die Summen der GA-Förderung genannt. Können Sie den prozentualen Anteil nennen, also wie hoch die Förderquote war bei diesen zwei GA-Förderungen gemessen an der Gesamtinvestitionssumme? Zurzeit sind die Leute in Kurzarbeit. Ist davon auszugehen, wenn Entlassungen erfolgen, dass dann das Land Rückforderungen der ausgereichten Fördermittel prüft?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Zu Frage 1 Ihrer Nachfrage: Die Prozentsätze kann ich Ihnen nicht benennen. Es liegen mir die Zahlen nicht vor. Ich reiche sie aber gern nach.

Zu Frage 2: Das hängt von der Prüfung des Zuwendungsbescheids der Mittelverwendung ab.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen? Doch. Dann Frau Doht.

Abgeordnete Doht, SPD:

Herr Minister, hier ist vom GAT-Werk in Eisenach die Rede und auch Sie haben das in Ihrer Antwort gebraucht. Ich kenne kein GAT-Werk in Eisenach. Würden Sie mir bitte sagen, wo das Werk steht?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Das habe ich Ihnen doch gesagt, Eisenach-Hörselberg.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Ich kenne auch nicht Eisenach-Hörselberg.)

So heißt das Werk aber. Ich habe nicht von dem Standort gesprochen, sondern von der Bezeichnung des Werkes, sehr geehrte Frau Doht. Auch das müsste Ihnen bekannt sein.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als letzte Frage die Anfrage der Frau Abgeordneten Ehrlich-Strathausen in der Drucksache 4/3590 auf.

Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, SPD:

Evaluation der Jugendverbandsarbeit

Im Landesjugendförderplan ist die externe Evaluation der Jugendverbandsarbeit vorgesehen. Die Ergebnisse sollen Grundlage der qualitativen Fortschreibung des künftigen Landesjugendförderplanes sein.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Sollen entsprechend der Intention des Landesjugendförderplanes alle im Landesjugendring vertretenen Jugendverbände evaluiert werden oder betrifft dies nur einen Teil der Verbände und, sofern Letztgenanntes zutrifft, warum soll eine Einschränkung erfolgen?
- 2. Sofern nur ein Teil der Verbände vorgesehen ist, welche Verbände sind vorgesehen, wer traf nach welchen Auswahlkriterien die Auswahl und erfolgt die Teilnahme mit Zustimmung der ausgewählten Verbände?
- 3. Welche empirisch überprüfbaren Kriterien sollen der Evaluation zugrunde liegen und von wem wurden sie entwickelt?
- 4. Wer ist oder wird Auftraggeber für die Evaluation, von wem soll sie durchgeführt werden und welches Vergabeverfahren war oder ist Grundlage der Auftragsvergabe?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landregierung antwortet Staatssekretär Illert.

Illert, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Im Landesjugendförderplan 2007 bis 2010 sind keine Vorgaben auf die vorgesehene Evaluation hinsichtlich der Aufgaben überörtlicher Jugendverbandsarbeit festgelegt. Eine Evaluation der Jugendverbandsarbeit kann nur in Koperation mit den Jugendverbänden erfolgreich durchgeführt werden. Der Landesjugendring Thüringen e.V. und das Thüringer Ministerium für Soziales,

Familie und Gesundheit erörtern derzeit gemeinsam, mit welchen Verbänden die Evaluation vorgenommen werden soll. Es wurden noch keine Entscheidungen getroffen.

Zu Frage 3: Basiskriterien der geplanten Evaluation werden voraussichtlich die Qualitätskriterien verbandlicher Jugendarbeit sein. Diese Qualitätskriterien wurden vom Landesjugendhilfeausschuss am 15.03.2004 beschlossen.

Zu Frage 4: Auftraggeber der Evaluation wird der Landesjugendring Thüringen e.V. in enger Kooperation mit dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit sein. Im Rahmen von Vorgesprächen mit fachlich potenziell geeigneten Partnern werden derzeit die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen, mögliche Evaluationsdesigns und Arbeitsstrukturen erörtert. Entscheidungen wurden aber noch nicht getroffen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Frau Abgeordnete Ehrlich-Strathausen.

Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, SPD:

Welche Kosten entstehen denn und aus welchem Haushaltstitel sollen diese nach dem heute beschlossenen Haushalt dann dafür entnommen werden?

Illert, Staatssekretär:

Es ist im Moment noch nicht zu übersehen, welche Kosten entstehen aus den vorgenannten Gründen, weil die Grundentscheidungen ja noch gar nicht gefallen sind und die Konzeption derzeit erst erarbeitet wird. Die Haushaltsstelle, aus der das gezahlt werden wird - im Jahr 2009 -, kann ich im Moment aus dem Kopf nicht sagen. Dies würde ich nachreichen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wollen Sie noch eine Frage stellen? Es waren eigentlich schon zwei.

Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, SPD:

Wann planen Sie, soll die Evaluation beginnen und in welchem Quartal und wann werden Sie daraufhin die Ergebnisse präsentieren können?

Illert, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete, ich habe gerade schon ausgeführt, die Konzeption wird derzeit erarbeitet zwischen Landesjugendring und uns und dem Landesjugend-

hilfeausschuss. Wenn das alles steht, dann werde ich Ihnen Ihre Frage präzise beantworten können. Für 2009 ist es vorgesehen. Ich weiß nicht, ob im I. oder II. Quartal.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen und ich schließe die Fragestunde.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf, und zwar den ersten Teil

Aktuelle Stunde

a) auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema:

"Situation und Perspektiven von Polizei und innerer Sicherheit in Thüringen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 4/3556 -

Ich rufe als Ersten auf für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Fiedler.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Situation der inneren Sicherheit in Thüringen ist sehr gut, die Perspektiven für die Polizei sind auch sehr gut. Wir werden gemeinsam daran arbeiten, dass dort, wo es noch Verbesserungen gibt, diese auch durchgeführt werden. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe für die Fraktion DIE LINKE Herrn Abgeordneten Dr. Hahnemann auf.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich kann das nicht so wie Herr Fiedler nehmen, obwohl ich mir auch gewünscht hätte, dass die beantragende Fraktion zunächst in dieser Aktuellen Stunde spricht. Zwei Bemerkungen vornweg: Ich rede nicht über die Polizistinnen und Polizisten im Land, sondern ich rede über Polizei und Polizeipolitik. Da ich glaube, dass es hier tatsächlich auch darum gehen wird, dass ein Minister zurücktreten soll, will ich selbst auf die Gefahr hin, dass man mir die Verteidigung des Innenministers anlasten wird, daran erinnern, dass dieser Innenminister derjenige gewesen ist, der für ein bisschen Rechtsstaatlichkeit im Innenministerium

gesorgt hat. Ich sehne mich nicht zurück nach den Zeiten der Nonchalance des pastoralen Innenministers Köckert oder der Hemdsärmligkeit unseres Lieder singenden und Weihnachtsmärchen erzählenden Andi T.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist ja jetzt so richtig fies.)

Die Konzeptionslosigkeit und die Skandale will ich nicht nennen, man kann sie kaum noch im Gedächtnis behalten. Sie sind aber Ausfluss falschen Verständnisses von Polizei und Polizeipolitik und mit Auswechseln eines Ministers können diese Probleme nicht behoben werden. Die Ursachen liegen im Polizeiverständnis der Landesregierung, in der Herrschaftlichkeit der Polizeipolitik und im Verständnis der Polizei als ein Staat im Staate, also Law-and-Order-Verständnis.

Wir brauchen keine Polizei, die den Konjunkturen der Sicherheitshysterie dient, sondern die berechtigte Sicherheitsängste und Sorgen der Bürger mittels Prävention und Strafverfolgung abbaut und gleichzeitig den Bürgern falsche Ängste nimmt und diese nicht schürt.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Das sind ja ganz neue Worte.)

Wir brauchen eine andere Polizeipolitik, wir brauchen eine demokratische Polizei,

(Beifall Die LINKE)

die aktiv Grundgesetz und Menschenwürde schützt, die Verfassungsnormen zur Geltung verhilft und nicht die Polizei, die sich ständig gestört fühlt vom Grundgesetz,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ach, das ist doch unerhört.)

denn zu oft werden der Polizei das Grundgesetz und das Verfassungsgericht zum stillen Gegner. Es heißt dann, es gäbe zu viele juristische Fesseln für die Polizei und diese könnte ihre Möglichkeiten gar nicht ausschöpfen. Ich habe von Polizei im Rechtsstaat ein anderes Bild. Das Grundgesetz ist nicht Gegner, sondern Basis der Polizeipolitik.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ja, Sie haben das alte DDR-Bild. Diktatur ist etwas Schönes.)

Ein Polizeiaufgabengesetz sollte sich zuallererst an den Bürgerrechten, die Schutzrechte sind, orientieren. Wenn wir vom Schutz des Bürgers sprechen, dann bitte in zweierlei Hinsicht: Schutz vor Straftaten, aber auch Schutz vor willkürlichen und weitreichenden Eingriffen des Staates.

(Beifall DIE LINKE)

Und was kriegen wir? Wir kriegen Missachtung der Bürgerrechte, ich erinnere an die Verletzung des Geheimnisschutzes bei Berufsgeheimnisträgern. Wir kriegen Generalverdacht gegen Bürgerinnen und Bürger, ich erinnere an die Kfz-Kennzeichenerfassung, die uns ins Haus steht. Was kriegen wir? Wir kriegen Ausschnüffeln der Bürger, ich erinnere an die IMSI-Catcher, den kleinen Bruder der Online-Durchsuchung.

Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht einen anderen Minister, wir brauchen eine andere Polizeipolitik, wir brauchen andere Polizeigesetzgebung und gegebenenfalls vor dem Hintergrund anderer Aufgaben auch andere Polizeistrukturen, gegebenenfalls auch eine Reform, die allen diesen anderen Aufgaben dient.

Es ist nämlich kein Zufall, meine Damen und Herren, dass gestern in der sehr langen Beratung zum Einzelplan 03, insbesondere zur Sicherheitspolitik, zur sogenannten, zur Polizeipolitik deutlich geworden ist, dass etwas ad absurdum geführt worden ist, wovon der Ministerpräsident heute in seiner Schlussansprache sprach - die Idee von der Freiheitlichkeit der Gesellschaft.

(Beifall DIE LINKE)

Gestern ist mehrere Stunden lang über alles Mögliche im Zusammenhang mit Polizeipolitik, mit Sicherheitspolitik, mit Demokratie gesprochen worden, nur über eines nicht - es ist nicht einmal das Wort gefallen - "Freiheit".

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Gentzel zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Weihnachtszeit ist auch die Zeit der Geschenke. Gott sei Dank gibt es den ungebrochenen Trend zum Buch. Ich habe unserem Ministerpräsidenten zu Weihnachten ein Buch mitgebracht, ein Handbuch, welches im Innenministerium entstanden ist und welches man unbedingt lesen muss. Kurz und übersichtlich wird für die Thüringer Polizisten auf 113 Seiten erklärt, wann eine Überstunde eine Überstunde ist. Ich bin der Meinung, dieses Buch

muss man gelesen haben und auch der Ministerpräsident sollte einmal schauen, was der Innenminister und seine Leute im Innenministerium so treiben, wenn sie nicht gerade ein Gesetz vor die Wand fahren. Genug Gesetze haben sie ja in diesem Jahr vor die Wand gefahren oder sie sind gerade dabei - Katastrophenschutzgesetz, Rettungsdienstgesetz, Polizeiaufgabengesetz, Verfassungsschutzgesetz, die vorbereitende Gesetzgebung zur OPTOPOL. Und das, meine Damen und Herren, ist nur eine kleine Auswahl der Peinlichkeiten dieses Jahres. Ja, der Innenminister nennt es "gelebte Demokratie". Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, gelebte Demokratie ist es, wenn ein unfähiger Minister geht.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, insbesondere Polizeiaufgabengesetz und Polizeiorganisationsgesetz sind die Eckpfeiler der inneren Sicherheit. Wer da nicht in der Lage ist, souverän zu agieren, hat nicht die Befähigung zum Innenminister. Er schafft so Unsicherheit und nicht Sicherheit, er wird zum Unsicherheitsminister. Auf die Details ist hier im Haus schon viel eingegangen worden. Ich will insbesondere zum Polizeiaufgabengesetz und zum Polizeiorganisationsgesetz nur kurz und schemenhaft einmal ablaufen lassen, was da hier passiert ist.

Seit März 2004 wissen wir, dass Teile des Polizeiaufgabengesetzes nicht verfassungsgemäß sind und schon am 10. März 2005 hat der Innenminister angekündigt, in Konsequenz eine Gesetzesnovelle vorzulegen - im März 2005. Jetzt ist es April 2007 geworden. Er hat sich nur um knapp zwei Jahre geirrt, bis der eigene Entwurf des Innenministers auf dem Tisch lag und der verschwindet gerade im Nirwana des Innenausschusses.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Na, na, na. Keine Unterstellungen.)

Zu OPTOPOL und zum POG genau dasselbe. Ich zitiere den Innenminister aus dem Jahre 2005: "Ich bin zuversichtlich, dass der Umbau der Polizei zügig umgesetzt werden kann und Ende 2007 im Wesentlichen abgeschlossen sein wird." Sie bauen doch die Polizei nicht um, Herr Innenminister, Sie reden doch nur darüber. Im Sommer 2008, nächstes Jahr, feiern wir gemeinsam vier Jahre OPTOPOL und das Einzige, was an OPTOPOL wirklich noch interessant ist, ist der Gegenvorschlag aus der CDU-Fraktion, der intern schon die Überschrift "2 + 1" trägt. Meine Damen und Herren, jetzt einmal ganz ehrlich, glaubt irgendjemand, dass das etwas mit gelebter Demokratie zu tun hat? Und die Folgen davon, die spüren wir doch nicht nur in einer Auseinandersetzung hier im Haus. Ich will Ihnen an drei Beispielen zeigen, was insbesondere die Probleme bei der Polizeistruktur in der Praxis im letzten Jahr verursacht hat.

Juni 07: Massenschlägerei bei einer Kirmes in Westhausen. 20 Randalierer mischen dort das Festzelt auf mit über 100 Gästen. Polizei wird angefordert, zwei Polizisten sind sofort da, die notwendige Verstärkung ist sage und schreibe zwei Stunden später da. Man war verhindert, weil man zur gleichen Zeit woanders einen Verkehrsunfall aufgenommen hat und genug Polizisten waren nicht da. Das Ergebnis: zwei Polizisten bespuckt, geschlagen, gewürgt, im Krankenhaus, zwei Pkw der Polizei fast vollständig zerstört.

1. Mai in Erfurt - geschickter Schachzug des Innenministers, da ist er ja stark, der Abschlussbericht ist VS - nur für den Dienstgebrauch. Ich empfehle dem Ministerpräsidenten ausdrücklich, sich diesen Abschlussbericht mal geben zu lassen. Da wird man nämlich sehen, dass die Polizeistärke vor Ort das Problem am 1. Mai war. Die Krönung der ganzen Veranstaltung kennen wir mittlerweile alle: Die Stadt Hermsdorf hat aufgrund ihrer komplizierten Sicherheitslage mittlerweile einen privaten Sicherheitsdienst statt Polizei. Die Stadt Hermsdorf steckt jeden Monat 4.000 € aus ihrem Haushalt ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, schauen Sie mal bitte auf die Redezeit.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Ja. Die Stadt Hermsdorf verwendet jeden Monat 4.000 € aus dem Stadtsäckel für die innere Sicherheit. Meine Damen und Herren, das ist ein Paradigmenwechsel, wie ihn eigentlich keiner hier in dem Haus wollen kann. Ich sage, das Maß ist voll. Der Ministerpräsident - und damit komme ich zum Schluss - hat recht, wenn er die Thüringer Polizei für ihre Leistungen belobigt. Er hat ausdrücklich recht, wenn er den Innenminister in dieses Lob nicht mit einschließt. Meine Damen und Herren, es reicht nicht nur, außerhalb des Hauses die CDU-Fraktion dafür zu loben,

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Gentzel, nun ist es gut.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

es reicht nicht, sie zu loben.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Gentzel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Ich komme ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nein, Sie kommen nicht zum Schluss. Sie sind jetzt am Schluss.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Ich komme zu meinem letzten Satz. All das reicht nicht, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gelebte Demokratie erleben. Der Innenminister muss zurücktreten. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Redeanmeldung durch den Abgeordneten Fiedler für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Da ich noch etwas Zeit habe, sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, also Kollege Gentzel, man kann sich ja den einen oder anderen Ausführungen zumindest mal da und dort annähern, aber eines weise ich mit Entschiedenheit zurück - Nummer 1: Unsere Polizei ist und bleibt gut aufgestellt und unsere Polizei arbeitet hervorragend.

Nummer 2: Sie sprachen gerade von Hermsdorf, das hat mich unter anderem noch einmal nach vorn getrieben, weil das natürlich direkt in meinem Wahlkreis liegt und ich mich dort bestens auskenne. Ich hoffe, Herr Kollege Gentzel, Sie haben sich vorher kundig gemacht, wie denn die Polizeistärke dort ist. Hermsdorf, eine Stadt mit ca. 8.000 Einwohnern, hat eine Polizeiinspektion, die in Stadtroda ist, in ca. 10 km Entfernung, die nächste Polizeiinspektion in Eisenberg, Entfernung ca. 10 km, eine Verkehrspolizeiinspektion, die, wenn sie ihre Fahrten auf der Autobahn machen, immer auch mit durch Hermsdorf fahren, weil es da eine Vereinbarung gibt, dass die Präsenz da ist, plus zwei Cops, die in Hermsdorf tätig sind. Wenn Sie sich die Kriminalstatistik ansehen, so viel Mühe muss man sich dann schon machen, was dort vorgefallen ist, ist das im Verhältnis zu manch anderem lächerlich. Das hat auch die Polizei dort klipp und klar ausgesagt. Wenn man schon solche Dinge anführen will und will sie verallgemeinern fürs Land, ist das das untauglichste Beispiel, was ich jemals gehört habe, denn wir haben dort eine Präsenz, die hervorragend ist. Dass der bekannte Bürgermeister von Hermsdorf dort tätig ist, sich angehängt hat an eine Wohnungsgesellschaft und Geld ausgibt, nicht sein Geld, das der Steuerzahler, wo er sonst der Erste ist, der ruft, er hat kein Geld und hängt sich dort noch mit dran und er ist auch im Stadtrat dort tüchtig dafür gerügt worden, in Größenordnungen ist er gerügt worden, dass das Geld, was er dort ausgegeben hat, woanders besser einzusetzen ist. Ich bin schon der Meinung, wenn es Kommunen ganz dicke haben und sie können es sich leisten, bitte schön, dann sollen sie sich zusätzlich noch etwas anschaffen. Aber gerade in Hermsdorf das ist ein untaugliches Beispiel - ist hervorragende Polizeipräsenz. Wenn man sich das Aufkommen kriminalstatistisch anschaut, ist es nicht notwendig, dort noch mehr zu machen. Dann könnten wir nämlich gleich eines machen: Wir setzen in jedes Dorf einen Polizisten, am liebsten rund um die Uhr. Das ist nicht leistbar und das wollen wir, glaube ich, auch nicht. Und mit diesem, was alles im Nirwana verschwindet - ich will das zu der Zeit nicht noch weiter kommentieren. Eines ist sicher, man kann sicher über Fehler und Pannen der Polizei reden. Wir haben uns ja auch im Innenausschuss ausgiebig mit der Fachmaterie beschäftigt und wir werden dort auch an der Fachmaterie dranbleiben, mit Dienstflügen, die zu anderen Zwecken unternommen wurden und, und, und. Das wird und muss aufgeklärt werden, und das auch in Kürze, aber man sollte doch fair bleiben und sollte nicht Dinge zusammenmischen, die so nicht zusammenpassen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen seitens der Abgeordneten keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Für die Landesregierung Innenminister Dr. Gasser bitte.

Dr. Gasser, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet "Situation und Perspektiven von Polizei und innerer Sicherheit in Thüringen". Ich muss Ihnen sagen, ich kann bestenfalls Verwunderung äußern über das, was uns heute hier zu diesem Thema von dem Abgeordneten Gentzel präsentiert wurde. Hier wurde ein Bild gezeichnet, das mit der Realität nicht das Geringste zu tun hat.

(Beifall CDU)

Was wir heute erlebt haben, ist nichts weiter als der traurige Höhepunkt eines untauglichen Versuchs, die Thüringer Polizei und ihre Beamtinnen und Beamten zu verunglimpfen und damit von der eigenen desolaten Lage abzulenken. Die Gründe für diesen verzweifelten Versuch, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sind eigentlich jedem klar hier in dem Haus. Die Öffentlichkeit hat doch längst be-

merkt, dass es sich bei Ihren durchsichtigen Manövern um hilflose Rundumschläge handelt, um einen Versuch, von den Problemen abzulenken, die Sie doch wohl weniger mit dem amtierenden als mit dem ehemaligen Innenminister haben. Vielleicht klären Sie erst einmal Ihre Führungsfrage an der Spitze der SPD, bevor Sie sie auf dem Rücken anderer austragen. Das, Herr Gentzel, was Sie hier vorgetragen haben, waren schlicht und ergreifend Albernheiten.

Herr Matschie, Sie versuchen inszenierte Scheinskandale zu nutzen. Sie haben sich ja dazu geäußert, um sich als ein starker Kandidat für den SPD-Vorsitz darzustellen, sonst nichts. Vielleicht wissen Sie nicht, welche vernichtende Meinung Ihr ehemaliger Parteifreund und leider viel zu früh verstorbener Justizminister Otto Kretschmer von Ihrem Kollegen Gentzel hatte. Er hielt ihn für einen Intriganten, der ihn gequält und gedemütigt habe. Das war seine Meinung von Herrn Gentzel.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das ist aber jetzt völlig daneben.)

Herr Matschie, lassen Sie sich doch nicht von Intriganten hetzen. Lassen Sie es nicht so weit kommen, wenn Sie es nicht nötig haben. Es ist doch so leicht zu durchschauen. Ihr gebetsmühlenartig wiederholtes Lieblingsthema - na was wohl, Gebietsreform - ist Ihnen abhanden gekommen. Nun müssen Sie sich eine neue Spielwiese suchen, das kennen wir ja von der SPD. Wenn Sie in Nöten ist - siehe Landesvorsitzender - lenkt sie ab. Dieser Versuch ist Ihnen aber auch dieses Mal gründlich misslungen.

Zu Ihnen noch ein paar Worte, Herr Gentzel: Sie sind heute einmal mehr Ihrem Ruf gerecht geworden, für ein hohes Maß an Qualität der Debatten im Thüringer Landtag zu garantieren und ich bedanke mich im Namen der gesamten Thüringer Polizei für Ihre Ausführungen. Sie schlagen in gewohnter Weise ohne Sinn und Verstand ein auf die Polizei, auf die Zentrale Bußgeldstelle, auf die Beamten und Arbeitnehmer des Innenministeriums und würdigen sie absichtlich fachlich und persönlich herab. Mich lasse ich da mal außen vor. Sie haben wieder einmal gezeigt, Ihnen ist jeder Anlass willkommen und jedes Mittel recht, auf der Thüringer Polizei herumzuhacken, weil Ihnen wegen Ihrer eigenen Inkompetenz einfach nichts Besseres einfällt.

(Beifall CDU)

Nun ein paar Punkte zu dem, was Sie in der Vergangenheit zur Polizei angeführt haben, was man so nicht stehenlassen kann: Ihre mangelnden Kenntnisse merkt man allzu deutlich an Ihren Äußerungen heute und in den vergangenen Wochen. Sie haben immer noch nicht verstanden, dass eine belastungs-

orientierte Personalberechnung und -verteilung vorgesehen ist. Die Personalstärkeberechnung des Projekts OPTOPOL, 6.460 Vollzugsbeamte, orientiert sich für die nächsten Jahre an den Belastungszahlen der Jahre 2002 bis 2004. Für die kommenden Jahre muss der Haushaltsgesetzgeber erneut belastungsorientiert entscheiden.

Lassen Sie mich einige unrichtige Behauptungen klarstellen: Zum 1. Oktober 2007 waren 6.436 Vollzugsplanstellen besetzt, nicht 6.307. 1.451 Polizeivollzugsbeamte stünden nicht zur Verfügung. Es bleibt unklar, wie Sie auf diese Zahl kommen, sie ist weit, weit überzogen. Und wenn Sie damit auch die eingeschränkt polizeivollzugsdienstfähigen Beamten meinen, dann lassen Sie sich gesagt sein: Auch diese Beamten sind je nach Art ihrer Einschränkung im Polizeidienst einsetzbar und werden eingesetzt. Sie machen gute und wichtige Arbeit und müssen sich von Ihnen nicht als Belastung für die Polizei hinstellen lassen

(Beifall CDU)

und wir sind froh, dass wir sie haben. Im Übrigen ist es wahrlich kein Spezifikum der Thüringer Polizei, dass sich ein Teil der Mitarbeiterschaft im Krankenstand, im Mutterschutz oder in der Elternzeit befindet. Das gehört in jeder Organisation zu jeder Zeit zur normalen Struktur des Personals und wurde selbstverständlich bei den Planungen des Projekts OP-TOPOL berücksichtigt.

Ein Wort noch - das haben Sie auch angeführt -, es würden jährlich über 200 Vollzugsbeamte aus dem Dienst ausscheiden. Das ist nicht der Fall, die Zahl bewegt sich zwischen 100 und 200 und wird nur ganz selten über 200 überschritten, bis zum Jahr 2010 etwa. Gleichzeitig befinden sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt 338 Polizeianwärter - das übersehen Sie völlig - in der Ausbildung. Den Einstellungskorridor hat heute der Haushaltsgesetzgeber festgelegt und - das erfüllt mich natürlich mit Freude - hat noch mal 80 Anwärter zusätzlich dem Innenministerium genehmigt.

(Beifall CDU)

Dafür danke ich recht herzlich der CDU-Fraktion.

Sie reden von Privatisierung der inneren Sicherheit, das ist ja nun der Gipfel der Unwissenheit, weil zwei Wohnungsbaugesellschaften einen privaten Sicherheitsdienst engagiert haben, um in ihren Liegenschaften für Ordnung zu sorgen. Kollege Fiedler hat es ausgeführt, es ist vollkommen richtig, in dieser Region sind so viele Polizeibeamte vorhanden, dass hier überhaupt kein Problem für die innere Sicherheit besteht. Sie haben hier offensichtlich etwas

falsch verstanden und Sie sollten mal mit dem Bürgermeister, den zwei Kontaktbereichsbeamten in Hermsdorf und den Beamten der PI Stadtroda sprechen, dann wissen Sie, was wirklich los ist. Machen Sie sich hier nicht lächerlich, Herr Gentzel, es ist einfach unerträglich.

Was ist mit der Behauptung, die Polizei sei nicht in der Lage, Großveranstaltungen zu bewältigen? Was hat sie denn dann in den vergangenen Jahren gemacht? Fest der Völker, 1. Mai, Fußball-Weltmeisterschaft, G-8-Gipfel, Atomtransport, wöchentliche Liga-Spiele, Demonstrationen, Konzerte, Skinhead-Konzerte usw. Seit April 2005 ist jede größere Einsatzlage professionell und ohne größere Zwischenfälle bewältigt worden. Dafür gebührt der Polizei Lob und nicht Schelte.

(Beifall CDU)

Und Sie sollten aus bestimmten Gremien doch mehr darüber wissen, was die Thüringer Sicherheitsbehörden leisten, was ich hier aber nicht sagen kann, weil in diesem Gremium Geheimhaltung vorgeschrieben und ein Verstoß dagegen strafbar ist, Herr Gentzel. Sie reden von einem rabenschwarzen Jahr für die Thüringer Polizei. Haben Sie eigentlich noch nicht bemerkt, dass die Thüringer Polizei Spitzenplätze bei der Aufklärung von Straftaten belegt: Platz 1 unter den neuen Ländern, Platz 2 bundesweit. Im Jahr 2006 64,1 Prozent Aufklärungsquote im Bereich der Kriminalität - da will ich nur ein paar anführen -, bei Gewaltkriminalität 83,7 Prozent im Jahr 2007, bei Totschlag 97,8 Prozent, bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung 87,9 Prozent, politisch motivierte Kriminalität - da steigen die Aufklärungsquoten von Jahr zu Jahr: im Jahr 2006 86,4 Prozent bei rechtsextremistisch motivierten Straftaten. Es ist seit Pößneck im Jahr 2005, wo wir zweiter Sieger waren, das hatte ich schon gesagt, gelungen, Konzertveranstaltungen von Rechtsextremisten in Thüringen professionell zu unterbinden. Im Jahr 2007 sind - Stand 30.11.2007 - von zehn Konzerten sechs aufgelöst und zwei verhindert worden. Zwei haben stattgefunden. Sind das nicht Ergebnisse, die schon beeindruckend sind?

Das, was Herr Hausold heute früh angesprochen hat, auch das gehört natürlich zu einem Haushalt dazu. Ich muss sagen, Sie vergessen auch, dass Thüringen dank der Strategie der Polizei mittlerweile unattraktiv für die Skinheads geworden ist. In anderen Ländern spricht man schon vom Thüringer Weg. Das erfordert viel Kraft, viel Aufwand für die Polizei in Thüringen, aber sie leistet es, sie leistet es gern. Dafür sollten wie sie loben und ihr herzlich danken.

(Beifall CDU)

Dass die Thüringer Polizei über eine hervorragende technische Ausstattung verfügt, bestreiten Sie auch: 153 neue Computer für die Kontaktbereichsbeamten und 2,5 Mio. € im Haushalt 08 07 für die Beschaffung neuer Kfz für die Kontaktbereichsbeamten. Der Digitalfunk ist auf den Weg gebracht. Investitionen von insgesamt 94 Mio. € sind vorgesehen. Das Testfunknetz läuft bereits. Einstellungen von Anwärtern: 120 waren vereinbart und es wird eingehalten - 2006, 2007, 2008, 2009 jeweils 120, das sind 480 plus die 80 Anwärter, die dankenswerterweise der Kollege Fiedler auch noch durchsetzen konnte. Schon jetzt befinden sich, das sagte ich, 338 Polizeianwärter in der Ausbildung in Meiningen. Der Liegenschaftsbestand der Polizei wurde ständig verbessert und erweitert: PI Weimar wird in Kürze fertiggestellt sein, PI Erfurt Nord ist fertiggestellt, Polizeistation Schmölln total restauriert, Neubau LKA und Bereitschaftspolizei hier in Erfurt in der Kranichfelder Straße - Volumen etwa 70 Mio. €, Bildungszentrum Meiningen -Volumen über 34 Mio. €.

Und um noch weiter auszuholen, meine Damen und Herren, diese Regierung hat ein neues Brand- und Katastrophenschutzgesetz auf den Weg gebracht. Diese Regierung hat ein novelliertes Polizeiaufgabengesetz und ein Verfassungsschutzgesetz vorgelegt. Dieses befindet sich im Landtag in der Beratung. Es liegt nicht seit vier Jahren da, sondern ist, soweit ich mich erinnere, in diesem Sommer in den Landtag eingebracht worden. Die Regierung hat nach einem schwierigen und langwierigen Abstimmungsprozess den Entwurf eines neuen Rettungsdienstgesetzes erarbeitet und wird ihn in Kürze vorlegen - Kabinettsbefassung nächste Woche.

Ich könnte damit noch fortfahren, aber ich fürchte, dass dies über das Thema einer Aktuellen Stunde hinausgehen würde und Sie würden ohnehin nicht überzeugt werden können.

Was wollen Sie eigentlich, Herr Gentzel? Ich kann es Ihnen sagen. Das Wohlergehen der Polizei, die innere Sicherheit in unserem Land sind Ihnen doch völlig egal. Sie wollen nur eines, Krawall und sonst nichts, denn es ist so die einfache Welt des Heiko Gentzel. Nur mäkeln und nörgeln und alles, was Sie immer so großspurig fordern und verkünden, ich weiß noch genauso gut wie Sie, wo Sie das herhaben. was Sie als eigene Ideen verkaufen, ist nicht viel. Einen eigenen konstruktiven Beitrag für die innere Sicherheit haben Sie noch nie geliefert. Dabei wollen doch gerade Sie der Innenexperte Ihrer Partei sein. Stattdessen versuchen Sie die erfolgreiche Innen- und Sicherheitspolitik der Landesregierung durch Knöllchengeschichten oder Bespitzelungsszenarien aus der Bildzeitung schlechtzureden. Das ist so dürftig, dass es eigentlich sogar Ihnen peinlich sein müsste. Unsachliche Äußerungen auf der

Grundlage von Gerüchten und Halbwahrheiten, das ist Ihr Stil, meiner ist es nicht. Deshalb werde ich an dieser Stelle hierauf auch nicht mehr weiter eingehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt weitere Redewünsche. Es ist auch noch die erforderliche Zeit. Erst Abgeordneter Gentzel für die SPD-Fraktion, dann Frau Abgeordnete Groß.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Innenminister, wenn Sie gehen, nehmen Sie doch bitte Ihren Redenschreiber mit. Also, die Pietätlosigkeit, einem toten Justizminister ein falsches Zitat in den Mund zu legen ...

(Zwischenruf Dr. Gasser, Innenminister: Das hat er gesagt.)

Okay, jeder spricht mit der Art und Weise, wie er spricht, für seinen eigenen Stil, und das hat tief blicken lassen, was in Ihnen eigentlich wirklich vorgeht.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Das gilt für den Redner auch.)

Zwei Bemerkungen zu eigenen Vorschlägen: Die Vorschläge der SPD-Landtagsfraktion - und da habe ich in Teilen mit daran gearbeitet - zum Katastrophenschutzgesetz waren mehrheitsfähig hier in diesem Haus. Ein Rettungsdienstgesetz haben wir vorgelegt -Sie noch nicht. Dass Sie sich beim PAG um zwei Jahre verspätet haben - diese Verschiebung war sicherlich nur so kurz, weil Sie sich am PAG der SPD ein Stückchen orientieren konnten, was wir ein Jahr vor Ihnen eingereicht haben. So viel zu dieser Mär, es gebe vonseiten der SPD keine Vorschläge. Ich will nur an einem Beispiel - und das Stöhnen ist ja da hinten durch die Reihe gegangen - mal klarmachen, wie der Innenminister hier argumentiert. Er spricht davon, dass es bei der Polizei jährlich nie mehr als 200 Abgänge gibt, was man denn erzählen würde -Mündliche Anfrage vom 05.06.2007, beantwortet vom Innenminister, Frage nach den Abgängen bei der Thüringer Polizei - jetzt werde ich Ihnen mal Ihre eigenen Zahlen vorlesen, Herr Innenminister. Ich fange 2010 an, da sind es 200, 2011 233, 2013 219 und im Jahre 2016 sind es dann 235. Die Opposition hat mitunter die Frechheit, mit Ihren Zahlen zu arbeiten. Das Problem ist, Sie haben in Ihrem Ministerium so einen Wust an Zahlen geschaffen, dass Sie gar nicht mehr wissen, zu welchem Zeitpunkt Sie welche Argumentationslinie und welche Zahlen benutzen.

(Beifall SPD)

Es ist natürlich auch unvollständig, dass der Sicherheitsdienst in Hermsdorf von zwei Wohnungsgesellschaften engagiert worden ist, die Gemeinde hat sie mit engagiert und das ist ein Paradigmenwechsel.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Hat sich angehängt.)

Den Thüringer Weg gibt es nirgendwo. Nirgendwo in Deutschland wird im Zusammenhang mit der Polizei vom Thüringer Weg geredet. Die Nummer hat doch Ihr Redenschreiber erfunden. Das ist doch absoluter Unfug. Und am Schluss, Herr Innenminister, wenn Sie nicht so verdrängen würden, andere verdrängen nicht, ich lobe die Polizei, schließe Sie aber ausdrücklich in dieses Lob nicht ein. Es ist schon ein bemerkenswerter Unterschied: Sie sind nicht die Thüringer Polizei. Den Thüringer Polizisten Lob und Dank für das, was sie wegdrücken, was der Innenminister verhunzt hat - Sie gehören nicht dazu. Danke schön.

(Unruhe CDU)

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Groß zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Groß, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, also Herr Gentzel, wenn Ihnen das alles wirklich am Herzen liegen würde, dann hätten Sie es nicht in der Aktuellen Stunde gemacht, denn da hat jeder seine fünf Minuten und da kann man so eine Geschichte nicht ausdebattieren. Dem, was mein Kollege Fiedler gesagt hat und was der Herr Innenminister gesagt hat, insgesamt für die Polizei, dem ist nichts hinzuzufügen. Da mir nicht mehr viel Zeit verbleibt, möchte ich aber eines auf das Schärfste zurückweisen - Ihre Rücktrittsforderung an den Innenminister. Für meine Fraktion weise ich das entschieden zurück. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch unendlich Zeit für die Fraktionen zu reden. Daran soll es nicht liegen. Auch Frau Groß, Sie hätten fünf Minuten reden können. Aber es gibt jetzt keine weiteren Redewünsche mehr. So schließe

ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich komme zum zweiten Teil der Aktuellen Stunde

b) auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema:

"Existenzgefährdung großer Frauenhäuser in Thüringen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 4/3557 -

Vielleicht sage ich es noch einmal: Die Aktuelle Stunde mit den 30 Minuten gliedert sich in der Regel in Fünf-Minuten-Beiträge auf, wobei auch Redner zweimal Fünf-Minuten-Beiträge halten können. Spricht die Landesregierung mehr als 10 Minuten, dann wird diese Zeit der Redezeit der Abgeordneten hinzugeschlagen. Das waren im vorigen Fall drei Minuten, so dass also eigentlich sogar immer ausreichend Zeit ist, unter dem Thema "Aktualität" ein Thema zu behandeln. Auch üblich per Geschäftsordnung ist, dass die antragstellende Fraktion nicht zuerst, sondern zum Schluss spricht. Das können Sie in der Geschäftsordnung noch einmal nachlesen und ich rufe demzufolge auf für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Tasch.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch mir fällt es jetzt schwer, zu dieser Aktuellen Stunde zu reden, denn ich weiß überhaupt nicht, warum die Aktuelle Stunde heute einberufen worden ist. Ich sehe die Aktualität nicht und, liebe Frau Wolf, wir hätten uns heute diese Aktuelle Stunde sparen können und hätten dann etwas eher nach Hause fahren können, denn es ist der 3. Adventssonntag und wir täten alle gut daran, nach Hause zu fahren und uns schon einmal ein bisschen auf den Advent vorzubereiten. Aus zwei Gründen erschließt sich mir die Aktuelle Stunde nicht - Existenzgefährdung großer Frauenhäuser. Die Frauenhäuser vorzuhalten ist eine Aufgabe der Landkreise und der Gemeinden und dazu gehört auch eine ausreichende finanzielle Sicherung. Zum Zweiten erschließt sich mir nicht, was ist denn ein großes Frauenhaus? Ich habe mir noch einmal die Übersicht hier angeguckt, ab wann ist es ein großes Frauenhaus, ab wann ist es ein kleines Frauenhaus? Wir haben das Thema "Finanzierung der Frauenhäuser" wirklich lang und breit in den letzten anderthalb Jahren im Gleichstellungsausschuss debattiert.

(Zwischenruf Abg. Sedlacik, DIE LINKE: Und was hat es gebracht?)

Es hat was gebracht, ja, weil doch eben irgendwer gefragt hat, was es gebracht hat. Die Finanzierung

der Frauenhäuser ist Aufgabe, ich habe es schon einmal gesagt, der Landkreise und Gemeinden. Das Land beteiligt sich an den Aufgaben der Frauenhäuser, welches nicht kommunale Pflichtaufgabe ist, und das sind der Frauennotruf und die Prävention und die Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben vor ein paar Minuten, vor einer halben Stunde oder vor einer Stunde den Landeshaushalt hier verabschiedet und haben somit auch 697.500 € verabschiedet, die den Frauenhäusern zur Verfügung stehen für diese Aufgaben, für den Frauennotruf, also für die Rufbereitschaft am Abend und an den Wochenenden und die werden gezahlt unabhängig von der Größe und von den Betten, denn einen Notruf vorzuhalten, hat nichts damit zu tun, wie viele Betten ein Haus hat. Wir haben jahrelang dafür gekämpft, dass die Finanzierung bettenunabhängig wird und auslastungsunabhängig, weil das eine Notunterkunft ist und man kann am 1. Januar ja schlecht planen, wie viele Frauen Zuflucht finden müssen, das geht ja überhaupt nicht. Die Prävention und die Öffentlichkeitsarbeit und die Supervision, diese Dinge werden am Frauenhaus auch geleistet, unabhängig davon, ob ein Frauenhaus 10 Betten hat, 15 Betten oder 20. Was durch die Diskussion der letzten anderthalb Jahre oder fast zwei Jahre auch erfreulicherweise gelungen ist, ist doch nun die Mitfinanzierung auch der Landkreise, die kein eigenes Frauenhaus haben. Alle Rahmenvereinbarungen zur Mitfinanzierung an Frauenhäuser liegen vor, also Eisenach wird mitfinanziert durch den Wartburgkreis, Sömmerda, was ja jahrelang gescholten worden ist, die sich nie beteiligt haben, hat jetzt eine Rahmenvereinbarung mit der Stadt Erfurt getroffen. Der Saale-Holzland-Kreis zahlt in Jena mit, der Saale-Orla-Kreis in Saalfeld-Rudolstadt, der Landkreis Hildburghausen für den Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Das ist doch alles positiv und deswegen kann ich beim besten Willen nicht erkennen, wo hier Existenzgefährdungen sind. Wenn jeder seine Aufgaben wahrnimmt, dann gelingt das auch, das ist heute wirklich an den Haaren herbeigezogen. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Ehrlich-Strathausen zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem Frau Tasch jetzt das inhaltlich geklärt hat, möchte ich in meiner Rede trotzdem noch einmal den Blick zurücklenken, die die Frauenhausfinanzierung beschreibt. Vor ziemlich genau zwei Jahren wurde hier der Haushalt und auch die Frauenhausförderung für 2006 und 2007

beschlossen und ich erinnere daran, weil der damalige Haushalt schon im Januar 2006 im Bereich der Frauenhausförderung nicht mehr das Papier wert war, auf dem es geschrieben stand. Damals ging es nämlich nicht nur darum, dass die Förderung von 1,6 Mio. € im Haushalt 2005 auf knapp 1,0 Mio. € in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 zusammengestrichen wurde. Nein, genau nach 21 Tagen nach der Verabschiedung des Landeshaltshalts verkündete die Gleichstellungsbeauftragte Anfang Januar weitere Kürzungen und eine Umstellung der Finanzierung. Bei der Haushaltsberatung gab es davon kein Wort.

(Beifall DIE LINKE)

Jetzt steht wieder der Januar 2008 vor der Tür, das ist doch sehr aktuell, Frau Tasch. Seit dieser Zeit bin ich doch etwas misstrauisch geworden und dieses Misstrauen ist nach meinen Sätzen eben, Frau Tasch, sicherlich auch berechtigt, denn wir haben im Jahr 2006 nach monatelangen Fehlinformationen erleben müssen, wie dann die Landesregierung zähneknirschend zur früheren Förderung zurückkehren musste.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die Träger und auch die Kommunen standen damals völlig verunsichert vor diesem von der Landesregierung angerichteten Chaos. Wir haben in diesem Jahr erleben müssen, dass eine pauschalierte Förderung in Höhe von 2.800 € pro Frauenhausplatz erfolgte. Auch diese Umsetzung Anfang des Jahres war mit erheblichen Problemen bei Trägern und den Kommunen verbunden. Dann wurde uns im Frühjahr mitgeteilt, dass eine Evaluation zu den Perspektiven der Frauenhäuser im Freistaat Thüringen in Auftrag gegeben wurde. Im Ergebnis sollten Aussagen zu den sozialen, rechtlichen, konzeptionellen Rahmenbedingungen sowie zur Neustrukturierung der Thüringer Frauenhauslandschaft getroffen werden. Die Ergebnisse sollten im Herbst da sein. Zwischenergebnisse sollen laut den Aussagen von Frau Arenhövel seit November vorliegen. Vielleicht liegen sie dem Sozialministerium vor, den Abgeordneten, zumindest der Opposition, sind diese Ergebnisse nicht bekannt. Gleichzeitig aber verhandelt die Landesregierung seit Wochen mit den Trägern über eine neue Förderung. Da wäre es doch nur vernünftig, Frau Tasch, wenn die erneute Umstellung die Ergebnisse der Evaluation berücksichtigen würde.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist aktuell, ja.)

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das haben wir oft genug gesagt. Wenn Sie mir erst einmal zuhören würden, dann würden Sie auch die Logik und den roten Faden meiner Rede nachvollziehen können.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Es ist eine kommunale Aufgabe.)

Hören Sie erst mal zu, was ich sage, denn in dieser Thüringer Gleichstellungspolitik - seitdem ich hier dabei bin in dieser Legislaturperiode - ist überhaupt nichts mehr logisch und auch überhaupt nichts vernünftig.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Herr Staatssekretär Illert hat auf meine Nachfrage geantwortet und sinngemäß erklärt, dass ein solches Verfahren übliches Verwaltungshandeln sei. Er verteidigte, dass man die Ergebnisse dieser Evaluation nicht kennen müsse, um die Förderung neu zu gestalten.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Es gibt keine Logik bei Ihnen.)

Ja, wenn die Thüringer Verwaltungsmodernisierung so aussieht, dann ist es gut zu wissen, dass es in der Wirtschaft in der Regel anders läuft, denn manches Auto würde sonst ungebremst vor die Wand fahren, weil die Bremsen nämlich später eingebaut wurden,

(Beifall SPD)

und so vor die Wand fahren, wie Frau Arenhövel die Umstellung vor zwei Jahren vor die Wand gefahren hat. Das Finden des Rückwärtsganges in den letzten zwei Jahren durch das Ministerium, das dauerte Monate.

(Beifall DIE LINKE)

Das ging zulasten der Träger. Genau deshalb halte ich es für falsch, dass diese Evaluation nicht seit Wochen auf dem Tisch liegt. Deshalb bin ich auch misstrauisch im Hinblick auf die neue, noch unbekannte Förderrichtlinie. Wer sagt uns denn, dass wir nicht in der nächsten Sitzung des Gleichstellungsausschusses in drei Wochen wieder mit neuen Kürzungen und einem neuen Crashversuch konfrontiert werden? Wer sagt, dass uns bei der irgendwann Anfang des nächsten Jahres hoffentlich endlich vorgelegten Evaluation nicht aufgezeigt wird, dass die Förderung hätte doch anders erfolgen müssen? Ich hätte auch erwartet, dass die Landesregierung daraus lernt. Ich kann nur hoffen, dass wir im nächsten Gleichstellungsausschuss keine neuen Überraschungen erleben. Es wäre den Hilfe suchenden Frauen zu wünschen, dass endlich Verlässlichkeit in die Frauenhausförderung einzieht.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Da ist es egal, ob es sich um ein großes oder um ein kleines Frauenhaus handelt. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Wolf zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich versuche, Ihnen auch die Frage zu erklären, was ist für mich ein großes Frauenhaus.

Frau Tasch, es wäre schön, wenn Sie jetzt ruhig wären. Ich habe leider nur fünf Minuten und es stört mich, wenn Sie dann die ganze Zeit dazwischenrufen.

Die Frage, warum schon wieder Frauenhäuser? Ich gebe zu, das ist nicht Gott gegeben. Mir wäre ein anderes Thema auch lieber, aber es ist nicht meine Schuld, sondern es ist die Schuld der Landesregierung und da zum Thema, warum eine Aktuelle Stunde, ich weiß nicht, was aktueller ist als eine Richtlinie, die zum 01.01. gelten soll, Frau Tasch.

(Beifall DIE LINKE)

Da machen Sie es sich vielleicht ein bisschen leicht und die Augen vielleicht ein bisschen zu sehr zu, wenn Sie die Probleme nicht sehen, die damit verbunden sind. Ich weiß, dass die Welt im Eichsfeld manchmal ein bisschen anders aussieht, aber man sollte das Leben des ganzen Landes vielleicht nicht ganz ausblenden.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf aus dem Hause: Es gibt auch ein Telefon im Eichsfeld.)

Wir haben, Frau Ehrlich-Strathausen hat darauf hingewiesen, inzwischen viele Jahre diskutiert, fast zweieinhalb Jahre, und ich dachte, auch wenn das Ergebnis nicht perfekt wird, so wird es vielleicht doch zumindest gangbar. Aber die neue Richtlinie, und jetzt versuche ich, Ihnen das zu erklären, hat für mich zwei Riesenprobleme und zwei Hauptprobleme. Das ist einmal die Frage der Kommunalfinanzierung und einmal die der Landesfinanzierung.

Zu der Kommunalfinanzierung will ich nur so viel sagen, Frau Tasch, es gibt durchaus rechtliche Bedenken, ob ich über das SGB XII eine pauschale Finanzierung machen kann und es gibt durchaus die rechtlichen Bedenken, ob nicht damit der Einstieg in die Frage der Tagessatzfinanzierung unumgänglich ist. Dass das nicht das sein kann, wo wir hinwollen, da sind wir beide uns, glaube ich, auch mal einig.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Haben wir doch nicht zu entscheiden.)

Natürlich haben wir das zu entscheiden. Wenn wir in der Richtlinie das so festschreiben, dass die das über SGB XII zu finanzieren haben, dann haben wir das durchaus mitzuentscheiden. Dann haben wir auch die Verantwortung dafür und dann können wir das auch kritisieren.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Das steht im SGB XII so drin.)

Zur Frage der Landesverantwortung möchte ich so viel sagen - ich gebe zu, als ich die Richtlinie das erste Mal gelesen habe, fehlten mir die Worte. Sie haben es geschafft, mich richtig wütend zu machen und ich möchte Ihnen erklären, warum. Wenn ich eine Höchstgrenze festschreibe von 43.600 € für alle Frauenhäuser in der Höchstfinanzierung, dann heißt das, dass die großen Häuser eine deutliche - und Frau Tasch, dem werden Sie, glaube ich, nicht widersprechen können - Finanzlücke im Vergleich der Finanzierung der letzten beiden Jahre haben werden. Ich habe Ihnen das ausgerechnet. Ich weiß nicht, ob Sie die Zuarbeiten nicht bekommen haben, aber das bedeutet z.B. für das Eisenacher Frauenhaus eine Mindereinnahme von fast 20.000 €, das heißt, eine Kürzung der Landeszuweisungen um 30 Prozent. Ich weiß nicht, ob Sie in einem anderen Film waren als ich. Das haben wir so im Gleichstellungsausschuss nie gewollt und nie diskutiert. Ich finde, so geht es auch einfach nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Ich weiß nicht, ob das Ganze etwas damit zu tun hat, dass die größeren Frauenhäuser - und das ist relativ einfach zu definieren: Wenn jemand größer ist als der Durchschnitt, dann ist das in meinen Augen ein größeres und

(Zwischenruf Abg. Wackernagel, CDU: Was heißt denn das? 10, 15 oder wie viele Betten?)

ein größeres ist für mich ein Haus, das mehr als 16 Betten hat. Frau Wackernagel, regen Sie sich doch nicht auf, hören Sie doch einfach zu. Mehr als 16 Betten ist für mich ein größeres Frauenhaus. Das sind eben Frauenhäuser, die 24 oder 20 Betten haben. Das ist so die Regelgröße. Sie müssen nur in die Übersicht schauen, die von der Landesregierung vorgelegt worden ist. Eben diese 30 Prozent Kürzung sind vor Ort nicht mehr so hinnehmbar und die sind nicht mehr ausgleichbar und Sie können es sich nicht so einfach machen und sagen, das ist eine Aufgabe, die die Kommune zu schultern hat. Am Ende tragen Sie den Streit nicht auf Kosten der Kommunen aus, sondern auf dem Rücken der Träger und damit direkt auf dem Rücken der betroffenen Frauen.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist einfach unlauter, meine Damen und Herren.

Eins will ich noch dazu sagen, auch wenn meine Zeit nicht mehr allzu lange dauert, die ich hier vorn stehen kann: Was ich einfach an der Stelle hochgradig unfair finde, ist, dass die neue Richtlinie Anfang Dezember zur Kenntnis gegeben wird, das heißt, die Träger haben jetzt noch einen Monat Zeit, sich auf eine komplett neue Finanzierungssituation einzustellen. Das ist in meinen Augen durch nichts zu rechtfertigen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Ich weiß nicht, ob Sie fahrlässig oder vorsätzlich handeln, aber ich möchte Sie ausdrücklich auffordern, Ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Richtlinie im Sinne der Betroffenen zu ändern. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen seitens der Abgeordneten vor. Für die Landesregierung Minister Dr. Zeh bitte.

Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss zu Frau Ehrlich-Strathausen sagen, ich denke, das war alles andere, aber nichts Aktuelles. Aber ich verstehe Sie natürlich auch, denn ich selbst habe nicht genau gewusst, warum gerade dieses heute hier als Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung kommt. Ich war in der Tat sehr neugierig, Frau Wolf, was nun diese Aktualität notwendig macht und warum es vor allen Dingen auch zu Existenzgefährdungen führen soll.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Da habe ich Sie für schlauer gehalten.)

Ihre Ausführungen haben sich mir nicht erhellt. Vielleicht, Frau Präsidentin, sollte man überlegen, ob man das in der Geschäftsordnung umdreht, dass diejenigen, die ein Thema einreichen, das auch vorher begründen, denn sonst weiß man ja tatsächlich nicht, auf was der Antragsteller hinaus will mit seinem Antrag.

Ich will auf alle Fälle sagen, richtig an Ihrem Vortrag war, dass das Finanzierungssystem umgestellt wird, so dass wir ab 01.01.2008 eine neue Verordnung gelten lassen werden. Diese ist mit den Mitarbeitern der Frauenhäuser besprochen worden, so dass die Frauenhäuser auch vorbereitet sind. Über die Höhe der Gelder kann man erst dann befinden, wenn der Haushalt beschlossen ist. Insofern war das auch eine Frage, ab wann der Haushalt Geltung erlangt, und deswegen war die Höhe der Zahlen, die für das einzelne Frauenhaus zur Verfügung stehen, gar nicht ermittelbar.

Dass das Finanzierungssystem geändert werden muss, das brauche ich auch nicht lang und ausführlich zu erklären. Es geht um das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Herr Innenminister Gasser hat gestern sehr ausführlich darüber berichtet, so dass ich mir, glaube ich, ersparen kann, die Einzelheiten auszuführen.

Mit diesem Verfassungsgerichtsurteil verbietet sich ein Vergleich mit früher von selbst. Es gilt ein völlig neues Finanzsystem und wir haben dieses neue Finanzsystem auch umgestellt. Das heißt eben, dass die kommunalen Pflichtaufgaben nicht mehr im Einzelplan 08 finanziert werden können - das sind Unterkunft und Beratung. Kommunale Pflichtaufgaben müssen von den Kommunen finanziert werden.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Das habe Sie doch in den letzten zwei Jahren auch schon nicht mehr finanziert.)

Frau Wolf, kommunale Pflichtaufgaben sind mit dem neuen Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs zum Kommunalen Finanzausgleich Aufgaben der Kommunen, die die Kommunen auch pflichtgemäß erfüllen müssen, und wir als Land haben dafür auch mehrere Finanzierungsquellen vorgesehen. Wir haben im Einzelplan 08 nur noch die Aufgaben, die vom Land vorgenommen werden können - Frau Tasch hat diese bereits ausgeführt. Das sind die Rufbereitschaft 24 Stunden, Prävention, Angebotsvernetzung, Fort- und Weiterbildung, Supervision usw. Die Finanzierung wird mit 697.500 € sichergestellt. Dazu kommen die Leistungen, die über die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen gehen und die

im Einzelplan 17 vorhanden sind. Dazu kommen aber auch die Leistungen aus dem SGB II, die von den ARGEn finanziert werden; das waren in diesem Jahr 30 Prozent der Ausgaben. Es kommen dazu die über SGB XII finanzierten Leistungen der Kommunen, die übrigens auch vom Land refinanziert werden; die Steigerungen des Haushaltstitels - im Einzelplan 17 nunmehr eingestellt - nach SBG XII, nach dem Ausführungsgesetz werden vom Land zu 50 Prozent getragen. Es bleibt also bei der Aussage, die Frauenhäuser werden im nächsten Jahr mehr Finanzmittel zur Verfügung haben als in diesem Jahr.

Nun haben wir die Finanzierung umgestellt, das haben Sie gesagt. Die Finanzierung ist in der Form geschehen, wie sie im Ausschuss bereits vorgestellt worden ist, dass jedes Frauenhaus bis maximal 43.600 € Zuschuss beantragen kann. Dies ist aber eine Ermächtigung, es ist keine Verpflichtung, das heißt, ich gehe auch davon aus, dass das eine oder andere Haus natürlich, je nach Projekt, eine unterschiedliche Fördersumme beantragen wird.

Ich kann mich aber an die Diskussion vor einem Jahr erinnern. Dort haben ausgerechnet Sie, Frau Wolf - man kann das nachlesen -, gefordert, dass Sie eigentlich eine Pauschalfinanzierung, eine Grund-, eine Basisfinanzierung für notwendig erachten. Ich will nicht sagen, dass das Neue eine Basisfinanzierung ist - das ist sie nicht, aber sie wirkt so. Ich glaube, die Frauenhäuser werden klug und pfiffig sein, sie werden die 43.600 € ganz sicher ausschöpfen bis zum letzten Cent. Deswegen ist die Wirkung dieser Finanzierung eine sichere finanzielle Basis, auf die sich die Frauenhäuser - zumindest wenn sie gute Projekte vorlegen und die Projekte geprüft sind - auch einstellen können.

Im Übrigen muss ich sagen, die Debatte hatten wir vor drei Jahren, die hatten wir vor zwei Jahren gehabt. Immer haben Sie Unkenrufe in die Welt gesetzt, dass die Frauenhausträgerlandschaft zusammenbrechen wird, die Frauenhausträger werden nicht mehr arbeitsfähig sein. All das ist nicht eingetreten; es wird auch in Zukunft so nicht eintreten. Die aktuellen Zahlen ergeben, dass die Frauenhäuser zu 60 Prozent ausgelastet sind. Ich denke, das ist eine gute Auslastung, weil das auch zeigt, dass wir noch mehr Kapazitäten haben, wenn es denn dazu käme, dass mehr Kapazitäten auch gebraucht würden. Also Ihre Unkenrufe sind überflüssig. Der Antrag war überflüssig wie ein Kropf. Ich bin der Meinung und bin mir da ganz sicher, dass wir die Frauenhausfinanzierung auf eine gute Basis gestellt haben. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Sie verschließen wirklich die Augen vor den Realitäten.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren - doch, Frau Abgeordnete Tasch für die CDU-Fraktion, bitte. Wenn Sie hier vorgehen, haben Sie fünf Minuten Redezeit.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Die möchte ich nicht ausnutzen, aber ich muss noch mal vorgehen.

Sehr geehrte Frau Wolf, Sie haben jetzt das Beispiel Eisenach genommen. Ich muss noch mal betonen, wir wollten eine bettenunabhängige Finanzierung und durch die jetzige Förderrichtlinie, die Mitfinanzierung des Frauennotrufs, die Prävention, die Vernetzung und die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort. finanziert das Land platzunabhängig. Sie sprachen davon, ab 16 Betten halten Sie ein Frauenhaus für ein großes Frauenhaus. Wenn ich sehe, das Eisenacher Frauenhaus hatte 22 Betten und drei Mitarbeiterinnen, die noch mit 30 Stunden arbeiten, dann sind das 90 Wochenstunden, die die zur Verfügung haben. Das kostet mehr Geld als das Frauenhaus Weimar mit 21 Betten, das mit 78 Wochenstunden auskommt. Dass die im Moment mehr Kosten haben, das ist doch auch unstrittig, aber das ist Sache der Stadt Eisenach zusammen mit dem Wartburgkreis, hier für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Ich bin froh, dass wir die Richtlinien so gestrickt haben, dass es platzunabhängig ist und dass es auch nicht mehr nach der Auslastung geht, denn das hat ja geschadet, jedes Jahr zu schauen, wie ist so eine Notunterkunft ausgelastet. Also man kann auch den Teufel an die Wand malen und kann alles schlechtreden. Ich finde, wir sind hier zu einem guten Ergebnis gekommen und es wird sich auch zeigen, dass die Frauenhäuser in Thüringen nicht untergehen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Wolf noch einmal zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Frau Tasch, Sie haben recht, wir waren immer für die bettenunabhängige Finanzierung. Die bettenunabhängige Finanzierung heißt aber nicht die beratungsanzahlunabhängige Finanzierung. Dass ein Frauenhaus in einer größeren Stadt oder einem größeren Einzugsgebiet, was dementsprechend auch mehr Betten zur Verfügung hat, dementsprechend natürlich auch mehr Beratungen leistet und eine größere Anzahl von Beratungen hat, mehr Mitarbeiter hat und damit einen höheren Bedarf an Weiterbildung, Fortbildung, Supervisionen, Vernetzungen und

Ähnlichem hat, das muss man doch zur Kenntnis nehmen. Herr Minister, man muss doch auch zur Kenntnis nehmen, dass es mit Ihrer neuen Förderrichtlinie Frauenhäuser gibt, die eine deutliche, aber eine wirklich ganz deutliche finanzielle Einbuße haben werden. Da können Sie doch nicht die Augen verschließen und so tun, als wäre die Welt in Ordnung und als wäre alles gegessen und gebacken. Das ist an der Stelle einfach wirklich so realitätsfern. Ich bitte Sie wirklich ausdrücklich, das Gespräch zu suchen mit den Trägern vor Ort, mit den Frauenhäusern, die betroffen sind, auch mit den Kommunen, die davon betroffen sind, dass Sie die Frauenhäuser ab dem nächsten Jahr wirklich deutlich in der Finanzierung zurückfahren werden, dann wird Ihnen vielleicht auch die ein oder andere Idee kommen, warum wir diese Aktuelle Stunde heute beantragt haben.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nun liegen mir keine weiteren Redebeiträge mehr vor. Doch, jetzt meldet sich Frau Abgeordnete Taubert für die SPD-Fraktion noch einmal.

Abgeordnete Taubert, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Tasch, ich will eines richtigstellen: Nicht weil Sie so viel mitgemacht haben, sondern obwohl Sie so viel mitgemacht haben und Frau Arenhövel viele furchtbar untaugliche Vorschläge vorgelegt hat, konnten sich glücklicherweise die kommunalen Vertreter in ihrer Vernunft und Weitsicht gemeinsam mit den Frauenhausvertretern durchsetzen. Es ist eine bessere Förderrichtlinie herausgekommen, als wir sie vorher hatten. Dass Sie die Bettgebundenheit abgelegt haben, das war ja nicht von vornherein von Ihnen vorgesehen. Die Aktualität ist die, dass wir nun nach fast anderthalb Jahren endlich zu einem Ergebnis gekommen sind, dass man etwas mehr Sicherheit hat im Bereich der Frauenhausfinanzierung. Das, denke ich, ist eine Aktuelle Stunde wert. Ich will ein Zweites sagen. Man muss schon einmal hinschauen. Ich habe jetzt neun Jahre Sozialdezernat hinter mir und ich kann nun wirklich gut unterscheiden, eine Stadt wie Gera, jetzt aus meinen Erfahrungen, die hat natürlich auch mehr schwierige Fälle, die hat mehr Beratungsfälle als auf dem flachen Land. Ich denke einmal, das muss doch jedem, der bis drei zählen kann, irgendwo einleuchten, dass man auch an der Stelle unterschiedliche Förderungen vornehmen muss. Das ist nicht gegen den ländlichen Raum, sondern das ist einfach bedarfsentsprechend.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt, glaube ich, kann ich die Aktuelle Stunde in ihrem zweiten Teil schließen.

Wir kommen zurück zur laufenden Tagesordnung. Dort rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 6**

Gesetz zur Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit von Eisenach

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 4/3559 ERSTE BERATUNG

DIE LINKE hat angekündigt, dass Frau Abgeordnete Wolf das Wort zur Begründung nimmt.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, so groß ist der Schritt jetzt ja doch am Ende gar nicht von den Frauenhäusern und der Finanzierung hin zur Problematik der Stadt Eisenach. Wenn ich an die Eisenacher Finanzen denke, gebe ich zu, kommen mir zwei Hauptgedanken in den Kopf. Der erste Gedanke ist: Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.

(Beifall DIE LINKE)

Der zweite Punkt: Stillstand ist der Tod. Der Antrag von uns fordert, die Kreisfreiheit von Eisenach aufzuheben. Ich glaube, da kann ich mir relativ sicher sein, wenn ich hier im Saal herumschaue, wir sind uns, glaube ich, alle einig, die Entscheidung, Eisenach kreisfrei zu gestalten, war falsch.

(Beifall DIE LINKE)

Eisenach, das will ich auch sagen, ist eine wunderschöne Stadt, eine wirklich wunderschöne Stadt. aber sie ist für die Kreisfreiheit einfach zu klein. Der Gesetzgeber hat festgeschrieben, dass die Bedingungen für eine Stadt, kreisfrei zu werden, dass sie zum einen die wirtschaftliche Leistungskraft besitzen muss und dass sie zum anderen durch die Kreisfreiheit den Menschen, die dort wohnen, bessere Bedingungen bieten muss als es als kreisangehörige Stadt gewesen wäre. In meinen Augen ist in Eisenach beides nicht der Fall. Gerade bei der Theaterdiskussion habe ich persönlich niemanden getroffen, der das Gegenteil behauptet hat. Ich habe kurz angeführt, dass ich finde, dass Eisenach eine wunderschöne Stadt ist. Sie ist es ohne Zweifel. Das Problem ist, man darf nicht zu genau hinsehen. Das strukturelle Defizit verhindert zurzeit eine wirkliche Stadtentwicklung und ich will das nur an dem einen Beispiel der Eisenacher Schulen festmachen. Wir haben hier einen Sanierungsstau von ungefähr

20 Mio. €. An der Stelle wird es dann eben ganz konkret. Ich will das sagen: Wir haben in Eisenach eine Grundschule, die wirklich grundhaft saniert ist. Die anderen, z.B. die Schule

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Was machen Sie dann mit dem Kreis Nordhausen? Sollen wir den auch auflösen?)

meines Kindes, sind in einem solchen Zustand, dass die Fenster von 1950 stammen, dass man die Heizung nicht abdrehen kann und dass der beste Freund meines Sohnes eine Gehirnerschütterung davontrug, weil er auf einer kaputten Platte im Schulhof gestürzt ist.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das alles wegen der Kreisfreiheit.)

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Gentzel, den Einwurf kann ich insoweit nur ernst nehmen, indem ich sage, natürlich besteht da ein Zusammenhang, klar, weil Sie nur fünf Kilometer weiter westlich oder in irgendeine andere Richtung fahren müssen, da werden Sie einen solchen Zustand einer Schule und eines Schulhofes nicht finden.

(Beifall DIE LINKE)

Da kann ich weitermachen bei dem Straßenzustand, da kann ich weitermachen bei der Situation der Radwege, da kann ich weitermachen bei der Größe der Kindergartengruppen und das Ganze wirklich weit fortführen und sagen, Eisenach hat ein finanzielles Problem, wie es in meinen Augen nicht weiter hinnehmbar ist.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das müssen die Eisenacher erst einmal klären.)

Wir haben zurzeit die Situation, dass die Stadt Effekte und Dienstleistungen für das Umland erbringt, dieses aber nicht angemessen finanziert wird. Ich weiß selber, das sage ich vor allem zu der zurzeit kalten SPD-Fraktion, dass die Aufhebung der Kreisfreiheit nicht alle Probleme dieser Stadt auf einmal lösen wird.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Dann müssen Sie auch sagen, dass in Wutha-Farnroda die Toiletten noch außerhalb des Schulhauses sind.)

Nicht nur in Wutha-Farnroda, Frau Doht. Ich weiß aber auch, dass Eisenach nicht noch so lange warten kann, bis der Ministerpräsident sich irgendwann davon überzeugen lässt, eine landesweite Gebiets-

reform zu machen. In meinen Augen ist ein längeres Warten auf eine Aufhebung der Kreisfreiheit eine Geschichte, die wir auf Kosten der Kinder machen, nicht nur für die Zukunft, sondern auch schon für heute.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Pelke:

Damit kann ich die Aussprache eröffnen. Als erster Redner hat das Wort Abgeordneter Gentzel, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst eine Erklärung: Meine Tochter hat sich vor vier Wochen beim Volleyball in einer Sporthalle der kreisfreien Stadt Eisenach eine Sehne abgerissen. Ich lege großen Wert auf die Feststellung, dass dieses nichts mit der Kreisfreiheit der Stadt Eisenach zu tun hat. Ansonsten, Frau Wolf, ich bin ja nach Ihrem Beitrag genauso ratlos, wie ich vor Ihrem Beitrag war. Ich verstehe einfach nicht, welchen Sinn und welchen Hintergrund, vielleicht ahne ich es.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Seien Sie froh.)

der Antrag Ihrer Fraktion hat. Auch deshalb, das machen wir nicht oft in der Fraktion, haben wir nach kurzer Diskussion beschlossen, diesen Antrag nicht an den Ausschuss zu überweisen. Er ist es einfach nicht wert, er eignet sich vielleicht zu politischem Tamtam zwischen Bad Salzungen und Eisenach, vielleicht ist das der Hintergrund, aber ich sage ausdrücklich für meine Fraktion: keine Ausschussüberweisung.

Ich bin, da muss ich ein bisschen allgemeiner werden, sowieso ein ganzes Stückchen ratlos, wie sich Kommunalpolitik in Ihrer Fraktion so gestaltet. Sie reden ja ständig davon, dass Sie die Kommunen dabei mitnehmen, Sie schreiben Dinge auf und verhalten sich im Ausschuss ganz anders. Ich will das nur mit zwei Beispielen einfach einmal untersetzen und das ist jetzt der vorläufige Höhepunkt, was ich einfach nicht verstehe. Da gibt es das Thüringer Kommunalabgabengesetz der LINKEN und wer sich einmal die Protokolle der öffentlichen Anhörung im Innenausschuss durchliest, ein einziger Spießrutenlauf und der Höhepunkt ist, wie Ihr Bürgermeister Harzer Sie verprügelt hat, der hat Sie regelrecht verprügelt. Er hat Ihnen jeden Bezug zur Realität abgesprochen, er hat Ihnen jeden Bezug dazu abgesprochen, dass Sie mit rechtlichen Dingen umgehen können. Insofern fände ich das gut, wenn Sie einmal

überlegen - ich weiß, dass es wehtut, Herr Hauboldt, ich komme auch gleich noch zu Ihnen -, aber Sie sollten sich einmal in Ihrer Fraktion damit beschäftigen, was Sie im Bereich der Kommunalpolitik überhaupt tun. Dann haben Sie, als Zweites, so eine schöne Broschüre herausgebracht "Masterplan zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform". Ich will mal daraus zitieren: "Erst ab einer Gemeindegröße von 5.000 Einwohnern kann eine leistungsfähige und kostenoptimierte Verwaltung vorgehalten werden." Das ist richtig so, aber warum haben Sie denn den Satz nicht hinzugefügt: Und deshalb stimmen wir Gemeindezusammenschlüssen mit 2.000 Einwohnern zu? Ich weiß, das klingt im Zusammenhang schizophren, aber genau das ist das, was Sie tun. Sie schreiben in Ihrem Masterplan zur Funktional- und zur Gebietsreform mitunter aanz vernünftige Sachen auf. Da wissen Sie auch, wir gehen in vielen Sachen da konform. Aber Sie machen hier im Haus teilweise genau das Gegenteil von dem, was Sie aufschreiben. Dann sollen Sie doch nicht sagen, dass das nicht verwirrt. Und da bin ich bei Ihnen, Herr Hauboldt. Sie haben in Ihrem Leitbild für eine komplexe Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform in der Enquetekommission Folgendes formuliert:

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hauboldt?

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Wenn ich fertig bin gern.

Vizepräsidentin Pelke:

Danke.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

"Hierzu ist eine umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform notwendig." Meine Damen und Herren, was machen Sie denn hier, ist das Ihr erster Ansatz für eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform? Sie picken sich die Stadt Eisenach heraus, das hätte ja auch Suhl oder Weimar sein können, ich weiß ja nicht, wie die Kräfteverhältnisse in Ihrer Fraktion sind. Aber ohne Sinn und Verstand setzen Sie die guten Ansätze, die Sie für eine umfassende - und da sind wir zusammen, aber nur da - Gemeinde-, Gebiets- und Funktionalreform haben, hier für einen Showauftritt aufs Spiel. Ich finde das nicht in Ordnung.

(Beifall SPD)

Man merkt auch in der Art und Weise, was in diesem Antrag formuliert ist, dass Sie sich eigentlich gar nicht so richtig mit der Materie beschäftigt haben. Frau Wolf, ich hätte schon erwartet, dass Sie Ihre Fraktion mal einigermaßen aufklären, was eigentlich zur Region Eisenach gehört und was zum Wartburgkreis gehört. Sie bemängeln in Ihrem Antrag ich zitiere: "Insbesondere die Gewerbesteuereinnahmen des BMW-Produktionsstandorts kommen nicht der Stadt Eisenach zugute." Wenn Sie sich mit Ihrem Antrag durchsetzen, kommen die auch nicht der Stadt Eisenach zugute, BMW gehört nämlich zur Gemarkung Krauthausen, das hat überhaupt nichts mit Eisenach zu tun und dort wird Gewerbesteuer bezahlt. Also, Sie haben sich nicht mal mit den Verhältnissen dort in der Region beschäftigt und schreiben dann so einen hanebüchenen Unsinn in Ihren Antrag.

Ich bin auch irritiert, dass Sie in Ihrem Antrag ständig von Doppelzuständigkeiten reden zwischen Eisenach und dem Wartburgkreis. Klar und deutlich: Beide Körperschaften sind jeweils in ihrem Gebiet nur für ihre Einwohner zuständig. Es besteht die gleiche Aufgabenabgrenzung wie in den anderen Thüringer Landkreisen auch, die eine kreisfreie Stadt haben. Aber dort wollen Sie ja nichts ändern.

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass die kreisfreie Stadt Eisenach eine komplizierte Finanzlage hat, übrigens wie andere Städte und Gemeinden in Thüringen auch, egal, ob sie kreisfrei sind oder nicht. Es ist ja bezeichnend, dass die Beispiele, die Frau Wolf hier genannt hat, auf so viele Gemeinden und Städte in Thüringen zutreffen. Es ist übrigens auch richtig, das will ich gar nicht abstreiten, dass die Kreisfreiheit dieses verschärft. Es gibt da eine Berechnung des Altoberbürgermeisters. Er spricht davon, dass dem Stadtsäckel jährlich ungefähr 1.5 Mio. € durch die Kreisfreiheit verloren gehen. aber, und das war bis heute auch Konsens, es gibt ganz andere Dinge und das ist nicht der zentrale Punkt, die Probleme mit den Finanzen in der Stadt Eisenach, die die Probleme verursachen. Das ist schlicht und einfach die Gestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs in Thüringen insgesamt. Das ist die Kommunalisierung von Aufgaben des Landes ohne vollständigen finanziellen Ausgleich der Kommunen. Das gehört zu negativen Auswirkungen der realisierten Steuerreform des Bundes auf das Gewerbesteuereinkommen. Das sind die Kernprobleme, die wir in der kreisfreien Stadt Eisenach haben, und ich bin nicht dafür, so ein Wischiwaschi zu machen, ich bin dafür, dass wir die auch so benennen.

Um auch eins noch mal klar und deutlich zu sagen, das kann man jederzeit nachfühlen und das wissen Sie auch: Eisenach erfüllt alle Pflichtaufgaben zu 100 Prozent und darüber hinaus freiwillige Aufgaben. Natürlich wollen wir mehr, wie so viele andere Gemeinden in Thüringen auch. Aber von einer feh-

lenden Handlungsfähigkeit, die Sie immer besprechen, obwohl Pflichtaufgaben erfüllt werden und freiwillige Aufgaben wahrgenommen werden, meine Damen und Herren, von einer fehlenden Handlungsfähigkeit kann man nicht sprechen. So bleibt die Frage - auch nach Ihrem Beitrag, Frau Wolf -, was wollen Sie eigentlich mit dem Antrag? Ich kann mich ja, ehrlich gesagt, zurücklehnen, denn DIE LINKE in Eisenach isoliert so etwas. Es wird sehr wohl wahrgenommen, was die Fraktion DIE LINKE bei den freiwilligen Gemeindezusammenschlüssen gemacht hat gegen die Stadt Eisenach. Es wird sehr gut wahrgenommen, was heute gemacht wird. Und nicht nur DIE LINKEN in Eisenach fragen sich: Was haben Sie in Ihrer Fraktion eigentlich gegen diese Stadt? Warum wird immer wieder diese Stadt von Ihnen so an den Pranger gestellt? Ich sage Ihnen: Machen Sie so weiter, das isoliert DIE LINKEN auch in der Stadt Eisenach und bei allem was ist, Frau Wolf und ich wir bleiben politische Konkurrenten. Wenn Sie der Meinung sind, Sie müssten von Erfurt aus ihr die Füße in Erfurt wegschlagen, dann tun Sie das doch auch.

Meine Damen und Herren, wir wollen, wie Sie ursprünglich aufgeschrieben haben, eine umfassende Gebiets-, Kreis- und Funktionalreform und wollen dann diese Problematik insgesamt für Thüringen regeln. Wir wollen eine einheitliche gesetzliche Regelung für alle kreisfreien Städte. Wir wollen einen gerechten KFA und wir wollen faire Ausgleichszahlungen für die übertragenen Aufgaben des Landes an die Kommunen. Kehren Sie auf den vernünftigen Weg zurück, auf dem Sie schon mal waren. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Die Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Gentzel, hatten Sie zugelassen. Herr Abgeordneter Hauboldt, bitte.

Abgeordneter Hauboldt, DIE LINKE:

Herr Kollege Gentzel, ich gebe ja zu, Sie haben mich gereizt, aber eines möchte ich klarstellen an dieser Stelle und Sie fragen, ob Sie etwas zur Kenntnis genommen haben. Sie haben uns zum Vorwurf gemacht, dass wir unter der Grenze der 5.000 Einwohner die freiwilligen Gemeindezusammenschlüsse mit begrüßt und ihnen auch zugestimmt haben. Haben Sie zur Kenntnis genommen, gerade im Bereich Weimar, dass dort die Ankündigung war, dass es ein erster Schritt ist, wo sich zwei Kommunen zusammenschließen und weitere auch im Jahr 2008 und 2009 folgen? Insofern sehe ich es nicht als schizophren an, gerade solche Bemühungen zu

unterstützen, wie wir es getan haben, sondern das ist ein erster Schritt. Und diese Schwellengrenze von 5.000 Einwohnern, denke ich, ist schon zur Kenntnis genommen worden.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Herr Abgeordneter, ich glaube, es gibt einen Grund, warum Sie in diesem Masterplan, aus dem ich zitiert habe, nicht von Zwischenschritten reden - weil auch Sie die Erkenntnis haben, Zwischenschritte sind Blödsinn an dieser Stelle. Wir gaukeln doch den Leuten nur etwas vor, aber das Problem, Herr Hauboldt, liegt doch viel tiefer. Wenn wir eine vernünftige Gebiets-, Funktional- und Verwaltungsreform machen wollen, müssen wir doch aufhören oder gar nicht erst anfangen, dieses als politisches Kampfinstrument von irgendeiner Seite gegen irgendeine andere Seite zu benutzen, das schadet doch. Sie wissen doch auch genau - und Herr Kuschel, das wissen Sie doch auch, hat das doch auch im Hinterkopf -, regional wird das doch ganz anders diskutiert als hier. Nicht umsonst ist auch der Sitz der Kreisstadt Bad Salzungen von Herrn Kuschel mit reingenommen worden. Da werden zwei Städte gegeneinander in Stellung gebracht. Der eine hat sein Wahlkreisbüro dort, der verspricht sich Gewinn davon, und die andere - da brauchen Sie gar nicht mit dem Kopf zu schütteln, Sie wissen, dass daran gar nicht so viel Unwahrheit ist, aber das ist Ihr Problem - macht dann bei der Sache Nasse. Aber wenn wir diese Funktional- und Gebietsreform machen wollen, dann kann das doch nicht der Anfang sein und das, was Sie formuliert haben, da sind wir doch in vielen Teilen überein am Anfang. Warum verlassen Sie denn diesen vernünftigen Weg, weil Ihnen irgendjemand erzählt, dass es einen billigen Ruhm und billige Stimmen geben wird? Sie sind auf dem Holzweg, Sie sind eindeutig an dieser Stelle auf dem Holzweg.

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Kuschel, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh, nachdem Herr Gentzel zu Beginn das Thema sehr ins Lächerliche gezogen hat, dass er sich dann doch noch mit Ernsthaftigkeit der Sache gewidmet hat, aber er hat mehrfach darauf verwiesen, dass er den Sinn und den Hintergrund dieses Gesetzentwurfs nicht nachvollziehen kann. Ich will gern versuchen, ihm dort behilflich zu sein und ihn von der Sinnhaftigkeit unseres Gesetzentwurfs zu überzeugen.

Eine Vorbemerkung sei mir noch gestattet: Ich glaube, bei allen hier im Landtag vertretenen Parteien gibt es immer ein gesundes Spannungsverhältnis zwischen Kommunal- und Landespolitikern. Ich kann mich daran erinnern, dass die CDU-Kommunalpolitiker nicht alles mittragen, was Landespolitik macht. Die Diskussion zum Kommunalen Finanzausgleich ist dafür ein Beispiel. Ich bin froh, dass wir bei uns solche Leute wie Steffen Harzer haben, die aus ihrer praktizierenden Sicht als Kommunalpolitiker relativ kritisch auch unsere Arbeit begleiten.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Der mag dich besonders gern.)

Da bin ich froh. Bei uns ist das ein konstruktiver Dialog und Streit und wenn Sie unseren letzten Parteitag verfolgt hätten, dann wären Sie auch zu dieser Erkenntnis gekommen. Natürlich machen gerade kommunale Mandatsträger ihre politischen Angebote aus ihrer Sicht heraus. Wir haben vom Grundsatz entschieden, wir nehmen zunächst den Bürger in den Blick, wenn wir kommunalpolitische Konzepte entwickeln, und da gibt es immer ein gesundes Spannungsverhältnis.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land erstarrt zunehmend, weil Landesregierung und CDU nicht handeln und sich trotz Bereitschaft auf kommunaler Ebene einer tatsächlichen Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform verschließen, und das insbesondere auch auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Das wurde heute in der Haushaltsdiskussion mehrfach gesagt, dass die CDU nicht bereit ist, sich dieser Sache zu stellen. In einer solchen Situation müssen wir handeln, weil wir erkannt haben, dass es auch auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte Bewegungen geben muss. Diese Verweigerungshaltung der CDU gab es auch sehr lange Zeit auf der gemeindlichen Ebene, dass gesagt wurde, außer Freiwilligkeit bewegt sich dort nichts. Zwischenzeitlich hat hier bei der CDU ein Umdenken angefangen mit ihrem Modell der Landgemeinden. Aber die CDU hat nicht von allein angefangen umzudenken, sondern eine Voraussetzung für das Umdenken bei der CDU bestand darin, dass wir damals noch als Linkspartei.PDS bereits 2005 unser Diskussionsangebot für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform auf den Tisch gelegt haben.

(Beifall DIE LINKE)

Da geriet natürlich die CDU unter Druck und musste jetzt ein Konzept vorlegen. Wir sind davon überzeugt, wenn wir die Diskussion auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte weiterhin forcieren, wird die CDU auch über kurz oder lang gezwungen sein, ihre Vorstellungen auf den Tisch zu legen wenn nicht, hat die CDU tatsächlich völlig abgewirtschaftet und der Zug in Thüringen fährt ohne CDU weiter. Das ist Ihre Alternative, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da können Sie selbst jetzt entscheiden, ob Sie sich in diese Diskussion einbringen oder hinterherlaufen und dann wieder jammern. Selbst in Wirtschaftskreisen wird zwischenzeitlich über eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte diskutiert. Vor wenigen Tagen hat der Wirtschaftsbeirat z.B. ein Diskussionsmodell für einen größeren Landkreis Westthüringen auf den Tisch gelegt und auf der Wartburg zur Diskussion gestellt. Wenn Sie schon nicht auf uns hören, meine Damen und Herren von der CDU, aber doch zumindest - eigentlich ernennen Sie sie selbst als Partner können Sie mit denen dann in die Diskussion treten. Dort gibt es erstaunliche Parallelen zu unserem Konzept, nur dass unser Konzept inzwischen drei Jahre alt ist. Es ist sicher gut so, wenn dort vernünftige Elemente herausgegriffen werden. Wir nehmen für uns nicht in Anspruch, dass unser Modell fehlerfrei ist, sondern wir haben gesagt, es ist ein Diskussionsmodell. Was wir aber doch von der Landesregierung erwarten können, ist, dass sie sich in die Diskussion einbringt und nicht einfach sagt, solange sie die Regierungsverantwortung hat, diskutiert sie einfach nicht darüber. Das ist letztlich Arbeitsverweigerung; im Privatbereich ist das ein Entlassungsgrund, und zwar fristlos, nicht mal mit Kündigungsfrist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben klare Vorstellungen. Bei uns stehen die Bürger und die Wirtschaft im Mittelpunkt. Bei uns gilt der Grundsatz: Die Verwaltung ist für den Bürger da und nicht umgekehrt.

(Beifall DIE LINKE)

Wir gehen davon aus, aus Sicht der Bürger ist der dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen nicht länger hinnehmbar - aus den unterschiedlichsten Gründen. Die Mittelbehörden in Thüringen sind ein Raum, der kaum einer demokratischen Kontrolle und Steuerung unterliegt. Wir als Landtag haben dort keinen Einfluss, die kommunale Ebene hat keinen Einfluss. Auch auf kommunaler Ebene gibt es den großen Bereich des übertragenen Wirkungskreises, der einer demokratischen Kontrolle und Steuerung weitgehend entzogen ist. Wenn wir aus Sicht des Bürgers Politik machen, ist es nur logisch, dass wir den dreistufigen Verwaltungsaufbau schrittweise in einen zweistufigen überführen. Und wer das will, der muss über Kommunalisierung von Aufgaben nachdenken, wenn wir nicht wollen, dass Aufgaben auf Landesebene zentralisiert werden. Wenn wir aber

Aufgaben kommunalisieren wollen, können wir das nur verantwortungsbewusst aus Sicht der Bürger und der Kommunen machen, wenn wir leistungsfähige kommunale Strukturen haben. Sonst ist das verantwortungslos. Gegenwärtig zeigt sich, wie verantwortungslos hier die CDU handelt, indem Aufgaben der Umwelt- und Versorgungsverwaltung kommunalisiert werden, und das in kommunale Strukturen hinein, die offenbar nicht dauerhaft als leistungsfähig gelten. Das macht die kommunale Ebene selbst deutlich, indem sie sagt, es ist verantwortungslos, den 17 Landkreisen, sechs kreisfreien Städte die Aufgaben der vier Staatlichen Umweltämter und drei Versorgungsämter im Wesentlichen zu übertragen. Das geht nicht. Diese Überlegungen sind für uns Anlass gewesen, zu sagen, wir müssen auch auf der Landkreisebene und der Ebene der kreisfreien Städte reagieren.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Gentzel, jetzt komme ich dazu: Mit unserem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir diese Diskussion der Notwendigkeit von Veränderungen auf der Ebene der Landkreise und der kreisfreien Städte dynamisieren und auf den Weg bringen. Wir wollen gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass ein aktuelles Problem, nämlich das Problem der Stadt Eisenach, dauerhaft gelöst wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kreisfreiheit von Eisenach - 1998 in Kraft getreten, 1997 hier im Landtag diskutiert - war ein schwerer politischer Fehler. Der Fehler ist durch zwei Fraktionen zu verantworten - CDU und SPD. Deswegen kann ich jetzt verstehen, Herr Gentzel, ...

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Was, was? Sie sind so blind, das waren CDU und FDP und die SPD hat dagegen gestimmt.)

Da war die Große Koalition. Ja, dazu komme ich noch, ich zitiere mal. Nein, es war aber die Zeit der Großen Koalition und Sie haben ...

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Nein, war es nicht.)

Vizepräsidentin Pelke:

Einen kleinen Moment mal bitte. Im Moment hat Abgeordneter Kuschel das Wort. Sie alle haben die Möglichkeit, sich noch mal zu Wort zu melden. Ich bitte auch zu später Stunde noch ein bisschen um Ruhe.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich mache das an der Zeit der Großen Koalition fest, als die PDS in der 2. Wahlperiode 1997 einen Gesetzentwurf zur Änderung der ursprünglich in der 1. Wahlperiode beschlossenen Kreisgebietsreform einbrachte. Das heißt, die Große Koalition hatte 1997 die Möglichkeit, ihre damals fragwürdige Entscheidung, die ja zum 01.01.1998 erst in Kraft treten sollte, aufzuheben - und das meine ich damit, dass Sie damals 1997 in der Großen Koalition die Chance verpasst haben, das zu korrigieren. Ich zitiere jetzt mal aus dem Protokoll, Frau Präsidentin. Frau Doht hat dort gesprochen.

(Zwischenruf Abg. Lemke, DIE LINKE: Deswegen kreischt sie ja so.)

Damals waren Sie in der SPD und das war, wenn das Protokoll stimmt, die 61. Sitzung, 10. Juli 1997. Ich weiß nicht, ich habe in Erinnerung, in der jüngsten Geschichte von 1994 bis 1999 waren SPD und CDU in diesem Lande in der Regierung. Ich weiß überhaupt nicht, warum Sie dann hier so ... Da sagt Frau Doht, das ist hier geschrieben, ich zitiere: "Frau Dr. Wildauer" das war die damalige kommunalpolitische Sprecherin der PDS "ich gebe Ihnen recht," Frau Doht hat die Möglichkeit, das zu mir dann auch zu sagen,

(Heiterkeit DIE LINKE)

"was die finanziellen Auswirkungen der Kreisfreiheit auf die Stadt Eisenach betrifft." Und jetzt kommt der Satz: "Ich lehne die Kreisfreiheit ab." Da gibt es zwar Entwicklungen, Irrungen, Wirrungen, aber offenbar waren Sie 1997 weiter als heute. Sie haben gesagt, Sie lehnen die Kreisfreiheit ab.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist doch Blödsinn.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bleiben dabei, es war ein schwerer politischer Fehler.

(Beifall DIE LINKE)

Das wurde damals schon durch den Gesetzgeber erkannt. Er hat nämlich damals zulasten der anderen Gemeinden in Thüringen festgelegt, dass Eisenach zusätzliche Finanzhilfen bekommt. Das waren Millionenbeträge und es hat trotzdem nicht dazu geführt, dass Eisenach die dauerhafte finanzielle Leistungskraft erlangen konnte. Warum soll also gerade zum jetzigen Zeitpunkt die Kreisfreiheit aufgehoben werden? Eisenach ist offensichtlich gegenwärtig handlungsunfähig und wir machen - ich sage es noch einmal - hier nicht Politik aus Sicht einer Verwaltung,

sondern aus Sicht des Bürgers, und der ist davon betroffen. Oberbürgermeister Doht hat vor wenigen Tagen öffentlich erklärt, ohne zusätzliche Finanzhilfen des Landes im Rahmen von Bedarfszuweisungen ist die Stadt nicht in der Lage, die Finanzkrise zu bewältigen. Also er hat die weiße Fahne gehisst. Das ist gar kein Vorwurf an die Stadtverwaltung in Eisenach, es ist ein strukturelles Problem. Mit weniger als 50.000 Einwohnern kann ich nicht dauerhaft die Aufgaben einer kreisfreien Stadt bewältigen. Die Kreisfreiheit kostet die Stadt gegenwärtig im Saldo jährlich 6 Mio. € - und das allein im Bereich der Sozialverwaltung und der Schulträgerschaft. Das ist nachgewiesen, und zwar im Saldo, da haben wir schon gegengerechnet, wenn Eisenach wieder eingekreist wäre, dass ein Teil über die Kreisumlage mitfinanziert werden muss - aber 6 Mio. €. Der Sanierungsbedarf an Schulen wurde von Frau Wolf schon dargestellt, das sind 17 Mio. €. Das Gravierende sind nicht die 17 Mio. €, sondern was Eisenach dieses Jahr im Haushalt für die Sanierung von Schulen drin hat? Das sind 480.000 €. Das heißt, 35 Jahre bräuchte die Stadt Eisenach auf jetzigem Niveau, um den Investitionsstau in den Schulen abzubauen, aber in 35 Jahren entsteht ein neuer Investitionsstau und es gibt kein Konzept, wie man da herauskommt, außer dem Ruf nach dem Land. Das Land soll wieder mehr Mittel zur Verfügung stellen - und das möglichst im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs zulasten der anderen Gemeinden. Das kann doch aber nicht die Lösung sein. Das ist für uns nicht die Lösung.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wollen, dass es auch in Eisenach ordentliche Schulen gibt wie im Wartburgkreis. Da kann ich nur appellieren, schauen Sie sich den Wartburgkreis an. Der Wartburgkreis ist der geringstverschuldete Kreis, der ist nächstes Jahr schuldenfrei, er hat die geringste Kreisumlage, er hat die höchste kommunale Steuerkraft in ganz Thüringen. Eisenach liegt mittendrin und weiß nicht einmal, wie es die notwendigsten Arbeiten an Schulen und an Straßen machen soll und da diskutieren wir noch groß über die Sinnhaftigkeit von Kreisfreiheit und Strukturen. Wenn uns wirklich an den Bürgern gelegen ist, müssen wir sofort handeln.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das Landestheater ist aus unserer Sicht ein Opfer der Kreisfreiheit. Ich habe gesagt, wenn die 6 Mio. €, die die Kreisfreiheit kostet, zur Verfügung gestanden hätten, dann wäre vielleicht das Landestheater auch mit den geringeren Landeszuschüssen in der Lage gewesen, in der jetzigen Struktur zu überleben. Eisenach hat mit 600 € pro Einwohner die höchsten So-

zialausgaben in ganz Thüringen, das ist kein Vorwurf an Eisenach, das sind Pflichtaufgaben. Das ist nur eine Feststellung. Der Wartburgkreis hat nur die Hälfte - 306 € pro Einwohner -, hat die geringsten Sozialausgaben. Das muss uns doch zu denken geben, weshalb in einer Region ein Krakenlandkreis die geringsten Sozialausgaben hat, die Stadt die höchsten Sozialausgaben. Und die können nicht miteinander, weil es dazwischen starre Grenzen gibt, die wollen wir aufheben. Wem nutzt denn die Kreisfreiheit, wenn wir sie nicht ausgestalten können, meine Damen und Herren? Zurzeit gibt es in Eisenach nicht einmal den Entwurf eines Haushaltsplans für 2008, weil die Verwaltung nicht in der Lage ist, unter den gegenwärtigen Bedingungen dem Stadtrat einen den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Haushaltsentwurf vorzulegen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen, das weiß zumindest der Staatssekretär im Innenministerium, müsste der Haushalt schon längst beschlossen sein. Nach dem Vorjährigkeitsprinzip müsste er bis zum 01.12. beschlossen sein. Wir wissen, in der kommunalen Praxis sieht das oftmals anders aus, aber dass nicht einmal ein Entwurf da ist, also vorläufige Haushaltsführung. Und wer ist denn Opfer der vorläufigen Haushaltsführung? Das wissen alle, die auf kommunaler Ebene tätig sind, die Opfer sind nämlich die Betroffenen im freiwilligen Bereich, weil dort erst einmal alles gestoppt ist, bei der vorläufigen Haushaltsphase dürfen nur Pflichtaufgaben realisiert werden.

Meine Damen und Herren, es gibt eben Doppelstrukturen, die sich für den Bürger und die Wirtschaft immer als nachteilig herauskristallisieren, auf relativ engstem Raum. Die Aufgabe der Kreisfreiheit ist doch aus Sicht des Bürgers überhaupt kein großer Schritt in dieser Region, denn es gibt über 20 Zweckvereinbarungen zwischen der kreisfreien Stadt Eisenach und dem Wartburgkreis und damit ist natürlich der Schritt zurück zum Wartburgkreis gar kein großer. Wir wissen, unsere Vorschläge sind nicht unumstritten, auch in unseren eigenen Reihen nicht, auch nicht vor Ort, auch nicht im Kreisverband des Wartburgkreises und Eisenach. Wir sind ja ein Kreisverband. Auch dort treten natürlich unterschiedliche Positionen zutage. Es gibt Befürchtungen, es könnten weitergehende Entwicklungen verhindert werden, wenn Eisenach eingekreist wird. Damit haben wir uns auseinandergesetzt und sind zu der Erkenntnis gekommen - unabhängig, wie in dieser Region einmal künftig Kreisstrukturen aussehen werden, ob es also eher zu einer Entwicklung Richtung Gotha-Mühlhausen kommt oder eher Richtung Meiningen, die Zurückkreisung von Eisenach wird beides nicht behindern. Unabhängig, ob der Wartburgkreis einmal dauerhaft in eine andere Struktur überführt wird oder am Rennsteig wieder getrennt wird, wie sich das z.B. Kommunalpolitiker aus dem südlichen Wartburgkreis wünschen, dass sie sagen, die Kulturgrenze Rennsteig soll wieder auch verwaltungsseitig dokumentiert werden, auch dort ist die Rückkreisung von Eisenach erst einmal überhaupt kein Hinderungsgrund. Natürlich hat unser Vorschlag auch nicht nur Begeisterung ausgelöst. Der Stadtverband der LINKEN in Bad Salzungen ist nicht begeistert, dass wir sagen, irgendwann stellen wir den Kreisstadtstatus von Bad Salzungen infrage. Wir haben erst einmal vorgeschlagen, für 10 Jahre soll es so bleiben, weil wir meinen, die Entwicklung von Eisenach ist vom Kreissitz nicht abhängig, weil Eisenach andere Entwicklungspotenziale hat, aber Bad Salzungen braucht noch übergangsweise den Kreissitz, wenn sie eine Brückenfunktion zwischen Rhön und Thüringer Wald wahrnehmen sollen.

Meine Damen und Herren, der Oberbürgermeister von Eisenach sagt, der Status der Kreisfreiheit soll bestehen bleiben. Er sieht die Alternativen in weiteren Eingemeindungen, zumindest gegenwärtig.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

Das wurde ja auch deutlich bei den erst im November hier diskutierten Gemeindeneugliederungen. Da sagen wir, das kann nicht die Lösung sein. Zum Schluss würde dort ein Gebilde entstehen, das vielleicht dem Altkreis Eisenach wieder entspricht. Da wird aber die Entwicklung des ländlichen Raums und des städtischen Raums aus unserer Sicht in einer Art und Weise nivelliert, die für die Entwicklung in einer Region nie gut sein kann. Die Kernstädte brauchen das Umland, aber das Umland braucht auch die Kernstadt, jedoch es muss noch Unterschiede geben.

Es gibt ja eine Studie von Professor Sedlacek zur Zufriedenheit der Bürger in den Ortsteilen. Da ist Eisenach weit abgeschlagen gegenüber Gera und Jena. Das muss doch Ursachen haben. Mit einer solchen Situation, wo offenbar die Bürger in den jetzigen Ortsteilen von Eisenach schon unzufriedener sind als woanders, dort noch über eine flächenmäßige Ausweitung von Eisenach die Lösung zu finden, halten wir für verkürzt. Wie groß soll denn Eisenach werden? Es müsste im Grunde genommen mehr als der gesamte Altkreis Eisenach eingekreist werden, um zu einem Gebilde zu kommen, dass eine kreisfreie Stadt entsteht, die normalerweise mit 100.000 Einwohnern und mehr überlebensfähig ist.

Die große Frage, die wir uns zu beantworten hatten, ist ja: Wie steht denn der Bürger in der Region zu diesem Vorschlag? Da gab es Umfragen der Lokalzeitungen, da war das Stimmungsbild fast gespalten und wir sind uns da auch nicht sicher. Deswegen sagen wir, wir wollen mit unserem Vorschlag, mit unseren Argumenten an die Bürger heran und

wollen aber den Bürgern zum Schluss die Entscheidung überlassen. Wir überlassen den Bürgern die Entscheidung, indem wir sagen, wir stellen unseren Gesetzentwurf unter den Zustimmungsvorbehalt eines Bürgerentscheids, und zwar nicht nur der Bürger von Eisenach, sondern auch der Bürger des Wartburgkreises, denn die Zurückkreisung wird insbesondere auch für die kreisangehörigen Gemeinden des Wartburgkreises einen finanziellen Mehraufwand bedeuten, selbstverständlich, weil sich die 6 Mio. €, die jetzt Eisenach zu tragen hat für die Sozialverwaltung und die Schulverwaltung, dann im Wartburgkreis insgesamt aufteilen. Das muss dann über Kreisumlage mitfinanziert werden. Deswegen halten wir es für sachgerecht, auch die Bürger des Wartburgkreises zu fragen.

In Thüringen ist dank der CDU ein Bürgerentscheid auf Landkreisebene nicht möglich, in anderen Bundesländern ist das selbstverständlich. Deswegen mussten wir in unserem Gesetzentwurf Einzelregelungen aufnehmen, um das zu ermöglichen. Ihnen wird das nicht neu sein. Wir haben schon im Fall der Gemeindefusion Triebes-Zeulenroda auf dieses Instrument zurückgegriffen. Damals haben Sie es abgelehnt. Damals haben Sie auch abgelehnt, den Bürgerwillen insgesamt zu respektieren. Zwischenzeitlich haben Sie dem Bürgerwillen eine höhere Priorität zugemessen, denn bei Langenwetzendorf/Vogtländisches Oberland haben Sie letztlich gesagt, dort ist die Stufe der Freiwilligkeit nicht mehr erreicht, wenn es massive Bürgerbedenken gibt. Insofern gehen wir davon aus, dass auch hier bei Ihnen ein Umdenken stattfindet und Sie keine Befürchtung haben vor der Entscheidung des Bürgers. Sie brauchen also keine Angst zu haben, Sie brauchen in diesem Hause gar nicht auf uns zu hören, denn Sie wissen ja, der Gesetzentwurf wird zum Schluss in die Entscheidungskompetenz der Bürger gegeben. Wir haben in unsere Argumente ein großes Vertrauen und stellen uns bewusst diesen Diskussionen.

Aber zunächst gilt es natürlich, hier parlamentarisch zu diskutieren. Deswegen beantragen wir die Überweisung unseres Gesetzentwurfs an den Innenausschuss und da es ein Gesetzentwurf der Fraktion ist, auch formal an den Justizausschuss.

Eine letzte Anmerkung zu den Worten von Herrn Gentzel "Gewerbesteuer" und "Krauthausen": Herr Gentzel, ich bedaure das. Ich glaube, Sie wissen es. Ich hatte schon darauf verwiesen, der Wartburgkreis hat die höchste kommunale Steuerkraft und ist dadurch wenig verschuldet, hat die geringste Kreisumlage. Bei einer Zurückkreisung profitiert natürlich dann auch Eisenach von diesem höheren Gewerbesteueraufkommen, weil das Auswirkungen, und zwar unmittelbar, auf die Kreisumlage hat. Das ist halt so. Je stärker die Steuerstärke, die kreisangehörigen

Gemeinden sind, das Verhältnis untereinander, dann wird es mit berücksichtigt. Wenn der Landkreis Schulträger ist und Träger der Sozialverwaltung, dann ist natürlich die kommunale Steuerkraft auch entscheidend. Das haben wir mit unserer Begründung gemeint. Jetzt profitiert Eisenach überhaupt nicht vom Steueraufkommen des Umlands. Künftig profitiert es eben auch mit für die Aufgaben, die der Landkreis wahrnimmt und die den Bürgern der Stadt Eisenach zugute kommen. Also insgesamt sprechen alle Argumente für unseren Gesetzentwurf. Den Antrag auf Überweisung hatte ich gestellt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Kölbel, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kölbel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete, überraschend wurde in den letzten Tagen die Drucksache 4/3559 von der Fraktion DIE LINKE, ein Gesetzentwurf, eingebracht, der sich in der Überschrift - ich habe schon gestaunt - für die Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Eisenach einsetzt. Das klingt zunächst sehr ehrenhaft, setzt aber vom Inhalt her voraus, dass der Stadt Eisenach die kommunale Handlungsfähigkeit verloren gegangen ist bzw. ihr irgendjemand diese genommen hat. Wenn ich jetzt den Vortrag des Abgeordneten Kuschel höre, wo er sagt, lasst es uns doch probieren, wir kreisen Eisenach wieder zurück und alles wird gut.

Zur Erinnerung, was steht tatsächlich in diesem Gesetzentwurf? Schnell ist im Gesetzentwurf der Grund gefunden, in der Entscheidung der Thüringer Neugliederung 1993/1994, die Stadt Eisenach als kreisfrei auszugestalten, liege die Ursache der unzureichenden Eigenfinanzierung. Das Abschneiden von den die Stadt Eisenach umgebenden leistungsfähigen Gewerbegebieten - und da sind Beispiele genannt worden von meinen Vorrednern - ist eine der Ursachen. Im Haushalt fehlten der Stadt jährlich 6 Mio. € - die Zahl ist schon des Öfteren genannt worden - und die sind auch perspektivisch nicht zu sehen. Darunter fallen die Infrastruktur der Stadt, es wurden die Beispiele vom Erhalt des Straßennetzes, der Schulen dargestellt oder auch die fragliche Erhaltung des Landestheaters. Die Feststellung, Herr Kuschel, dass im Wartburgkreis die Schulkonzeptionen alle so ideal sind, hat mich sehr gewundert. Das, was uns z.B. im Petitionsausschuss vorliegt, spricht eine andere Sprache. Es gibt dort ernsthafte Probleme, die erst einmal in die Reihe gebracht werden müssen.

Vorgeschlagen wird die Eingliederung der Stadt Eisenach in den Wartburgkreis. Übergangsweise soll der Freistaat Thüringen - jetzt hören Sie zu - 2 Mio. € mal vier Jahre jeweils hälftig für Eisenach und den Wartburgkreis zur Verfügung stellen. Wie gesagt, zusätzlich, um eine Wiedereinbringung der Stadt Eisenach abzusichern. Bis zur Wahl des Landrats im Jahr 2012 in einem neuen, wiedervereinigten Wartburgkreis soll es dann keine Doppelzuständigkeiten mehr geben. Regelungen zu umzusetzendem Personal sollen bis Herbst 2009 in einem bilateralen Vertrag zwischen Kreis und Stadt getroffen werden. Um dies zu bekräftigen, soll ein Bürgerentscheid stattfinden in der Stadt und im Kreis, dessen Quoren im Gesetzentwurf noch vorgegeben wurden. Weiter wurde in den Erläuterungen begründet, dass diese Lösung in Eisenach eine Auftaktaktion speziell für eine kreisfreie Stadt in Thüringen sein solle, da spätestens 2012 ohnehin eine umfassende funktionale Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen greife, die gleichzeitig über das weitere Schicksal der anderen kreisfreien Städte Thüringens und deren künftige Rechtsinstitute entscheide. Interessant ist, dass im Gesetzentwurf vorgeschlagen bzw. bestätigt wird, bis 2019 bleibt das Landratsamt des Warburgkreises in Bad Salzungen. Danach wird neu entschieden, wo der Sitz des Landratsamts im Wartburgkreis sein soll. Außerdem wird sich um eine Außenstelle des Wartburgkreises in Eisenach, zuständig für das nördliche Kreisgebiet - es ist auch heute schon erwähnt worden -, schon einmal Gedanken gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass für die 2009 neu gewählten Kreistagsmitglieder und die Stadträte in Eisenach die Aufgabe besteht, für die Ausgestaltung der notwendigen vertraglichen Regelungen zwischen Kreis und Stadt zu sorgen.

Auf weitere Punkte und Aussagen des vorliegenden Gesetzentwurfs will ich gar nicht weiter eingehen. Welche Schlussfolgerungen aus diesem Gesetzentwurf lassen sich für jeden Abgeordneten dieses Hohen Hauses zur Abwägung nun ziehen?

Erstens: Die Stadt Eisenach hat seit Jahren erhebliche finanzielle Probleme. Sie kann ihren Haushalt ohne fremde Hilfe nicht ausgleichen. Dazu sind Aussagen des jetzigen Oberbürgermeisters zitiert worden. Dieses Problem haben die anderen kreisfreien Städte in Thüringen, ich denke da an Suhl, ich denke da an Gera und darüber hinaus, aber auch weitere kreisangehörige Gemeinden.

Zweitens: Rückstände der Stadt Eisenach in der Infrastruktur, z.B. mangelnde Werterhaltung und Ähnliches gibt es in einer ganzen Reihe von Gemeinden in Thüringen. Diese gehen nicht einher damit, ob sie nun kreisfrei sind oder nicht kreisfrei sind.

Drittens: Dieser Gesetzentwurf stellt gewissermaßen zum derzeitigen Zeitpunkt ein Stück vorgezogene Kreisgebietsreform am Musterbeispiel Eisenachs dar unter dem Motto: Wer zuletzt seine Kreisfreiheit erlangt, ist noch warm, ist noch biegsam, den kann man sie wieder nehmen, wenn die Umstände entsprechend sind.

Namens der CDU-Fraktion dieses Hohen Hauses kann zum vorliegenden Gesetzentwurf, quasi die Freigabe eines Experiments, keine Zustimmung erteilt werden. Gleichzeitig wird nicht verkannt, dass es im Verhältnis zwischen den kreisfreien Städten Thüringens und ihrem Umland gewisse Probleme gibt, die einer Lösung bedürfen. Eine Extraregelung heute und jetzt in dieser Form, wie in diesem Gesetzentwurf am Fall Eisenach entwickelt, kann von der CDU-Fraktion absolut nicht befürwortet werden. Ich danke Ihnen.

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat Abgeordneter Gentzel, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kuschel, das war so hanebüchen, was Sie hier teilweise behauptet haben, deshalb noch zwei Sätze: Ich verstehe ja nicht, dass die Kollegen, die von Anfang an hier im Thüringer Landtag sitzen, nicht mit Ihnen reden und das wirklich zulassen, dass Sie hier so einen Unfug erzählen. Die sitzen ja hier, Sie brauchen sie doch nur mal zu fragen. Der Kreissitz und die Kreisfreiheit in dieser Region ist in der 1. Legislaturperiode gemacht worden. Ich will Ihnen auch erklären, wie das funktioniert hat.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Es geht um heute, nicht um damals.)

Ich komme noch dazu, warum dann noch mal darüber geredet worden ist, aber Sie haben wirklich richtigen Unfug erzählt. Da waren wir uns in der 1. Legislaturperiode eigentlich relativ einig über die Struktur des neuen Kreises Eisenach und dass Eisenach Kreissitz wird. Und dann hat die FDP in der Koalition die Koalitionskarte gezogen, namens Herr Bohn, übrigens Wohnsitz in Bad Salzungen. Daraufhin, damit die gesamte Reform nicht krachen geht, hat man erstens gesagt, Kreissitz wird Bad Salzungen, und weil man den Eisenachern etwas anbieten musste, weil die schier verrückt geworden sind über Kulturstandort, Sportstandort, Infrastruktur und keiner das mehr verstanden hat, hat man dann gesagt, dafür machen wir Eisenach kreisfrei - in der 1. Legislaturperiode mit den Stimmen von CDU und FDP,

gegen die Stimmen die SPD.

Sie bauen hier ein Feindbild auf, Sie marschieren hier gegen jemanden, der dagegen marschiert ist. Aber dann ist die Entscheidung gefallen. Das hat wirklich wehgetan, weil aufgrund jeden sachlichen Hintergrunds die Entscheidungen gefallen sind. Aber es waren dann Entscheidungen gefallen und es hat doch keinen Sinn, wenn nach meiner Ansicht auch etwas Falsches hier entschieden wird, dass ich jeden Monat in der Stadt Eisenach und in Bad Salzungen und im Wartburgkreis nachkarre und nachkarre und nachkarre. Irgendwann muss man das akzeptieren und dann kommt der nächste Schritt. Bis vor Kurzem waren Sie ja auch so weit - der Richtige, dass zu einem Zeitpunkt gesagt wird, wir müssen das jetzt umfassend für Thüringen neu regeln. Warum Sie da unbedingt Eisenach auf dem Kieker haben, ob Sie nun der Bohn-Nachfolger aus Bad Salzungen sind, mir ist es doch vollkommen egal. Aber warum Sie nicht über Suhl geredet haben in dem gleichen Zusammenhang, das erschließt sich mir bis eben auch nicht.

(Beifall SPD)

Da ist doch die Situation fast ähnlich. Ich verstehe auch nicht, Sie sagen, für diesen Antrag von Ihnen gibt es keine Begeisterung bei der PDS in Salzungen. Die gibt es auch in Eisenach nicht, die gibt es beim OB nicht, die gibt es beim Landrat nicht, die gibt es ja noch nicht einmal in Ihrer Fraktion. Warum sollen wir das dann an den Ausschuss überweisen, wenn kaum einer begeistert ist von dem, was Sie machen? Das müssen Sie mir mal beschreiben.

(Beifall SPD)

Dann will ich noch einmal etwas zu Ihrer Argumentationslinie sagen, die mich immer wieder glauben lässt, dass es bei Ihnen eigentlich nur um Bad Salzungen geht. Sie haben einen Vorschlag gemacht zur Kreisreform in Thüringen - drei bis maximal vier Kreise. Jeder, der bis drei zählen kann, weiß, wenn dieser Vorschlag durchkäme, könnten viele Kreisstadt werden, aber nie Bad Salzungen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nie und nimmer.)

Gehen Sie nach Süden, haben Sie Meiningen und Suhl, gehen Sie nach Westen, haben Sie Eisenach, Gotha, Mühlhausen. Bad Salzungen würde es nie bleiben. Aber Sie machen jetzt ein Gesetz, wo Sie es schon mal für 10 Jahre festschreiben. Wer so unsinnig argumentiert und vor Ort sagt: Ich mache ein Gesetz und schreibe Bad Salzungen für 10 Jahre als Kreisstadt fest und dann einen Masterplan macht, aus dem ganz logisch hervorgeht, dass das nie eine

Perspektive haben kann, was will der denn? Der will billigen, ganz billigen politischen Gewinn aufgrund von Emotionen.

(Beifall CDU, SPD)

Und diesen Bürgerentscheid, da kann man doch argumentieren, wie man will, wenn es zu diesem Bürgerentscheid kommt, entscheiden die Bürger im Wartburgkreis über den Kreissitz und über nichts anderes - allein über den Kreissitz. Das ist doch nicht das, was wir wollen an dieser Stelle.

Also, meine Damen und Herren, ich bemerke das auch, wie Sie versuchen, Ihre eigenen Fehler, Ihr eigenes Nichtwissen - das war eben sehr, sehr plastisch - zu überspielen. Da reden Sie in Ihrem Antrag von BMW. Wenn Ihnen dann gesagt wird, Sie erzählen Unfug, reden Sie dann vom Umland, so schnell wechseln Sie die Begriffe, um sich wahrscheinlich auch selbst noch mal zu erklären, warum Sie so einen Unfug aufgeschrieben haben.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag hat nicht das Zeug für einen Ausschuss. Ich bitte Sie eindringlich, keiner Ausschussüberweisung zuzustimmen.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Köckert, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Köckert, CDU:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Fraktion DIE LINKE schon sehr dankbar für diesen Gesetzentwurf. Ich bin ihr sehr dankbar, weil Sie mit diesem Gesetzentwurf einmal Einblick gegeben haben in Ihre Werkstatt. Wir können förmlich hineinschauen, wie Sie sich - diesmal an dem Beispiel Eisenach festgemacht - kommunale Gebietsreform vorstellen und wie simpel und einfach man dort herumwerkelt. Dass sich Kollegin Wolf nun als billiges Kanonenfutter für die Einbringung der ganzen Sache hat hergeben lassen, von einer Angelegenheit, von der offensichtlich sogar Herr Kuschel nichts versteht.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Nicht billig, Herr Köckert, nicht billig.)

na gut, ich weiß nicht, was man Ihnen geboten hat.

(Heiterkeit im Hause)

Dafür war die Vorstellung zu schwach. Es ist schon sehr interessant, da wird nämlich deutlich, dort, wo es ins Konkrete geht, wenn man nicht allgemein übers Land schwafeln kann und von Masterplänen redet, sondern dort, wo es ins Konkrete geht, wo man mal ins Detail gehen müsste und Farbe bekennen muss, ob man die Materie beherrscht, da legen Sie hier einen schludrigen Antrag vor, der spottet jeder Beschreibung.

(Beifall CDU)

Da steht eine ganze Fraktion dahinter. Da macht man in der Region Anhörungen, lädt die Bürger ein und Vereine und macht sich wichtig mit einem Antrag, der so dilettantisch ist, dass man es nicht fassen kann. Ich will das nur an einem Beispiel deutlich machen. Sie wären ja viel besser gefahren, wenn Sie sich mal mit der Geschichte des Werdens der Kreisfreiheit kundig gemacht hätten und befasst hätten. Heiko Gentzel hat ja einen Teil davon genannt. Und Sie können ja nun nicht annehmen, dass man eine Zurückkreisung unternehmen könnte, gänzlich abgesehen von der Geschichte, wie es zu dieser Kreisfreiheit gekommen ist. Sie haben z.B. total vergessen, in irgendeiner Weise zu regeln, was ist denn mit der ganzen Frage des Vermögensübergangs. Da steht nichts drin. Dass der Wartburgkreis letztlich sich so wirtschaftlich gutgestellt hat und so gut entwickelt hat, war doch zwei Dingen geschuldet, nämlich das Erste: Die Stadt Eisenach hat mit der Kreisfreiheit cash erst einmal 12 Mio. hingelegt und der Landrat des Wartburgkreises war klug genug, die in die sofortige Schuldentilgung zu bringen und hatte deshalb Jahr für Jahr einen niedrigen Kapitaldienst und konnte die frei werdende Spitze für Schulsanierung und alles Mögliche entsprechend nutzen. Meinen Sie, die Stadt würde wieder kreisangehörig werden, ohne dass nun wiederum auch ihr Vermögen, was dann wieder dem Landkreis zugesprochen wird, in irgendeiner Weise bewertet werden müsste und dabei Finanzen übergehen? Der Wartburgkreis konnte sich auch deshalb so gut entwickeln, und das ist ein zweiter Punkt, nicht nur, dass er plötzlich Geld in der Kasse hatte, sondern weil er sich nicht mehr zerreißen musste zwischen den kreislichen Infrastrukturmaßnahmen des Nordkreises in der Stadt Eisenach und den notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen im Südkreis, sondern er konnte sehr gezielt in den Südkreis hinein investieren. Der große Gewinner der Kreisfreiheit von Eisenach ist der Wartburgkreis gewesen, auch wenn die Vertreter des Wartburgkreises das so nie sagen würden.

Aber Sie legen hier einen Gesetzentwurf vor, der ganz wesentliche Fragen vollkommen ungeklärt lässt. Deshalb traue ich auch Ihren Berechnungen dieser Zahlen, was kostet die Kreisfreiheit zurzeit, nicht. Es gibt zwei Berechnungen, die in den letzten Jahren angestellt worden sind. Die hat die Verwaltung der kreisfreien Stadt Eisenach berechnet, die die Zahlen

parat hat und sich auch von der Kreisverwaltung hat mit Zahlen versorgen lassen. Die eine Berechnung stammt aus dem Jahr 2001 oder 2002, da waren es 1,6 Mio. Die zweite Berechnung stammt aus dem Jahr 2005, wenn ich das richtig in Erinnerung habe oder 2006 mit den Zahlen von 2005, da hat sich die Zahl zuungunsten weiter verschoben. Das geht zwischen 2,5 und 3 Mio. €. Das hängt zusammen mit der geänderten Gesetzgebung im Sozialbereich, mit der die Kommunen belastet worden sind in den Jahren durch die Entscheidung der Bundesregierung, anders als in den 90er-Jahren. Jeder weiß, dass die Kommunen jetzt viel mehr im Sozialbereich bezahlen müssen als früher. Das wirkt sich natürlich ungünstig aus.

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Berninger zu?

Abgeordneter Köckert, CDU:

Die kann sie am Schluss stellen.

Wie Sie aber auf 6 Mio. € kommen, das müssten Sie einmal darstellen. Das ist eine vollkommen absurde Zahl und Sie vergessen offensichtlich auch mit zu berechnen, dass, wenn die Stadt Eisenach wieder kreisangehörig ist, sie wegen ihrer Steuerkraft der größte Kreisumlagenzahler dieses Wartburgkreises sein wird.

(Beifall CDU, SPD)

Dann könnte man ja gespannt sein, wie Ihre Rechnung aussieht. Aber es lohnt im Grunde genommen nicht, sich damit zu beschäftigen, weil es eben eklatante Lücken gibt.

Sie dürfen auch bitte schön nicht den Eindruck erwecken, als wäre die Stadt Eisenach nun ständig am Tropf des Landes. Ich kenne eine ganze Reihe Gemeinden in Thüringen, die über die Jahre hinweg ständig am Landesausgleichsstock gehangen haben.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Tröbnitz.)

Ich weiß nicht, wann Eisenach das letzte Mal Geld vom Landesausgleichsstock bekommen hat, ich glaube 1998, als wir eine Sporthalle gebaut haben.

Ich will aber noch ein Weiteres sagen und das macht deutlich, wie heuchlerisch eigentlich Ihr Antrag ist. Das eigentliche Problem der Stadt Eisenach besteht ja nicht in der Kreisfreiheit, sondern es besteht in einer unklaren Stadt-Umland-Problematik. Die ist ungelöst. Ich bin meiner Partei dankbar, dass sie in

ihrem Vorschlag diese Problematik für die zukünftige Gebietsreform mit berücksichtigen will.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ich denke, die gibt es gar nicht.)

Ich bin gespannt, wie das aussieht und wie man dann in den zentralen Orten, und da meine ich nicht nur die kreisfreien Städte, sondern ich meine auch die großen kreisangehörigen Städte wie Altenburg, Mühlhausen, Ilmenau, Nordhausen - aber Nordhausen wird ja gut bedient, ist ja das letzte Mal wiederum gut bedient worden -, wie man in diesen zentralen Orten die Stadt-Umland-Problematik regelt, das wird spannend sein. Wir hätten im letzten Plenum die Möglichkeit gehabt, etwas zur Stadtumlandproblematik Eisenachs zu regeln.

(Beifall SPD)

Aber da war DIE LINKE genau diejenige, die bei der Zusammenlegung der Gemeinde Hörselberg mit der Gemeinde Behringen zugestimmt und diese Problematik vollkommen unbeachtet gelassen hat.

Dann haben Sie einfach, und das will ich als Letztes sagen, in der Betrachtung eine sehr selektive Wahrnehmung. Gerade Eisenach, von dieser Stadt, von der Sie sagen, sie würde sehr wenig oder gar nichts mehr im freiwilligen Bereich tun können, hat sich nach den letzten Befragungen und Erhebungen, die ja dann im Herbst veröffentlicht worden sind, als ausgesprochen kinderfreundliche Stadt und als ausgesprochen familienfreundliche Stadt herausgestellt. Da waren in den Zeitungen auch die Karten abgebildet, welche Regionen das in Thüringen sind und welche nicht. Da ist Eisenach im Westen Thüringens in positiver Sicht ein Leuchtturm, was Kinderfreundlichkeit und Familienfreundlichkeit betrifft.

(Beifall CDU)

Das wiederum sind nun gerade die Aufgaben, die ihr als kreisfreier Stadt obliegen. Und weil sie die Dinge selbst in die Hand nehmen konnte und bisher selbst darüber bestimmen konnte, welche Schule sie schließt und welche nicht, welche Kindergärten und so weiter und so und fort und welche Jugendclubs offenbleiben und welche nicht, deshalb schneidet Eisenach in dieser Angelegenheit sehr gut ab. Haushalt für Haushalt stellen wir für diese freiwilligen Aufgaben ausreichend Geld zur Verfügung.

Ich empfehle Ihnen also, misten Sie Ihre Werkstatt "Kommunale Gebietsreform" gründlich aus. Offensichtlich sind auch die Handwerker, die dort tätig sind, Dilettanten und bringen Sie in dieser Sache nicht weiter. Ich kann Ihnen nur sagen, der Landtag ist gut beraten, sich mit diesem Gesetzentwurf nicht

weiter zu beschäftigen. Aber das Land ist gut bedient, wenn Ihre Vorschläge zur kommunalen Gebietsreform nicht zum Zuge kommen. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter, Sie hatten eine Nachfrage der Abgeordneten Berninger zugelassen. Frau Berninger bitte.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Ja, vielen Dank. Herr Abgeordneter Köckert, in Ihren Ausführungen, bis auf den letzten Teil mit der Kinderfreundlichkeit, haben Sie ja nicht eindeutig gegen die Einkreisung von Eisenach argumentiert, sondern lediglich die Mängel an dem Gesetzentwurf aus Ihrer Sicht aufgezählt. Warum sind Sie denn nicht der Meinung, dass man an diesen Mängeln im Ausschuss noch arbeiten kann?

Abgeordneter Köckert, CDU:

Ich habe nicht gegen die Rückkreisung argumentiert, weil ich seit längerer Zeit schon der Meinung bin, dass, wenn sich die finanzielle Situation der Stadt auch durch die Ausgaben im Sozialbereich so negativ weiterentwickelt, man neu überlegen muss, ob kreisangehörig oder kreisfrei. Das habe ich im Übrigen auch schon in Eisenach in der Öffentlichkeit gesagt. Das ist eine ganz nüchterne Überlegung, die sich an Zahlen festmachen lässt. Insofern habe ich damit keine Probleme, diese Frage in einer großen und Gesamtlösung betrachten zu wollen. Das ist die eine Seite. Aber dass man an einem schlechten Handwerksstück noch rumfeilen soll, damit es in irgendeiner Weise besser wird, da kann ich Ihnen nur sagen, an diesem Stück können Sie nichts mehr verbessern. Das ist miserabel, das bleibt miserabel, da können Sie sich noch Jahre damit beschäftigen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter Kuschel, Fraktion DIE LINKE, bitte.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, was will Opposition mehr, wenn sie durch ihre Vorschläge eine solche emotionsgeladene, aber aus meiner Sicht auch sehr durch Sachlichkeit geprägte Diskussion auf den Weg bringt. Wir würden uns das von einer Regierungskoalition im gleichen Maße wünschen, aber da kommt relativ wenig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Gesetzentwurf ist natürlich mutig, ist mutig und natürlich auch innovativ; eigentlich wäre die Regierungsfraktion oder die Landesregierung verpflichtet, derartige Dinge auf den Weg zu bringen. Aber ich hatte es ja zu Beginn gesagt, da diese Regierung erstarrt und in sich selbst gefangen ist, müssen wir deren Arbeit machen. Ministerpräsident Althaus hat uns doch aufgefordert, er hat doch gesagt, dann legen Sie doch einen Gesetzentwurf vor, dann sind Sie mutig. Unser Wahlspruch ist doch "mutig, links" und das machen wir - "ehrlich" kommt dazu, das ist klar. Das habe ich nicht benannt, weil das sowieso ein Markenzeichen ist, das braucht man nicht hinzuzufügen. Insofern, meine Damen und Herren,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Vor allen Dingen von Ihnen ist das ein Markenzeichen.)

Sie können doch ganz unaufgeregt sein.

Vizepräsidentin Pelke:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter. Ich bitte noch die wenigen Minuten, die wir hier noch abzuarbeiten haben, um Ruhe. Es haben alle noch mal die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Ich wollte sagen, es ist doch ganz erstaunlich, am Freitagabend um 18.00 Uhr nach drei Tagen noch so eine gute Diskussion zu führen - also ich bin zufrieden.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, Herr Gentzel hat gesagt, wenn einmal etwas beschlossen ist, dann soll man es lassen. Herr Gentzel, wir kommen ja nach und nach in dieser Geschichte weiter. Ich dachte nur, die Geschichte ist gar nicht so von Bedeutung, weil wir ja eine Lösung für die Zukunft wollen und nicht alles das Revue passieren lassen, was in den 90er-Jahren war. Was war denn Anlass von 1997, was gab es denn Neues? Das wissen Sie doch ganz genau. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich nämlich Wutha-Farnroda erfolgreich aus dieser dann zu bildenden kreisfreien Stadt herausgeklagt. Es waren 14.000 Einwohner, die dann nicht mehr zur Verfügung standen. Da hat damals die PDS-Landtagsfraktion

(Unruhe CDU, SPD)

in verantwortungsvoller Weise gesagt, wir müssen diese Frage neu bewerten. Dann hat Herr Gentzel gesagt, warum nicht auch Suhl. Auch das hatte ich bereits gesagt, weil in Eisenach das Spannungsverhältnis zwischen Wartburgkreis und Eisenach in viel stärkerer Dimension da ist als im Bereich Suhl. Hinzu kommt natürlich, dass Suhl von mehreren Landkreisen umgeben ist und dass dort dann tatsächlich das nur im Zusammenhang mit mehreren Kreisen geht. In Eisenach sind einfach die Rahmenbedingungen andere. Hinzu kommt natürlich, Eisenach ist als Letztes kreisfrei geworden, da bin ich Herrn Kölbel dankbar, dass er darauf verwiesen hat. Dann meinte Herr Gentzel, wegen der geringen Begeisterung, warum soll das dann in den Ausschüssen weiter beraten werden. Die Diskussion hat ja gezeigt, es sind viele Fragen offen und dafür gibt es einen Ausschuss.

(Heiterkeit CDU, SPD)

Hinzu kommt, es geht hier nicht um Begeisterung, es geht hier um Verantwortung. Es geht einfach um Verantwortung und Sie müssen entscheiden, ob Sie sich dieser Verantwortung stellen und wenn Sie sich dieser Verantwortung nicht stellen wollen, dann lehnen Sie die Ausschussüberweisung ab. Dann werden wir das in der Öffentlichkeit ganz einfach thematisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und Herr Gentzel, wenn Sie auf uns schimpfen oder auf mich, können Sie das ja machen, aber wenn Sie die Bürger in Eisenach und im Wartburgkreis für so doof halten, dass Sie sagen, in der Entscheidung würden die dann nur noch nach dem Kreissitz schielen, also ... Wir haben ein höheres Vertrauen in die Bürger, aber Sie offenbar nicht, weil Sie schon ganz weit weg sind. Wir haben da ein anderes Vertrauen und wir sagen, der Kreissitz ist eine emotionale Frage, unbestritten, aber die Bürger sind weiter als manche hier in diesem Haus und Sie sind auch ganz weit hinten weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sagt Herr Gentzel in seiner hilflosen Argumentation, zehn Jahre Kreissitz und sagt mir, also jeder kennt mich und ich bin ja durch Vieles geprägt, aber ich bin nicht landsmannschaftlich geprägt, und insofern bin ich dort ganz emotionslos, aber wir haben praktische Vorschläge gemacht und haben gesagt, sie sind realistisch. Haben Sie sich mal mit unserem Zeitplan des Masterplans beschäftigt, dann werden Sie genau darauf kommen, dass unser Konzept 2019 abgeschlossen ist. Genauso haben wir das definiert, indem wir gesagt haben, für zehn Jahre ist Bad Salzungen noch Kreissitz. Dann gehen wir davon aus, dass wir mit Partnern - wir gehen davon aus, wir brauchen Partner dafür - den Masterplan umsetzen, ob in diesem jetzigen Diskussionsentwurf, das wissen wir nicht. Wir haben einen Diskussionsentwurf gemacht. Wir sagen, der ist diskussionswürdig und damit natürlich auch veränderungswürdig. Wir gehen doch nicht in

eine Diskussion mit etwas Abgeschlossenem. Da haben wir ein bisschen gelernt aus vergangenen Zeiten.

Meine Damen und Herren, BMW und Krauthausen, also, Herr Gentzel, Sie müssen einfach mal zuhören und dürfen in Ihrer Aufgeregtheit nicht auf Durchgang schalten. Das Beispiel Krauthausen ist ein Beispiel aus dem Umland von Eisenach, aber es sind doch andere. Sie selbst haben das thematisiert im November mit dem Industriegebiet im Kindel. Das ist natürlich genauso das Umland von Eisenach, deswegen war BMW und Krauthausen nur beispielhaft. Ich wollte auf Ihren Einwurf hin natürlich noch mal sagen, es geht um das gesamte Umland.

Herr Köckert hat die Qualität unseres Antrags in Zweifel gezogen, es freut uns. Ich hoffe nur, dass Sie die gleichen Maßstäbe, die Sie an uns richten, künftig an Gesetzentwürfe der Landesregierung oder der CDU richten, dann wären wir uns ja einig. Aber ich will Ihnen noch mal sagen, Sie haben das Stichwort genannt "Vermögensauseinandersetzung". Herr Köckert, nennen Sie mir einen Gesetzentwurf - Sie waren selbst mal Innenminister - zur Gemeindeneugliederung, wo im Gesetz eine Vermögensauseinandersetzung erfolgte - nie. Nennen Sie mir das Gesetz - im Gesetz wird nur die Rechtsnachfolge geregelt, das ist Gesetzessystematik. Der Innenminister ist nicht da, er hätte jetzt wieder einen juristischen Vortrag gehalten; da hätte er dieses Mal Sie belehren müssen, darauf hätte ich mich sehr gefreut, das wäre ich dieses Mal nicht gewesen. Da wissen Sie, dass gesetzessystematisch eine Einzelfallregelung ausgeschlossen ist, da können Sie nicht regeln, wie das Vermögen zugeordnet wird, sondern da wird die Rechtsnachfolge zugeordnet und der Rest erfolgt dann im Nachhinein. Ich will es Ihnen sagen, bei den Schulen gibt es das Schulfinanzierungsgesetz; darin ist genau geregelt, wie die Vermögensauseinandersetzung beim Wechsel des Schulträgers zu erfolgen hat. Insofern verstehe ich Ihren Einwurf hier nicht, höchstens als Versuch, tatsächlich einen Gesetzentwurf schlechtzureden, der sich durch eine hohe Qualität auszeichnet und mit jedem Gesetzentwurf mithalten kann, der hier im Haus bisher zur Diskussion gestellt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann zweifelt Herr Köckert einfach an, dass unsere Berechnung zu den Auswirkungen der Kreisfreiheit von Eisenach nicht stimmt. Dass Sie mich für so weltfremd halten, dass wir nicht berücksichtigen, dass Eisenach künftig natürlich auch Kreisumlage bezahlen muss, und das steuerkraftabhängig, also ich dachte, Sie kennen mich besser. Aber dann werden Sie mich weiter kennenlernen, es wird ja noch Gelegenheit sein. Ich werde versuchen, es Ihnen zu erklären. Sie müssen aber jetzt zuhören, sonst sagen

Sie dann wieder, Sie hätten es nicht vernommen. Eisenach als Schulträger und Träger der Sozialverwaltung - Sie brauchen nur im Einzelplan 04, das werden Sie noch können, das Finanzierungssaldo zugrunde legen und ähnlich im Einzelplan 02, nur diese zwei Finanzierungssalden, da werden Sie zu der Erkenntnis kommen, dort ist das Finanzierungssaldo bei 14 Mio. € gemessen am Haushaltsplan 2006. Dem rechnen Sie mal gegenüber eine künftige Kreisumlage, das haben wir gemacht und da kommen wir auf eine ungefähre Belastung von 6 Mio. € im Saldo. Das ist das strukturelle Defizit der Kreisfreiheit. Natürlich ist das so. Sie haben das selbst bestätigt, selbst die Berechnungen der Verwaltung sind ja schon mal bei der Hälfte und vielleicht liegt tatsächlich die Wahrheit dazwischen, aber auch das können wir im Ausschuss klären. Vieles spricht dafür. im Ausschuss weiterzuberaten. Das klappt natürlich nur, wenn Sie sich der Verantwortung stellen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter Gentzel, für die tierische Bezeichnung in Richtung des Abgeordneten Kuschel erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Das Wort hat Staatssekretär Hütte.

Hütte, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich will es kurz machen: Die Landesregierung empfiehlt aus den Gründen, die alle schon hier von den kenntnisreichen Vorrednern, insbesondere der CDU-Fraktion,

(Heiterkeit SPD)

aber auch im Ergebnis der SPD-Fraktion, vorgetragen worden sind, eine Ablehnung dieses Gesetzentwurfs. Es handelt sich um einen der typischen unausgegorenen Schnellschüsse der Linksfraktion. Allein die Überschrift ist ja schon verräterisch; ihr sollte misstraut werden, denn Überschriften von Gesetzen, die bereits ein Heilsversprechen enthalten, sind wirklich schon verdächtig und erinnern an Notverordnungen vergangener Zeiten - und so groß ist die Not in Eisenach nicht,

(Heiterkeit SPD)

dass es eines solchen Gesetzes bedürfte,

(Beifall CDU)

um sie zu beheben. Dieses Gesetz ist auch handwerklich nicht geeignet, eine solche Not, wenn es sie denn gäbe, abzustellen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, dann schließe ich zunächst die Aussprache und komme zur Abstimmung. Es wurde für den Gesetzentwurf Ausschussüberweisung beantragt durch Abgeordneten Kuschel, zum einen an den Innenausschuss und zum anderen begleitend, wenn ich das recht verstanden habe, an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Wer für die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innenausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? Dann ist die Überweisung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über die Überweisung an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheit abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? Damit ist auch diese Überweisung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe die Beratung für heute und ich schließe auch den Tagesordnungspunkt 6.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass heute keine weiteren Tagesordnungspunkte mehr aufgerufen werden. Dem ist so, dann kann ich auch die heutige Plenarsitzung schließen.

Im Namen des Präsidiums wünsche ich Ihnen allen frohe Weihnachten, einen guten Rutsch in 2008, insbesondere viel Gesundheit für Sie und Ihre Familien.

Die nächsten Plenarsitzungen finden am 24. und 25. Januar 2008 statt. Einen schönen Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen, jetzt können alle aufspringen.

(Beifall im Hause)

Ende der Sitzung: 18.11 Uhr

Anlage 1

Namentliche Abstimmung in der 75. Sitzung am 14.12.2007 zum Tagesordnungspunkt 2 a)

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 - ThürHhG 2008/2009 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/3158 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und

Finanzausschusses

- Drucksache 4/3583 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/3604 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)	nein	43.	Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein
	Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja		Krause, Dr. Peter (CDU)	nein
	Baumann, Rolf (SPD)	ja		Krauße, Horst (CDU)	nein
	Becker, Dagmar (SPD)	ja		Kretschmer, Thomas (CDU)	nein
	Bergemann, Gustav (CDU)	nein		Krone, Klaus, von der (CDÚ)	nein
	Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja		Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja
	Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja		Künast, Dagmar (SPD)	ja
	Buse, Werner (DIE LINKE)	ja		Kummer, Tilo (DIÈ LINKE)	ja
	Carius, Christian (CDU)	nein		Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
	Diezel, Birgit (CDÙ)	nein		Lehmann, Annette (CDU)	nein
	Doht, Sabine (SPD)	ja		Lemke, Benno (DIE LINKE)	ja
	Döllstedt, Monika (DIE LINKE)	ja		Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja		Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
	Eckardt, David-Christian (SPD)	ja		Matschie, Christoph (SPD)	ja
	Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja		Meißner, Beate (CDU)	nein
	Emde, Volker (CDU)	nein		Mohring, Mike (CDU)	nein
17.	Enders, Petra (DIE LINKE)	ja	59.	Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	ja
18.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	60.	Panse, Michael (CDU)	nein
19.	Fuchs, Dr. Ruth (DIE LINKE)	ja	61.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
20.	Gentzel, Heiko (SPD)	ja	62.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
21.	Gerstenberger, Michael (DIE LINKE)	ja	63.	Pilger, Walter (SPD)	ja
22.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	64.	Primas, Egon (CDU)	nein
23.	Grob, Manfred (CDU)	nein	65.	Reimann, Michaele (DIE LINKE)	ja
24.	Groß, Evelin (CDU)	nein	66.	Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
25.	Grüner, Günter (CDU)	nein	67.	Rose, Wieland (CDU)	nein
26.	Gumprecht, Christian (CDU)	nein	68.	Scheringer-Wright, Dr. Johanna	
27.	Günther, Gerhard (CDU)	nein		(DIE LINKE)	ja
	Hahnemann, Dr. Roland (DIE LINKE)	ja	69.	Schipanski, Prof. DrIng. habil. Dagmar	
29.	Hauboldt, Ralf (DIE LINKE)	ja		(CDU)	nein
30.	Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	70.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
31.	Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	71.	Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
32.	Heym, Michael (CDU)	nein		Schugens, Gottfried (CDU)	nein
33.	Höhn, Uwe (SPD)	ja	73.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
34.	Holbe, Gudrun (CDU)	nein	74.	Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
35.	Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	75.	Seela, Reyk (CDU)	nein
36.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	76.	Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
37.	Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	77.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
38.	Kalich, Ralf (DIE LINKE)	ja	78.	Stauche, Carola (CDU)	nein
	Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja		Tasch, Christina (CDU)	nein
	Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja		Taubert, Heike (SPD)	ja
	Köckert, Christian (CDU)	nein		Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
42.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	82.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein

83.	Walsmann, Marion (CDU)	nein
84.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
85.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
86.	Wolf, Katja (DIE LINKE)	ja
87.	Worm, Henry (CDU)	nein
88.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein

Anlage 2

Namentliche Abstimmung in der 75. Sitzung am 14.12.2007 zum Tagesordnungspunkt 2 a)

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 - ThürHhG 2008/2009 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/3158 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und

Finanzausschusses

- Drucksache 4/3583 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/3608 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)	nein	43.	Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein
2.	Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	44.	Krause, Dr. Peter (CDU)	nein
3.	Baumann, Rolf (SPD)	nein	45.	Krauße, Horst (CDU)	nein
4.	Becker, Dagmar (SPD)	nein	46.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	47.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein
6.	Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	48.	Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja
7.	Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja		Künast, Dagmar (SPD)	nein
8.	Buse, Werner (DIE LINKE)	ja	50.	Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja
9.	Carius, Christian (CDU)	nein	51.	Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
10.	Diezel, Birgit (CDU)	nein	52.	Lehmann, Annette (CDU)	nein
11.	Doht, Sabine (SPD)	nein	53.	Lemke, Benno (DIE LINKE)	ja
12.	Döllstedt, Monika (DIE LINKE)	ja	54.	Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
13.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	55.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
14.	Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	56.	Matschie, Christoph (SPD)	nein
15.	Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	nein	57.	Meißner, Beate (CDU)	nein
	Emde, Volker (CDU)	nein	58.	Mohring, Mike (CDU)	nein
17.	Enders, Petra (DIE LINKE)	ja	59.	Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	ja
18.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	60.	Panse, Michael (CDU)	nein
19.	Fuchs, Dr. Ruth (DIE LINKE)	ja	61.	Pelke, Birgit (SPD)	nein
20.	Gentzel, Heiko (SPD)	nein	62.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
21.	Gerstenberger, Michael (DIE LINKE)	ja	63.	Pilger, Walter (SPD)	nein
22.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	64.	Primas, Egon (CDU)	nein
23.	Grob, Manfred (CDU)	nein	65.	Reimann, Michaele (DIE LINKE)	ja
24.	Groß, Evelin (CDU)	nein	66.	Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
25.	Grüner, Günter (CDU)	nein	67.	Rose, Wieland (CDU)	nein
26.	Gumprecht, Christian (CDU)	nein	68.	Scheringer-Wright, Dr. Johanna	
27.	Günther, Gerhard (CDU)	nein		(DIE LINKE)	ja
28.	Hahnemann, Dr. Roland (DIE LINKE)	ja	69.	Schipanski, Prof. DrIng. habil. Dagmar	
29.	Hauboldt, Ralf (DIE LINKE)	ja		(CDU)	nein
30.	Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	70.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
31.	Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	71.	Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	nein
32.	Heym, Michael (CDU)	nein	72.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
33.	Höhn, Uwe (SPD)	nein		Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
34.	Holbe, Gudrun (CDU)	nein	74.	Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
35.	Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	75.	Seela, Reyk (CDU)	nein
36.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	76.	Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
37.	Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	77.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
38.	Kalich, Ralf (DIE LINKE)	ja	78.	Stauche, Carola (CDU)	nein
	Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja		Tasch, Christina (CDU)	nein
	Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja		Taubert, Heike (SPD)	nein
	Köckert, Christian (CDU)	nein		Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
42.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	82.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein

83.	Walsmann, Marion (CDU)	nein
84.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
85.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
86.	Wolf, Katja (DIE LINKE)	ja
87.	Worm, Henry (CDU)	nein
88.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein

Anlage 3

Namentliche Abstimmung in der 75. Sitzung am 14.12.2007 zum Tagesordnungspunkt 2 a)

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (Thüringer Haushaltsgesetz 2008/2009 - ThürHhG 2008/2009 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/3158 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und

Finanzausschusses

- Drucksache 4/3583 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/3616 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)	nein	43.	Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein
	Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja		Krause, Dr. Peter (CDU)	nein
	Baumann, Rolf (SPD)	ja		Krauße, Horst (CDU)	nein
	Becker, Dagmar (SPD)	ja		Kretschmer, Thomas (CDU)	nein
5.	_ ` _ ` `	nein		Krone, Klaus, von der (CDÚ)	nein
6.	Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja		Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja
	Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja		Künast, Dagmar (SPD)	ja
	Buse, Werner (DIE LINKE)	ja		Kummer, Tilo (DIÈ LINKE)	ja
	Carius, Christian (CDU)	nein		Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
	Diezel, Birgit (CDÙ)	nein		Lehmann, Annette (CDU)	nein
	Doht, Sabine (SPD)	ja		Lemke, Benno (DIE LINKE)	ja
	Döllstedt, Monika (DIE LINKE)	ja		Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ј́а
	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja		Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
	Eckardt, David-Christian (SPD)	ja		Matschie, Christoph (SPD)	ja
	Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja		Meißner, Beate (CDU)	nein
	Emde, Volker (CDU)	nein		Mohring, Mike (CDU)	nein
	Enders, Petra (DIE LINKE)	ja		Nothnagel, Maik (DIÉ LINKE)	ja
	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein		Panse, Michael (CDU)	nein
	Fuchs, Dr. Ruth (DIE LINKE)	ja		Pelke, Birgit (SPD)	ja
20.	Gentzel, Heiko (SPD)	ja		Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
21.	Gerstenberger, Michael (DIE LINKE)	ja	63.	Pilger, Walter (SPD)	ja
22.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	64.	Primas, Egon (CDU)	nein
23.	Grob, Manfred (CDU)	nein	65.	Reimann, Michaele (DIE LINKE)	ja
24.	Groß, Evelin (CDU)	nein	66.	Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
25.	Grüner, Günter (CDU)	nein	67.	Rose, Wieland (CDU)	nein
26.	Gumprecht, Christian (CDU)	nein	68.	Scheringer-Wright, Dr. Johanna	
27.	Günther, Gerhard (CDU)	nein		(DIE LINKE)	ja
28.	Hahnemann, Dr. Roland (DIE LINKE)	ja	69.	Schipanski, Prof. DrIng. habil. Dagmar	
29.	Hauboldt, Ralf (DIE LINKE)	ja		(CDU)	nein
30.	Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	70.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
31.	Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	71.	Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
32.	Heym, Michael (CDU)	nein		Schugens, Gottfried (CDU)	nein
33.	Höhn, Uwe (SPD)	ja	73.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
34.	Holbe, Gudrun (CDU)	nein	74.	Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
35.	Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	75.	Seela, Reyk (CDU)	nein
36.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	76.	Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
37.	Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	77.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
38.	Kalich, Ralf (DIE LINKE)	ja	78.	Stauche, Carola (CDU)	nein
39.	Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	79.	Tasch, Christina (CDU)	nein
	Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja		Taubert, Heike (SPD)	ja
	Köckert, Christian (CDU)	nein		Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
42.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	82.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein

83.	Walsmann, Marion (CDU)	nein
84.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
85.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
86.	Wolf, Katja (DIE LINKE)	ja
87.	Worm, Henry (CDU)	nein
88.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein